Bavar.
173
hl

Bavar.

173 hl

Baader

Digit

Streiflichter

auf die

Zeit der tiefsten Erniedrigung Deutschlands

oder

Die Reichsstadt Nürnberg

in den Jahren 1801—1806

von

Jos. Baader,
k. Reichsarchivrath.

Nürnberg,
Verlag von A. Daiber.
1878.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Druck von G. P. J. Bieling (G. Dietz) in Nürnberg.

Vorwort.

Die gegenwärtige Schrift ist geschöpft aus diplomatischen Aktenstücken des k. Kreisarchivs zu Nürnberg. Sie zerfällt in zwei Theile, der erste behandelt:

„Nürnbergs erste Deputation nach Paris im Jahre 1801",

und schildert die Bemühungen der Nürnbergischen Abgeordneten bei Bonaparte, Taleyrand und andern einflussreichen Persönlichkeiten für die Erhaltung der reichsstädtischen Selbstständigkeit Nürnbergs.

Der zweite Theil enthält:

„Die Berichte des Legationsrathes Woltmann an Nürnberg aus den Jahren 1803—1806."

Derselbe war Geschäftsträger der Reichsstädte am Berliner Hofe und sollte für Nürnberg einen Ausgleich mit Preussen und Bayern anbahnen, die der Reichsstadt mehrere Aemter entrissen hatten. Indem er in seinen Berichten Rechenschaft ablegt über seine diplomatische Thätigkeit, die er in dieser Richtung entfaltet, verbreitet er sich zugleich über die allgemeine Weltlage, insbesonders aber über die damalige Politik Preussens.

Das Ganze entrollt ein düsteres Bild der Zustände im deutschen Reiche und jener schmachvollen Zeit, in der deutsche Fürsten und Reichsstände als Bettler vor der Thüre des übermüthigen Corsen und seiner Satelliten standen, entweder um einen Antheil am allgemeinen Länderraube oder um Fristung ihrer politischen Existenz flehend.

München im März 1876.

Der Herausgeber.

I. Theil.

Nürnbergs erste Deputation nach Paris

im Jahre 1801.

Einleitung.

Schon die geheimen Bestimmungen des Friedens von Campo Formio (19. Oct. 1797) überliessen Frankreich das linke Rheinufer. Auf dem Congresse zu Rastadt (1798), wo ein billiger Reichsfriede auf der Grundlage der Integrität des Reiches und seiner Verfassung geschlossen werden sollte, machte Frankreich von seinen Absichten auf die linke Rheingränze weiter keinen Hehl. Es verlangte dieselbe geradezu. Die Fürsten, die dadurch um ihre Lande gekommen, sollten im Einvernehmen mit der französischen Republik auf dem rechten Rheinufer entschädigt werden. Die Entschädigungs-Massa wollte man in der Säcularisation der geistlichen Fürstenthümer suchen. Das Signal zur Plünderung war gegeben, und es war leicht vorauszusehen, dass sie bei den geistlichen Fürstenthümern nicht stehen bleiben, sondern auch noch weiter gehen werde. Auch erklärten diese, wenn eine Entschädigung zu geben sei, so soll man sie nicht von den Geistlichen allein verlangen, sondern auch die Weltlichen in Mitleidenschaft ziehen. Dass dieses geschehen werde und namentlich die Reichsstädte als Entschädigungs-Material dienen sollten, verlautete bereits allenthalben. Der 1798 ausgebrochene zweite Coalitionskrieg schenkte den Geängstigten noch eine kurze Frist. Aber der unglückliche Ausgang desselben und namentlich der Schlacht von Hohenlinden (3. Dec. 1800) überlieferte zuerst Italien und dann auch ganz Süddeutschland den Franzosen. Zu Lüneville sollte ein Friede verhandelt werden, und zwar auf der Grundlage der geheimen Artikel des Friedens von Campo Formio und der von Frankreich auf dem Rastadter Congresse gestellten Forderungen.

Was das zu bedeuten habe, wussten nicht blos die geistlichen Fürstenthümer, auch die Reichsstädte ahnten es, zumal Nürnberg wegen seiner eigenthümlichen und traurigen Beziehungen zu Bayern und Preussen. Ersteres hatte schon vor mehreren Jahren den alten, lange Zeit ausgesetzten Prozess auf Zurückgabe der im Landshuter Erbfolgekrieg (1504) von Nürnberg erworbenen Pfleg-Aemter wieder erneuert, und, ohne eine Erkenntniss der Reichsgerichte abzuwarten, einen Theil des Nürnberger Gebietes und namentlich alle Einkünfte mit Beschlag belegt, die Nürnberg von seinen zahlreichen in der Oberpfalz und im Sulzbachischen Gebiete sesshaften Unterthanen bezog. Es war das ein schwerer Schlag für das ohnehin im höchsten Grade zerrüttete Finanzwesen der Reichsstadt.

Einige Jahre später suchte auch Preussen seine alten Ansprüche auf einige landesherrliche Rechte und Besitzungen, die Markgraf Fried-

rich 1427 an die Stadt verkauft hatte, wieder hervor. Am 2. Juni 1796 benachrichtigte der Minister von Hardenberg den Rath, es sei höheren Ortes beschlossen worden, die dem Churhause Brandenburg bis an die Stadtthore zuständige Landeshoheit sofort in den Besitz zu nehmen. Einen Monat später rückten wirklich zwei Preussische Regimenter mit mehreren Geschützen gegen die Vorstädte der Stadt. Sie vertrieben die auf den äusseren Linien und Schanzen aufgestellten städtischen Wachtposten, hieben die Thore der Vorstädte Wöhrd und Gostenhof ein, und zwangen die in den Kasernen und Wachthäusern auserhalb der Stadt befindlichen Milizen zum Abzuge. In den Vorstädten wurde ein Besitznahmspatent angeschlagen und den Zöllnern die Ablieferung der Zollerträgnisse an die preussischen Zollämter befohlen. In gleicher Weise wurde auch das sogenannte Reichswäldergebiet, das sich in einem weitem Halbkreise um die Stadt herumzog, von Preussen ohne Weiters occupirt. Als dann 4 Wochen später die französische Sambre- und Maas-Armee in den fränkischen Kreis eindrang und Nürnberg mit unerhörten Erpressungen und Contributionen bis aufs Mark aussog, nahm es die Verwendung des preussischen Ministers bei dem französischen General in Anspruch. Preussen beeilte sich, der aufs Aeusserste bedrängten Stadt seine Schutzherrschaft anzubieten. Nürnberg nahm sie an. Am 1. September 1796 wurde ein Subjections-Vertrag ausgefertigt und dem König nach Berlin zur Unterzeichnung gesendet. *) Die Preussen warteten aber diese nicht ab; sie besetzten die Stadt ohne Verzug. Am kaiserlichen Hofe und auch anderwärts erregte dieser Schritt grosse Missstimmung, die dem König nicht verhehlt wurde und die ihn bewog, seine Truppen am 1. October aus der Stadt zurückzuziehen. Die Vorstädte aber und das Reichswäldergebiet blieben von Preussen besetzt, das nicht müde ward, Nürnbergs Selbstständigkeit und politische Existenz durch die geflissentlichsten Vexationen und Bedrückungen, durch Anlegung von Zoll- und Niederlagshäusern unmittelbar vor den Thoren der Stadt, und durch Erschwerung des Handelsverkehrs zu untergraben und unmöglich zu machen, und auf diese Weise es von Neuem in seine Arme zu treiben.

Die Absichten Preussens und Bayerns auf den Besitz Nürnbergs, die immer mehr zu Tage traten, der unglückliche Ausgang des zweiten Coalitionskrieges und die darauf eingeleiteten Friedens-Verhandlungen machten es der Stadt klar, dass nunmehr auch über ihr Schicksal entschieden werden soll. Schon auf dem Congresse zu Rastadt hatte Nürnberg eine vom Consulenten C. Popp verfasste Pieçe, mit dem Titel „Ueber einige Staatsverhältnisse der Reichsstadt Nürnberg, Materialien zur Entscheidung der Frage: Ist Nürnberg wichtig genug, um bei seiner Selbstständigkeit erhalten zu werden?“ den kaiserlichen Ministern zur Berücksichtigung vorgelegt. Jetzt liess die Nürnbergische Centraldeputation, die aus dem kaiserlichen Subdelegaten Gemming, einigen Mitgliedern des Raths und etlichen Rathsconsulenten bestand und in deren Händen seit einigen Jahren das Regiment der Stadt

*) S. Baader J. Der Reichsstadt Nürnberg letztes Schicksal etc. S. 3. 9.

ruhte, diese Schrift Popps in deutscher und französischer Sprache dem Drucke übergeben. Der französische Titel lautete: „Reflexions sur les relations politiques de la ville Nuremberg“. Die Broschüre bezweckte die Erhaltung der Selbstständigkeit Nürnbergs und die Wiedergewinnung der ihm von Preussen und Bayern entrissenen Gebiete und Gefälle. Ein Exemplar derselben wurde an den Kaiser geschickt mit einem Begleitschreiben, worin besonders seine Bemühungen auf dem Rastadter Congress, nicht bloss Bremen, Hamburg und Frankfurt, sondern die Reichsstädte überhaupt in ihrer Selbstständigkeit und politischen Existenz zu erhalten, betont wurden. *) Nürnberg als bankvorsitzende Reichsstadt hatte die übrigen fränkischen Reichsstädte schon vor drei Jahren vermocht, auf dem Rastadter Congress gemeinschaftliche Schritte zur Erhaltung ihrer Unmittelbarkeit zu machen. Und auch jetzt bei dem Beginn des neuen Friedensgeschäftes liess es sich angelegen sein, das Beste der übrigen Reichsstädte auf gleiche Weise zu fördern und sie zu gemeinschaftlichen Schritten aufzufordern. Zu diesem Zwecke erliess es ein Circular an sämmtliche fränkische Reichsstädte, das von ihnen im Februar 1801 unterschrieben und sodann mit den nöthigen Schreiben an den Kaiser und den Reichsminister eingesendet wurde.

Auch an den Erzherzog Karl wendete sich die Stadt, indem sie um seine Fürsprache bat und ihm die Bedrückungen durch Preussen und Bayern und den drohenden Verlust der Reichsunmittelbarkeit klagte. Der Erzherzog antwortete ihr unterm 24. März 1801, er werde Alles, was in seinen Kräften stehe, zur Erfüllung ihrer Wünsche beitragen. Auch an den Reichsvicekanzler Fürsten von Colloredo, an den Grafen Franz von Colloredo, den Grafen Ludwig Cobenzel und den Reichshofrath Schraut in Paris, sodann an den Grossconsul Bonaparte, den Minister der auswärtigen Angelegenheiten Taleyrand, an Carnot, Joseph Bonaparte und den französischen Geschäftsträger Bacher zu Frankfurt wurden Exemplare der Popp'schen Broschüre und Schreiben abgesendet, worin die Stadt ihren Schutz und Beistand zur Behauptung ihrer politischen Existenz erbat. Vom ersten Consul Bonaparte erhielt sie folgende Antwort:

Paris le 26. Ventose. an. 9.

Messieurs!

J'ai reçu la lettre que vous m'aves fait l'honneur de m'ecrire. Je suppose que vous aures adressé au ministre des relations exterieures a Paris vos interessantes observations, et vous n'ignores pas que c'est par son organe que les ordres du gouvernement parviennent aux agens diplomatiques. Je vous prie de croire que je saisirai avec empressement toutes les occassions de pouvoir me rendre agreable à la ville et au senat de Nuremberg. Bonaparte.

A Messieurs
les Bourguemaistres et senat de la ville
de Nuremberg d'ans le cercle Franconie
a Nuremberg.

*) S. Beilage I.

Auch Graf Cobenzel, der kaiserliche Gesandte zu Paris, schrieb ihr unterm 12. März nachstehenden Brief:

„Nach der Kenntniss, die ich von dem grossen Werthe trage, welchen die Reichsstadt Nürnberg noch immer in dem Gange und den Verbindungen des Teutschen Handels behauptet, und nach den mir ebensowohl bekannten allerhöchsten Gesinnungen, mit welchen des Kaisers Mayestät die Erhaltung derselben und ihrer Verfassung jederzeit als einen Gegenstand ihrer vorzüglichen Sorge angesehen haben, dürfen Eure Wohlgeboren keinen Augenblick zweiflen, dass ich die Erzielung jener Zwecke, welche dieselbe in Ihrem Schreiben vom 17ten Februar mir empfahlen, unter die ersten Wünsche meiner hiesigen Verrichtungen zählen, und mit Vergnügen alles anwenden werde, was die Erfüllung derselben erleichtern und versichern kann."

Unterdessen waren zu Lüneville durch Graf Cobenzel und Joseph Bonaparte die Präliminarien zu dem neuen Frieden festgestellt worden. Der Kaiser erklärte auch Namens des Reiches seinen Beitritt zu den Verhandlungen eines neuen Reichsfriedens. Für Oesterreich wurde der wesentliche Inhalt des Friedens zu Campo Formio — Verlust der Niederlande und der Lombardei gegen Ersatz durch das Venetianische — bestätigt. Der jüngere in Toscana regierende Zweig des kaiserlichen Hauses verlor dieses Grossherzogthum und sollte gleichwie der Herzog von Modena in Teutschland entschädigt werden, obwohl das Reich mit der Entschädigung seiner eigenen Fürsten schon genug zu thun hatte. Denn das linke Rheinufer hatte man den Franzosen überlassen und dabei festgesetzt, dass das Reich in seiner Gesammtheit diesen Verlust zu tragen und den erblichen Fürsten für ihre am linken Rheinufer verlorenen Länder eine im Reichs-Gebiet liegende Entschädigung zu geben habe.

Der Augenblick für Nürnberg war jetzt gekommen, nicht blos zu schriftlichen Suppliquen, sondern zum Handeln. Um den Friedensverhandlungen, die zu Paris fortgesetzt werden sollten, nahe zu sein und die Unterstützung einflussreicher Persönlichkeiten zu gewinnen, hielt die Central-Deputation eine Abordnung nach Paris für ganz zweckentsprechend. Den Legationsrath von Braun, der am kaiserlichen Hofe die Angelegenheiten Nürnbergs vertrat, ging sie um ein Gutachten an, und dieser schrieb ihr unterm 2. März, wie folgt:

„Die Umstände haben sich seitdem hier noch gar nicht geändert, und weit entfernt, dass man bereits einen förmlichen mit Frankreich convenirten Indemnisationsplan besitzen sollte, existirt noch nicht einmal das Mindeste über den modum tractandi, als worüber sich Joseph Bonaparte bei seiner Abreise aus Lüneville nach Paris in den unbestimmtesten und gleichgiltigsten Ausdrücken geäussert hat. Auch von den königlich Preussischen Gesinnungen in Ansehung des Indemnisations-Punctes ist hier so wenig bekannt, dass man vielmehr erst von bloss vorläufigen Anfragen dieses Hofes spricht, um sich in Paris der Mittheilung etwa existirender geheimen Artikel zu versichern, damit man sich hiernach in Berlin bestimmen könne. Genug, der

Indemnisationspunkt wird noch immer einem wichtigen Anstande unterliegen, auch wenn man ihn, wie fast unvermeidlich, bloss auf eine Uebereinkunft unter den grossen Höfen verstellt.“

„Zu dieser letzteren ist nun der bedeutendste Schritt gethan, seit der Botschafter des Russischen Hofes, durch welchen Frankreich dermalen allen seinen Ideen Eingang und Sanction verschafft, gegen den 18ten des abgewichenen Monats ungefähr in Paris eingetroffen sein muss. Diese Mission, welche nicht ohne Wahrscheinlichkeit eine Beendigung der Russisch-Englischen Fehde präpariren zu sollen scheint, hat auch die Einmischung Russlands in das teutsche Friedensgeschäft, und besonders in dem wichtigen Entschädigungspunkt, zum Gegenstand, der nun noch verwickelter geworden ist, seit das Friedens-Instrument die Entschädigung des Grossherzogs der unserer teutschen Fürsten hinzugefügt hat. Bei dieser Lage der Dinge und da noch Nichts irgend einen fixirten Plan erblicken lässt, ergreifen die meisten Höfe die unter solchen Umständen ganz natürliche Partie, sich nämlich aller orten so gut thunlich der Sicherung ihres Interesse zu versichern“. — —

Braun fährt dann fort, man dürfe überzeugt sein, „dass der kaiserliche Hof auch schon zu Erhaltung seines eigenen Ansehens und Einflusses jede Gelegenheit ergreifen werde, die bewusste Angelegenheit wieder in das Gleiche zu bringen, so gut dies die Umstände verstatten könnten, durch welche man leider grossentheils auf eine blos passive Rolle reducirt sei. Da man durch Implorirung Ihrer kaiserlichen Mayestät ganz demjenigen Genüge geleistet hat, was die Lage der Sache erforderte, bei der es auf Vollziehung der vorliegenden reichsgerichtlichen Erkenntnisse ankommt, kann es nun weiter unmöglich verdacht werden, wenn man sich auch an andern Orten sicher zu stellen sucht. Und es ist gewiss sehr gut daran geschehen, dass man die Sache schon in Lüneville und Paris angebracht hat, wenn sie gleich nur auf den Fall einen Success verspricht, wenn das Brandenburgische Haus durch die dermaligen Umstände und bevorstehende Verhandlungen aus Franken entfernt werden sollte, wodurch auch der Weg zur Restitution der Pfalzbayrischen Occupationen schon sehr gebahnt wäre. Die Gerüchte, dass wir ein solches Ereigniss zu erwarten haben, erneuern sich hier auch gegenwärtig wieder, und es kommt dem Glauben an ihre Realisirung wenigstens Manches zu statten. Dahin gehört das nach und nach immer mehr cessirende Interesse des Preussischen Hofes an den Verhältnissen des südlichen Teutschlands, indess sich die Absichten dieses Hofes mehr auf die nordischen Gegenden zu concentriren scheinen. Es gehört ferner dahin die, wie man mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit annimmt, beabsichtigte Versetzung eines Oesterreichischen vielleicht mit der Churwürde gezierten Prinzen in die Bisthümer Bamberg und Würzburg, die bei bestehender Nachbarschaft mit Brandenburg zu immer währenden Streitigkeiten von der allergrössten Consequenz führen könnte.“

„Ob übrigens neben der französischen Negotiation auch noch der Russische Botschafter in Paris, von Kalitchef, angegangen wer-

den wolle oder nicht, darüber bin ich begierig, die ergriffene Resolution zu vernehmen. Soviel ist gewiss, dass der Russische Hof vom grössten Einflusse dermalen ist. Auch könnten sich vielleicht Wege zeigen, diese Sache dem Herrn von Kalitchef besonders empfehlen zu machen, zumal zu Einleitungen der Art noch Zeit da ist, indem die Negotiation in Paris erst beginnt. Indessen wird hiebei und in allen dem Russischen Minister etwa darzulegenden Motiven immer eine um so grössere Vorsicht anzuwenden sein, als die eigentlichen Intentionen des kaiserlich Russischen Hofes in Ansehung der Preussischen und Pfalzbayrischen Absichten unter gegenwärtigen Umständen wenigstens von hier noch gar nicht angegeben werden können."

In Nürnberg war man mit dem Rath des Herrn von Braun, eine Deputation nach Paris zu schicken, vollkommen einverstanden; hielt es aber anfangs nicht für rathsam, den Russischen Botschafter zu Paris gleichfalls anzugehen, da von einem solchen Schritte wegen der zwischen Russland und Preussen bestehenden innigen Verbindung für die Interessen Nürnbergs nicht viel Erspriessliches zu erwarten sei. Die Central-Deputation besann sich jedoch bald eines Anderen, da sie einsah, dass die Einmischung des Russischen Hofes in das deutsche Friedensgeschäft, besonders bei dem wichtigen Entschädigungspunkt sehr bedeutend sein werde, und dass, obwohl auf collective Entschädigung angetragen worden, doch die unter den grossen Mächten bereits getroffene Uebereinkunft auch hierin den Ausschlag geben, und das nördliche Deutschland sich nicht leicht zum Schadenersatz verstehen werde. Ein Schreiben des Legationsrathes von Braun aus Wien vom 19. März bestärkte die Central-Deputation in ihrem Vorhaben, auch die Russische Vermittlung anzurufen.*) Es schreibt derselbe unter Anderm: „Beständig erwarten wir hier das Reichsgutachten auf das Hofdecret vom 3. dieses. Man hat bei dessen Fassung den mir bekannt gewordenen Ministerial-Aeusserungen zufolge die Absicht gehabt, den Wink auf einen Vorschlag zu einer Reichsdeputation von möglichst beschränkter Zahl zu geben, ein Projekt, in Ansehung dessen man hier keinen dissensum von Seiten Frankreichs befürchtet, wie ich dann überhaupt aus eben nicht verwerflichen Quellen weiss, dass der widrigen Lage des hiesigen Hofes ungeachtet dessen Insinuationen in Ansehung der Art und Weise der endlichen Friedensberichtung bei Frankreich dennoch nicht ohne allen Eingang bleiben. Dessen ungeachtet habe ich Ursache zu glauben, dass man hier am liebsten sehen würde, wenn das Reich die weitere Erledigung der Friedenssache dem Kaiser übertrüge, der, nur nicht von freien Stücken, abermalen eine grosse Verantwortung auf sich nehmen zu wollen scheint.**)

*) Davon im 4. bis 6. Abschnitt.

**) Am 6. März gab der Reichstag zu Regensburg sein Gutachten zur Annahme des Friedens ab, worauf der Kaiser die Reichsversammlung aufforderte, über die reichsständige Mitwirkung bei der weitern, zur gänzlichen Berichtigung des Reichsfriedensgeschäftes noch zu treffenden Uebereinkunft sich gutachtlich zu äussern. Dieses Gutachten wurde am 30. April erstattet, nämlich dass der Kaiser zu ersuchen sei, die gänzliche Berichtigung des Reichsfrieden-

In Paris, wo Schraut dermalen gleichfalls sich befindet, ist übrigens bis zum 6. dieses mit Cobenzel nichts in Ansehung dieses Punctes verhandelt worden, indem, wie Taleyrand sich geäussert, Frankreich in Ansehung der Indemnisations-Sache vor Allem den Wunsch des Russischen Hofes vernehmen wollte. Die Negotiationen bei Kalitchef werden mithin doppelt wichtig, besonders da Pfalzbayern unter diejenigen gehört, deren sich anzunehmen Russland ausdrücklich versprochen hat, erfordern aber, wie ich schon letzthin bemerkt habe, grosse Behutsamkeit und Schnelligkeit, weil der Augenblick der ersten Intimität zwischen Russland und Frankreich zu benützen ist, indem sich früher oder später hierin doch etwas alteriren könnte. Das Material der Indemnisation belangend, so ist hierüber aus dem bemerkten Grund noch nichts zu sagen, und auch Taleyrand hat behauptet, dass in den Negotiationen zwischen Oesterreich und Frankreich nichts convenirt worden sei.*) Nur soviel weiss man, dass die im Reiche circulirenden Pläne allgemeiner Säcularisation, ja sogar von Incorporation sämmtlicher Reichsstädte und Reichsritterschafts-Besitzungen hier nicht für echt gehalten sind, und auf keinen Fall hier Begünstigung finden werden, als wo man das Princip der Indemnisation so mässig als möglich angewendet wissen will und daher auch seit erklärter Abneigung des Hauses Parma gegen die Besitznahme des Florentinischen die Bemühung des Grossherzogs in Paris secundirt, der die Hoffnung nicht aufgegeben hat, auf dem Wege der dermalen eingeschlagenen Negotiation wieder restituirt zu werden, und hiedurch die Erledigung der Indemnisationssache merklich zu erleichtern."

Das vorangeführte Schreiben des Grafen Cobenzel vom 12. März erweckte die grössten Hoffnungen für die Erhaltung der Reichsunmittelbarkeit und für das Wiederaufleben des gesunkenen Wohlstandes und der Geschäfte. Das Genannten-Collegium oder der grössere Rath beantragte, ein Mitglied des Rathes und Einen aus dem Genannten-Collegium, und zwar den Marktadjunkten Justus Christian Kissling als einen bewährten Patrioten nach Paris abzuordnen, da daselbst auch Nürnbergs Commerzialverhältnisse zur Sprache gebracht werden sollen und es weder bei Gott noch der Nachwelt zu verantworten wäre, wenn der gegenwärtige entscheidende Zeitpunkt, der die wichtigsten Veränderungen und eine neue Gestaltung der Verhältnisse der deutschen Staaten in Aussicht stelle, versäumt und nicht gehörig benützt würde.

geschäftes einzuleiten und vor der Berichtigung und Festsetzung die aus der Einleitung sich ergebenden Resultate dem Reiche zu einer neuen Berathung mitzutheilen.

*) Von einer Theilnahme Frankreich's bei dem Entschädigungsgeschäft war in den Reichsgutachten und Unterhandlungen mit dem Kaiser noch keine Rede. Aber dieser beantragte von freien Stücken und, wie man behaupten will, um Preussen und Bayern den Vortheil eines nähern Einverständnisses mit Frankreich nicht allein in den Händen zu lassen, die Theilnahme desselben, die im Friedensvertrag zu Lüneville ausgeschlossen war.

Am 24. März hielt auch die Central-Deputation über diese Angelegenheit eine eigene Sitzung. In derselben machten sich Gründe gegen und für die Abordnung nach Paris geltend. Die Gegner erklärten, es sei noch nicht einmal ausgemacht, ob die längere Existenz der reichsstädtischen Verfassung für Nürnberg wünschenswerth sei. Für die französische Republik sei das Interesse der deutschen Reichsstände nur insoferne von einiger Bedeutung, als dasselbe auf das Wohl ihrer eigenen Unterthanen einen Einfluss ausüben könne. Frankreich werde sich in seinen Handlungen nur durch die Politik bestimmen lassen. Wenn je noch etwas im Stande sein könne, eine andere Ueberzeugung zu bewirken, so wären es Mittel von einer ganz andern Art als die unglückliche Reichsstadt anzuwenden vermöge, Mittel, deren Anwendung beträchtliche Kosten verursachen müsste. Und überhaupt könne Nürnberg bei seinem traurigen Zustand ohne den Besitz des entrissenen Territoriums nicht weiter fortbestehen. An die Wiedererlangung desselben sei aber kaum zu denken.

Für die Abordnung nach Paris wurden folgende Gründe geltend gemacht: die Reichsunmittelbarkeit sei ein zu schätzbares Kleinod, um nicht alle Mittel zur Erhaltung derselben anzuwenden. Man würde es bei der spätesten Nachwelt zu verantworten haben, wenn man nicht Alles anwende, — was zur Sicherung eines solchen Gutes erspriesslich sein könnte. Im unglücklichen Falle und wenn alle Bemühungen fruchtlos blieben, hätte man doch noch den Trost und das beruhigende Bewusstsein, nichts verabsäumet zu haben, was den Verlust der Unmittelbarkeit abwenden möchte. Das Entschädigungsprojekt werde wahrscheinlich zu Paris näher besprochen und festgestellt, um sodann auf dem Reichstag zu Regensburg zur Ratification vorgelegt zu werden. Und wenn auch eine solche Abordnung in politischer Beziehung ohne Erfolg bleibe, so könne sie doch durch geschickte Einleitungen und Negotiationen für die Handels- und Gewerbsverhältnisse Nürnbergs von Nutzen sein. Ueberdies würde es der Kaiser als eine Indolenz ansehen, wenn diese Gelegenheit nicht benützt werde, um für das Wohl und die Aufrechthaltung der Verfassung einzustehen.

Die Mehrzahl der Mitglieder sprach sich für die Abordnung aus, die sofort zum Beschluss erhoben wurde. Auch von dem Genannten-Ausschuss wurde dieselbe gutgeheissen, mit dem Beisatz „unauslöschlicher Dank sowohl von den Zeitgenossen als der spätern Nachkommenschaft sei dafür zu erwarten.“

Obwohl Hannibal ante portas, gab es bei diesen Verhandlungen ganz nach deutscher Weise doch allerlei Streit und Hader, indem Central-Deputation, Rath und Genannten-Ausschuss ihre Befugnisse sich gegenseitig streitig machten. Der erste Antrag auf die Abordnung nach Paris ging eigentlich vom Genannten-Ausschuss aus. Die Centraldeputation aber bestritt ihm das Recht zu einem solchen Antrage, da das jus ablegandi nur ihr allein zustehe. Auch stiess sie sich an den Worten, dass das Genannten-Collegium ein constitutions-

mässiger Ausschuss und die Abordnung eine gemeinschaftliche genannt wurde. Die Genannten aber behaupteten das Feld; sie gaben nur nach bezüglich des Ausdruckes „gemeinschaftliche Abordnung“: Es wurde aus derselben eine „persönliche“ gemacht.

Als Abgeordnete wurden bezeichnet der Senator Jobst Wilhelm Carl Tucher und der Marktadjunkt Kissling, letzterer namentlich desswegen, weil nach der allgemeinen Ansicht Nürnberg die Erhaltung seiner politischen Existenz einzig und allein seinen Merkantilverhältnissen zu verdanken haben werde, und weil der kaiserliche Subdelegat Gemming Kisslings Mitabsendung eigens verlangt hatte. Tucher wollte sich der Mission nicht unterziehen, aus verschiedenen Gründen, und namentlich weil man ihm nicht einmal die frühere Entschädigungs- und Remunerations-Zusicherungen wegen des Arrangements mit dem Französischen Obergeneral Augereau und der Verhandlungen mit dem Commissär Neveu gehalten hatte. Er nahm aber, nachdem er für die früheren Dienste 60 Karolins Entschädigung erhalten hatte, die Wahl zuletzt doch noch an.

Es fehlte aber nicht viel, so wäre die Abordnung ganz unterblieben, und zwar aus zwei Gründen. Einmal weil man nicht wusste, woher die Mittel zur Bestreitung der Kosten genommen werden sollten, und dann, weil man aus Paris die Nachricht erhalten hatte, dass die von den geistlichen Fürsten zu Würzburg, Freising und Fulda, sowie von Württemberg, Löwenstein-Wertheim und andern Fürsten nach Paris gesandten Deputationen entweder gar nicht angenommen oder an den Kaiser gewiesen wurden. Doch wurde zuletzt doch noch ein Ausweg gefunden, und zwar in der kaufmännischen Geleitskassa, die die für die Deputation nöthigen Mittel zur Verfügung stellen musste.

In der den Deputirten zugestellten Instruction wurden sie angewiesen, vor Allem auf die Erhaltung der Unmittelbarkeit Nürnbergs und die Wiedererlangung der ihm von Preussen und Bayern entrissenen Gebiete und Gefälle zu dringen, und zu diesem Zwecke sich namentlich an das französische Gouvernement zu halten. Sie sollten vor Allem den Punkt betonen, dass Nürnberg wegen seiner Commerzialverhältnisse einen für das Interesse der französischen Republik und des gesammten deutschen Reiches nicht unwichtigen Bestandtheil Deutschlands bilde. Sodann wurden ihnen auch Creditiv- und Empfehlungsschreiben an den ersten Consul, Taleyrand, Joseph Bonaparte, Graf Cobenzel, v. Pfeffel und Rosenstiel mitgegeben. In dem Schreiben an Taleyrand wurde abermals bemerkt, es sei für die französische Republik nicht ganz gleichgiltig, wenn Nürnberg aufhöre ein unmittelbarer selbstständiger Staat zu sein.

Tucher und Kissling traten am 20. April 1801 Morgens 5 Uhr ihre Reise nach Paris an, und zwar über Würzburg, Frankfurt und Mainz. In Würzburg besuchten sie den französischen General Barbou, der ihnen Empfehlungsschreiben an Berthier und Taleyrand mitgab, und in Frankfurt den Minister Bacher, der ihnen versprach, sie und ihre Vaterstadt dem ersten Consul und Taleyrand zu empfehlen und

ihnen durch einen einflussreichen Mann Zutritt bei demselben zu verschaffen. Auch gab er ihnen ein Empfehlungsschreiben an Liborie, chef du secretariat des relations exterieures. Am 1. Mai Nachmittags kamen sie in Paris an. Sie wohnten im Faubourg St. Germain mede l'université Maison de Ministres Nr. 898 im dritten Stock, wo sie drei Pieçen innehatten, und dafür monatlich 180 Franken bezahlten.

Aus den Berichten, die von den Deputirten an die Central-Deputation zu Nürnberg erstattet wurden, und aus den darauf erfolgten Antworten und andern Aktenstücken wollen wir in den nachfolgenden Abschnitten über die Resultate ihrer Mission und über Alles, was damit in Verbindung stand, einen kurzen Auszug liefern. Bildet derselbe auch kein festgegliedertes Ganzes, und ist sein Zusammenhang oft nur locker, so möge man bedenken, dass das dazu benützte Material theilweise eben auch nur Fragment ist.

Dem zweiten Theil unserer Schrift „Berichte des Legationsrathes Woltmann an Nürnberg" schicken wir folgende Bemerkung voraus: Nach dem Lüneviller Frieden (9. Febr. 1801) sollten die Fürsten, die ihre Besitzungen auf dem linken Rheinufer verloren hatten, auf dem rechten entschädigt werden. Die meisten Reichsstädte fielen in die Entschädigungsmassa. Nürnberg drohte das gleiche Schicksal. Preussen und Bayern hatten ihre Augen auf dasselbe geworfen. Da schickte es 1803 abermals nach Paris, um den Schutz des ersten Consuls anzurufen. Indess kam der Reichsdeputations-Hauptschluss vom 25. Februar 1803 zu Stande. Dieser wendete für dieses Mal die Gefahr von Nürnberg ab. Es wurde unter die 6 Reichsstädte aufgenommen, deren Reichsfreiheit und Selbstständigkeit erhalten werden sollte. Es war ausgemacht worden, dass Nürnberg mit Preussen und Bayern wegen der entrissenen Gebietstheile und Einkünfte in Vergleichsverhandlungen treten sollte. Nürnberg säumte nicht. Der Nürnbergische Rathsconsulent Dr. Roth*) und der Marktadjunkt Kiessling, seit 1802 im Auftrage ihrer Vaterstadt zu Paris anwesend, suchten Preussen mit Hülfe Frankreichs zu einem Vergleiche zu bringen. Den gleichen Zweck verfolgte bei dem Berliner Kabinet im Namen Nürnbergs der Legationsrath K. L. Woltmann**). Es kam aber nicht zu ernsthaften Verhandlungen. Einmal sollten sie zu Paris, dann zu Berlin und endlich zu Regensburg gepflogen werden. Die Kabinete zu Berlin und München hatten kein Interesse, sich mit Nürnberg wegen der entrissenen Besitzungen zu vergleichen.

*) Kam nach der Mediatisirung Nürnbergs in bayerische Dienste, und wurde Präsident des Oberconsistoriums, Staats- und Reichsrath.

**) Er war zu Oldenburg 1770 geboren, ward Professor der Geschichte zu Jena, dann Resident und Geschäftsträger des Landgrafen von Hessen-Homburg und der Reichsstädte Hamburg, Bremen und Nürnberg am Hofe zu Berlin. Im Jahre 1813 übersiedelte er von Berlin nach Prag, wo er 1817 starb. Er war ein sehr fruchtbarer Schriftsteller, namentlich auf dem Gebiete der Geschichte.

Der Rathsconsulent Dr. Roth ging im Sommer 1804 aus Auftrag Nürnbergs von Paris nach Berlin, um allda die Verhandlungen in Gang zu bringen. Hier schloss er Freundschaft mit dem Hessen-Homburgischen Legatationsrath und Residenten der Städte Bremen und Hamburg K. L. Woltmann, der schon längere Zeit im Interesse Nürnbergs zu Berlin thätig gewesen und dann als dessen Geschäftsträger accreditirt wurde. Roth kehrte im May 1805 nach Nürnberg zurück, die Vertretung dieser Reichsstadt beim Berliner Kabinet dem Legationsrath Woltmann überlassend.

Dieser berichtete regelmässig über das Resultat seiner Bemühungen und über die Ereignisse der damaligen Zeit. Seine Schreiben zerfallen in 2 Abtheilungen. Die erste umfasst den Zeitraum vom 12. Februar 1803 bis zum 24. April 1804. Sie enthält nur 12 Schreiben. Das erste ist an den Rath zu Nürnberg, die übrigen sind an den Senator C. W. F. Stromer gerichtet. Die zweite Abtheilung fällt in die Zeit vom 27. April 1805 bis 21. Juni 1806, und besteht aus 72 Schreiben. Fünf davon — die ersten fünf — sind an den Rathsconsulenten Dr. Deinzer in Nürnberg, alle andern an Dr. Roth gerichtet. Es sind Gesandtschaftsberichte, deren Inhalt unter der Adresse der vorbezeichneten Männer für den Rath bestimmt war. Sie beschäftigten sich übrigens weniger mit den Angelegenheiten Nürnbergs als mit der allgemeinen Weltlage, den grossen politischen Ereignissen der damaligen Zeit und insbesondere der Politik des Preussischen Kabinets. Die Briefe schildern die Stellung Preussens zu Frankreich, das nach dem Wiederausbruche des Krieges mit England i. J. 1803 Hannover besetzte und die Mündungen der Weser und Elbe sperrte, dann zu Oesterreich, Russland und England, die sich vergebens bemühten, Preussen dem zwischen ihnen 1805 abgeschlossenen Concerttractate beizugesellen. Das Verhältniss des Königs und der Königin zu den beiden Staatsmännern Haugwitz und Hardenberg, die Politik und der Charakter dieser beiden Nebenbuhler, Haugwitz's Sendungen in das Hauptquartier Napoleons und nach Wien und Paris, die Differenzen Preussens mit dem König von Schweden, seine Beziehungen zu Bayern, die Besitznahme Hannovers, die Veränderungen im Reiche und viele andere politische Ereignisse der damaligen Zeit sind ebenfalls Gegenstände der Woltmannischen Schreiben. Enthalten sie auch nicht immer Neues oder Unbekanntes, so sind sie doch als die Berichte eines in den Gang der damaligen Politik eingeweihten Zeitgenossen von Werth für die Beurtheilung der Ereignisse und der leitenden Persönlichkeiten. In der Regel halten sie sich ganz objektiv und in diplomatisch gemessener Sprache. Styl und Diction sind nicht selten nachlässig, wohl in Folge der Eile, die den Verfasser spornte, seine Committenten mit den neuesten Nachrichten zu versehen.

I.

(2. bis 22. Mai)

Visite der Deputirten bei dem Grafen Cobenzel. Günstige Aussichten für die Erhaltung der Reichsunmittelbarkeit. Cobenzels Schreiben an den Rath zu Nürnberg. Spannung zwischen Preussen und Frankreich. Die Entschädigungs-Angelegenheit. Das Schreiben des ersten Consuls an Nürnberg in den Pariser Zeitungen abgedruckt, von der französischen Regierung aber für falsch und unterschoben erklärt. Besorgnisse der Deputirten. Cobenzels Warnung.

Schon am nächsten Tag nach ihrer Ankunft wollten unsere Deputirte dem Grafen Cobenzel ihre Visite abstatten. Sie fanden ihn aber nicht zu Hause. Er kam erst am 14. Mai nach Paris. Er hatte sich bisher theils zu Malmaison bei dem ersten Consul, theils zu Malfontaine bei Joseph Bonaparte aufgehalten. An demselben Tage machten ihm Tucher und Kiessling ihre Visite. Sie baten ihn um seine Verwendung bei dem französischen Gouvernement, worauf er erwiederte, dies sei an sich schon seine Obliegenheit und ihm auch vom Kaiser ganz besonders aufgetragen worden. Er könne ihnen jetzt schon die bestimmte Versicherung geben, dass Nürnberg für seine reichsstädtische Unmittelbarkeit Nichts zu besorgen habe. Das französische Gouvernement habe zwar bisher die Gesandten einzelner Stände des Reichs nicht gerne angenommen. Da sie jedoch mit Empfehlungsschreihen an den ersten Consul und Taleyrand versehen wären, sollten sie sich nur melden; er werde sie denselben ebenfalls empfehlen. Die Deputirten erwiederten, sie hätten niemals die Besorgniss gehabt, dass Nürnberg ein convenirter Entschädigungsgegenstand für Preussen werden sollte, man werde Nürnberg existiren lassen, aber ohne den Besitz der ihm entzogenen Ländereien, die dem König von Preussen als ein Theil der verlangten Entschädigung zufallen werden. In dem kläglichen Zustand, in welchem sich die Stadt dermalen befinde, sei eine politische Existenz, sei die Selbstständigkeit nicht mehr möglich. Ohne freie Wege und in einem solchen Belagerungszustande, in welchem Nürnberg von Preussen gehalten werde, könne kein Commerz geführt werden. Preussens Vergrösserung in Franken, namentlich wenn es Nürnberg erhalte, sei auch für die kaiserlichen Erbstaaten nachtheilig und gefährlich, dagegen die Entfernung desselben aus Franken das wirksamste Mittel zur Erhaltung der Stadt und zur Sicherstellung der vielfachen Interessen des Reichs und der Erbstaaten. Cobenzel antwortete, der Kaiser würde eine solche Vergrösserung Preussens nicht gleichgültig ansehen. Die Zurückgabe der der Stadt entzogenen Besitzungen aber sei kein Gegenstand der zu Paris verhandelt werden könne. Das soll bei den Reichs-

gerichten und auf dem Reichstage geschehen. Der Kaiser wünsche die Restitution; ob aber die französische Republik von gleichen Gesinnungen beseelt sei, lasse sich noch nicht bestimmt behaupten.

Hier lassen wir gleich die Antwort des Grafen auf das Schreiben der Centraldeputation folgen:

„Dero beide Abgeordnete haben mir das Schreiben überreicht, in welchem Eure Wohlgeboren mir von dem Zwecke ihrer Sendung Eröffnung geben und dieselben meiner Unterstützung empfehlen. Ich beziehe mich auf dasjenige, was ich bei dieser Gelegenheit ihnen zu erkennen gab und worüber sie Euern Wohlgeboren bereits ihren Bericht erstattet haben werden. Nichts wird mir angenehmer sein, als diese Aeusserungen bei jedem Anlasse auf das vollkommenste zu bethätigen, indem ich hierdurch zugleich einen Theil der von kaiserlicher Mayestät mir allergnädigst ertheilten Aufträge erfülle. Ich harre mit vollkommener Hochschätzung“

Euer Wohlgeboren

bereitwilligster

Ludwig Graf von Cobenzel.

Am 14. Mai besuchten die Deputirten auch den Reichshofrath von Schraut. Dieser gab ihnen die Versicherung, dass bezüglich der Entschädigung der benachtheiligten Reichsstände noch nicht das mindeste ausgemacht sei, und dass Nürnberg und die grösseren Reichsstädte, die Handel treiben, nichts zu befürchten hätten, die kleineren und unwichtigeren aber als Entschädigungsmaterial dienen müssten. Uebrigens sei es gut, dass man mit dem Entschädigungsgeschäfte sich nicht so sehr beeilt habe; denn nun (i. e. nach dem Tode des Kaisers Paul von Russland) könne Kaiser Franz entschiedner auftreten.

Unterdessen erneuerten die Deputirten ihre älteren Bekanntschaften, die sie zu Paris hatten, oder sie suchten neue zu knüpfen, die ihnen bei ihren Negotiationen durch ihre Erfahrung, und mit Rath und That nützlich sein konnten. Es waren darunter sehr einflussreiche Männer, und unter andern aus Deutschland die Herren von Gönning, Deputirter von Bremen, Baron von Gagern, Nassau-Weilburgischer Gesandter und Moritz Bethmann, Banquier aus Frankfurt. Das einstimmige Urtheil dieser Männer und anderer mit den politischen Conjuncturen bekannter Personen lautete ungefähr dahin: Zwischen Frankreich und dem Kaiser sei noch gar nichts abgemacht, und das Arrangement, welches am 6. August 1796 zwischen Frankreich und Preussen zu Basel getroffen worden, gänzlich aufgehoben und annullirt. Frankreich und Oestreich stünden im besten Einvernehmen, Preussen aber habe die Freundschaft des französischen Gouvernements theils durch die von dem Preussischen Gesandten, Marquis Luchesini, geschehene unvorsichtige Verbreitung des Gerüchtes, dass die Franzosen von den Engländern in Aegypten gänzlich geschlagen seien, und dieses Land verloren haben, theils durch den Zurückmarsch der Preussischen Truppen aus den hannoveranischen Landen ganz verscherzt. Der Kaiser und Frankreich seien nicht geneigt, sich direct in die Entschädi-

gungsangelegenheit zu mischen; sie würden ihr Augenmerk nur darauf richten, dass keine Bestimmungen getroffen werden, die ihren Particular-Interessen entgegen seien. Der Tod des Kaisers Paul habe viele Pläne und Projekte verändert oder zerstört, die dem französischen Gouvernement Verlegenheiten bereiten konnten. Auch herrsche allgemein die Ansicht, die Entschädigungen würden nicht durch Negotiationen, sondern durch Soldaten und Kanonen festgestellt, weil es eine offenbare Unmöglichkeit sei, die Constitution des Reiches zu erhalten und den mächtigeren geistlichen Staaten so wenig wie möglich zu entziehen, und doch zu gleicher Zeit alle betheiligten erbliche Stände des Reichs, selbst sogar den Grossherzog von Toscana in dem Herzen von Deutschland vollkommen zu entschädigen. Unter solchen Umständen könne man vielleicht von Regensburg und Wien mehr Aufschluss über das Schicksal Nürnbergs erhalten als von Paris.

Eine sehr schmerzliche Ueberraschung wurde in jenen Tagen den Deputirten bereitet, als sie das von dem ersten Consul im Namen des französischen Gouvernements an den Rath zu Nürnberg gerichtete Schreiben vom 26. Ventose an 9. (27. März 1801) ganz unverhofft in den Pariser Zeitungen eingerückt fanden. Der französischen Regierung kam diese Veröffentlichung sehr ungelegen; denn sie wollte sich den Anschein geben, dass sie für keinen Stand des Reiches Partei ergreife. Es hatten sich damals einige Reichsstände, und unter denselben auch Frankfurt aus ähnlichen Gründen wie Nürnberg an den ersten Consul gewendet, aber sie erhielten höchst lakonische Rückantworten, ohne alle Versprechungen und Zusagen. Die Regierung machte es kurz; sie erklärte das Schreiben des ersten Consuls als falsch und unterschoben: La pretendue lettre du premier consul aux bourguemestres de Nuremberg, que nous avons citée hier sur la foi de quelques journaux, est dementie officiellement comme apocryphé. Die Zeitungen, welche das Schreiben gebracht hatten, erhielten den Befehl, es zu widerrufen, ja sogar es zu bezeichnen als eine pieçe ridicule. Nicht ohne Grund besorgten die Deputirten, der erste Consul werde ihnen bei ihrer Vorstellung sein Missfallen darüber zu erkennen geben, und der Vorfall einen bleibenden Nachtheil für sie und ihre Geschäfte haben.

Graf Cobenzel warnte die Deputirten, bei der französischen Regierung den Wunsch laut werden zu lassen, dass Nürnberg durch ihre Vermittlung zum Besitz der von Preussen entrissenen Gebietstheile verholfen werden möge. Denn eine solche Eröffnung könne jene Regierung auf Gedanken führen, die sie dermalen gar nicht habe. Denn von einer Entschädigung des Königs von Preussen mit der Stadt Nürnberg oder einem Theil ihres Gebietes sei gar noch nie die Rede gewesen.

Damals machten sie die Erfahrung, dass die Reichsangelegenheiten nicht von Graf Cobenzel, der bloss die Geschäfte des Kaisers als Souverains der österreichischen Erbstaaten besorgte, sondern vom Reichshofrath von Schraut betrieben wurden.

II.

23. Mai bis 2. Juni.

Bachers Aufenthalt zu Nürnberg. Sein Rath, sich mit den Hansestädten ins Einvernehmen zu setzen. Preussens Pläne und Absichten auf den Besitz Nürnbergs. Die Ermordung des Consulenten Faulwetter daselbst. Audienz der Deputirten bei Taleyrand. Unwille desselben über die Veröffentlichung des Schreibens des ersten Consuls. Entschuldigungen der Deputirten. Schwierigkeiten, bei einflussreichen Personen Zutritt zu erlangen. Benehmen derselben gegen die Gesandten überhaupt. Die Entschädigungs-Angelegenheit, namentlich des Grossherzogs von Toscana. Politische Lage.

Am 22. Mai Abends kam der französische Geschäftsträger, Bürger Bacher, zu Nürnberg an. *) Er gab der Centraldeputation für die Abgeordneten zu Paris ein Empfehlungsschreiben an Taleyrand und glaubte, die Commerzialverhältnisse der Reichsstadt durch Gleichstellung mit den Handelstädten der Schweiz noch vortheilhafter als die der Hansestädte begründen zu können. Letztere sollen übrigens zur eifrigern Sorge für die Erhaltung ihrer politischen Existenz aufgefordert werden. Nürnberg war damit gleich einverstanden, und es liess sogleich die nöthigen Schreiben an die Hansestädte ausfertigen.

An eine allgemeine Säcularisation oder Incorporation glaubte man in Nürnberg damals noch nicht, aber desto grössere Sorge erregten die preussischen Pläne und Absichten auf den Besitz der Stadt, die noch immer nicht aufgegeben waren. Dies zeigte sich auch gelegentlich der Mitte Mai 1801 erfolgten Ermordung des Consulenten Faulwetter zu Nürnberg durch den dortigen Hafnermeister Romer. Ein nach dem Herzen des Consulenten mit einem absichtlich hiezu mitgenommenen Bratenmesser geführter Streich machte seinem Leben fast augenblicklich ein Ende. Der Mörder wollte zu dieser gräulichen That dadurch bewogen sein, dass ihm Faulwetter die mehrmalen zurückgeforderten Manualakten über eine mehrere Jahre schon in appellatorio anhängige und zu seinem Referat ausgestellte Processsache fortwährend verweigerte. So vorausbedacht und durch den Ueberfall im Hause so verwegen diese That auch war, so interessirte sich das Nürnberger Publikum doch mehr für den Mörder als für den Ermordeten. Davon nahm die Preussische Regierung zu Ansbach Gelegenheit, die Republik Nürnberg einer Regierungsschwäche zu beschuldigen und mittelst Estaffette in Berlin anzugeben, als ob zu Nürnberg die öffentliche Sicherheit auch für die Gesandtschaften ge-

*) Er wurde durch eine eigene Deputation des Raths begrüsst und im Gasthofe, in dem er abgestiegen, auf Kosten der Stadt freigehalten oder defrayirt. Sogar eine Ehrenwache, wie sie sonst nur Fürsten erhielten, wurde für ihn beantragt; doch unterblieb dieselbe, da sich die Mehrheit des Rathes dagegen erklärte.

fährdet sei. Selbstverständlich müsste es dann sein, dass Preussen die Polizei zu Nürnberg übernehme.

Cobenzel verschaffte den Deputirten am 23. Mai Audienz bei Taleyrand. Nachmittags 2 Uhr begaben sie sich in sein Hotel, wo sie längere Zeit in einem Salon auf ihn warten mussten, bis er von einer Conferenz, die er mit dem ersten Consul hatte, zurückgekehrt war. Als er kam, ging er in sein Zimmer, expedirte einige Sekretäre, die seiner warteten, und trat dann in den Saal, wo die Deputirten nebst mehreren andern Personen sich eingefunden hatten. Die unerwartete Anwesenheit dieser ihnen gänzlich unbekannten Personen bestimmte sie, in kein Detail einzugehen, sondern sich hiezu eine Privataudienz vom Minister zu erbitten. Diesem nach machten sie ihm nur das gewöhnliche Compliment unter Versicherung ihrer Hochachtung, übergaben ihm ihr Creditiv und empfahlen die Stadt seinem Wohlwollen. Er erbrach das Schreiben, sah es flüchtig durch und äusserte: „Ich habe in dieser Absicht schon ein Schreiben Ihres Rathes erhalten. Der erste Consul ist auch nicht anders als ganz geneigt, dass die vorzüglichsten Reichs- und Handelsstädte erhalten werden sollen. Allein, was ist das, dass der Brief des ersten Consuls an den Rath sich in allen Zeitungen eingerückt findet! Ich versichere Sie, dass der erste Consul hierüber sehr ungehalten ist. Es ist sehr unklug (imprudent), dergleichen Schreiben mitzutheilen, noch mehr aber, solche öffentlich in den Zeitungen bekannt zu machen.“

Die Deputirten suchten, so gut es eben anging, nach Entschuldigungen. Sie erklärten dem Minister wiederholt, dass weder der Rath noch die Personen, die zu Nürnberg Kenntniss von den Staatsverhandlungen erhalten, jenes Schreiben dem Druck übergeben haben. Die Veröffentlichung sei offenbar das Werk einer der Stadt feindlich gesinnten Person, die dadurch ihren Angelegenheiten zu schaden vermeine. Es könne dem Minister nicht unbekannt sein, in welch unangenehmem Verhältnisse Nürnberg zu dem König von Preussen stehe. Wahrscheinlich habe ein Emmissär desselben die vertraute Eröffnung, die eine in die Staatsgeheimnisse eingeweihte Person einem Freunde in der Freude ihres Herzens über den Brief des ersten Consuls gemacht, aufgefangen und den Hoffnungen und Aussichten der Stadt durch Veröffentlichung des Schreibens entgegen arbeiten wollen.

Nachdem der Minister noch einige unverständliche Worte gemurmelt hatte (denn er sprach sehr leise) baten sie ihn um eine Privataudienz, um ihre Vertheidigung nachdrücklicher führen zu können. Er antwortete, sie könnten kommen, wenn sie wollten, jedoch nur zwischen 2 und 3 Uhr. Hiemit war die Unterredung zu Ende.

Auf Anrathen Cobenzels und Schrauts liessen sie Taleyrand am folgenden Tage eine Note überreichen, worin sie ihre Entschuldigungen wiederholten und nochmals um eine Privataudienz baten.

Die kaiserliche Subdelegation liess unterdessen der Centraldeputation durch Franz Schrodt insinuiren, sie soll, um die weitere Ver-

breitung der Staatsgeheimnisse zu verhindern, zur Besorgung der desshalb nöthigen Correspondenzen einen noch engeren Ausschuss niedersetzen und dazu von Seite des Raths den Senator von Harsdorf und den Consulenten Deinzer, und von Seiten des Genannten-Collegiums den Marktsadjunkten Merkel oder Börner beiziehen, die dann, wenn es die Verhältnisse erfordern, mit dem Magistrat und den Genannten Rücksprache nehmen sollen.

Die Deputirten warteten mehrere Tage, erhielten aber weder eine Antwort auf ihre Note, noch eine Privataudienz. Sie klagten dem Rath, wie viele vergebliche Gänge man machen müsse, und welche Hindernisse zu bekämpfen seien, ehe man zu den Personen gelange, die einen entscheidenden Einfluss auf die öffentlichen Staatsangelegenheiten haben. Diese Erfahrungen hätten sie im reichlichsten Maase gemacht. Sogar Liborie, diesen ihnen so wohlwollenden Mann, dem sie durch seinen intimen Freund, den Minister Bacher, empfohlen worden, hätten sie nur im Verborgenen, nachdem sie dreimal bei ihm angefahren und zweimal an ihn geschrieben, und nur gegen die Versicherung, seinen Namen gegen Niemand zu nennen, sprechen können.

Nicht besser erging es ihnen bei Dürant, dem Chef der teutschen Angelegenheiten und Vertrauten Taleyrands. Als sie ihn einst auf der Treppe zu seinem Bureau erwischten und baten, ihnen Gehör zu schenken, entschuldigte er sich mit den Worten, sie möchten am 1. Juni wieder kommen. Das Gleiche erfuhren auch andere Deputirte. Viele klagten, dass man sie bestellt, einige Stunden in den Vorzimmern warten lassen und dann unverrichteter Dinge wieder aus dem Hause weggeschickt habe; und unter diesen waren selbst Gesandte von hohem Rang und Stand.

Unter solchen Verhältnissen war der Aufenthalt zu Paris für die Deputirten mit vielen Unannehmlichkeiten verbunden. Sie wussten nicht, sollten sie bleiben oder abreisen. Ueber den Gang der Verhandlungen verlautete nur Weniges und wegen der Entschädigungen war noch nichts festgestellt, so dass die künftige Gestalt des teutschen Reiches nur in unbestimmten Umrissen sich zeigte. Bonaparte und Cobenzel beschäftigten sich damals hauptsächlich mit der Entschädigung des Grossherzogs von Toscana; die Fürsten und die Stände des Reiches sollten erst an die Reihe kommen, wenn der Grossherzog gehörig befriedigt sei. Nach dem Lüneviller Friedenschlusse sollte er im Herzen Teutschlands entschädigt werden. Aber Russland wollte davon nichts wissen, es verlangte, man sollte Bayern und Wirtemberg entschädigen. Auch Preussen widersetzte sich einer solchen Entschädigung des Grossherzogs; es verlangte die ihm 1796 zugesicherte und garantirte vollständige Entschädigung für den Prinzen von Oranien und eine annehmbare Indemnität für die übrigen Nassauischen und Hessischen Häuser.

Es war für unsere Deputirte und für viele Andere unbegreiflich, wie Beide, der Grossherzog von Toscana und der Prinz von Oranien, in Teutschland ihre Entschädigung finden könnten, wenn nach dem

Wunsche und Verlangen des Kaisers auch die übrigen Stände des Reiches die stipulirten Entschädigungen erhalten sollten, und wenn nicht die ganze Constitution des Reiches durch die Säcularisation fast aller geistlichen Staaten über den Haufen geworfen werden wolle. Demnach hätte man erwarten sollen, dass dem Grossherzog seine Entschädigung nirgends als in Italien angewiesen werde. Allein hier wollte Frankreich den Cis- und Transalpinischen Republiken nichts entziehen lassen, und Russland wollte nicht leiden, dass dem König von Sardinien etwas genommen werde; es bestand vielmehr unter sehr bedrohlichen Aeusserungen auf der Zurückgabe aller dem König entzogenen Länder. Anderseits wollte der König von Spanien nicht zugeben, dass dem Herzog von Parma das Land vorenthalten werde, das er ihm mit grossen Opfern verschafft hatte.

Kein Mensch wusste damals, ob diese und andere Wünsche und Forderungen, die sich gegenseitig durchkreuzten, auf dem Wege gütlicher Negotiationen ausgeglichen, oder mit Kanonen und Soldaten auseinandergesetzt werden sollten. In Paris glaubte man, am Vorabend eines neuen Krieges zu stehen, und man sprach mit vieler Zuversicht von einer Allianz zwischen Russland, England und Preussen gegen Frankreich.

Wie gesagt, unter diesen Verhältnissen dachten die Deputirten an die Heimreise. Sie meinten, die Hauptsache, die Unmittelbarkeit der Stadt, stehe nunmehr fest, und es sei von Seite Frankreichs auch bezüglich der Indemnisation für Nürnberg nur Erspriessliches zu erwarten. Ein längerer Aufenthalt zu Paris sei nutzlos und mit Unkosten verbunden, die bei den bekannten traurigen Finanzzuständen Nürnbergs wo möglich vermieden werden müssten.

Am 1. Juni gingen die Deputirten zu Dürant; sie trafen ihn aber wieder nicht. Als sie später wieder kamen, suchten sie durch einen handgreiflichen Beweis ihrer Artigkeit sich die Gunst des Huissiers zu erwerben. Dafür wurden sie von ihm in das Zimmer des Souschefs im Departement des Herrn Dürant geführt. Nach einer Stunde kam Dürant aus einer bei Taleyrand abgehaltenen Conferenz. Sie ersuchten ihn, ihnen eine Privataudienz bei dem Minister zu verschaffen. Er versprach es. Als sie aber nach den Gesinnungen Taleyrands für ihre Vaterstadt und bezüglich deren Verhältnisse zu Preussen forschten, fing Dürant ebenfalls von der fatalen Briefgeschichte an, wobei er unter anderm äusserte: „je n'en conçois rien, messieurs, comment on peut divulger une telle chose.“ Mit ihren Entschuldigungen, die sich auf blosse Vermuthungen gründeten, war er nicht zufrieden. Er verlangte eine offene und bestimmte Erklärung, die sie aber nicht geben konnten.

III.

(6. bis 29. Juni.)

Frankfurts Weigerung, mit Nürnberg gemeinschaftliche Schritte zur Erhaltung der Unmittelbarkeit zu machen, dagegen Zustimmung der Reichsstädte Hamburg, Lübek und Augsburg. Preussens Lage und seine Stellung gegen die Mächte. Die fatale Briefgeschichte abermals. Französischer Uebermuth gegen die deutschen und andere Abgeordnete. Gute Aussichten für die grössern Reichsstädte. Der Brief des ersten Consuls wahrscheinlich auf Veranlassung Preussens veröffentlicht. Audienz bei dem ersten Consul. Schreiben Taleyrands.

Auf den Rath Bachers hatte Nürnberg die Städte Frankfurt, Hamburg, Lübek und Augsburg zum Zwecke der Erhaltung ihrer Reichsfreiheit zu gemeinschaftlichen Schritten aufgefordert. Während die andern sich dazu nicht abgeneigt zeigten, antwortete Bürgermeister und Rath zu Frankfurt der Stadt Nürnberg, dass sie dem Interesse ihres Gemeinwesens angemessener gefunden haben, die Erhaltung seiner Verfassung von dem fortdauernden Bestand der Reichsconstitution, und von dem Schutz des höchsten Reichsoberhauptes zu erwarten, als diesfalls besondere Einleitungen zu machen, welche für Reichsstädte immer misslich und von ungemein zweifelhaftem Erfolg zu sein pflegen. Sie hätten zwar vor Kurzem einen Deputirten nach Paris zu senden für gut befunden, da dieses aber zu keinem andern Endzweck geschehen, als um das französische Gouvernement zu becomplimentiren und demselben das Frankfurter Gemeinwesen im Allgemeinen zu empfehlen, so vermöchten sie nicht, denselben zu beauftragen, dass er mit den anderer Absichten wegen zu Paris befindlichen Nürnberger Bevollmächtigten gemeinschaftliche Sache mache.

Pfleger und geheime Räthe der Reichsstadt Augsburg dagegen zeigten dem Rath zu Nürnberg an, es sei ausser einigen Empfehlungen an hohe Ministerialpersonen von ihnen kein weiterer Schritt bisher gemacht worden; sie hätten sich mit dem gemeinsamen Benehmen des reichsstädtischen Collegiums zu Regensburg begnügt. Sollte aber das Interesse der commerzierenden Reichsstädte concentrirte Massregeln erheischen, so werden sie den gegebenen Fingerzeig zu einer allseitigen Berathung mit Vergnügen benützen. Sie ersuchten sodann um Mittheilung dessen, was die Nürnbergische Deputation zu Paris über Augsburg und sein Schicksal etwa in Erfahrung gebracht hätte.

Lübeck, das schon seit Eröffnung des Reichsfriedens-Congresses zu Rastadt gemeinschaftlich mit den Reichs- und Hansestädten Bremen und Hamburg die zur Aufrechthaltung reichsstädtischer Unmittelbarkeit, Handelsfreiheit und Gerechtsame dienlichen Einleitungen und Schritte gemacht hatte, beauftragte den Senator Matthäus Rodde, seinen ehemaligen Bevollmächtigten auf dem Congresse zu Rastadt, der eben auf der Reise nach Paris begriffen war, mit den Nürnbergischen Abgesandten daselbst vertrauliche Communication zu pflegen.

Ebenso ertheilte auch Hamburg seinem Abgeordneten zu Paris den Auftrag, den Nürnbergischen Deputirten die möglichste Willfährigkeit zu beweisen.

Da die Reichsstädte Frankfurt, Hamburg, Bremen und Lübeck ebenfalls ihre Abgeordnete zu Paris hatten, traten unsere Deputirte mit ihnen ins Benehmen, in der Absicht, eine nähere Verbindung der wichtigsten Handelsstädte zum Zwecke eines gemeinsamen Zusammenwirkens und einer wechselseitigen Unterstützung in denjenigen Dingen zu begründen, die das gemeinschaftliche Interesse aller Reichsstädte und insbesondere die Erhaltung ihrer Unmittelbarkeit, die Freiheit des Handels und die Sicherstellung gegen die Bedrückungen von Seite ihrer mächtigen Nachbarn betrafen.

Ueber die politische Lage konnten die Deputirten dem Rath ihrer Vaterstadt damals nichts Bestimmtes oder Tröstliches berichten. Man glaubte, der Kaiser werde vordersamst seine eigene Indemnität und jene des Grossherzogs, sowie die Existenz der vorzüglichsten Reichsstädte und geistlichen Fürsten sichern, und dafür die Garantie Frankreichs suchen, dem Reiche aber es überlassen, sich seine Entschädigung selbst zu bestimmen. Teutschlands Constitution sollte von Frankreich und Russland garantirt werden. Dies hoffte man; aber die Unmöglichkeit, die sich durchkreuzenden Hoffnungen der mächtigeren Staaten auszugleichen, liess eher einen neuen Krieg befürchten. Nach den Ansichten der Pariser Diplomaten war Preussen damals weit entfernt, Pläne zu seiner Vergrösserung zu entwerfen. Im Gegentheil gab es sich alle Mühe, nicht in einen Krieg, entweder gegen Russland und England, oder gegen Frankreich, und endlich selbst gegen den Kaiser verwickelt zu werden. Es sah dabei keinen Vortheil, wohl aber besorgte es grossen Nachtheil. Es beobachtete daher zu Paris bezüglich seiner eigenen Entschädigungen tiefes Stillschweigen; nur die Indemnität der Nassauischen Häuser brachte es in Anregung. Seine Absicht auf die Besitznahme Nürnbergs suchte es in Paris soviel wie möglich zu verbergen.

Unter den teutschen Zeitungen, in denen das Schreiben des ersten Consuls veröffentlicht war, waren nur die Bamberger und Hamburger Zeitungen. Der Urheber dieser Verbreitung konnte nicht ermittelt werden, aber man war in Nürnberg fest überzeugt, dass Ansbach, wie auch in den französischen Zeitungen verlautete, wirklich der Ort sei, von welchem aus die Verbreitung absichtlich geschehen sei. Allem Anscheine nach hatte der Verbreiter keine Abschrift, sondern nur eine Uebersetzung des französischen Schreibens vor Augen, so dass er diese wieder ins Französische übertragen musste. Dadurch ist dann erst jenes Schreiben entstanden, welches von dem französischen Gouvernement mit allem Grunde für unächt erklärt werden konnte. Hierin lag aber zugleich die vorzüglichste Rechtfertigung für den Rath, dass er keinen Theil an jener Verbreitung gehabt. Es wurde damals ein engerer Ausschuss aus den Central-Deputations-Mitgliedern behufs der Geheimhaltung aller Staatsgeheimnisse auf Anordnung des Subdelegaten niedergesetzt.

Auch die Antwort, die Nürnberg auf seine Integritätsvorstellung vom Grafen Cobenzel erhalten hatte, wurde durch eine Preussische Zeitung, die Weseler Zeitung, veröffentlicht; es war somit klar, dass man von Seite Preussens bestrebt war, Nachrichten und Geheimnisse, welche Nürnberg betrafen, öffentlich zu verbreiten.

Die in Bayreuth erscheinenden Provinzialblätter enthielten damals die Nachricht, das Schreiben Bonaparte's an den Rath sei wirklich erdichtet; dieses habe bei einem grossen Theile des Publikums unangenehme Sensation erregt, weil das Schreiben für die dominirende Partei der Beweggrund zur Abordnung nach Paris gewesen. — Diese Nachricht war ebenfalls Preussischen Ursprungs. Die Centraldeputation theilte daher unterm 20. Juni den Abgeordneten das Original zu allenfalls nöthigem Gebrauche mit.

Diese fatale Briefgeschichte liess die Deputirten nicht ruhen. Um den Rath vom Verdacht einer geflissentlichen Verbreitung des Schreibens zu reinigen, hatten sie sich eine genaue Abschrift des ächten mit der Unterschrift des ersten Consuls versehenen Schreibens verschafft, um es mit dem in den Zeitungen publizirten zu vergleichen. Dieses zeigte mehrere Abweichungen im Texte, so dass man wohl annehmen konnte, die Veröffentlichung sei nicht von den Besitzern des Originals ausgegangen. Taleyrand und Dürant zeigten sich nach und nach befriedigt, und der erste Consul wollte sich gar nicht erinnern können, das Schreiben unterzeichnet zu haben. Man liess den Deputirten sagen, dasselbe sei wahrscheinlich im Secretariate Joseph Bonaparte's ausgefertigt worden. Dadurch sollte die Autorschaft verläugnet werden.

Taleyrand bewilligte ihnen eine Audienz, die aber nicht zu Stande kam. Zweimal warteten sie mehrere Stunden lang im Vorzimmer. Das erste Mal liess er ihnen und mehreren Gesandten vom ersten Rang, die ebenfalls lange gewartet hatten, durch den Huissier ankündigen, er könne diesmal Niemand sprechen, das andere Mal liess er sie durch Dürant fortschicken; er sei durch die Anwesenheit des Königs von Etrurien zu sehr beschäftigt, und sie möchten sich noch einige Tage gedulden.

Um sie für die vielen Demüthigungen einigermassen zu entschädigen, meldete ihnen Dürant, er habe wegen ihrer Angelegenheiten mit dem Minister gesprochen und von ihm erfahren, der erste Consul werde auf die Erhaltung der vorzüglichsten Reichsstädte Bedacht nehmen, und Nürnberg in den Stand setzen, sich erhalten zu können, zumal vom Reichstag zu Regensburg erwartet werden könne, dass es ihm gelingen werde, bei einiger Biegsamkeit (un peu deliant) und Mässigung der grösseren Stände des Reiches die verschiedenen Interessen zu vereinigen. Am 7. Juni erhielten die Deputirten von Taleyrand eine Einladung zu dem Feste, das er in der Nacht vom 8. auf den 9. auf seinem Schlosse zu Neuilly dem König von Etrurien zu Ehren veranstaltete. Obige Nachrichten und diese Einladung liessen die ihnen vom französischen Uebermuth zugefügten Kränkungen vergessen und erfüllten sie mit grossen Hoffnungen.

Schon bei der ersten Audienz, die sie bei Taleyrand gehabt, hatten sie die Zusage erhalten, dass sie dem ersten Consul vorgestellt werden sollen. Dieser ertheilte, ausserordentliche Fälle ausgenommen, keinem Gesandten einzeln eine besondere Privataudienz. Er gab nur öffentliche allgemeine Audienzen, wozu alle Gesandte, mit deren Staaten Frankreich in gutem Vernehmen stand, Zutritt hatten, und wobei er mit Allen, jedoch nur in Gegenwart Aller, sprach. Das geschah monatlich zweimal, am 2. und 17. jeden Monats. Zur zweiten Audienz erhielten auch Tucher und Kiessling eine Einladung. Da es nicht gewöhnlich und auch nicht möglich war, bei diesen Audienzen lange mündliche Vorträge zu halten oder dem ersten Consul ohne vorherige Rücksprache und Genehmigung des betreffenden Ministers, etwas Schriftliches zu überreichen, so bereiteten sie sich dazu auch nicht vor, denn der erste Consul stellte Alles, was ihm auf solche Weise überreicht wurde, sogleich dem Minister zu, zu dessen Ressort es gehörte. Dieser erstattete sodann Bericht und liess den Exibibenten die betreffenden Entschliessungen des ersten Consuls eröffnen.

Die zweite grosse Monatsaudienz war diesmal am 21. Juni im Schlosse der Tuilerien, wo Bonaparte seine Wohnung aufgeschlagen hatte. Schon vor 1 Uhr fuhren sie in den Tuilerien vor. Zur ebenen Erde war ein Zimmer, in welchem sich das diplomatische Corps gewöhnlich versammelte. Als sie dahin geführt wurden, fanden sie schon mehrere Gesandte versammelt. Bald darauf kamen noch mehrere derselben, und jetzt wurde sogleich Caffé, Chocolade, Liqueurs und andere Erfrischungen gereicht. Gegen 2 Uhr erschien der Ceremonienmeister Quinet, vormaliger Minister des Innern; er lud die Anwesenden zur Audienz. Alles setzte sich in Bewegung, der Ceremonienmeister an der Spitze. Ihm folgte der kaiserliche Minister; dann kam der Spanische, nach diesem der Dänische und dann der Preussische Gesandte. Diesen folgten die übrigen, jedoch in keiner bestimmten Rangordnung. Zu beiden Seiten des Wegs, den man passiren musste, und auf der Treppe waren Spaliere von Grenadiers, die während des ganzen Zuges das Gewehr präsentirten und unten auf dem Vorplatz und auf dem ersten Absatz der Stiege das militärische Spiel rührten. Auch oben in dem grossen Saale, den man durchschreiten musste, bildeten Grenadiers ein Spalier, und es ertönte daselbst von einem hohen Balcon herab eine kräftig erschallende türkische Musik.

Nun kam man in den grossen Audienzsaal. Daselbst waren die drei Consulen, sämmtliche Minister und Staatsräthe, alle in ihrem gewöhnlichen Amtscostüm, bereits versammelt. Dem Eingange gegenüber standen die drei Consulen, Bonaparte in der Mitte, Cambacérès an seiner Rechten und Lebrun zu seiner Linken. Neben Lebrun standen der Justiz- und Kriegsminister. Die Minister des Aeussern und des Innern standen an der Thüre, um die Gesandten zu empfangen. Der Staatsrath und die Gesandten bildeten sodann den Consulen gegenüber einen offenen Halbkreis, so dass die Gesandten

die Seite einnahmen, die an die rechte der Consulen hinging, und der Staatsrath sich an dieselbe anlehnte und sich bis zur Linken der Consulen, wo die Minister standen, erstreckte.

Nun trat Bonaparte aus der Mitte hervor. Er sprach zuerst mit dem Grafen Cobenzel, und zwar länger als gewöhnlich, dann mit dem Spanischen, Dänischen und Preussischen Gesandten, und so in der Reihe herum, wie eben jeder stand. Mit Marquis Luchesini sprach er am Wenigsten und gleichsam im Vorbeigehen. Jetzt kam er in die Nähe der Nürnberger Deputirten. Taleyrand trat zu ihnen heran und präsentirte sie als Deputirte von Nürnberg (les deputés de Nuremberg!). Sie übergaben ihr Creditiv und empfahlen ihre Committenten in allgemeinen Ausdrücken der Protection des ersten Consuls. Er nahm dasselbe und fragte: „Wie viel Einwohner hat Nürnberg?“ Als diese Frage beantwortet war, sagte er: „Vous avez fait imprimer la lettre que je vous ai écrite.“ Sie erwiderten, ihre Committenten hätten sich einer solchen Indiscretion niemals schuldig gemacht. Der Brief, welcher in den Pariser Zeitungen erschienen, sei nicht das Schreiben, das der Rath von ihm zu erhalten das Glück gehabt habe, sondern nur die elende Erfindung einer müssigen und der Stadt feindlich gesinnten Person. Als sie noch weiter reden wollten, fiel Bonaparte ihnen in das Wort: „Oui! Oui! je le sais bien, ce n'est pas mon style et mes expressions — d'ailleur ce la ne fait rien, il n'y a point de mal a cela.“ Bonaparte war schon im Begriffe, weiter zu gehen, da empfahlen sie sich und ihre Committenten noch einmal seiner Protection, und im Gehen wendete er sich dann zu ihnen mit den Worten: „Votre ville est bien recommandée au gouvernement.“

Bonaparte ging nun weiter an der Reihe der Gesandten herum. Als er mit den Meisten derselben gesprochen hatte, trat er wieder an seinen ersten Platz und in die Mitte zwischen den beiden andern Consulen. Damit war die Audienz zu Ende, und die Gesandten gingen ohne Ordnung und Rangfolge und ohne Vortritt des Ceremonienmeisters aus dem Audienzsaale. Auf dem Zurückweg erhielten sie die nämlichen militärischen Honneurs wie auf ihrem Hinweg. Sie versammelten sich sodann wieder in dem Zimmer, von dem sie ausgegangen waren. Als sie einige Augenblicke allda verweilt hatten, fuhr jeder, wie er konnte und wollte, nach Hause. „Luchesini aber schnitte Gesichter, besonders gegen die Unterzeichneten.“ *)

Die Deputirten waren mit dieser Audienz sehr zufrieden, besonders weil sie aus den Worten Bonaparte's ersahen, dass die Briefgeschichte für ihre Vaterstadt weitere schädliche Folgen nicht haben werde. Nach ihrer Ansicht stand Cobenzel noch immer in gutem Einvernehmen mit dem Gouvernement. Die Entschädigung des Grossherzogs beschäftigte ihn sehr. Aber wo derselbe entschädigt werden sollte, wusste er ebenso wenig als andere Leute. Taleyrand wollte

*) c. e. gegen Tucher und Kissling.

nach des Grafen von Livorno Abreise, der mit den ihm erwiesenen Ehren sehr zufrieden war, nach Burgund ins Bad gehen. Man bezeichnete Chaptal, den Minister des Innern, oder Berthier, den Kriegsminister, als diejenigen, die während seiner Abwesenheit das Portefeuille des Aeussern übernehmen sollten.

Taleyrand reiste gegen Ende Juni ins Bad zu Bourbon l'Archambault,, um seine angegriffene Gesundheit zu kräftigen. Vor seiner Absreise richtete er folgendes Schreiben an die Nürnberger Deputirten:

J'ai l'honneur de vous informer, Messieurs, que le premier consul m'ayant autorisé à faire une absence de quelques décades pour un voyage de Bourbon-l'Archambault, que l'etat de ma santé m'a rendu nécessaire. Le portefeuille de departément a été confié, par son ordre, au citoyen Caillard, ancien ministre de la republique Française à Berlin et garde des archives des relations exterieures.

Ce sera a lui que vous voudrez bien adresser, Messieurs, vos communications. Il sera chargé d'y repondre et de suivre avec vous les conferences relatives aux affaires et interet respectifs.

Agréez, Messieurs, l'assurance de ma parfaite consideration.

Le ministre de relations exterieures
Ch. Mau. Taleyrand.

Paris, le 9. Messidor an. 9.

IV.

(1. bis 28. Juli)

Geringe Aussichten für die Wiedererwerbung des entrissenen Gebietes. Gesinnungen des ersten Consuls und des französischen Gouvernements gegen die commerzirenden Reichsstädte. Neue Bedrängnisse Nürnbergs durch Preussen. Gefährliche Erkrankung des ersten Consuls. Audienz der Deputirten bei den Consulen Cambacérès und Lebrun, und sodann abermals bei dem ersten Consul und bei Berthier. Das französische Nationalfest. Bestreben der Deputirten, Handelsvortheile für Nürnberg zu erlangen. Frankreichs zuwartende Haltung bezüglich der Entschädigungsfrage. Die Deputirten wollen ein Memoire an Taleyrand einreichen. Restitution der Geistlichkeit in Frankreich. Der päpstliche Gesandte. Rath des Grafen Cobenzel, den Russischen Gesandten für Nürnberg zu gewinnen.

Tucher und Kissling hatten vom Rath den Auftrag erhalten, von dem französischen Gouvernement die Zusicherung zu verlangen, dass dasselbe bei den Indemnisations-Negotiationen auf die Erhaltung der reichsstädtischen Existenz Nürnbergs und die Zurückgabe des ihm mit Gewalt entzogenen Gebietes Rücksicht nehmen wolle. Als sie desshalb den Reichs-Hofrath von Schraut um Rath fragten, äusserte

er, dass eine solche Zusicherung von Seite des Kaisers zu erhalten wohl nicht schwer sein werde, aber vom Französischen Gouvernement werden sie dieselbe kaum erhalten, da es sich auf Separat-Propositionen, die sich auf das Indemnisations-Geschäft beziehen, nicht einlassen wolle. Aehnliches erwiderte ihnen Dürant, den sie ebenfalls um Rath fragten. Er versicherte sie, dass sie bezüglich der Erhaltung der reichsstädtischen Existenz ganz unbesorgt sein dürften. Denn es sei der erklärte Wille des ersten Consuls, dass die commercirenden Reichsstädte erhalten werden sollen. Aber das Gouvernement könne sich dermal noch zu Nichts, was auf die Entschädigung Bezug habe, schriftlich verbindlich machen. Es werde sich aber jeden Falls Nürnbergs annehmen, und, wenn es auch nicht öffentlich geschehe, doch in der Stille für dasselbe wirken — Die Deputirten aber beschlossen, eine auf obige zwei Punkte abzielende Petition bei dem Französischen Gouvernement einzureichen.

Die in den beiden Fürstenthümern Ansbach und Bayreuth im Frühjahre marschfertig gemachten Truppen gingen gegen Ende Juni wieder auseinander. Hingegen kam der Preussische Kriegs- und Domainenrath Zenker als Commissarius nach Nürnberg, um daselbst wegen der Siechköbel und anderer im occupirten Gebiete gelegenen Nürnbergischen Stiftungen Recherchen anzustellen. Er forderte die Administratoren auf, sich vor ihm zu stellen, und ihm die Stiftungsbriefe und Rechnungen vorzulegen, was aber entschieden verweigert wurde. Auch beabsichtigte Preussen, in dem eine Stunde von Nürnberg gelegenen Markte Schweinau ein Preussisches Niederlagshaus für Handlungsgegenstände zu etabliren. Diese Vorgänge zeigten von Neuem, dass Preussen nicht gesonnen sei, vom Occupiren und Bedrängen der schwer heimgesuchten Reichsstadt abzustehen. Auch wurde die Auszeichnung, womit die Nürnbergische Deputation vom ersten Consul und andern Staatsmännern behandelt wurde, mit scheelem Blicke betrachtet. Dagegen rechnete Nürnberg immer auf einen Bruch zwischen Frankreich und Preussen, namentlich als letzteres die von Frankreich verlangte Sperrung der Elbe ablehnte und dieses in drohendem Tone vom Berliner Cabinete eine bestimmte Erklärung über diese Angelegenheit forderte.

Auf das Schreiben Cobenzels an den Rath erliess dieser ein Danksagungsschreiben, das dem Grafen von den Deputirten überreicht wurde. Bei dieser Gelegenheit äusserte derselbe abermals, er werde das gerechte Verlangen der Stadt nach Kräften secundiren. Es sei das seine Schuldigkeit und ihm auch vom Kaiser ausdrücklich aufgetragen. — Die Abberufung des Grafen bestätigte sich nicht; sie war lediglich die Erfindung eines Zeitungsschreibers.

Unter den Diplomaten herrschte damals grosse Ruhe. Denn Taleyrand war im Bade, und der erste Consul nicht unbedenklich erkrankt. Er hatte sich nämlich in Aegypten die Krätze oder einen derselben ähnlichen Hautausschlag geholt. Tur Heilung desselben gebrauchte er eine Salbe, die zwar Heilung bewirkte, aber den Giftstoff auf die Nerven und Eingeweide verpflanzte, was dem Patienten

zuweilen schreckliche Krämpfe verursachte. Um das Gift aus dem Körper zu ziehen, verordneten die Aerzte Vesicatoirs auf die Brust und an die Seite. Die Anwendung derselben zeigte guten Erfolg, so dass gegen den 8. Juli die Lebensgefahr beseitigt schien.

Damals erwartete man auch den Frieden mit England. Es hiess sogar, ein Englischer Geschäftsträger sei in Frankreich angelangt. Derselbe werde nächstens nach Paris kommen. Einige Personen wollten wissen, dass die Friedenspräliminarien bis zum 14. Juli, an welchem Tage ein grosses Friedensfest gefeiert werden sollte, bekannt gemacht werden.

Dieser Tage erhielten die Deputirten Privataudienz bei Cambacérès, dem zweiten, und Lebrun, dem dritten Consul. Von beiden wurden sie sehr gut aufgenommen und mit aller Aufmerksamkeit angehört. Ersterer äusserte, das Verhalten Nürnbergs während des Krieges, und seine Handelsverhältnisse seien dem Gouvernement wohl bekannt, und die Stadt verdiene es, dass man sich ihrer annehme. Nach geendigter Unterredung lud er sie zur Tafel; sie mussten aber die Einladung ablehnen, weil sie schon vorher ein Engagement angenommen hatten und sich schicklicher Weise davon nicht losmachen konnten.

Um die Besorgnisse zu beschwichtigen, die seine Unbässlichkeit erzeugt, liess der erste Consul am 14. Juli, an welchem das grosse Nationalfest gefeiert wurde, einen Theil der Pariser Garnison Revue passiren. Nach Beendigung derselben gab er den auswärtigen Gesandten eine grosse ausserordentliche Audienz, bei der auch die Nürnberger anwesend waren. Das Ceremoniel war dasselbe wie bei der vorhergegangenen gewöhnlichen Audienz, nur mit dem einzigen Unterschiede, dass Tucher und Kiessling gleich den ersten Ministern und Gesandten zuvor in ein Zimmer, von dem aus die Revue angesehen werden konnte, und erst nach Beendigung derselben in das gewöhnliche Versammlungszimmer, la chambre des ambassateurs genannt, eingeführt wurden.

Zu dem grossen Nationalfest waren gegen 400,000 Fremde aus Frankreich und Deutschland nach Paris geströmt. Man hatte auf diesen Tag grosse Ereignisse, namentlich die Verkündigung des Friedens mit England, und ganz ausserordentliche Festlichkeiten erwartet. Von alledem geschah aber nichts. Nur auf den champs elyseés befanden sich einige Theater, auf welchen öffentliche Vorstellungen gegeben wurden, viele Schaubühnen mit Seiltänzern, Taschenspielern und Grimasseurs, 22 Orchester mit Tanzbelustigung, Säle mit Concerten und sonstige Gelegenheiten zu Lust und Spiel. Abends war Feuerwerk und grosse Illumination.

Die Schweiz und die Hansestädte betrieben mit Frankreich den Abschluss eines Handelsvertrages, der ihnen viele Begünstigungen zusicherte. Die Deputirten säumten nicht, ähnliche Vortheile für ihre Vaterstadt zu erringen und derselben ein freies neutrales Commercium zur Zeit des Krieges auszuwirken. — Auch machten sie dem Kriegsminister Berthier, an den sie vom General Barbou ein Empfehlungs-

schreiben hatten, ihre Aufwartung. Sie ersuchten ihn, sie in ihren Negotiationen mit dem Gouvernement zu unterstützen, indem sie sich auf die Dienste beriefen, die Nürnberg mit ausserordentlicher Anstrengung und mit aller Bereitwilligkeit den Französichen Armeen geleistet und die in den officiellen Berichten der Generäle ihre Bestätigung gefunden. Berthier sprach mit Anerkennung von diesen Diensten und sicherte ihnen seine Unterstützung zu.

Während der Abwesenheit Taleyrands, der gegen Ende Juli zurückerwartet wurde, ruhte die Politik fast gänzlich, keiner der anwesenden Gesandten war so glücklich, eine zuverlässige und verbindende Aeusserung des Französischen Gouvernements zu erhalten. Selbst diejenigen, welche mit demselben wegen der auf den abgetretenen Ländern haftenden Schulden Abrechnung pflogen, konnten zu keinem Abschluss kommen. Ueberhaupt schien es, Frankreich wolle nicht eher sich zu Etwas verbindlich machen, bis es eine feste Politik verfolgen könne. Und dieses war nicht möglich, so lange es gegen England in den Waffen stand. Jedermann sah ein, dass der Friede mit England auch auf die deutschen Angelegenheiten grossen Einfluss haben werde. Unter diesen Umständen und da Frankreich abzuwarten schien, welche Wendung die Entschädigungsverhandlungen auf dem Reichstage nehmen werden, konnte man auch nicht erwarten, dass es sich öffentlich für die Restitution der von Preussen und Bayern occupirten Nürnbergischen Gebietstheile aussprechen werde. Durch eine solche Erklärung würde es offenbar feindliche Absichten gegen Preussen an den Tag legen und dieses wahrscheinlich nicht gleichgiltig sich verhalten.

Die Deputirten hofften noch immer, Frankreich werde schon seines eigenen Interesse wegen Nürnberg zu den entrissenen Besitzungen verhelfen. Es war daher ihr eifrigstes Bestreben, eine schriftliche Erklärung und Zusage des Gouvernements über diesen Punkt zu erlangen. Sie geben aber nicht an, worauf sich ihre Hoffnungen gründeten.

Staatsrath Champagny kam damals als Französischer Gesandter nach Wien, und Cobenzel nach Regensburg zum Reichstag. An seine Stelle zu Paris sollte Joseph Cobenzel kommen.

Reichshofrath von Schraut äusserte sich gegen unsere Deputirten, dass die Bestimmung der Entschädigung sich noch sehr in die Länge ziehen könne, und während dieser weitläuftigen Negotiationen auf dem Reichstage werde zu Paris gewiss nichts Erhebliches und Entscheidendes vorfallen. Sie könnten daher unbeschadet des Interesse der Stadt Nürnberg auf 5 oder 6 Monate nach Hause gehen. — Sie fragten desshalb bei der Centraldeputation an, ob sie diesen Rath befolgen sollten. Derselben schickten sie auch die Abschrift des Memoirs, das sie dem Minister Taleyrand nach dessen Rückkehr überreichen wollten. Es betraf die bekannten 2 Punkte: Erhaltung der Unmittelbarkeit, und Restitution des von Preussen und Bayern entrissenen Gebietes.

Der erste Consul beschäftigte sich in jenen Tagen vielfach mit der Wiederherstellung der Geistlichkeit in Frankreich. Der Papst

sandte zu diesem Zwecke den Cardinal Gonsalvi und seinen Neffen Mgr. Spina nach Paris. Beide wurden in der letzten ausserordentlichen Audienz vom erten Consul empfangen. Es hiess, Gonsalvi habe eine auf die Restitution der Geistlichkeit bezügliche Convention mit dem Französischen Gouvernement bereits abgeschlossen, und er erwarte nur noch die Bestätigung des heiligen Vaters.

Auch Graf Cobenzel war der Meinung, dass sich die Auseinandersetzung der Entschädigungen noch sehr in die Länge ziehen werde. Sie könnten daher ihre Rückreise ohne Nachtheil für ihre Committenten antreten, da ja ohnehin die Erhaltung der Unabhängigkeit Nürnbergs vorzüglich durch den Kaiser bewirkt werden müsse, und dieser auch seinem Nachfolger auf dem Gesandtenposten zu Paris den bestimmten Befehl ertheilt habe, Nürnbergs Angelegenheiten in Schutz zu nehmen. — Der Graf gab ihnen noch den Rath, auch dem Russischen Gesandten ihre Verhältnisse mit Preussen bekannt zu geben, und denselben für sich zu gewinnen.

V.

(1. bis 18. August.)

Bonaparte über Preussen. Besorgnisse Nürnbergs vor Preussen. Hoffnungen auf den Kaiser und Frankreich. Absicht der Deputirten, die Heimreise anzutreten. Ueberreichung des Memoirs wegen Erhaltung der Unmittelbarkeit und Wiedererlangung des entrissenen Gebiets. Artiges Benehmen des ersten Consuls gegen die Deputirten. Nürnbergs Erwartungen vom Bürger Bacher. Einwilligung der Centraldeputation, dass der Russische Gesandte für Nürnberg gewonnen werde, mit einem Rückblicke auf die frühern günstigen Gesinnungen des Russischen Cabinets gegen Nürnberg. Eine Note des Preussischen Gesandten von Soden. Erklärung Frankreichs bezüglich der Erhaltung der Unmittelbarkeit Nürnbergs und Frankfurts. Persönliche Verhältnisse der Deputirten und ihre Lebensweise zu Paris.

Zwischen Frankreich und Preussen herrschte nach der allgemeinen Ansicht damals ziemliche Spannung. Auch soll sich Bonaparte über das Streben dieser Macht, sich zur Grossmacht emporzuschwingen, gegen den Preussischen Gesandten Luchesini sehr ironisch geäussert haben. Es war soweit gekommen, dass Nürnberg von diesem Verhältnisse Vortheil für sich ziehen zu können hoffte. Es war dieses der von allen Seiten schwer bedrängten Stadt aber kaum zu verargen und Preussen trug redlich dazu bei, sie vollständig der Verzweiflung preiszugeben. Um der Stadt die Einnahmsquellen, die ihr aus dem Handel und Verkehr zuflossen, zu entziehen, legte es, wie schon oben bemerkt wurde, in Schweinau ein Zollamt und Niederlagshaus an; und man sprach sogar von der Verlegung des Kreis-

directoriums von Schwabach in die von Preussen besetzte Vorstadt Wöhrd. Die Stadt lebte in der beständigen Angst, die Preussen werden kommen und sie in Besitz nehmen. Ueber die Verhandlungen am Reichstage wegen der Entschädigungssache verlautete nichts, aber man wusste, dass von Seite Preussens für die kleinen deutschen Staaten und die Hochstifte nichts Gutes zu erwarten war, so sehr auch der Wiener Hof und in gewisser Beziehung damals selbst Frankreich der Erhaltung derselben, namentlich der Reichsstädte, das Wort redete. Der reichsstädtischen Deputation, die im Monat Mai dem Kaiser ein Collegialschreiben sämmtlicher Reichsstädte um Erhaltung des reichsstädtischen Collegiums und jeder einzelnen Reichsstadt überreichte, wurde von Seite des Kaisers und des Reichsvicekanzlers, des Fürsten Colloredo-Mansfeld der nachdrücklichste Schutz der reichsständischen Verfassung zugesichert.

Preussen hatte in der That sein Verlangen nach dem Besitz Nürnbergs noch nicht aufgegeben. Die von ihm im Ansbachischen Gebiete getroffenen neuen Einrichtungen schienen keinen andern Zweck zu haben, als die Stadt immer mehr zu beengen und ihr die Behauptung ihrer politischen Existenz unmöglich zu machen. Denn Preussen war es nicht unbekannt, dass Frankreich und der Kaiser der Reichsstadt ihre Unabhängigkeit zugesichert hatten. Es war daher natürlich, dass die zu jener Zeit in Umlauf gebrachten Gerüchte von einer vermehrten Spannung zwischen Preussen und Frankreich, sodann von wiedererfolgter Annäherung dieser beiden Mächte zu Nürnberg mit besonderm Interesse und verschiedenen Gefühlen aufgenommen wurden.

Die Deputirten dachten jetzt ernstlich an ihre Heimreise, wozu sie sich von der Centraldeputation die Erlaubniss erbaten. Während ihrer Abwesenheit wollten sie in der Person des Schwedischen Gesandtschaftspredigers Gamps, eines Strassburgers, einen Correspondenzführer aufstellen. Er besass dazu die nöthigen Kenntnisse, die gehörige Staatsklugheit und den feinen Tact, um den Schein von der Wirklichkeit zu unterscheiden. Er schrieb auch für andere Personen ähnliche Bülletins, und war desshalb in seinen Bedingungen billiger.

In der Nacht vom 10. August marschirten zwei und eine halbe Brigade aus Paris. Man vermuthete, dass sie an die Küsten Frankreichs und zu dem Unternehmen gegen England bestimmt seien. Auch sah man täglich der Abreise Bonaparte's, der ebenfalls dahin gehen sollte, entgegen.

Das Memoir mit den Bitten und Wünschen bezüglich der Erhaltung der Selbstständigkeit und der Wiedererlangung der entrissenen Gebiete wurde dem Französischen Gouvernement vorgelegt. Dass dasselbe bezüglich des letztern Punktes eine bestimmte Erklärung zu Gunsten Nürnbergs abgeben werde, war übrigens nicht zu hoffen, und die Deputirten sahen das wohl selbst ein. Um jedoch nichts unversucht zu lassen, brachten sie ihre Angelegenheit auch an die Ministerien des Innern und des Krieges. Dem Monsieur Lannet, der im Ministerium des Innern dem Handelsdepartement vorstand, setzten sie die Handelsverhältnisse der Stadt mit Frankreich wieder-

holt auseinander, indem sie ihm die Vortheile zeigten, die Frankreich in Friedens- und Kriegszeiten von Nürnberg bezog, und auf den Nachtheil hinwiesen, der für Frankreich aus der Veränderung der politischen Existenz der Reichsstadt entstehen würde. Lannet versprach ihnen mit Mund und Hand, ihre Bitte bei dem Gouvernement nach Kräften zu unterstützen, und namentlich dem Ministerium des Aeussern die Sache nachdrücklichst ans Herz zu legen. — An die Ministerien des Innern und des Kriegs reichten sie auf diesen Gegenstand bezügliche Noten ein. Sie wurden überall wohlwollend aufgenommen, und Berthier versprach ihnen nachdrücklichste Unterstützung, ebenso General Augereau, der die Sache Nürnbergs dem ersten Consul bestens empfahl. Letzterer unterhielt sich bei der grossen Audienz, die er am 5. August gab, mit den Nürnberger Deputirten ganz besonders höflich und freundlich. Sie glaubten, darin einen Beweis der günstigen Gesinnungen des Französischen Gouvernements gegen ihre Vaterstadt zu erblicken, namentlich wenn sie bedachten, dass während der kurzen Dauer solcher Audienzen der erste Consul in der Regel nur mit einer geringen Anzahl der Anwesenden sprechen konnte, und damals nicht nur der neuangekommene Schwedische Minister, Baron von Ehrenswerth, nebst einem zahlreichen Gefolge von Adjutanten und Gesandtschaftscavalieren vorgestellt wurde, sondern auch der Russische Gesandte Kalitschef, sowie alle übrige zu Paris befindliche Gesandten und Envoyés bei der Audienz anwesend waren.

In Paris sprach man damals viel von einer Landung, die Bonaparte gegen England im Schilde führe, und dass in dieser Absicht bereits Schiffe ausgelaufen seien.

Die Deputirten wurden unterm 10. August von der Centraldeputation ermächtigt, die Rückreise anzutreten, wobei jedoch ausdrücklich bemerkt wurde, diese Zurückberufung werde nur eine interimistische sein, besonders für den Fall, wenn die Friedensverhandlungen nicht zu Regensburg oder an einem andern Orte, sondern zu Paris zu Ende geführt werden sollten.

Das von der Deputation verfasste an die Französsische Regierung eingereichte Memoire fand bei der Centraldeputation ungetheilten Beifall. Dieselbe hoffte, dass dieses Memoire und jenes, das der Bürger Bacher zum Besten der vorzüglichsten Reichs- und Handelsstädte, namentlich Nürnbergs, an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten eingeschickt hatte, auf das Beste zusammen stimmen und einander kräftig unterstützen werden.

Von Seite Nürnbergs setzte man überhaupt grosse Hoffnung auf die Unterstützung, die Bürger Bacher der Stadt bisher gewährt hatte und auch für die Zukunft in Aussicht stellte. Er war, wie man vernahm, auch mit dem Inhalt des letzten kaiserlichen Hofdecrets, nach welchem auf eine Reichsdeputation zur nähern Bestimmung der Entschädigungspunkte angetragen wurde, einverstanden; doch verlautete damals, die Stimmenmehrheit werde sich dafür erklären, dem Kaiser eine unumschränkte Vollmacht, wie schon anfänglich im Vorschlag gewesen, zur Beendigung dieses wichtigen Geschäftes zu über-

tragen. Auch hörte man, der Kaiser sei nicht abgeneigt, diese Vollmacht anzunehmen. Bürger Bacher erklärte damals gegen einige Gesandten vertraulich, er werde, um den Gang dieser Sache mehr zu fördern, nächstens mit einer instruktionsmässigen Aeusserung hervortreten.

Den Rath des Grafen Cobenzel, Nürnbergs Verhältnisse zu Preussen auch dem Russischen Gesandten bekannt zu geben und demselben einiges Interesse für die Angelegenheiten der Reichsstadt einzuflössen, fand die Centraldeputation ganz vortrefflich. Dieses könnte am besten dadurch geschehen, wenn man ihm die Bedeutung des Nürnbergischeu Handels nach Russland und von dort nach Nürnberg möglichst auseinandersetze und dabei bemerke, wie die verstorbene Kaiserin Katharina, als sich Preussen 1796 die Stadt unterwerfen wollte und Preussische Truppen in dieselbe einrücken liess, sich diesem Vorhaben ebenfalls widersetzt und dadurch bewirkt habe, dass der König von Preussen den vom Minister von Hardenberg der Stadt abgedrungenen Subjectionsvertrag nicht ratificirten, und seine Truppen nach wenigen Wochen aus der Stadt wieder zurückzog. Die Stadt gebe sich desshalb der trostvollen Hoffnung hin, es werde auch ihr Nachfolger dem Beispiele der Kaiserin folgen, die Stadt in Schutz nehmen und bei der grossen Angelegenheit des Entschädigungsgeschäftes sich für sie verwenden, dass sie nicht nur bei ihrer Unmittelbarkeit erhalten, sondern dass ihr auch das Gebiet zurückgegeben werde, das ihr Preussen während des Krieges und kurz vor der Ankunft der Franzosen in Franken 1796 reichsverfassungswidrig entrissen, das ihr zur Aufrechthaltung ihrer politischen Existenz unumgänglich nöthig sei und das ihr in Kraft reichshofräthlicher Erkenntnisse und kaiserlicher Befehle schon längst hätte wieder zurückgegeben werden sollen.

Die Centraldeputation erinnerte damals auch an die Erklärung, die Herr von Soden, der vormalige Preussische Gesandte, 1794 bei dem Fränkischen Kreise abgegeben. Sie schickte an Tucher und Kissling eine Abschrift derselben, um davon dienlichen Gebrauch zu machen. Man sehe daraus, wie dortmals der Preussische Hof die Reichsstände und den Fränkischen Kreis zum Kriege animirte, wie er auf Eroberung französischer Länder dachte und bündigst und öffentlich versicherte, er denke nicht daran, sich Reichsstädte oder andere Lande zu unterwerfen, sondern er wolle ihre Erhaltung und ihre Verfassung aufs Feierlichste garantiren. Ohne Zweifel werde diese Erklärung jetzt allenthalben mit Nutzen gegen Preussen gebraucht werden können. Die Note des Herrn von Soden lautet:

Note des k. Preussischen Herrn Kreisgesandten an den hochlöblichen Fränkischen Kreis.

„Seine königliche Majestät von Preussen haben nicht anders als mit dem äussersten Missfallen vernehmen müssen, dass Ihnen hier und da die Absicht beigemessen wird, die Säcularisirung einiger Hochstifter und deren Einziehung zu befördern, oder sich gewisse Reichs-

städte zuzueignen und zu unterwerfen, um sich wegen des Kostenaufwandes zu entschädigen, den der nunmehr zwei Jahre lang zum Schutz und Vertheidigung des Reichs mit Frankreich von Ihnen und Ihren höchsten Bundesgenossen geführte Krieg verursacht hat. Allerhöchstdieselben könnten nun zwar, sich Ihrer reinsten Absichten bewusst, dergleichen Gerüchte mit Stillschweigen übergehen und sich für überzeugt halten, dass solche bei gutgesinnten Reichsständen keinen Eingang finden werden. Allein zum Ueberfluss und zur Beschämung derjenigen Uebelgesinnten, welche vielleicht geflissentlich, blos um Misstrauen zu verbreiten, dergleichen Nachrichten erdichten, ist endesunterschriebener königlicher bevollmächtigter Gesandter und Minister befehligt, hiermit ganz bestimmt zu erklären, dass Sr. Königlichen Majestät Absicht keineswegs sei, durch den allein zur Vertheidigung des Reichs und Sicherstellung seiner Verfassung eingegangenen Krieg mit Frankreich Eroberungen für sich zu machen; dass, wenn sich von Frankreich Entschädigungen erstreiten lassen, dieselben dem Reiche mit zu Gute kommen würden; dass Allerhöchstdieselben aber noch weit weniger niemals dem Gedanken Platz gegeben haben, Ihre Entschädigung auf Kosten des Reichs zu nehmen, dessen Verfassung Ihnen von jeher heilig gewesen und zu deren Erhaltung Sie schon so viele allgemein bekannte Opfer gebracht haben; dass endlich Se. Königliche Majestät von Preussen diese Gesinnungen auch für die Zukunft nicht verläugnen, und dem deutschen Reiche sein Gebiet und seine Verfassung, den einzelnen Ständen, geistlichen und weltlichen, ihre Besitzungen und Rechte und überhaupt die unverrückte Aufrechthaltung des deutschen Staatskörpers zusichern und zu garantiren ebenso willig als bereit sind, wenn anders das deutsche Reich und in gegenwärtigem dringendem Falle die der Gefahr am nächsten ausgesetzten sechs Reichskreise in Gemässheit ihrer konstitutionellen nähern Verbindung patriotisch dazu die Hand bieten wollen.

Nürnberg, den 22. Februar 1794.

von Soden.“

Auf das eingereichte Memoir erfolgte eine Erklärung des Französischen Gouvernements, die der Stadt die Erhaltung der Unmittelbarkeit zusicherte. Eine solche Erklärung wurde auch der Reichsstadt Frankfurt gegeben. Diese nämlich erhielt nach vielen Bemühungen und grossen Kosten durch den alldort anwesenden Französischen Geschäftsträger Hiesinger die mündliche Erklärung, dass Frankreich in Beziehung auf die Unterhandlung zu Rastadt nicht abgeneigt sei, zur Erhaltung der Reichsstadt Frankfurt nach Möglichkeit mitzuwirken. Weil nun jene Versicherung bloss mündlich gegeben wurde, der Rath zu Frankfurt aber, wenn er gleich an der Aechtheit derselben nicht zweifelte, dennoch gerne eine öffentliche Bestätigungsacte von Seite Frankreichs selbst zu erhalten wünschte, so schickte er den Senator Schweizer nach Paris, um sich Gewissheit und volle Sicherheit zu verschaffen. Dies war der eigentliche geheime Zweck der Sendung Schweizers, nicht die Complimentirung des Französischen Gouvernements, wie der Rath in seinem Schreiben vom 8. Juli 1801 vorge-

geben hatte. Senator Schweizer wurde jedoch nicht so wohlwollend aufgenommen, als er hoffte und erwartete. Denn gleich bei seiner ersten Audienz machte ihm der erste Consul in Gegenwart der Gesandten sehr heftige Vorwürfe, dass der Senat erlaube, dass den Engländern zur Fortsetzung ihres allgemein verderblichen Krieges Gelder ausbezahlt, und dass in den Frankfurter Zeitungen die nichts entscheidenden glücklichen Erfolge der Engländer zur See mit so grossem „empressement“ bekannt gemacht würden. Als Schweizer auf einer schriftlichen Erklärung bestand, erhielt er die Antwort: Frankreich habe einen eigenen Agenten zu Frankfurt, und dadurch erhalte dieses die kräftigste Versicherung bezüglich seiner Unmittelbarkeit.

Die Deputirten waren jetzt entschlossen, dem Rathe des Grafen Cobenzel zu folgen und dem Russischen Gesandten von den Verhältnissen Nürnbergs zu Preussen Kenntniss zu geben. Denn die Beziehungen zwischen Preussen und Russland waren keineswegs mehr so innig und freundschaftlich, dass aus der detaillirten Mittheilung jenes Verhältnisses ein Nachtheil für Nürnberg entstehen könnte. Graf Cobenzel, den die Deputirten in dieser Sache noch einmal um Rath fragten, antwortete, sie sollten und dürften dem Russischen Gesandten alles sagen, was in dieser Angelegenheit für das Recht ihrer Vaterstadt spreche.

Vielleicht gewährt es einiges Interesse, wenn wir hier ein Paar Zeilen den persönlichen Verhältnissen der Deputation und der Lebensweise widmen, die eine reichsstädtische Gesandtschaft in damaliger Zeit zu Paris führen musste.

Die schlechte Finanzlage Nürnbergs machte den Deputirten die äusserste Sparsamkeit zur Pflicht. Sie mussten ihre eigene Secretäre sein und sich mit einem Bedienten begnügen, der die Stellen eines Mundisten, Kammerdieners und Dieners in sich vereinigte *). Sie wohnten an einem abgelegenen Theil der Stadt in einem kleinen apartement au troisième; ihre Besuche machten sie zu Fuss. Aber diese täglichen weiten Märsche, die verschiedenen Gemüthsbewegungen, die bei einem so unangenehmen Geschäfte, dem sie sich unterzogen hatten, nicht fehlen konnten, die veränderte Lebensweise, Klima und Wasser äusserten einen so nachtheiligen Einfluss auf ihre Gesundheit, dass sie sich gezwungen sahen, zu einem Wagen ihre Zuflucht zu nehmen. Sie bedienten sich Anfangs eines Fiacers zu ihren Besuchen, und eines Commissionärs zur Besorgung ihrer Gänge. Aber das dauerte nicht lange; denn die meiste Zeit ihres Aufenthaltes zu Paris war Regenwetter, und da war es oft gar nicht möglich, einen Fiacer aufzutreiben, oder es wurde ihnen ein schmutziger, mit einem einäugigen Schimmel und einem hinkenden Rappen bespannter Wagen zugebracht, den ein Kutscher in blossen Hemdärmeln oder in einer zerlumpten Jacke, hinter dem Bock stehend, leitete. Ohne ihren

*) Er hiess Huss.

Charakter als Gesandte zu beschimpfen und die Ehre der Reichsstadt, die sie repräsentirten, zu compromittiren, war es nicht möglich, einen solchen Wagen zu besteigen. Und wenn sie auch bisweilen einen etwas besser aussehenden Fiacer bekamen, so konnten sie sich desselben zu ihren Besuchen doch nicht bedienen, weil der Fiacer in der Strasse stehen bleiben und sie selbst durch die zu Paris bestehenden grossen Vorhöfe bis zu den Hausthüren zu Fuss wandern mussten, während sonst nicht blos die Gesandten und Deputirten der übrigen Reichsstädte, sondern jede nur etwas bemittelte Privatperson in ihren Remisen durch den Hof bis zur Hausthüre fuhren. Ein eigener Miethwagen wurde ihnen also unentbehrlich, und dazu ein Lohnbedienter, da weder der Commissionär in seiner Jacke, noch der Kutscher den Wagen öffnen und sie anmelden konnte. Ihr Aufwand erhöhte sich dadurch monatlich um 580 Liv., so dass sich sämmtliche Ausgaben eines Monats auf 2816 Liv. oder 1290 fl. beliefen. So bedeutend diese Summe auch war, so waren sie doch nicht im Stande, es damit den übrigen Deputirten nachzumachen, die mit Wohnung, Tafel, Dienerschaft und Luxus einen ungleich grössern Aufwand machten. — Eine andere, kaum vermeidliche Ausgabe war dabei gar nicht in Anschlag gebracht. Wenn sie nämlich durch die Bemühung und Unterstützung derjenigen unter ihren Freunden, die einen entscheidenden Einfluss auf die öffentlichen Angelegenheiten hatten, eine der Stadt vortheilhafte Entschliessung erhalten, und wenn sie sich und ihrer Vaterstadt die Gunst solcher Personen erhalten wollten, so war es von der Klugheit geboten, denselben hie und da einige Geschenke zu machen. Sie baten daher, der Rath möge diese und ähnliche Ausgaben genehmigen.

VI.

(23. August bis 8. September.)

Beziehungen der Deputirten zum Russischen Gesandten von Kalitschef. Rath desselben, sich unmittelbar an den Russischen Kaiser zu wenden. Nürnbergs Vorstellung an denselben und Schilderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen. Berthier's entgegenkommendes Benehmen. Bayerische Convention mit Frankreich. Die Entschädigungsangelegenheit. Bitte der Deputirten um eine schriftliche Erklärung des Französischen Gouvernements zu Gunsten Nürnbergs. Missbilligende Aeusserungen Taleyrands hierüber, doch aber endliche Ertheilung einer schriftlichen Erklärung. Freude der Deputirten. Graf Ludwig und Graf Philipp Cobenzel. Vorwürfe des ersten Consuls und Taleyrands, als ob von Nürnbergischen Kaufleuten den Engländern zur Fortsetzuug des Krieges gegen Frankreich Geld vorgeschossen worden. Entschuldigung der Deputirten und ihre Abreise.

Die von der Centraldeputation ertheilte Erlaubniss zur Rückreise wollten die Deputirten dann erst benützen, wenn sie eine Antwort auf ihre an die Ministerien eingereichte Noten erhalten hätten.

Dem Russischen Gesandten überreichten sie das bereits erwähnte Memoir. Derselbe versprach, es mit dem nächsten Courier an seinen Kaiser abzusenden und bestens zu unterstützen. Auch fand er für gut, dass der Rath zu Nürnberg sich unmittelbar an den Kaiser von Russland wende und seine Sache auch durch den Russischen Gesandten zu Berlin vertreten lasse; denn seiner Ansicht nach werde der Nürnberg so nahe berührende Gegenstand — die Wiedererlangung seines Gebietes — zu Paris wahrscheinlich nie zur Sprache kommen. — Graf Kalitschef lud die Deputirten ein, in einigen Tagen zur nähern Besprechung dieses Gegenstandes wieder zu ihm zu kommen.

Als sie kamen, forderte er sie noch einmal auf, der Rath zu Nürnberg möge sich unmittelbar an seinen Kaiser wenden. Das eingereichte Memoir war an denselben bereits abgesandt.

Die dem Kriegsminister Berthier übergebene Note wurde von demselben in einer Weise beantwortet, die den gehegten Hoffnungen und Erwartungen zwar nicht in allen Stücken entsprach, aber doch den Beweis lieferte, dass die von den Deputirten mündlich und schriftlich gemachten Vorstellungen bei demselben einen sehr günstigen Eindruck hervorgebracht hatten. Bei den günstigen Gesinnungen, die Berthier für die Deputirten an den Tag legte, hatten diese die zuversichtliche Hoffnung, er werde sich, ihrer Bitte entsprechend, auch noch persönlich bei dem ersten Consul für Nürnberg verwenden.

Tucher machte dem Russischen Gesandten wiederholte Visiten. Als dieser zu wissen verlangte, ob denn der Rath auf seinen (Kalitschefs) Antrag, sich unmittelbar an den Kaiser von Russland zu wenden, noch keinen Beschluss gefasst habe, fragte Tucher bei demselben (Rath) an, worauf ihm geantwortet wurde, der kleinere Rath oder das Septemvirat werde sich an den Kaiser wenden, sobald die nöthigen Recherchen über den Handelsverkehr mit Russland beendet sein werden. Diese wurden von P. W. Merkel besorgt; derselbe lieferte auch eine Schilderung der Handelsbeziehungen zwischen Russland und Nürnberg, die mit dem für den Kaiser bestimmten Memoir an den Grafen Kalitschef nach Paris gesendet wurde. *)

Die Rückäusserung des Ministers des Innern auf die von den Deputirten eingereichte Note fiel sehr gut aus. Sie entsprach allen ihren Wünschen. Auch erhielten sie durch Lanert die Nachricht, dass der Brief, durch den der Minister Chaptal ihr Verlangen dem Minister Taleyrand eröffnete, die eingreifendsten und stärksten Gründe für die Gewährung desselben enthalte.

Nach einer Mittheilung der Deputirten an die Centraldeputation schloss der Bayerische Gesandte Geheimrath von Cetto, am 23. Aug. Namens des Churfürsten mit dem Bevollmächtigten der Französischen Republik, Bürger Caillard, eine Separat-Convention, nach welcher das Französische Gouvernement einen bestimmten Theil der Schulden

*) Siehe Beilagen II. u. III.

übernahm, die auf den an Frankreich abgetretenen Pfälzischen Landen hafteten, dem Churfürsten seinen dermaligen Besitz garantirte, und seine Verwendung für eine entsprechende Entschädigung desselben zusicherte. Der Churfürst soll jedoch die unbedingte Uebernahme aller Schulden, die Zurückgabe einiger über dem Rhein gelegener Allodialgüter und für seine Entschädigung Garantie verlangt haben; diese Forderungen sollen jedoch bei Frankreich kein Gehör gefunden haben.

Seit einiger Zeit verbreiteten und wiederholten die Pariser Blätter das Gerücht, Frankreich, Preussen, Oesterreich und Russland seien bezüglich der künftigen Entschädigung des Grossherzogs und des Prinzen von Oranien dahin übereingekommen, dass ersterer die geistlichen Fürstenthümer Salzburg, Passau und Berchtesgaden, letzterer aber die Hochstifte Würzburg und Bamberg erhalten soll. Dieses und der Umstand, dass unsere Deputirte seit Kurzem zu bemerken und zu hören Gelegenheit gehabt, wie Frankreich gegen den König von Preussen sich wieder sehr entgegenkommend bezeige, um seinen bereits erkalteten Eifer, den Engländern die nordischen Häfen Teutschlands zu sperren und die daher bezogenen Hilfsquellen abzuschneiden, wieder zu beleben, erregten ihre Besorgnisse der Art, dass sie sich zum Grafen Cobenzel begaben und ihn um Aufschluss baten. Dieser erklärte ihnen aber, dass bezüglich der Entschädigung des Grossherzogs und des Prinzen von Oranien noch gar nichts bestimmt worden sei, da der Kaiser noch immer auf der Erhaltung der geistlichen Fürsten bestehe. Dagegen werde die Säcularisation derselben von dem protestantischen Religionstheil Teutschlands, nämlich von Preussen, und von der Republik Frankreich verlangt.

Die seit einiger Zeit eingetretene Veränderung im öffentlichen politischen Benehmen Frankreichs gegen Preussen verzögerte auch die von den Deputirten verlangte öffentliche oder schriftliche Erklärung Frankreichs zu Gunsten der Reichsstadt Nürnberg. Dürant hatte dieselbe bereits entworfen, Taleyrand aber untersagte ihre Ausfertigung. Sie baten jedoch Dürant, unter Zusicherung ihrer Erkenntlichkeit, noch einmal einen Versuch zu machen, da sie unmittelbar nach der von Bonaparte zu ertheilenden Audienz ihre Rückreise antreten würden, und vor derselben die schriftliche Erklärung des Französischen Gouvernements in Händen haben müssten. Als sie diese Vorstellungen desselben Tages auch Taleyrand vortrugen, erwiderte er, er werde ihnen in den nächsten Tagen einen Brief zugehen lassen. Der Brief kam aber nicht, und sie gingen abermals zu ihm, der sie diesmal barsch anfuhr mit den Worten: „Was verlangen Sie denn, meine Herren? Der erste Consul hat Ihnen ja unter Bezeugung seines Wohlwollens die Versicherung ertheilt, dass alle Reichsstädte, welche sich selbst erhalten können, und sonach auch Nürnberg, erhalten werden sollen. Ich habe Ihnen die gleiche Versicherung wiederholt und der Minister Bacher hat dieselbe auf dem Reichstag öffentlich abgegeben. Trauen Sie diesen Zusicherungen nicht, oder trauen Ihre Committenten Ihnen nicht?“ Die Deputirten erwiederten, sie

hätten unbedingtes Vertrauen auf die Versicherungen des ersten Consuls, der Minister und Gesandten Frankreichs, und auch ihre Berichte fänden bei ihren Committenten allen Glauben; aber sie könnten ohne schriftliche Erklärung nicht nach Nürnberg zurückkehren, weil ihre Committenten sich niemals überzeugen würden, dass Frankreich ihnen eine ebenso gerechte als billige Bitte abgeschlagen hätte, nachdem denselben durch sie bekannt geworden die gnädige Aufnahme, womit der erste Consul sie beehrte, bekannt geworden jene Versicherungen der Gnade und des Wohlwollens, die sie vom Französischen Gouvernement an allen Orten erhalten, und bekannt geworden die Empfehlung und Unterstützung der Minister. Nach einer langen Unterredung erklärte Taleyrand, ihnen in einem Brief die Versicherung zu geben, dass Frankreich stets ein Interesse an der Erhaltung der Stadt nehmen werde. Und als sie baten, diese Versicherung auch auf die Wiedererlangung des Gebietes und die Gleichstellung Nürnbergs mit den Hansa- und Schweizerstädten auszudehnen, äusserte er: „Pour vivre il faut d'abord exister."

Einige Tage später zeigte ihnen Dürant zu ihrer grossen Freude das Concept eines von Taleyrand an sie gerichteten Schreibens, wobei Dürant ihnen mittheilte, dass er schon in einem früheren Entwurf der verlangten Erklärung einen auf die Wiedererlangung des Gebietes bezüglichen Passus habe einfliessen lassen; derselbe sei aber vom ersten Consul und dem Minister gestrichen worden, weil sie glaubten, dass Preussen darüber Lärm machen würde, wenn eine solche Aeusserung an den Tag käme. Frankreich sei günstig für Nürnberg gesinnt und auch geneigt, ihm zu seinem Gebiete zu verhelfen; unmöglich aber könne man öffentlich sagen, was man zu thun Willens sei.

Graf Philipp von Cobenzel kam am 1. September zu Paris an. Graf Ludwig wollte, wie er sich zu den Deputirten äusserte, schon nach wenigen Tagen abreisen, da ihm der Kaiser befohlen habe, die ihm übertragenen Geschäfte zu Wien so schleunig als möglich zu übernehmen. Aus diesem Grunde könne er auch seinen Weg nicht über Nürnberg nehmen.

Am dritten September erhielten die Deputirten die vielbesprochene schriftliche Erklärung Taleyrands. Indem sie dieselbe augenblicklich der Centraldeputation zu Nürnberg mittheilten, schrieben sie in der Freude ihres Herzens also: „Zu unserer ausnehmenden grossen Freude haben wir gestern, aller fremden Machinationen ohngeachtet, Namens des Französischen Gouvernements durch den Minister Taleyrand eine unsere Erwartung bei Weitem übertreffende günstige Erklärung zu erhalten das Glück gehabt. Wir verlieren keinen Augenblick, solche einer wohllöblichen Centraldeputation mitzutheilen, müssen jedoch Wohldieselbe auf das angelegendste und dringendste bitten, Niemand eine weitere Abschrift davon nehmen zu lassen, indem unsere Ehre für deren Geheimhaltung verpfändet worden ist. Eine wohllöbliche Centraldeputation, belebt von den wärmsten Wünschen für die Erhaltung der Freiheit unseres Staates und für die Wiedererlangung seines ehehörigen Flors wird mit uns die reinste Freude über die

in jener öffentlichen Erklärung des Ministers zu Tage liegenden, zu den schönsten Hoffnungen berechtigenden Kennzeichen. eines ganz besonderen Wohlwollens und einer ausgezeichneten Zuneigung des Französischen Gouvernements geniessen und Wohldieselbe wird sich überzeugen, dass nach dem ungünstigen Eindruck, den die Gemeinmachung des Bonaparte'schen Schreibens allhier aller Orten zurückgelassen hat, und bei den die grösste Vorsicht erheischenden dermaligen politischen Verhältnissen Frankreichs mit den grössern und kleinern Mächten Teutschlands der Minister Taleyrand den bestimmten Willen des Gouvernements, die Unmittelbarkeit der Stadt zu erhalten, ihr zu ihrem Gebiete wieder zu verhelfen und mit derselben in gewisse Handlungsverbindungen einzugehen, uns in der gewöhnlichen Sprache der Politik unmöglich habe deutlicher zu erkennen geben können." Am Schluss des Briefes bemerken sie noch, dass weder Frankfurt, noch irgend ein anderer der mittleren und kleinern Staaten Teutschlands eine noch bestimmtere oder noch verbindlichere Erklärung in gleich kurzer Zeit und unter gleichen Umständen und Verhältnissen erhalten habe.

Am 3. September wurden sie durch Graf Ludwig Cobenzel seinem Vetter und Nachfolger in der Gesandtschaft zu Paris, dem Grafen Philipp Cobenzel, vorgestellt. Auch dieser gab ihnen die Versicherung, dass ihm der Kaiser ausdrücklich befohlen habe, auf die Erhaltung der Reichsconstitution und besonders der Reichsstädte sein Augenmerk zu richten, wobei Graf Ludwig, ihn unterbrechend äusserte, die Stadt habe bezüglich ihrer Unmittelbarkeit gar nichts zu befürchten, und es sei soviel als ausgemacht, dass sie zu der Entschädigungsmasse nicht gezogen werden könne.

Ihre Freude über die schriftliche Erklärung des Gouvernements dauerte aber diesmal nicht lange; sie wurde bald verdrängt durch höchst unangenehme Empfindungen, die sich ihrer in Folge der Audienz bemächtigten, die sie am 4. September bei dem ersten Consul hatten. Diesem wurde nämlich hinterbracht, den Engländern sei zur Fortsetzung ihres verderblichen Krieges von Nürnberger Kaufleuten Geld geliehen worden. Höchst empfindlich gegen jede den Feinden Frankreichs erwiesene Begünstigung, gab der erste Consul den Deputirten, eben als sie sich und ihre Vaterstadt seiner Gnade und seinem Wohlwollen empfehlen wollten, seinen Unwillen mit nachfolgenden Worten zu erkennen: „Ich bin mit Nürnberg sehr unzufrieden. Sie haben Personen in ihrer Stadt, welche, der Bestimmung des Lüneviller Friedens entgegen den Engländern zur Fortsetzung des Krieges Gelder vorschiessen und sie in ihren schädlichen Unternehmungen unterstützen." Die Deputirten behaupteten, diese Beschuldigung sei ungegründet, Nürnberg habe im Gegentheil während des Krieges die höchste Anhänglichkeit an Frankreich an den Tag gelegt. Er möge also diejenigen Personen namhaft machen, die sich einer solchen Unterstützung der Engländer schuldig gemacht. Bonaparte nannte einen den Deputirten ganz unbekannten Namen, den sie sich nicht merken konnten, weil ihn weder der erste Consul noch

Taleyrand deutlich und mit Bestimmtheit angeben konnten. Sie erklärten, eine Person mit diesem oder einem ähnlichen Namen existire in Nürnberg gar nicht. Bonaparte, hierüber etwas betroffen, fuhr nun viel gelassener und ruhiger fort, indem er ihnen die Warnung zurief: „Sehen Sie, meine Herren! Wenn die Engländer von Teutschland so sehr begünstigt werden, so muss ich wieder Krieg anfangen, bei dem die kleinen Staaten immer am meisten gestraft werden.“ Und sie entlassend, setzte er noch hinzu: „Ich will Ihnen durch den citoyen Taleyrand eine Note darüber zugehen lassen.“ Sie wollten des andern Tags Taleyrand besuchen, um näheren Aufschluss über diese Sache zu erhalten. Sie trafen ihn jedoch nicht. Dagegen ersuchten sie die Centraldeputation zu Nürnberg, eiligst Erkundigung einziehen zu lassen, ob jene Beschuldigung gegründet, und ob wirklich durch Englische Emissäre Geld zu Nürnberg negozirt worden sei.

Sie hatten jedoch nicht nöthig, eine Antwort abzuwarten. Am 6. September hatten sie eine Unterredung mit Taleyrand, der ihnen mittheilte, es sei dem ersten Consul hinterbracht worden, dass der Englische Minister Withkam wie in Augsburg und anderen Orten auch zu Nürnberg Gelder liegen habe, um damit Unruhen und Aufwiegeleien auzufangen. Diese Gelder seien durch einen Banquier an die Englischen Emissäre ausbezahlt worden. Den Namen des Banquiers nannte Taleyrand nicht, wahrscheinlich weil er ihn nicht wusste. Darauf erwiderten die Deputirten mit aller Bestimmtheit, zu Nürnberg befänden sich keine Englische Fonds, und sei auch kein Geld von einem Banquier an Aufwiegler ausbezahlt worden. Taleyrand schien ihren Worten Glauben beizumessen, indem er erwiderte, es sei aber doch nothwendig, aufmerksam zu sein, dass es nicht geschehe. Uebrigens könnten sie jetzt ganz unbehindert ihre Rückreise antreten, wann sie wollten.

Der nach Wien bestimmte Englische Gesandte Paget war damals zu Paris, wo er am 3. September ankam, einige Versuche zu Friedensunterhandlungen, machte und am 5. nach Wien weiter reiste, nachdem er befunden, dass Frankreich auf den von England gestellten Grundlagen nicht unterhandeln werde.

Nachdem die Deputirten einen der Hauptzwecke ihrer Sendung — die Erhaltung der Unmittelbarkeit Nürnbergs — erreicht hatten, traten sie Mitte Septembers ihre Heimreise an.

Beilage I.

Memoire an den deutschen Kaiser.

Allerdurchlauchtigster etc.

Als im Jahre 1798 die ewige Vorsehung Deutschland den Frieden schenken zu wollen schien, hatten die Schwäbischen Reichsstädte sich gedrungen gesehen, E. K. M. allerunterthänigste Vorstellungen um Erhaltung ihrer Verfassung zu überreichen.

Auf diese Vorstellungen hin wurde in kaiserlichem reichsoberhauptlichem Namen von dem damaligen höchst ansehnlichen Herrn Concommissarius, Ereiherrn von Hügel, dem gesammten reichsstädtischen Collegium die allerhuldreicheste Versicherung ertheilt, dass E. K. M. allergnädigst geneigt seien, das Anliegen gesammter Reichsstädte zu Erhaltung ihrer Verfassung und Reichsunmittelbarkeit reichsväterlichst zu beherzigen und denselben den reichsoberhauptlichen Schutz angedeihen zu lassen.

Im Fortgange der Friedensverhandlungen entstanden inzwischen Gerüchte, die nicht nur für den mehresten Theil der Reichsstädte, sondern auch vorzüglich für die Reichsstädte in Franken, höchst beunruhigend waren, indem sie namentlich auf die königlich Preussischen, im Jahre 1796 ausgeführten und noch bis zur Stunde in ihrer unbeschreiblichen Verderblichkeit fortdauernden Occupationen grosser Gebietstheile und noch grösserer Einkünfte mehrerer Fränkischen, besonders reichsstädtischer Kreisstände, Bezug hatten.

In dieser schweren Beunruhigung wussten die Fränkischen Reichsstädte, und besonders die Reichsstadt Nürnberg, in ihrer jeder Zeit erprobten treuesten Anhänglichkeit an E. K. M., das durchlauchtigste Erzhaus und die Reichsverfassung keinen sicherern Weg um Trost einzuschlagen, als durch denjenigen allersubmissesten Vortrag, welchen sie an Allerhöchstdieselbe unterm 22. May 1798 allerunterthänigst gelangen liessen.

Sämmtliche Reichsstädte, und vorzüglich das von allen Seiten her, am meisten aber von den Regierungen der beiden mächtigen benachbarten Höfe so sehr bedrängte Nürnberg, hatten bald die unbegrenzte Freude, die allerhöchsten Schutzverheissungen dadurch erfüllt zu sehen, dass, als die Französischen Minister zu Rastadt am 3. Oktober jenes Jahres den Reichsstädten Bremen, Hamburg und Frankfurt die Bestätigung ihrer politischen Fortdauer und des vollen Umfangs ihrer Rechte und constitutionsmässigen Unabhängigkeit bedingen wollten, E. K. M. höchstfürtrefflicher damaliger Herr Subdelegate in Folge des allerhöchsten Willens feste erklärte, dass die Reichsstädte überhaupt der dritte Stand des deutschen Reiches und die Seele des deutschen Commerzes seien, dass sie als solche unter dem allerhöchsten Schutze ständen, und dass nicht bloss den benannten, sondern allen Reichsstädten ihre politische Existenz zu sichern sei.

In dieser Periode war es, allergnädigster Kaiser und Herr, dass wir, besonders hiezu veranlasset durch die von gewissen Seiten her in das Publikum gebrachten Behauptungen, Nürnberg sei in jeder Hinsicht ein zu unbedeutender Punkt, als dass es bei den Friedensverhandlungen einer Aufmerksamkeit würdig geachtet werden könnte, einige politische Reflexionen über diesen Gegenstand entwerfen zu lassen für unsere unzubeseitigende Pflicht hielten. Wir haben diese Reflexionen noch bis jetzt nicht für das grössere Publikum bestimmt, sie aber doch dem Drucke übergeben, um zum nöthigen Gebrauche hinlänglich mit Abschriften versehen zu sein.

Damals hob der so schnelle zu Ende gekommene Friedenscongress jeden Gebrauch jener Bemerkungen auf. Nun aber, da die Morgenröthe des Friedens wieder anzubrechen beginnet, bitten wir vordersamst E. K. M. um allergnädigste Erlaubniss, Allerhöchstdenenselben eine gedruckte Abschrift sothaner Reflexionen allersubmissest hiemit überreichen zu dürfen.

Wir schmeicheln uns, dass sie den bedeutendsten Werth Nürnbergs für das deutsche Staatsystem, für Deutschlands Handlung, und sonderheitlich für das Commerz E. K. M. Erblande in einem solchen Maase darstellen und dass Nürnbergs wahre Wichtigkeit erst dann, wenn sie, einen selbstständigen Reichstheil zu constituiren, aufgehört haben und in die Hände eines mächtigen Reichsstandes übergegangen sein sollte, recht anschaulich erkannt werden würde, in so vollem Maase zeigen werde, um der gewissen allerunterthänigsten Hoffnung leben zu können, dass E. K. M. allerhuldreichest geruhen werden, hiesige Stadt in Allerhöchst Ihren besondern reichsoberhäuptlichen mächtigsten Schutz zu nehmen, und bei den Friedensunterhandlungen, Allerhöchstdero reichsväterliche allerhöchste Fürsorge für die Erhaltung der Stadt bei ihrer Selbstständigkeit und bei ihrem vor den Königlich Preussischen Occupationen rechtmässigst besessenen Gebiete und Einkünften, sowie bei den von churfürstlich Pfalzbayerischer Seite ihr gegen alles Recht entzogen werden wollenden Revenuen, somit bei ihrer ausserdeme unmöglichen politischen Existenz, kräftigst eintreten zu lassen, auf den unglücklichen Fall eines wieder ausbrechenden Krieges aber ihr jede mögliche Schonung zu schenken und, wenn es thunlich, durch Allerhöchst Ihre mächtigste Verwendung bei der Französischen Regierung zu verschaffen.

Dieses ist die allerehrfurchtsvolleste und flehentliche Bitte, welche vor dem allerhöchsten Throne E. K. M. wir hiemit in unserm und der ganzen hiesigen treuen Bürgerschaft Namen allerunterthänigst und in der vollesten Ueberzeugung niederlegen, dass sie allermildeste Erhörung finden werde. Wir überlassen daher uns und die hiesige Reichsstadt Allerhöchst dero schützendem Arme, mit derjenigen allertiefsten Unterwürfigkeit und unbegränztesten Treue, mit welcher wir unaufhörlich sein werden etc.

Datum, 23. Januar 1801.

Beilage II.

Memoire an den Kaiser von Russland.

Allerdurchlauchtigster etc.

Euer Kaiserlichen Majestät grossmüthigste Mitwirkung zur glücklichen Auseinandersetzung und Beendigung der nach dem Lüneviller Frieden noch zu berichtigenden wichtigen Angelegenheiten des deutschen Reiches und zur Protection des nicht allein für Deutschland, sondern auch für alle andere demselben näher und entfernter gelegene Europäische Reiche und Lande so interessanten deutschen Handels, gehöret in jedem Betracht unter diejenigen höchst tröstlichen und beglückenden Ereignisse, welche besonders die deutschen Reichs- und Handelsstädte mit der innigsten Freude erfüllen und welche die Beruhigung, welche sie in Hinsicht auf ihre fernere Reichs-Immedietät und deren Aufrechthaltung bisher schon der huldreichsten Vorsorge Ihrer Römischen Kaiserlichen Majestät, ihres allergnädigsten Landesvaters, und den wohlwollenden Gesinnungen der Französischen Republik verdankten, noch mehr erhöhen und auf das Kräftigste verstärken.

Auch wir verlassen uns bei der pflichtmässigen Sorge für das künftige Wohl und Glück der hiesigen Reichs- und Handelsstadt ganz dem mit Ehrfurcht verbundenen Gefühle des hohen Werths dieser mächtigen Mitwirkung und Unterstützung Euer kaiserlichen Majestät und nehmen uns hiemit in tiefster Submission die Erlaubniss, Allerhöchstdieselben auch um diese höchste Protection, Verwendung und Gnade für uns und unsere Angehörige auf das Allerehrerbietigste zu bitten, indem wir zugleich nicht verfehlen, die hiebei einer besondern Erörterung und höhern Verwendung würdige und bedürfende eigene Verhältnisse unserer Stadt noch etwas näher zu entwickeln und zur clementesten Beherzigung an Allerhöchstihro huld- und grossmuthvolles Herz zu legen:

Seit mehreren Jahrhunderten ist der Kunstfleiss und Handel der Einwohner Nürnbergs eine weltkundige Sache. Was die Hanse-Städte im nördlichen Theile Deutschlands waren und noch sind, das war die hiesige Stadt mit Augsburg und Frankfurt im südlichen Theile desselben, sowie sie es auch noch gegenwärtig ist, und ihre Wichtigkeit für den Fränkischen Kreis bezeichnet sich dadurch noch besonders, dass sie in demselben stets die einzige vorzügliche Handelsstadt war und auch noch jetzt allgemein dafür erkannt wird. Ihre Lage in der Mitte von Deutschland und zwischen den schiffbaren Flüssen, der Donau und dem Main, ihre Handelsverbindungen mit allen Provinzen Deutschlands und mit allen Europäischen Reichen und Landen, die innere bestmöglichste Einrichtung bei dem hiesigen Waag- und Niederlagamte, den Bestättereien und dem Fuhrwesen, die grösste Sorge für die Sicherheit und schleunige Weiterbeförderung der Güter,

die den hiesigen Kaufleuten und Fabricanten eigene reellste, prompteste und wohlfeilste Bedienung ihrer Handlungsfreunde bei dem Speditions-, Commissions- und übrigen Handel, die Geringfügigkeit der Zölle und anderer Abgaben, und alles, was sonst noch den Handel zum allgemeinen Besten fördern und begünstigen kann, spricht vereinigt laut für sie und für ihre Würdigkeit, dass sie in ihren bisherigen Immedietäts- und unbeschränkten Handelsverhältnissen erhalten werde, und auch in allen künftigen Zeiten das für den deutschen und allgemeinen Europäischen Handel bleibe, was sie bisher ihm war, und was sie bei einer Veränderung ihrer seitherigen Verfassung und unter dem ferneren Drucke ihrer mächtigen Nachbarn weder sich und ihren Bewohnern, noch ihren deutschen und auswärtigen vielen Handels-Verbündeten je mehr sein könnte.

Ohne hier weiter in das Interesse jedes einzelnen fremden Staates bei der Erhaltung der hiesigen Reichs- und Handelsstadt einzugehen, bitten Euer kaiserliche Majestät wir nur noch um die allergnädigste Erlaubniss, diejenigen speciellen Handelsverhältnisse allerehrerbietigst berühren zu dürfen, welche bisher zwischen Allerhöchstihro Russischem Reiche und der hiesigen Stadt obgewaltet haben, und welche einen vermehrten Grund zur allergnädigsten Verwendung für dieselbe darbieten möchten. Diese Verhältnisse befinden sich in der Anlage auf das Getreueste detaillirt, und schon das Resultat dieser respectuosesten Darstellung wird bestätigen, wie sehr das Interesse der Russischen Handelsstädte mit dem der hiesigen Stadt in Verbindung steht, wie beträchtlich dasselbe für den wechselseitigen Aktiv- und Passivhandel schon jetzt ist, und welcher noch viel grösserer Umfang für denselben auch in Zukunft bewirkt werden könnte, wenn Euer kaiserliche Majestät wie wir allerehrfurchtsvollest hoffen und bitten, denselben noch weiter allerhuldreichst zu begünstigen und zu erleichtern geruhen würden. — Wir haben auf ähnliche Weise Sr. Römisch kaiserlichen Majestät, unserem allergnädigsten Kaiser und Herrn, ausser jenen für die Aufrechthaltung der hiesigen Reichs- und Handelsstadt im Allgemeinen sprechenden Gründen auch eine specielle Darstellung der Handelsverhältnisse zwischen den kaiserl. königl. Erbstaaten und hiesiger Stadt alleruntertbänigst vorgelegt, und auf die nämliche Art durch unsere nach Paris abgeordnete Deputirte dem Französischen Gouvernement die speciellen Handelsverhältnisse zwischen Frankreich und hiesiger Stadt vorstellig machen lassen. Da wir uns schmeicheln dürfen, an beiden Orten die huldreichste und wohlwollendste Aufnahme damit gefunden zu haben, so leben wir der ehrerbietigsten Hoffnung, dass Euer kaiserliche Majestät auf gleiche Weise auch jene unsere allersubmisseste Vor- und Darstellung gnädigster Aufnahme und Erhörung zu würdigen allermildest geruhen werden.

Die Aufrechthaltung der Reichs-Immedietät der hiesigen Stadt würde aber sehr unvollkommen, ihre fernere Existenz höchst precair, ihre Mitwirkung zur Beförderung des allgemeinen Deutschen Handels völlig beschränkt, und ihr künftiges Wohl und Glück gänzlich unter-

graben und dahin sein, wenn nicht zugleich mit Berichtigung der allgemeinen Friedensangelegenheiten ihre äussern höchst unglücklichen Verhältnisse sich ändern würden. Denn nicht nur Seine Churfürstliche Durchlaucht zu Pfalz-Bayern setzen noch immer die unter der vorigen churfürstlichen Regierung und unter des bekannten Grafen von Betschard Leitung geschehene Sequestration vieler Nürnbergischer Einkünfte nebst mehreren andern Beeinträchtigungen fort, ohne dass bisher noch die diesseitigen bereitwilligsten Gesinnungen zu einer glücklichen Beilegung der Sache hierunter eine Veränderung der Umstände hätten bewirken können; sondern auch Sr. königl. Majestät von Preussen haben gleichfalls die unter der vorigen Regierung nicht minder im Wege der That, i. J. 1796 kurz vor dem damaligen Einmarsch der Franzosen in Franken, ohne alles Recht und gegen den land- und westphälischen Frieden geschehene, in Deutschland noch nie auf ähnliche Art erhörte Occupation der beiden diesseitigen Vorstädte Wöhrd und Gostenhof und des ganzen diesseitigen reichslehenbaren beträchtlichen Reichswälderbezirks und Gebiets um hiesige Stadt nebst andern Besitzungen, Einkünften und Rechten derselben bis zur Stunde noch-nicht aufgehoben; und diese unglückliche Stadt, welcher durch jenen Akt der Willkühr mehr als 40,000 Seelen, und an Einkünften jährlich mehr als 150,000 fl. entzogen, dadurch aber auch jede innere Verbesserung ihrer Finanzen erschwert und ein nicht zu berechnender enormer Schaden zugefügt worden, befindet sich demnach noch immer, zumal da die Preussischen Wachtposten alle ihre Thore besetzt halten, und ausserhalb derselben stets erhöhte und neue Zölle, Accise, Steuern und andere Abgaben angelegt und mit Gewalt eingetrieben werden, mitten im Frieden in einem solchen Zustande, der einer beständigen Blocade und den fortwährigsten kriegerischen Gelderpressungen vollkommen ähnlich ist, und der lediglich entweder endliche freiwillige Ergebung, was jedoch nie geschehen kann noch wird, oder deren gänzlichen Ruin und die Erschwerung und Vernichtung alles ihres Handels bezielet.

Unsere Abgeordneten zu Paris haben sich die Erlaubniss genommen, Euer kaiserl. Majestät höchstfürtrefflichen Gesandten und Minister daselbst, des Herrn Grafen von Kalitschew Excellenz, nicht nur alle Handels- und übrige Verhältnisse der hiesigen Stadt mündlich ehrerbietigst zu eröffnen, sondern hiernächst auch ein Memoire respectvoll zu überreichen, in welchem die Verhältnisse unserer Stadt gegen die beiden königl. Preussischen Fürstenthümer Anspach und Bayreuth und die Geschichte der Entstehung der letztern auf das Einleuchtendste dargestellet worden, und auf welches wir uns also hier ohne weiteres allerunterthänigst beziehen.

Insofern sich nun aber bei allen in dieser Beziehung zu erwägenden Umständen unmöglich verkennen lässt, dass die hiesige Stadt ihr Gebiet und ihre sonst mitoccuppirten Rechte durch den rechtmässigsten Titel erworben und Jahrhunderte hindurch ruhig besessen; dass solches auch zu ihrer Existenz und Subsistenz und zu ihrem freien Handel für die Zukunft unumgänglich erforderlich ist;

dass die Ansprüche Sr. Königl. Majestät von Preussen auf dasselbe gänzlich ungegründet sind; dass die Art der Occupation desselben in jedem Betracht unerlaubt und gesetzwidrig ist; dass diese Art des Erwerbs eines Reichslandes oder Gebiets in Deutschland noch nie gestattet worden; dass auch die Restitution des diesseitigen Gebiets schon längst durch ein bei dem höchstpreislichen Reichshofrath erkanntes allerhöchst kaiserliches höchst verehrliches Mandat, wovon wir hier eine Abschrift allersubmissest beilegen, auf das Ernstlichste und Geschärfteste anbefohlen worden ist; dass die königl. Preussische Occupation in Franken überhaupt von Sr. Römisch kaiserl. Majestät als eine so höchstbedenkliche Sache angesehen worden, dass Allerhöchstdieselben desswegen schon unterm 7. September 1796 ein kaiserliches Handschreiben an die höchsten Herrn Churfürsten erlassen, diese aber hierauf ihre diesfallsige Missbilligung gleichfalls zu Tage gelegt haben; dass weder Sr. kaiserliche Majestät, noch irgend ein Stand des deutschen Reichs, gleichwenig aber auch alle auswärtige hohe Mächte eine solche willkührliche und beträchtliche Vergrösserung Sr. königl. Majestät von Preussen, welche sogleich auch die Errichtung neuer Regimenter mit fremden Geld und Menschen zur Folge gehabt hat, ruhig werden geschehen lassen können; und dass endlich bei den gegenwärtig zur Sprache kommenden neuen Staatsverhältnissen des gesammten deutschen Reichs und bei Bestimmung der neuen Grenzen einzelner Reichslande und Reichsstände auch jene unerlaubte Occupation von allen betreffenden höchsten Theilen nicht mehr anerkannt und geduldet, dabei aber eben auch die endliche Restitution der abgerissenen Gebietstheile und Rechte der Stadt desto eher bei Sr. Königl. Majestät von Preussen oder einem andern künftigen Besitzer dieser Fürstenthümer bewirkt und zur Bedingung gemacht werden kann — so unterfangen wir uns, Euer Kaiserlichen Majestät mächtigste und huldreichste Unterstützung und Verwendung auch hiezu allerangelegentlichst und submissest zu erbitten, und zweifeln nicht, dass, wenn wir dieses hohen Glücks theilhaftig werden, das künftige Wohl der hiesigen Reichs- und Handelsstadt auf ewige Zeiten fest gegründet sein und bleiben werde. etc.

Beilage III.

Ueber die Handelsverhältnisse zwischen Russland und Nürnberg.

Die meisten Produkte des Russischen Reichs, welche als Handelsartikel ausgeführt werden, sind zwar meist Bedürfnisse zum Schiffsbau, z. B. Holz, Eisen, Tauwerk, leinene Tücher, Kupfer, Theer, Pech, Segeltuch, Hanf, Flachs, Unschlitt, Borsten u. dgl.

Dennoch aber sind theils diese, theils andere Waaren, die Russland exportirt, nicht unbedeutend für den Handel mit Nürnberg: Das Russische Leder oder die sogenannten Juchten, die Schweinsborsten, das Wachs, die Hausenblase, das Kupfer, die Matten oder Bastdecken, die mancherlei Pelzwerke, z. B. Haasenfelle, Fuchsbälge, Schaaffelle, Hermeline, Bären, Marder, Kaninchen u. dgl., Federn, Bibergeil, Ochsenhörner, Pferdehaare, Leinsaamen, Krebsaugen, Rhabarber und andere durch Karawanen in dieses Reich kommende feine Droguerie - Waaren, etc. machen einen ansehnlichen Theil des Nürnbergischen Handels aus. Von Juchten werden bedeutende Partien von Kaufleuten, die mit Leder ins Grosse handeln, committirt und von hier wieder auswärts verschickt.

Wohl an keinem Orte in ganz Deutschland werden so viel Schweinsborsten von den sogenannten Bürstenbindern verarbeitet und verkauft als in Nürnberg. Es werden nicht nur alle Arten von Bürsten allhier verfertigt und ins Ausland, nach Frankreich, Italien, Spanien, Portugal etc. versandt, sondern es werden auch sehr grosse Partien von Schweinsborten allhier auseinander geklaubt, der Farbe, der Länge, der Stärke nach sortirt, zu dem Gebrauch der Maler, der Tüncher, der Schuhmacher etc. hergerichtet und dem Pfund und Centner nach in die entferntesten Länder und Gegenden versendet. Derwegen beziehen hiesige Kaufleute immer ansehnliche Partien davon aus Russland und halten stets bedeutende Lager davon zu dem Gebrauch der hiesigen Arbeiter.

Da die Hausenblase hauptsächlich als ein Mittel, die Getränke z. B. Bier, Wein, Kaffee etc. hell zu machen, gebraucht und sowohl in Bier- als in Weinländern hiezu sehr stark consumirt wird, so ist auch hier der Absatz dieses Artikels sehr bedeutend. Sowohl das benachbarte Weinland in Franken, als auch in Schwaben, noch mehr aber Bayern, Tyrol, Oesterreich, Böhmen etc. erhält über und von Nürnberg beständig seine Bedürfnisse, die mit andern Waaren dahin versendet werden. Nicht allein die hiesigen Kupferhämmer, welche eine grosse Menge von Kesseln, Tafeln, Becken u. dgl. schlagen lassen, sondern auch die hiesigen Kupferschmiede verarbeiten viel rohes Kupfer. Auch wird hier viel Kupfer zu Draht gezogen und zu Kupferplatten hergerichtet. Dazu wird viel Russisches Kupfer genommen, das meist über Lübeck, Hamburg, Bremen etc. hieher kommt.

Die Russischen Matten oder Bastdecken sind hier und in hiesigen Gegenden zu mehr als einem Gebrauch sehr beliebt. Man lässt daher bei allen Gelegenheiten, wo man sie anwenden kann, die Fässer, Ballen, Kisten, Päcke etc., die aus Russland, Hamburg, Bremen, Lübeck, Holland etc. kommen, weit lieber mit Matten als mit leinenen Tüchern etc. emballiren und sie inwendig und auswendig zur Sicherheit damit verwahren, weil sie nicht allein sehr gut für Nässe schützen, sondern auch nicht leicht faulen oder mürbe werden, und weil sie hier allemal, auch wann sie ganz zerrissen und zu Emballagen völlig unbrauchbar sind, an Gärtner und Landleute zum Anbinden der jungen Bäume, zum Zusammenbinden der Gemüse u. dgl. verkauft werden können. Das ist die Ursache, warum so viele allhier consumirt werden.

Nicht nur allein das sehr zahlreiche Handwerk der Kürschner und Rauchhändler, sondern auch noch andere hiesige Kaufleute verbrauchen und verkaufen jährlich eine grosse Quantität von Russischem Pelzwerk aller Art. Das meiste davon wird auf den Messen zu Leipzig und Frankfurt an der Oder eingekauft, theils hier verarbeitet, und hier und in der Nähe verkauft, theils von hier weiter versendet. Besonders werden mit Hasen- und Kaninchenfellen und Fuchsbälgen grosse Geschäfte gemacht, die meist wieder auswärts verschickt werden.

Von Wachs wird hier auch viel verarbeitet. Es werden Partien von dem sogenannten rothen Wachs sehr schön gebleicht, und theils in Scheiben und theils als Lichter auswärts verkauft. Eine grosse Menge Wachs wird zu sogenannten Wachsstöcken oder dünnen Wachslichtern von verschiedenen Farben hergerichtet, und in allerhand Gattungen und Formen in nähere und entfernte Gegenden verschickt.

Auch von Russischem Talg oder Unschlitt sind oftmals grosse Partien hieher gekommen, und nach Schwaben, in die Schweiz, in die Rhein- und Maingegenden verschickt worden. Pferdehaare und Federn kommen auch theils direckte, theils über Schlesien, Sachsen etc. anher und werden von hier weiter verführt. Die grossen Droguerey- und Material-Waarenhandlungen, die nicht allein in ganz Deutschland, sondern auch in entfernte Länder und Gegenden mit allen zur Medizin, Färberei, Chemie etc. benöthigten Materialien Geschäfte machen, haben von allen den feinern oder geringern Produkten, die durch Russland, Esthland, Liefland zu solchem Gebrauch nach Deutschland kommen, immer bedeutende Vorräthe, senden sie in grössern und kleinern Partien in das südliche und westliche Deutschland und auch in andere Länder, je nachdem es Zeit und Umstände erlauben. Nach Beschaffenheit der deutschen Hanf- und Flachspreise kommen auch alljährlich mehr oder weniger starke Partien von Russischem Hanfe und Flachs über Riga, Lübeck, Hamburg, Bremen etc. anher, werden zum Theil allhier verarbeitet, zum Theil auswärts nach Schwaben verschickt. Auch wird der Rigaische Leinsaamen als ein Handelsartikel geführt.

Der Russische Handel hieher nach Nürnberg wird hauptsächlich durch den Gegenhandel mit den sogenannten Nürnberger Waaren

sehr erleichtert, und ist in den vorigen Zeiten, wo noch beinahe alle hiesige Manufacturwaaren eingeführt werden durften, noch mehr erleichtert und befördert worden. Die hiesigen Manufacturwaaren sind nicht kostbar, nicht Gegenstände des Luxus oder der Mode, sondern Dinge zum täglichen Hausgebrauch für den sogenannten gemeinen Mann, oder Spielzeug für Kinder, oder Kunstwerkzeuge. Sie sind dabei meist so wohlfeil, dass an manchen Orten der Metallwerth dieser Waaren beinahe eben so gross ist als deren Verkaufspreis, so dass also keine Besorgniss desshalb entstehen kann, als würde dadurch die Handlungsbalanz zum Nachtheil des importirenden Staates vergrössert. Nicht leicht an einem Orte in Deutschland nimmt der Arbeiter mit weniger Verdienst bei seinen grossen Fertigkeiten und Gewerbsgeschicklichkeiten vorlieb als in Nürnberg. Nirgends wird man finden, dass so viele von einander ganz unabhängige Professionisten sich freiwillig nach gewissen, sich selbst gegebenen Gesetzen zu einer und ebenderselben Arbeit vereinigen, einander mit einer seltenen Genauigkeit und Kunst in die Hände arbeiten, und so ein zwar ganz simples, aber doch aus mehreren Theilen componirtes und durch mancherlei Arbeiten gefertigtes Product, mit einer Geschwindigkeit und doch so gut und brauchbar und wohlfeil hervorbringen, dass man es kaum für möglich halten sollte.

Solcher Producte sind sehr viele auch nach Russland von hier gegangen, und gehen noch hin, zum Beispiele: Ordinaire Knöpfe von Holz mit zinnernen, messingenen und tombackenen Platten, kleine runde Kinderspiegelchen in Pappendeckel, Zinn, Leder, Holz etc., grössere dergleichen in Rahmen, ganz grosse in Zimmern aufzuhängen, kleine Orgeln zum Abrichten der Vögel, hölzerne Trompetchen und Posthörner für Kinder, Violinen und Säbel und Flinten von Holz zum Spielwerk, Pfeifchen, Pferdchen, Klaviersaiten, Darmsaiten, Brillen, Laternen, Kartätschen, Lancetten, Bleistifte, gefärbtes Papier, Elfenbein- und andere Drechslerarbeiten, Alabasterfiguren, Oblaten, Messingwaaren, versilberter und vergoldeter Kupfer- und Messingdraht, musikalische Instrumente z. B. Flöten, Hoboen, Klarinette, Waldhörner, Trompeten, Violinen, Bässe etc., Zirkel, Massstäbe von Messing etc., Reisszeuge, Bestecke mit chirurgischen und mathematischen Instrumenten, Biegeleisen, Nähnadeln, Stecknadeln, Spicknadeln, Fischangeln, Schusterahlen, Feilen, Pfriemen, hölzerne Büchschen, zinnerne Uhren, kleine Balsambüchschen, allerhand zinnerne Figuren, Papierdosen, lakirte, hölzerne und messingblechene Spielgeräthe, Lebkuchen oder sogenannte Pfefferkuchen, kleine Schächtelchen, geflochtene Strohteller u. dergl.

Auch werden von den hier verfertigten Landkarten, die sich eben so sehr durch ihre gute und richtige Zeichnung als durch ihren wohlfeilen Preis auszeichnen, sowie auch andere hier erschienene naturhistorische Werke, deren Ruf und Brauchbarkeit allgemein bekannt ist, nach Russland verschickt.

Ferner wurden ehehin von den allhier geschliffenen und belegten Spiegelgläsern bedeutende Partien dahin geschickt, und sowohl wegen

ihrer Schönheit, als auch wegen ihres sehr billigen Preises sehr gerne gekauft. Während des letzten Französischen Krieges sind auch viele gedörrte Pflaumen, Birnen, Aepfel etc. von hier aus nach Russland geschickt worden.

Ein grosser Theil dieser Waaren wurde von hiesigen Kaufleuten in Commission in verschiedene Städte Russlands zum Verkauf geschickt.

Von verschiedenen hiesigen Handwerkern werden viele sogenannte Canarienvögel gezogen und zum Singen abgerichtet, die von eigenen Leuten alljährlich hier eingekauft und in Quantitäten bis in das Innere des Russischen Reichs getragen und verkauft werden.

Was aber von Russichen Kaufleuten allhier committirt wurde, wurde meist auf Credit von 6, 8 und 12. Monaten, auch oft noch länger anvertraut, und der Committent hatte noch immer den grossen Vortheil, dass er zahlen konnte, wann es ihm eben bequem schien oder wann seine Gelder eingingen, weil es nicht gewöhnlich war, nach Russland zu trassiren, sondern immerhin die Anschaffungen oder Rimessen abzuwarten. Daher kam es, dass immer der bei weitem grösste Theil des Werths, den die nach Russland geschickten Waaren hatten, als ein fremdes Eigenthum in Russland zirkulirte, dessen sich der Russische Kaufmann nach Gefallen bedienen konnte und den Nutzen davon zog, und von dem immer von Zeit zu Zeit, bei den unter Kaufleuten nicht selten entstehenden Zahlungsverlegenheiten, ein Theil ganz verloren ging und gar nicht mehr herausgezogen werden konnte; wohingegen bei den Bestellungen auf Russische Produkte es gewöhnlich ist, dass sogleich bei deren Absendung die Bezahlung auf einem auswärtigen Wechselplatz angewiesen werden muss, folglich nie oder nur bei ganz ausserordentlichen Gelegenheiten ein Verlust entstehen kann.

Nürnberg ist auch in Ansehung seiner geographischen Lage der Speditionsplatz für alle nach Russland zu Land aus Italien, der Schweiz und aus dem südlichen Deutschland kommenden und nach Lübeck etc. zur Verschiffung in die Nordsee gehenden Waaren, und so auch vice versa. Es sind nicht nur täglich Gelegenheiten zur Weiterbeförderung der Güter in jene Gegenden allhier vorhanden, sondern auch die Unkosten des Durchpassirens sind so gering, und alle Anstalten zur Aufsicht auf dieselben so gut, dass sie nicht leicht besser und für die Spedition vortheilhafter mögen gefunden werden. Die schon seit Jahrhunderten allhier bestehenden Einrichtungen, Gewohnheiten und Gesetze zielen alle auf die Erhaltung der Ordnung im Handel, auf die reelle Bedienung des auswärtigen Kaufmanns, auf die Erhaltung des Trau und Glaubens bei den hier gefertigten Waaren, auf die Verhütung des Betrugs und auf die allgemeine Sicherheit im Handel und Wandel ab. Und darum können auch Handlungsgeschäfte aller Art mit hiesigen Kaufleuten gemacht werden, ohne dass man befürchten darf, übernommen oder vervortheilt, noch auf irgend eine Weise, weder versteckt noch offen, in die Nothwendigkeit gesetzt zu werden, lästige Abgaben oder Zölle etc. bei den Handlungsgeschäften zu zahlen.

Die Nürnbergischen Handwerks- und Kaufleute sind beide mit einem so mässigen Gewinn zufrieden, dass man getrost auf jede, auch noch so genaue Untersuchung provociren darf, ob die hiesigen Manufacturwaaren an irgend einem Orte wohlfeiler, oder zu gleichem Preise besser verfertigt werden können, als sie mit allen Kosten von hier aus dahin, wo man die Probe machen will, zu stehen kommen. Der eigene Vortheil soll und wird alsdann entscheiden, dass es gewiss zuträglich für das eigene Handels-Interesse ist, diesem ohnehin nie in grosse Summen sich erstreckenden Handel noch fernerhin zu erlauben, sich dergleichen unbedeutende Artikel sehr wohlfeil zu verschaffen und dadurch Gelegenheit zu geben, dass die darin steckenden Kapitalien als fremdes Eigenthum im Lande zirkuliren und eine Menge anderer sehr nützlicher Geschäfte herbeiführen, erleichtern und nützlich zu Stande bringen.

II. Theil.

Berichte des Legationsrathes Woltmann an Nürnberg.

I.

Schreiben an den Rath
und an den
Senator C. W. F. Stromer in Nürnberg.

I—XII.

I.*)

Nürnbergs ungewisses Schicksal. Preussen will sich mit ihm vergleichen oder will es an Pfalzbayern überlassen.

Berlin, den 12. Februar 1803.

Die Aeusserung des Herrn von Hänlein**), dass der König gewilligt sei, die Streitigkeiten mit der Stadt Nürnberg gütlich auszumitteln, ist Folge des Wunsches der vermittelnden Mächte gewesen, dass den Reichsständen ihr Zustand nun gänzlich rein gesichert sein möchte; weiter aber vorläufig nichts; und man war weit entfernt, dieser Aeusserung ein wirkendes Gewicht beizulegen. Hiezu kamen die wiederholten Bayerischen Anträge, Nürnberg und Augsburg der Entschädigungsmassa hinzuzufügen, die von Preussen insoferne unterstützt wurden, dass es sich in Paris erboten, auf sein vermeintliches Recht, Nürnberg besitzen zu müssen, wenn es seine Reichsunmittelbarkeit verlieren sollte, zu Gunsten von Pfalzbaiern Verzicht thun zu wollen. Während dieses schwebenden Zustandes, der aber durch die letzten kräftigen Erklärungen des Französischen Gouvernements durchaus beendigt zu sein scheinet, glaubte man jede Verhandlung mit Nürnberg unzweckmässig. Schwerlich treibt man überhaupt dieselbe ernsthaft, ehe das Entschädigungsgeschäft ganz beschlossen ist.

Das Schreiben des hochweisen Rathes an des Königs Majestät vom November v. Js. ist ohne Zweifel angelangt im eigentlichen Königl. Kabinette, aber bei dem Kabinetsministerium ist es zu keiner weiteren Notiz gekommen.

*) Dieses Schreiben ist an den Rath zu Nürnberg, alle übrige bis Nr. XII incl. sind an den Senator Stromer gerichtet.

**) Ein Preussischer Staatsmann, der Preussen am Reichstag vertrat und die Angelegenheiten der Fränkischen Provinzen besorgte.

II.

Convention zwischen Russland und Preussen, Pfalzbayern mit Nürnberg oder Augsburg zu entschädigen. Hoffnung auf Frankreich. Forderung desselben, ihm Morea einzuräumen.

Berlin, den 4. März 1803.

Seit einer Woche erhielt ich verschiedene Nachrichten, welche für die freie Reichsstadt Nürnberg sehr wichtig waren. Allein ich wagte nicht, sie an den hochweisen Rath zu adressiren, weil jedes Schreiben an denselben auf den Posten zu grosses Aufsehen erregt. etc.

Ich habe schon in meinem letzten Briefe an den hochweisen Rath gemeldet, wie man von Französischer Seite den Preussischen Antrag, die Stadt Nürnberg mit ihrem Gebiete noch zur Entschädigungsmasse zu bringen, abgelehnt hat. Vor 10 Tagen kam indess ein Courier aus Petersburg an, welcher die Russische Erklärung wegen jenes Antrages überbrachte. Sie geht dahin, dass entweder Augsburg oder Nürnberg an Pfalzbaiern zur Entschädigung für Eichstädt kommen solle. Die Höfe von Berlin und Petersburg haben ihrem Willen in dieser Angelegenheit selbst die Form einer Convention gegeben und einen ihr entsprechenden Antrag nach Paris gelangen lassen. Nach den Aeusserungen des Kabinetsministers Grafen von Haugwitz denkt man aber eigentlich nur an Nürnbergs Fall in die Entschädigungsmasse; und ein Courier von Luchesini *) aus Paris meldet, dass Frankreich nun wohl in den Preussischen Antrag eingehen werde. Indessen hoffe ich, dass selbst im schlimmsten Fall die Französische Regierung höchstens ein Paar Pflegämter der Stadt, und nicht sie selbst aufopfern werde. Weil ich von dem hochweisen Rathe noch nicht accreditirt bin, so kann ich keine Schritte für die Stadt thun etc.

Besondere Sensation macht es, dass General Brune in Constantinopel bestimmt gefordert hat, Morea sollte den Franzosen eingeräumt werden, auch die Französischen Erklärungen desshalb schon nach Wien und Petersburg gelangt sind. Ich weiss nicht, ob jene Forderung unbedingt oder mit Rücksicht auf die Zögerung der Engländer in Aegypten und Malta geschehen sei.

III.

Bessere Aussichten für Nürnberg, da die Entschädigung Pfalzbayerns aus den Besitzungen des Deutschordens genommen werden soll.

Berlin, den 15. März 1803.

Euer Hochwohlgeboren haben mein neuliches Schreiben vielleicht gütig aufgenommen. In dieser Hoffnung füge ich jetzt hinzu, dass

*) Preussischer Gesandter zu Paris.

nach den neuesten Nachrichten aus Paris die gemeldete Gefahr für Nürnberg sehr vermindert wird, seitdem der erste Consul darauf besteht, dass die etwaige weitere Entschädigung des Churfürsten von Pfalzbayern von den Besitzungen des deutschen Ordens genommen werden solle, welches man hier gerne sieht.

IV.

Abermals die Entschädigung Pfalzbayerns mit den Besitzungen des Deutschordens oder der Reichsritterschaft, die auch von Preussen gebilligt wird.

Berlin, den 22. März 1803.

Euer Hochwohlgeborn kann ich noch die angenehme Nachricht melden, dass die Französische Regierung sich wiederum gegen den hiesigen Hof erklärt habe, wie sie die etwaige weitere Entschädigung für Pfalzbayern durchaus nur an dem deutschen Orden oder der Reichsritterschaft genommen wissen wolle. Beide sieht Preussen viel lieber aufgeopfert als Nürnberg und Augsburg.

Jetzt wünschte ich die Unterhandlungen für Nürnberg anfangen zu können, da Frankreich noch so unmittelbar in das Reich einwirkt, der König, Graf von Haugwitz etc. ihre Reisen noch nicht begonnen haben und der rauschende Winter voll Zerstreuungen für den Hof und Alles, was ihm nahe ist, uns noch nicht bedroht.

V.

Legationsrath Küster. Abneigung Preussens, mit Nürnberg Vergleichsverhandlungen zu pflegen. Bayerns Absichten auf den Besitz von Nürnberg. Englisch-Französische Angelegenheiten und Streitpunkte, namentlich bezüglich der Insel Malta.

Berlin, den 26. April 1803.

Aus den mir übersandten vortrefflichen Schriften und Karten habe ich schon ein Studium gemacht und ein Exemplar an den geheimen Legationsrath Küster übergeben. Dieser hat einzig beim Kabinetsministerium den Vortrag in den deutschen Angelegenheiten, gilt vorzüglich viel bei den Ministern von Haugwitz und Hardenberg, ist mein Freund und ein thätiger, gefälliger Mann.

Aus der besten Quelle habe ich den Rath bekommen, von meiner Accreditirung *) nicht eher Gebrauch zu machen, als bis die kaiserliche Ratification des Entschädigungsplanes erfolgt ist. Natürlich

*) Als Nürnbergischer Geschäftsträger.

hat man von hiesiger Seite kein grosses Interesse, sich mit Nürnberg auseinanderzusetzen. Die Ungewissheit seines Schicksals bis zu jener Ratification würde man zum Vorwand brauchen, um die Unterhandlungen vorläufig von der Hand zu weisen.

Ohne Zweifel wissen Sie, dass Bayern in den letzten Wochen von Neuem in Paris auf eine Entschädigung aus dem Nürnbergischen Gebiet angetragen hat. Duroc hat noch ein Memoir des hiesigen Bayerischen Gesandten über dieses Gesuch mitgenommen. Auch versichert die Bayerische Gesandtschaft, dass Luchesini dasselbe unterstütze, welches man aber von Preussischer Seite nicht zugibt.

Vor ungefähr acht Tagen hat Graf Görz die wiederholte Instruction bekommen, gegen die kaiserliche Ratification absolut zu protestiren, wenn solche irgend Bedingungen und Reserven mit sich bringen sollte.

Die neueste officielle Piece, welche man gestern hier über die Französisch-Englischen Angelegenheiten hatte, ist eine Note von Hawkesburg an General Andreossi vom 3. April. Sie geht dahin, dass man zur Räumung Malta's sich nicht eher verstehen will, als bis das Französische Gouvernement sich über mehrere von Lord Withworth angebrachte Beschwerden vollständig erklärt und ihnen abgeholfen hat.

Hier ist man in der höchsten Spannung, da bei ausbrechendem Kriege zwischen Frankreich und England die Franzosen sogleich das Hannöver'sche besetzen wollen, nach Duroc's Erklärungen gegen den König, und dieser auf der einen Seite allgemeine Neutralität für Deutschland will, auf der andern die Räumung Malta's von England gefordert hat und, im Fall des Krieges, Achtung gegen die Grundsätze der bewaffneten Neutralität.

VI.

Ansichten Preussens bezüglich der Reichsverfassung. Weigerung desselben, Hannover zu besetzen. Bevorstehende Reise des Königs nach Franken. Rathschläge Woltmanns für Nürnberg. Kabinetsrath Lombard.

Berlin, den 28. May 1803.

Was sich bis jetzt in Regensburg ereignete, haben Sie früher erfahren als ich es und doch nur theilweise hätte ankündigen können. *) Preussen bleibt im Ganzen bei dem Grundsatze, dass nur die Lücken

*) Woltmann meint hier wahrscheinlich das auf einem Schluss des churfürstlichen Collegiums beruhende Reichsgutachten, mit welchem am 24. März 1803 der Reichstag den Reichsdeputationsschluss vom 25. Febr. dem Kaiser übergab, und worin die Bestätigung der Reichsgrundgesetze, Verwahrung der deutschen Reichsverfassung, Erhaltung und Zusammenziehung des Reichsverbandes beantragt wurde, desgleichen die kaiserliche Ratification des Reichsdeputationshauptschlusses, die Auflösung der Reichsdeputation und Anderes.

ausgefüllt werden sollen, welche in der Reichsverfassung entstanden sind. Jede anderweitige Organisation könnte nur Fesseln für Preussen schaffen, nicht seinen Einfluss auf Deutschland vermehren.

Hannover hat seit sechs Tagen hier lamentirt, dass Preussen eine Occupation des Hannöverschen vornehmen solle. Allein man hat sie hier rund abgeschlagen und höchstens noch einen Versuch versprochen, die Neutralität zwischen Hannover und Frankreich zu bewerkstelligen.

Bei der Nachricht, dass die Franzosen bei Huissem und Deventer vorgerückt sind, ist gestern sehr früh der Graf Haugwitz dem König nach Magdeburg nachgereiset. Russland wünscht, dass Peussen das Hannöverische occupire. Aber wir können froh sein, wenn die Franzosen nur von weiterer Occupirung sich abhalten lassen. Auch stimmen Frankreich und Preussen darin überein, dass die Hansestädte nicht gestört werden sollen. Mögen die Engländer nur nicht zu andern Massregeln zwingen.

Ohne Zweifel macht Graf Haugwitz die Reise nach Franken nicht mit. *) Ich ersuche daher Euer Hochwohlgeboren, sich in Nürnbergischen Angelegenheiten, wenn man unmittelbare Verwendung in dortiger Gegend bezweckt, sich an den geheimen Kabinetsrath Lombard im Gefolge des Königs zu wenden. Er allein in derselben darf über die auswärtigen Angelegenheiten sprechen; der König hält sehr auf die Behörde. Feine Schmeicheleien sind bei dem feinen Lombard gut angebracht.

In Hinsicht auf unsere politische Wünsche liefere ich folgende Nachricht über die Reise des Königs: Am 2. Mai (sic) geht er aus dem Magdeburgischen über Erfurt und Bayreuth nach Fürth zur Revue, von dort nach Anspach. Zwischen dem 9. und 12. Juni gedenkt er in Hanau einzutreffen, daselbst sechs Tage zu bleiben, dann nach Fulda zu reisen und nach einem zweitägigen Aufenthalt daselbst über Hildesheim nach Berlin zurückzugehen.

Ueberreichen Sie doch an Geheimrath Lombard die Nürnbergischen Deductionen, nicht blos an ihn als Kabinetsrath, sondern auch als vorzüglichen Schriftsteller.

*) Der König und die Königin besuchten die Fränkischen Provinzen Ansbach und Bayreuth. Zu Fürth hielt der König Revue über die Preussen. Daselbst wurde er durch eine Nürnbergische Rathsdeputation, die zur königlichen Tafel geladen wurde, begrüsst. Generalmajor von Köckeritz stellte sie dem König vor. Dieser und die Königin kamen auch nach Nürnberg, wo ihnen eine Rathsdeputation alle Merkwürdigkeiten zeigte und über die ehemaligen burggräflichen Gerechtsame Aufschluss gab. Hardenberg war ebenfalls zu Nürnberg anwesend. Die Geheimräthe Lombard und Bäume waren nicht anzutreffen oder zu sprechen. Der Rath erliess für diesen Besuch verschiedene Danksagungs- und Empfehlungsschreiben, die Woltmann besorgen sollte.

VII.

Verhältniss zwischen Preussen und Frankreich. Die Nürnbergischen Angelegenheiten, bei Hardenberg und Haugwitz angeregt. Vertrauen auf Frankreich und die Rechtlichkeit des Königs. Friedenshoffnungen.

Berlin, den 14. August 1803.

Ihr Schreiben vom achten Julius nebst Einlagen hätte mich sogleich in Thätigkeit gesetzt, wenn diese, als ich es empfing, irgend einen guten Eindruck versprochen hätte. Der geheime Kabinetsrath Lombard war kaum zum ersten Consul abgereiset *), und Alle waren auf das Aeusserste gespannt, welche Wendung das Verhältniss zwischen Frankreich und Preussen nehmen würde. In diesem Zeitpunkt hätte man für unser Geschäft nicht die geringste Aufmerksamkeit bezeigt, und es wäre wahrscheinlich auf die Seite geschoben, ehe ich Lombard um Unterstützung desselben bitten konnte.

Nachdem dieser zurückgekommen und das freundcshaftlichste Verhältniss zwischen Frankreich und Preussen sich bestätigt hat, habe ich das Schreiben an den Grafen von Haugwitz mit einer Note übersandt, und werde mir in den nächsten Tagen eine Audienz ausbitten, um ihm den Brief an den König zu überreichen und seine Aeusserungen zu vernehmen. Dann werde ich auch die übrigen Schreiben nebst Beilagen an die Behörden besorgen und mit dem Minister von Hardenberg über unsere Angelegenheiten reden. Eigentlich darf man nur mit Haugwitz über auswärtige Geschäfte verhandeln. Einleiten musste ich wenigstens alles bei ihm, und er wäre unsern Wünschen gänzlich gram geworden, wenn er gehört, dass ich mich wegen derselben eben so früh an andere als an ihn gewandt hätte.

Vorzüglich rechne ich auf den Französischen Einfluss, dann auf die grosse Rechtlichkeit des Königs und des Generals von Köckritz. Auch wird Herr von Hardenberg nun wohl die Hoffnung aufgeben, Nürnberg noch zu einer Preussischen Stadt zu machen.

Die übersandte kleine Schrift ist vortrefflich, um auch dem König eine klare Ansicht der Sache zu geben etc.

Es ist jetzt bestimmte Hoffnung zum Frieden zwischen England und Frankreich durch Russische Vermittlung. Am 18. Julius kam ein Englischer Kourier in Petersburg an, und am 20. eröffnete der Minister Woronzow dem Französischen Gesandten zwei Propositionen, welche die Basis des Friedens ausmachen sollten: 1) Die Engländer räumen Malta, und die Russen besetzen es auf zehn Jahre. 2) Die Franzosen räumen die Länder, welche als neutral angesehen werden müssen: Neapel und Hannover. Die Englische Regierung scheint mit Russland über diese Bedingungen einverstanden zu sein, die Französische genehmigt sie wahrscheinlich.

*) Wegen Besetzung Hannovers durch die Franzosen, wodurch Preussen sich beleidigt fühlte, da dieselbe während der Unterhandlungen erfolgte, die es zur Abwendung einer solchen Occupation zu Paris und London eingeleitet hatte.

VIII.

Hardenberg und Haugwitz und die Nürnbergischen Angelegenheiten, für welche mehr von Preussen als von Frankreich zu hoffen sein möchte.

Berlin, den 22. Oktober 1803.

Herr von Hardenberg ist zu seinem Sohn nach dem Holsteinischen abgereiset. Nun verwaltet inzwischen freilich der Graf von Haugwitz auch das Fränkische Departement, aber unser Geschäft ist für ihn doch lange nicht so interessant als für Herrn von Hardenberg, und dessen Mittheilungen gegen mich sind ihm wahrscheinlich nicht einmal hinlänglich bekannt. So kann ich ohne Gefahr einige Zeit Stillschweigen beobachten etc.

Weil Preussen so gewaltsame Schritte gegen Nürnberg gethan hat und sein Unrecht lebhaft fühlen muss, will sein Stolz, indem es dasselbe einigermassen gutmacht, dazu durch keine fremde Macht getrieben werden. Vorzüglich ist dies Hardenbergs Charakter. Als das Entschädigungsgeschäft noch obwaltete, schmiegte sich Preussen wohl vor dem Französischen Gouvernement, von welchem es so viel hoffte und fürchtete. Jetzt steht es damit anders. Auch scheint sich die Französische Regierung doch nicht lebhaft für unser Geschäft zu interessiren, da sie die Nürnbergischen Deputirten so lange über die Antwort des Herrn von Luchesini ununterrichtet liess. — Mit Bayern zugleich würde Preussen das Geschäft der Ausgleichung vollbringen.

IX.

Woltmanns Audienz bei Graf Haugwitz wegen der Vergleichsverhandlungen mit Nürnberg.

Berlin, den 29. November 1803.

Ew. Hochwohlgebohren haben meinen Bericht über die Meinung des Grafen von Haugwitz, besonders was den Gang unserer Unterhandlung betrifft, wohl früher erwartet. Aus einer Quelle, der ich ganz vertraue und welche mir in jeder Hinsicht lehrreich ist, wusste ich, dass ich von dem Grafen nichts Bestimmtes über unsere Angelegenheit hören würde, ehe er Rücksprache mit dem Freiherrn von Hardenberg genommen hätte. Ungefähr acht Tage nach der Rückkunft des letzten ersuchte ich den Grafen von Haugwitz um eine Audienz, die am 23. d. M. erfolgte.

Ich theilte ihm zuerst Alles mit, was in seiner Abwesenheit mit Hardenberg über die Ausgleichung zwischen Preussen und Nürnberg gesprochen war, die Ideen desselben,

welche meinen Herrn Committenten mit eintretenden begünstigenden Modificationen nicht unannehmlich schienen, und entwickelte dann die Gründe, warum die Unterhandlung in Paris am leichtesten geschähe, und warum es wünschenswerth wäre, dass sie in den beiden nächsten Monaten vollbracht würde. Ich ersuchte endlich den Minister, dass Herrn von Luchesini eine Instruction mitgetheilt werden möchte, welcher die Ideen des Herrn von Hardenberg zum Grunde lägen. Damit auch von Preussischer Seite die nöthigen Lokalkenntnisse in Paris sogleich gefunden werden könnten, möchte man den Herrn von Hänlein hinsenden, welcher das Vertrauen des Königs und der Reichsstadt Nürnberg hätte.

Die erste Aeusserung des Grafen war die spröde Frage, ob Preussen mit Nürnberg etwas auszugleichen hätte? Ich erwiederte, die Verhältnisse, wovon wir redeten, wären der ganzen Welt bekannt, und das positive Recht, welches eigentlich über sie zu entscheiden hätte, würde Verwicklungen genug zwischen Preussen und Nürnberg auszugleichen finden. Jetzt wollte ich mich nur auf den Gesichtspunkt einlassen, was Nürnberg durchaus verlangen und hoffen müsste, um seine Selbstständigkeit zu sichern und sein Wiederaufblühen zu befördern. Ueber diese beiden Punkte lebte man im Vertrauen zu den grossen vermittelnden Mächten, unter deren Garantie das Schicksal der Reichsstädte neulich bestimmt sei, und zu dem König von Preussen, welcher auf den Deputationschluss so ungemeinen Einfluss gehabt hätte.

Der Minister machte nun eine Diversion über die Selbstständigkeit der Reichsstädte, und benutzte die letzten Vorgänge wegen der Hannöver'schen Anleihe, um jene Selbstständigkeit sehr verdächtig zu machen. Ich hätte sehr gewünscht, um als Repräsentant aller Reichsstädte sprechen zu können. Jetzt suchte ich nur die Wendung, dass ich behauptete, die grossen Staaten müssten ihres eigenen Flors wegen das Gedeihen jener kleinen Freistaaten befördern. Preussen sei besonders in diesem Fall gegen Nürnberg. Diese Behauptung gab der Minister völlig zu, und von ihr aus kam er mit mir zu folgenden Resultaten: 1) Nürnberg müsste in einer gewissen Entfernung von seinen Mauern nothwendig ein unabhängiges Gebiet besitzen. 2) Preussen müsste ihm die günstigsten Commerzialverhältnisse schaffen, 3) ebenso Erleichterung von dem Druck, unter welchem die Nürnbergischen Finanzen seufzten. Der Kabinetsminister fügte noch hinzu, dass Preussen an einer Quadratmeile mehr oder weniger nicht liege. Es würde nicht markten mit Nürnberg, und dieses sollte ohne Misstrauen, an dessen Erweckung Preussen freilich auch Schuld hätte, seine Vorschläge nach den übereingekommenen Ideen privatim an Preussen gelangen lassen.

Ich liess nun die letzte Feder springen und fragte, ob ich dies nach Paris berichten sollte, da der Minister Taleyrand ausdrücklich verlangt hätte, dass ich mit ihm (dem Grafen von Haugwitz) erst Rücksprache über den Ort der Unterhandlung halten sollte und Alles für Paris stimmte. Er sei, war die Antwort, nicht in Abrede, mit

Frankreich die Sache abzuthun. Laforêt könnte desshalb instruirt werden. Der hiesige Bayerische Gesandte sollte zu Vollendung des Geschäfts gleichfalls Instruction suchen.

Ich verschob um einen Posttag diesen Bericht in Erwartung eines veränderten Entschlusses vom Grafen von Haugwitz. Er ist nicht erfolgt.

Beim Abschied sagte mir noch der Minister, dass er glaube, jetzt wäre überhaupt nicht der Moment für die Handlung. Daran kehren wir, dächte ich, uns nicht. Am besten wäre, um zu versuchen, durch ein Memoire von Laforêt noch Paris zum Ort der Verhandlung zu machen und zugleich neue, den mitgetheilten Ideen angemessene Vergleichsvorschläge in Paris zu übergeben, welche Laforêt an Preussen sogleich mittheilte. Gelingt auch dies nicht, so müssen wir uns wohl unmittelbar hier einlassen und nur sehen, dass Laforêt hier im Namen Frankreichs unablässig für uns wirke. Dies Schreiben geht heute auch nach Paris. Den Brief an Herrn von Hardenberg habe ich übergeben.

X.

Haugwitz und Hardenberg und die Nürnbergischen Angelegenheiten.

Berlin, 28. Februar 1804.

Die dem Minister Grafen von Haugwitz übergebene Note hat wenigstens so viel gewirkt, dass der Minister, was bisher noch nie in den Nürnbergischen Sachen geschah, sie ad referendum ausgetheilt hat. Der Referent ist mein vertrauter Freund, der vortreffliche geheime Legationsrath Küster. Indessen hat der Graf von Haugwitz dabei geäussert, dass er vor der weitern Einleitung der Sache in den Geschäftsgang noch eine Conferenz mit dem Staatsminister von Hardenberg über sie halten wolle. Ich fürchte, dass das Resultat derselben uns wegen der neuesten Begebenheiten in Paris noch verzögert werde. Graf Haugwitz, der nur arbeitet, was ihm auf den Fingern brennt, kann nur durch Frankreich zur Beschleunigung unserer Angelegenheit gedrängt werden, und nur durch Gefälligkeit gegen dasselbe wird er sich zu einem Arrangement mit Nürnberg bequemen. Hätte ich allein und unmittelbar mit Herrn von Hardenberg zu thun, so wäre eine Basis, wenigstens eine Bestimmung des Geschäfts bald vollbracht. Nun aber ist er durch das auswärtige Departement gebunden, und ohne den Grafen Haugwitz kann er uns gar keine befriedigende Antwort geben. Ich bin überzeugt, dass der Referent alles Mögliche zur Beschleunigung der Verhandlung vollbringt. Indessen zweifelt er gänzlich, dass man diese nach Paris gehen lassen werde. Nur einem starken Andringen der Französischen Regierung wird man hier weichen.

XI.

Abreise des Grafen Haugwitz. Hardenberg an der Spitze des Kabinetsministeriums. Woltmanns Trachten, dass die Vergleichshandlungen zu Paris gepflogen werden.

Berlin, den 21. April 1804.

Die erwähnte Conferenz zwischen den Ministern von Haugwitz und von Hardenberg über unsere letzte Note ist erfolgt. Das vorläufige Resultat derselben war, dass das Referat in den Nürnbergischen Angelegenheiten von dem geheimen Legationsrath Küster auf den geheimen Legationsrath Nagler übertragen wurde, da dieser beim auswärtigen Departement besonders für die Fränkischen Sachen angestellt ist etc. Der Staatsminister von Hardenberg liess sich die Note geben, da der Graf Haugwitz auf drei Monate abgehen und jener ganz die Functionen des Kabinetsministers übernehmen sollte. Dies geschah auch am 15. d. Mts. In den wenigen Tagen zwischen dem Referat des geheimen Legationsrathes Nagler und diesem Akt glaubte ich keinen neuen Schritt thun zu dürfen, indem der Graf Haugwitz viel weniger Sinn und Gunst für unsere Angelegenheit hat als der Minister von Hardenberg, die kleinen Mächte viel geringer achtet und in allen Geschäften, die für Preussen nicht hochwichtig sind, ungemein nachlässig ist etc.

So habe ich nun in diesen Tagen durch eine kleine Note an von Hardenberg die letzthin übergebene ausführliche wieder angeregt, und in einer ausführlicheren den Französischen Minister Laforêt theils von dem bisherigen Gang unterrichtet, theils um seine kräftige Mitwirkung gebeten, dass Herr von Luchesini endlich die nöthigen Instructionen zur Unterhandlung mit den Nürnbergischen Deputirten unter Leitung des Französischen Gouvernements erhalte etc. Mündliche Conferenzen mit Herrn von Hardenberg und Laforêt werde ich in Kurzem halten etc.

Leider höre ich von den Referenten, dass Graf Haugwitz noch immer geäussert habe, jetzt sei nicht der Zeitpunkt der Verhandlung mit Nürnberg und Paris nimmermehr der Ort derselben. Indessen handelt nun Herr von Hardenberg mit gleicher Vollmacht wie Graf Haugwitz, und wird mehr zur Beschleunigung der Sache geneigt sein. etc.

XII.

Verhältniss zwischen Preussen und Russland, und zwischen Russland und Frankreich. Angelegenheiten des Reichs und Nürnbergs.

Berlin, den 24. April 1804.

Alle Schritte, welche der Preussische Gesandte von Luchesini unmittelbar auf blossem Antrieb seines Hofes verflossenen Winter über

in Paris gethan, beziehen sich schlechterdings nur auf einige Sicherung der neutralen Schifffahrt wenigstens gegen die Französischen und Batavischen Eingriffe. Eine Besetzung Hannovers und dergleichen hat der hiesige Hof blos in Verein mit Russland und auf dessen ungestümmes Anhalten gefordert, diese Forderung aber so wenig mit ernsthafter Demonstration unterstützt, dass die Spannung zwischen Preussen und Russland auf einen hohen Grad gestiegen ist. Noch drohender ist sie freilich zwischen diesen letzteren und Frankreich geworden, welches den Russischen Intercessionen sowohl wegen des nördlichen Deutschlands als wegen der Könige von Neapel und Sardinien kein Gehör gab. Noch jetzt erwarten die Franzosen so wenig Gutes von Russland, dass sie an der Elbe und in Oberholland, vorzüglich an der Ober-Yssel, sich zu verschanzen anfangen. Inzwischen hat sich jene Spannung so gemildert, dass das hiesige Cabinet nichts als Fortdauer des Continentalfriedens erwartet. Diese erste Annäherung zwischen Frankreich und Russland ward durch die deutschen Angelegenheiten veranlasst.

Preussen und Frankreich wünschen die Ergänzung des Deputationsschlusses zu Regensburg vollbracht zu sehen, entweder am ganzen Reichstag oder durch einen neuen Deputationsschluss. Russland dagegen wählt Wien zum Orte dieses zweiten Staatsactus, um sich gegen Oestreich gefällig zu bezeigen, und es könnte sein, dass Frankreich eben wegen seiner Spannung gegen Russland diesmal ihm nachgäbe.

Es leidet wohl keinen Zweifel, dass die Nürnbergischen Angelegenheiten an einem dieser beiden Oerter werden verhandelt werden, und dass alles aufgeboten werden muss, sie in diesem zweiten Staatsactus glücklich zu beendigen. Weil ich indessen noch keine Instruction über diesen Punkt habe, so drückte ich mich in den Noten an von Hardenberg und Laforêt so aus, dass sehr zu wünschen sey, in Paris wenigstens eine Basis und ein Princip für unsere Verhandlung schnell auszumitteln.

II.

Schreiben an die Nürnbergischen Rathsconsulenten Dr. Deinzer und Dr. Roth.

XIII—LXXXIV.

XIII.*)

Abermalige Reise des Königs nach Franken. Hoffnungen für Nürnberg, namentlich wegen des persönlichen Characters des Königs.

Berlin, den 27. April 1805.

Den König von Preussen und den Minister von Hardenberg werden Sie bald in Ihrer Nähe haben, und ohne Zweifel wird Nürnberg an Beide eine Deputation senden. Schicklich dünkte es mich, wenn sie nicht blos aus Senatoren bestünde, da sie von einem Gemeinwesen abgeordnet wird. Gewiss aber wird sie kräftiger wirken, wenn sie noch unmittelbarer als durch Mitglieder des Senats den Wunsch der Bürger Nürnbergs als eines Ganzen ausspricht, dass doch endlich die Selbstständigkeit der kleinen Republik ganz gesichert werden möge.

Nach der individuellen Natur des Königs wäre zu wünschen, dass das Schreiben an ihn kurz und körnigt, ohne den Kanzleistyl, wäre, welchen zu fassen er keine Lust hat. Ich würde nichts in dasselbe setzen, als dass Nürnberg sich seiner um so mehr freue, weil sein biederes vor zwei Jahren im Angesicht seiner Vorfahren gegebenes Fürstenwort, dass mit der Stadt Alles gut werden, und dass der Deputationsschluss in Hinsicht auf sie auch endlich Kraft gewinnen solle, durch seine jetzige Gegenwart in Franken gleichsam erneuert und der Erfüllung nahe gebracht scheine. Einen solchen kurzen Satz begreift der König und list ihn ohne Widerwillen. Er schämt sich, sein Fürstenwort nicht zu halten, zumal wenn man ihn an seine Vorfahren erinnert. Unwillig wird er zum Minister Hardenberg sagen: „Eilen, damit Nürnberg zufrieden ist!“ Und ein solches Wort wird erstaunlich wirken.

*) Die Schreiben XIII bis XVII incl. sind an den Rathsconsulenten Dr. Deinzer, alle übrige an Dr. Roth gerichtet, der im Monat May von Berlin nach Nürnberg zurückgekehrt war.

XIV.

Hardenberg und Legationsrath Nagler und des letztern Gesinnung gegen Nürnberg. Verhältnisse zwischen Preussen und Bayern.

Berlin, den 30. April 1805.

Nicht länger als der König wird der Minister von Hardenberg in Ihrer Nähe bleiben, weil er nicht durch zu lange Abwesenheit von Berlin veranlassen will, dass der Graf Haugwitz von seinen Gütern komme und das Präsidium im Departement der auswärtigen Angelegenheiten übernehme. Aber der geheime Legationsrath Nagler wird länger in der dortigen Gegend verweilen. Nach dem Minister von Hardenberg ist er von Preussischer Seite der vornehmste Mann in den Nürnbergischen Angelegenheiten, voll Vorurtheilen gegen den benachbarten kleinen Freistaat und voll Begierde, ihn den Fränkischen Provinzen einzuverleiben, aber doch gutmüthig und auf kluge Art nachgiebig, wenn man ihm mit Klarheit und Energie entgegensteht. Ihm sowohl als dem Minister muss in Ihrer Gegend stündlich in die Ohren klingen: 1. dass Nürnberg sich lieber in Trümmer verwandeln als seine Selbstständigkeit aufgeben wird, 2. dass es innere Kraft und Muth genug habe, um sich durch sich selbst wieder blühend zu machen. Wenn die benachbarten Mächte an diese beiden Dinge glauben, so ist die Stadt für immer gerettet. Selbst mit überschäumender Energie müsste sie jene Sinnesart unaufhörlich darthun.

Preussen will ohne Zweifel jetzt endlich eine Ausgleichung mit Nürnberg; aber es ist dabey durch seine Verhältnisse und geheime Verheissungen gegen Bayern gefesselt. Gegenwärtig ist es mit demselben äusserst unzufrieden und würde sich um so lieber mit Nürnberg ausgleichen, wenn es jenem dadurch einen Streich versetzen könnte, ohne sich zu compromittiren. Ein hartes Wort sowohl des Ministers Talleyrand als des Gesandten Laforêt für Nürnberg gegen Bayern sollte dazu behülflich seyn. Allein die Italiänische Krönung macht uns in der Bemühung um dasselbe einen Querstrich. Ich werde den Geheimrath Nagler vor seiner Abreise noch ersuchen, Ihnen und dem Herrn Marktvorsteher Merkel *) besonderes Vertrauen über die Nürnbergischen Angelegenheiten zu zeigen. Je mehr er versichert, dass er mit denselben nichts officiell zu schaffen habe, desto mehr sagen Sie ihm Alles, was Sie erwogen haben wollen; und es fruchtet gewiss.

*) Ein sehr angesehener und einflussreicher Kaufmann, mit dem Woltmann ebenfalls correspondirte.

XV.

Preussen und Nürnberg. Geringe Hoffnungen für Bayern, dass es in den Besitz der Reichsstädte Augsburg und Nürnberg komme. Mission des Russischen Generals von Winzingerode nach Berlin wegen der feindlichen Stimmung des Königs von Schweden gegen Frankreich.

Berlin, den 7. May 1805.

Es ist mir nicht gelungen, wie ich in meiner Zuschrift vom vorigen Posttag an den Herrn Marktvorsteher Merkel hoffte, gegen heute noch besondere Erkundigungen über die Berichte einzuziehen, welche Herr von Hänlein etwa in den letzten Wochen über die Nürnbergischen Angelegenheiten, besonders über die in Nürnberg durch den Herrn Geheimrath von Schaden angeknüpfte Negociation hieher geschickt haben mag.

Unser Kranker (Roth) *) nimmt jetzt schon so an Kräften wieder zu, dass er vor der Abreise des Ministers von Hardenberg noch Herrn von Laforêt sehen und ersuchen kann, jenem noch eine kräftige Ermahnung zu unserm Besten mit auf den Weg zu geben. Es ist besser, dass es durch ihn, als durch mich geschehe; denn wie mit dem Geheimrath Nagler, so werde ich auch mit Herrn von Hardenberg vor ihrer Abreise noch freundschaftlich über Preussens Verhältniss gegen Nürnberg reden.

Folgende Sätze, dünkt mich, sind nicht mehr zu bezweifeln: 1. Herr von Hänlein und als sein Adjutant, Herr von Schaden, haben ein Privat-Interesse, dass die Sache in Franken ausgeglichen werde. Der Minister von Hardenberg folgt ihrem Gesichtspunkt, um allen Anschein zu vermeiden, als wenn der Einfluss Frankreichs durch die hiesige Gesandtschaft ihn bestimmt hätte 2. Nach deutlichen Winken will Herr Laforêt die Sache aber hier zu Ende treiben, und er ist immer in dieser Aussicht zu erhalten, damit er nicht nachlasse, hier zu wirken. Am Ende muss es uns freistehen, wo wir abschliessen wollen. Aber eben deswegen darf Dr. Roth nicht von hier ganz abgehen, vor Beendung des Geschäftes. Frankreich und Preussen würden dies als ein Zeichen ansehen, als ob wir die Beförderung desselben durch die hiesige Französische Gesandtschaft aufgäben, und dies würde doppelt nachtheilig für uns wirken. 3. Preussen will bey der Verhandlung Frankreich nur brauchen, um sich von Baiern frei zu machen und dieses ganz in Schatten zu stellen. Französische Erklärungen der Art gegen Baiern, dass sie dieses von jeder weiteren Hoffnung eines Erwerbes abschrecken, zu veranlassen, und die Erbitterung Preussens gegen Baiern vorzüglich beym Geheimrath Nagler und bey Andern zu nähren, dünkt mich daher sehr rathsam.

*) Roth erkrankte während seines Aufenthaltes zu Berlin. Nach seiner Genesung reiste er gegen Ende May nach Nürnberg zurück, worauf sogleich Woltmanns Correspondenz mit ihm begann.

Aus diplomatischen Akten, die ich in diesen Tagen zufällig in die Hände bekommen, sehe ich, dass noch am 18. Januar 1803 Luchesini in Paris die lebhaftesten Vorstellungen gethan hat „wenigstens Augsburg und Nürnberg werde Bayern noch erhalten!“, dass darauf Talleyrand endlich so ernst darauf antwortete, dass der Preussische Gesandte selbst alle Aussicht der Art aufgab und rieth, bei dem gegenwärtigen System Frankreichs sie gänzlich fahren zu lassen.

Einen exakten Bericht über die importante Mission des Russischen Generals Baron von Winzingerode nach Berlin habe ich gestern nach geheimen diplomatischen Akten arbeiten können, und lege ihn bey etc.*) Niemand muss [so sehr] wie die Reichsstädte nach allen Wendungen der Politik der grossen Mächte spüren, weil ihr Dasein davon abhängt.

*) Beilage zu Nr. XV.

Bericht über die Sendung des Russischen Generals Baron von Winzingerode an den Berliner Hof.

Am 23. December **) eröffnete der Französische Gesandte Laforêt dem Minister von Hardenberg, „wie das Französische Gouvernement zuverlässige Nachricht habe, dass der König von Schweden auf dem Punkt stehe, eine Offensiv- und Defensiv-Allianz mit England abzuschliessen, und Frankreich nicht umhin könne, diese Allianz als eine förmliche Kriegserklärung von Seite Schwedens anzusehen, Kaiser Napolean deshalb seine Truppen sogleich in das Schwedische Pommern einmarschieren lassen werde.“

Der Minister von Hardenberg zögerte nicht, diese Eröffnung dem Schwedischen Chargé d'Affaires am hiesigen Hofe, Herrn von Brünckmann, mitzutheilen, und ihn zu ersuchen, „dass er sogleich einen Courier an den König, seinen Herrn, welcher damals noch in Stralsund war, abfertigen möge, mit dem Ansinnen Preussens, eine kathegorische Erklärung des Schwedischen Hofes über den in Frage stehenden Punct unverzüglich erhalten zu wollen. Zugleich sollte er hinzufügen, dass die Preussische Macht fest entschlossen sey, die Ruhe des nördlichen Deutschlands gegen ein Jeden, der ihr Eintrag thun wolle, zu behaupten, und deshalb, wenn die in Frage stehende Allianz wirklich abgeschlossen würde, sogleich ganz Pommern mit ihren Truppen besetzen wolle, um zu verhindern, sowohl dass die Engländer bey Stralsund landeten, als dass die Franzosen sich dieser Provinz bemächtigten, und der Kriegsschauplatz hart an die Gränzen des Preussischen Staats verlegt würde.“

Schon am 4. Januar 1805 erhielt der Schwedische Chargé d' Affaires von seinem Hofe eine Art von Antwort, welche über die

*) S. Beilage.
**) 1804.

eigentliche Frage sich weder affirmativ noch negativ herausliess, sondern nur die Bemerkung und Versicherung enthielt, „dass der Preussische Hof dem Schwedischen gewiss nicht das Recht und die Freiheit abspreche, nach seinen politischen Verhältnissen Allianzen abzuschliessen“, dass man übrigens mit der unerwarteten Erklärung des Preussischen Gouvernements einen Courier nach Petersburg gesandt habe, und nach dessen Rückkunft kathegorisch auf den in Frage stehenden Punkt antworten werde.

Am 4. Februar kam ein Russischer Courier nach Berlin mit einem Briefe des Kaisers Alexander an den König von Preussen. In demselben hiess es in allgemeinen Ausdrücken, „dass es freilich sehr wesentlich sei, den König von Schweden zu verhindern, durch irgend einen Schritt einen Continentalkrieg hervorzurufen, und dass auf jeden Fall Russland verheissen dürfe, den Schwedischen Hof innerhalb der nöthigen Gränzen halten zu können.“

Unter solchen Umständen machte die Mission des Baron von Winzingerode, Adjutanten des Russischen Kaisers, besonderes Aufsehen. Er kam zu Berlin den 14. Februar an und überbrachte ein Handschreiben seines Herrn an den König.

Aus seiner ersten Conferenz mit dem Minister von Hardenberg ergab sich so viel, dass er dem Preussischen Hofe hinlänglichen Aufschluss über die Gründe geben solle, warum der Russische ein Heer von beinahe Hunderttausend Mann in Liefland versammle und dasselbe beordert habe, sich stets marschfertig zu erhalten. Bald aber entwickelte es sich auch, dass seine Mission auch durch die Bewegung veranlasst war, welche die Preussische Erklärung gegen Schweden am Petersbnrger Hofe erregt hatte. Bei Mittheilung derselben an Russland hatte nämlich der König von Schweden den Vertrag von Garzhina angezogen, welchen er mit dem Russischen Hof am 18. Oktober 1799 geschlossen hatte, und kraft dessen sich beide Mächte hinreichende Hilfe versprachen, in dem Fall, dass eine von ihnen in ihren Staaten angegriffen würde. Nun machte Kaiser Alexander dem König in seinem Schreiben bemerkbar, dass casus foederis eintreten werde, sobald Preussen Schwedisch-Pommern wegen einer Allianz des Königs von Schweden mit Grossbritanien besetzen wollte. Von der Preussischen Mässigung sei daher zu erwarten, dass man denselben in seinen politischen Verbindungen nicht geniren werde.

Ueber diese Erklärungen von Seiten Russlands gerieth der Berliner Hof in nicht geringe Verlegenheit, ergriff auch jede Gelegenheit, um dem Russischen seine völlige Unparteilichkeit gegen ihn und den Französischen darzuthun. Als Marschall Bernadotte einige militärische Demonstrationen gegen die Stadt Lübeck wegen der geforderten Anleihe machte, erklärte der Minister von Hardenberg nicht nur dem hiesigen Französischen Gesandten die stärkste Missbilligung derselben, sondern Luchesini musste auch in Paris sich auf gleiche Weise äussern. Auch wurde Winzingerode, welcher von der ganzen Umgebung des Kaisers Alexander seines Vertrauens am meisten geniesst, auf das

Schmeichelhafteste behandelt, um seine ungeduldige Erwartung zu beschwichtigen.

Endlich am 24. März erhielt er eine Antwort und zugleich ein Schreiben des Königs an den Kaiser, deren Inhalt dahin ging, „dass Preussen von seinem System der Neutralität im nördlichen Deutschland sich nicht entfernen dürfe und jede kriegerische Maassregel in Pommern, welche andeute, dass von dort die Französische Armee in Hannover angegriffen werden könnte, schlechterdings vereiteln müsse. Sollte es sich dann so fügen, dass eine Preussische Besetzung von Schwedisch-Pommern deshalb nöthig werde, so trete darum nicht der angeführte casus foederis zwischen Russland und Schweden ein; denn die Occupation werde mehr zur Beschützung dieses letzten, als zu einem feindlichen Angriff auf seine Staaten sich eignen.“

Wirklich hatte auch der Schwedische Chargé d'Affaires am 23. Februar eine Note in starken Ausdrücken wegen der am 24. Dezember ihm geschehenen. Eröffnungen an das hiesige Kabinetsministerium übergeben. Allein man erwähnte der ganzen Angelegenheit gar nicht wieder gegen Schweden von hiesiger Seite, und von der Note scheint hier, wie in Paris von der bekannten arroganten gegen Bonaparte, es zu heissen: elle restera méprisée.

Uebrigens fand Baron Winzingerode, der seine Abreise auf den 29. März festgesetzt hatte, in neuen Depeschen Ursache, seinen Aufenthalt in Berlin zu verlängern; und Preussen, indem es sich weigerte, das Italiänische Königreich Napoleons anzuerkennen, ohne Rücksprache mit andern Mächten, bediente sich auch dieser Gelegenheit, dem Russischen Hofe darzuthun, wie unparteiisch es zwischen ihm und dem Französischen in der Mitte stehe.

XVI.

Die Preussische Ausgleichung mit Nürnberg eine Illusion. Geheimrath Nagler. Der Preussische Ministerresident Humboldt in Rom nach Mailand abgeordnet, um allda Napoleon zu begrüssen.

Berlin, den 11. May 1805.

Aus einer vertrauten Unterredung mit dem Geheimrath Nagler kann ich Ihnen heute melden, dass Herr von Hänlein in einem Privatbriefe an den Minister von Hardenberg berichtet hat, wie die Gemüther in Nürnberg jetzt in einer solchen Stimmung wären, dass eine Ausgleichung zwischen der Stadt und Preussen jetzt leichter zu vollbringen sein werde etc. Ich äusserte dagegen meinem Freunde, dass uns diese Gesinnung des Herrn von Hänlein sehr willkommen sein müsse, mit derselben wenig in Harmonie stehe, wenn derselbe sich Aeusserungen der Art erlaube, „dass eine Commission ernannt werden solle, um zu untersuchen, ob Nürnberg ein Gebiet nöthig habe“, worin ja eine offenbare Verhöhnung des ganzen Geschäftes der Aussöhnung

liege. Eben so stimme es mit einer ernsten Absicht von Preussischer Seite, Alles mit Nürnberg auszugleichen, gar nicht überein, dass sich der Minister von Hardenberg im Geringsten nicht schriftlich gegen den Herrn Consulenten Roth erkläre etc. Er versprach mir, den Minister von Hardenberg noch vor ihrer Abreise nach Franken, die in 14 Tagen (vom 9. an) erfolgen würde, dahin zu bewegen, dass er an den Consulenten Roth noch eine nach den jetzigen Verhältnissen befriedigende Erklärung schriftlich gelangen lasse.

Im Ganzen gab mir Geheimrath Nagler die Versicherung, dass er bei seinem langen Aufenthalt in Franken, während dessen er vorzüglich in Berichtigungen (dem Anschein nicht sanfte) mit Baiern eingehen werde, immer zu treuen Rathschlägen und angenehmen Diensten für Nürnberg bereit sein wolle, wenn er gleich wahrscheinlich das eigentliche Vergleichsgeschäft nicht unmittelbar übertragen bekomme.

Er ist ein sehr rechtschaffener Mann von hellem Blick und fühlt sich auf eine edle Weise geschmeichelt, wenn man ihm Vertrauen bezeigt.

Der Preussische Ministerresident von Humboldt in Rom geht wirklich nach Mailand, den Kaiser daselbst zu begrüssen, vielleicht auch den König von Italien; denn Preussen glaubt, dass Oesterreich denselben in Kurzem anerkennen werde. Und die letzte Preussische Erklärung über diesen Gegenstand geht dahin, dass Preussen nur den Entschluss Oesterreichs erwarte, mit welchem es in demselben Recess wohl eine Italiänische Republik, doch kein Italiänisches Königreich anerkannt habe.

XVII.

Der Russische Kammerherr Novosilzoff als Unterhändler eines allgemeinen Friedens. Der König von Schweden schickt den Preussischen schwarzen Adlerorden zurück. Abberufung der Preussischen Gesandtschaft zu Stockholm. Herr von Brünkmann, Schwedischer Geschäftsträger zu Berlin. Voraussichtliche Anerkennung Napoleons als König von Italien durch Preussen.

Berlin, den 14. May 1804.

Eine überaus wichtige neue Nachricht ist, dass der Russische Hof den Kammerherrn von Novosilzoff zum unmittelbaren Friedensvermittler zwischen Russland und England auf der einen, und Frankreich auf der andern Seite bestimmt hat. Preussen soll ihm von Mailand *) aus Pässe verschaffen, damit er nach Paris gehen und Russland und England bei der Friedensverhandlung vertreten könne.

*) Dem damaligen Aufenthalt Napoleons.

Seinem Geiste gemäss hat der König von Schweden den Preussischen schwarzen Adlerorden zurückgeschickt, weil derselbe an den Französischen Hof geschenkt sei. Ehgestern ist darauf eine Stafette abgegangen, welche die Preussische Gesandtschaft in Stockholm abruft. Der hiesige Schwedische Chargé d'Affaires, Herr von Brünkmann, schwebt gleichsam hier. Inzwischen wird sein König ihn wohl bald abrufen. Graf von Schmettau, hiesiger General, welcher den Schwedischen Seraphinenorden trägt, hat dem königl. Preussischen Kabinet geschrieben, dass er es für seine Pflicht halte, denselben zurückzusenden, nachdem er das seltsame Betragen des Königs von Schweden in Erfahrung gebracht habe. Die Antwort war, dass man ihm für sein patriotisches Gefühl danke und ihn ersuche, den beikommenden rothen Adlerorden zu tragen, wenn er etwa den Seraphinenorden ablegen wolle. Der König von Preussen selbst hat diesen auch nicht zurückgeschickt.

Herr von Humboldt, Preussischer Ministerresident in Rom, hat die Instruction erhalten, nach Mailand zu gehen und Napoleon als Italiänischen König zu begrüssen, wenn, wie man hoffe, gegen seine Ankunft daselbst auch die Nachricht (angekommen) sei, dass Oesterreich denselben anerkannt habe, — im entgegengesetzten Fall nur als Kaiser.

XVIII.

Preussen und Schweden. Abreise des Schwedischen Geschäftsträgers von Berlin. Die Friedensbedingungen der Mission des Herrn von Novosilzoff. Oesterreich und Frankreich. Des ersteren Rüstungen und Memoir an den Preussischen Hof, und desselben Beantwortung.

Berlin, den 4. Juni 1805.

Am Abend des 31. May bekam der Schwedische Chargé d'Affaires eine Stafette von seinem Hofe, dass er ohne Verzug Berlin verlassen und keinen Abschied nehmen solle. Dies letzte verstand sich wohl von selbst, nach demjenigen, was ihm von hiesiger Seite war bedeutet worden, dass er sich nicht länger als Schwedischen Geschäftsträger betrachten, seinen Aufenthalt als Privatmann aber so lange, als es ihm beliebe, fortsetzen könne.

Das ganze gegenwärtige Verhältniss zu Schweden betrachtet man hier mit Recht wie eine Farce. Aber desto ernsthafter ist man auf die Ankunft des Herrn von Novosilzoff gespannt, welcher noch immer von Tag zu Tag erwartet wird. Die Depeschen des Generals von Zastrow aus Petersburg an das hiesige Kabinetsministerium geben inzwischen schon einigen Aufschluss über den Geist der Mission des Herrn von Novosilzoff. Er berichtet das sehr ernste Verlangen des Russischen Hofes, sich mit dem Französischen auszugleichen und den

Frieden desselben mit England einzuleiten, aber charakterisirt auch die Bedingungen, von welchen Russland nicht abgehen und ohne deren Erfüllung es sich auf das Innigste mit Grossbritanien wider Frankreich verbinden werde.

Diese Bedingungen sind mir so angegeben: 1) Eine allgemeine Räumung der neutralen Länder von den Truppen der drei in Verhandlung stehenden Mächte, namentlich die Räumung Hannovers, Neapels, Malta's und Corfu's. 2) Feststellung einer seinem Verlust entsprechenden Entschädigung für den König von Sardinen. 3) Feste Bestimmung der Gränze für das Französische Reich, besonders für das Königreich Italien.

Es scheint freilich, dass diese Basis zu einem Frieden der Billigkeit angemessen sei; aber sie möchte den Plänen der Französischen Regierung doch nicht entsprechen. Inzwischen ist es noch zweifelhaft, ob es nur zu einer Verhandlung über diese Basis kommen werde; denn es sind Winke gefallen, dass die Französische Regierung nicht unmittelbar mit Novosilzoff, sondern durch Preussische Vermittelung, also durch das Organ Luchesini unterhandeln wolle. Nun ist die Frage, ob Kaiser Alexander sich dies gefallen lassen werde.

Ueber das Verhältniss Oesterreichs zu der Französischen Regierung in diesem Augenblick habe ich folgende Data: Der Römische Kaiser hat dem Französischen geschrieben, dass er den König von Italien vorläufig in der Person des jetzigen Oberhaupts von Frankreich anerkennen wolle, unter der doppelten Voraussetzung, dass es beim Frieden die Italiänische Krone wieder abgebe, und dass festgesetzt werde, sie solle nie wieder mit der Französischen vereinigt sein.

Dabei ist auffallend, dass die Oesterreichische Kriegsmacht in der grössten Bewegung nach der Italiänischen Gränze ist. Selbst die Regimenter in Schlesien, Mähren etc. sind im Aufbruch begriffen. Alle zum Felddienst untaugliche Soldaten sind ausrangirt worden. Man macht durchaus die Miene, als solle Oesterreich einen sehr ernsten Krieg anfangen, vielleicht blos deshalb, weil die Französische Kriegsmacht in Oberitalien sich nach authentischen Angaben auf 140000 Mann beläuft.

Die Preussische Antwort auf das Oesterreichische Memoir kann ich jetzt näher charakterisiren. Zuerst freut man sich in demselben über die liberalen Gesinnungen, welche Oesterreich dargelegt habe, wie es das südliche Deutschland durch seine Uebermacht nie beunruhigen werde und keine weitere Veränderung in demselben zu begünstigen Willens sei. Was inzwischen die Reichsritterschaft anbetreffe, so sei Preussen in seinen Prinzipien darüber noch zu sehr von den Oesterreichischen entfernt, als dass es sich über diesen Punkt definitiv erklären könne. Auch in Hinsicht auf die neuen Virilstimmen des Reichsfürstenrathes werde es von seinen bisherigen Gesinnungen nicht weichen. Was endlich das Concordat der Deutschen Nation anbetreffe, so scheine dasselbe noch so in der Ferne zu liegen, dass Erklärungen über diesen Punkt voreilig sein würden. Indessen äussere

man gern den vorläufigen Wunsch, dass die reichsständischen Rechte dadurch so wenig als möglich beschränkt werden möchten.*)

Ich füge zu diesem Inhalte noch, dass man hier in Unruhe schwebt, welche Verabredungen der Churerzkanzler in Paris wegen des Concordats schon genommen haben möge, dass Preussen fest entschlossen ist, die Sache der Reichsritterschaft vom Reichshofrath an den Reichstag zu bringen, und die Idee festhält, dass alle grössern Mitglieder auf die Grafenbank kommen, die übrigen mediat werden sollen.

XIX.

Die Ankunft des Herrn von Novosilzoff. General von Zastrow. Geringe Aussicht, dass die Russische Vermittlung den Frieden bringen werde. Grosse Geldnoth, da weder die Bank noch die Seehandlung discontiren.

Berlin, den 25. Juni 1805.

Meinen herzlichsten Dank für Ihren Brief vom 15. Junius etc. Ich halte es für ein gutes Zeichen, dass der Minister von Hardenberg auf Herrn Nagler verwiesen hat. Man wird mit ihm sicher markten müssen; allein seine Hartnäckigkeit ist durch uns hier schon mürbe gemacht, und ich rechne viel darauf, dass Sie wissen werden, ihn zu fassen.

Ehegestern kam der General von Zastrow aus Petersburg hier an, und reisete sogleich weiter zum König nach Alexandersbad. Jetzt unerwartet, nachdem man so lange vergeblich auf ihn geharrt hatte, ist gestern auch der Friedensbote, Herr von Novosilzoff, hier angelangt. Er bleibt einige Tage hier; doch erwartet er nicht die Rückkunft des Königs, die man hier auf den zwölften Julius bestimmt.

Nach den Ansichten, welche Zastrow in Petersburg gesammelt hat, wird der Russische Gesandte schwerlich ein Friedensbote. Eine

*) Der Kaiser und Reichshofrath erklärten, die Rechte und Unmittelbarkeit der Reichsritterschaft sollten erhalten werden. Preussen aber zeigte schon früher durch sein Verfahren in Franken, dass es anderer Meinung sei. Bayern und anderer Staaten ahmten dieses Beispiel nach und kehrten sich wenig an die Beschlüsse des Reichshofraths. Darüber grosser Lärm allenthalben in Deutschland! — Der Kaiser hat bei der Ratification des Reichsdeputationshauptschlusses den die Religion betreffenden Punkt ausgeschlossen. Denn die Zersplitterung mehrerer Landschaften unter verschiedene Herrn hatte die Reichstagsstimmen im Fürstencollegium von 100 auf 131 vermehrt, was den Protestanten zu Gute kam, indem sie durch den Uebergang der geistlichen Fürstenthümer an weltliche Besitzer 78 Stimmen gegen 53 katholische erhielten. Der Kaiser glaubte, dass die protestantische Mehrzahl der Reichsstimmen Preussen zum Vortheil gereichen würde, und erklärte deshalb die im Deputationshauptschlusse vorgeschlagene Vermehrung der Virilstimmen im Fürstenrathe mit seinen für die Erhaltung der Reichsverfassung und die Beschützung der katholischen Religion beschwornen Pflichten für unvereinbar. Das Votum Preussens lautete gegen diese kaiserliche Erklärung.

der Ihnen bekannten Bedingungen, unter welchen Alexander den Frieden geben will, die Entschädigung des Königs von Sardinien, ist jetzt noch so modificirt, dass diese Entschädigung innerhalb Italiens geschehen solle. Weil die Engländer recht gut wissen, dass der Französische Kaiser diese Bedingung nimmermehr eingehen werde, so betreiben sie die Sendung des Herrn von Novosilzoff mit ungemeinem Eifer, damit das misslungene Friedensgeschäft ein Antrieb werde, dass Russland, und vielleicht auch Oesterreich, eine vollkommene Allianz mit ihnen abschliesse.

Man hat im Russischen Kabinet gewünscht, dass Zastrow mit Novosilzoff nach Paris gehen möchte, allein jener hat dies abgelehnt. Zu Luchesini hat man in Petersburg sehr wenig Vertrauen. Uebrigens ist es dem General Zastrow, der überaus beliebt am Russischen Hofe war und vom Kaiser beim Abschied eine prächtige Dose erhielt, auch gelungen, den letzten Verdacht zu zerstreuen, als ob Preussen in geheimen Tractaten mit Frankreich stehe etc.

Noch discontiren Bank und Seehandlung nicht wieder, und die Geldnoth steigt bis zu einem fürchterlichen Grade. Eben da ich hoffte, mich aus meinen Verwicklungen ganz zu retten, trifft auch mich das Ungemach. Johann von Müller sah ich den zweiten Tag nach ihrer Abreise, seitdem nicht, aus Mangel an Zeit. Was ich den Musen weihen kann, haben die Geldgeschäfte verschlungen etc.

XX.

Das Vergleichsgeschäft zwischen Preussen und Nürnberg. Letzteres soll Fürth und seine Flur erhalten.

Berlin, den 29. Juni 1805.

Altenstein gab mir wiederholt die Versicherung, dass es Preussen sehr Ernst sei, mit Nürnberg sich auszugleichen, und Geheimrath Nagler das Geschäft beschleunigen werde. Auf meine Gegenrede, dass ich mich dann wundere, wie die Cession von Fürth und seiner Flur noch Schwierigkeit finde*), gab er mir folgende Erklärung: „dahin müssen wir schlechterdings trachten, dass Nürnberg mit uns nach denselben Commercialideen handle, dass es nicht durch seinen Zunftzwang u. s. w. alle Blüthe der Fränkischen Provinzen zerstöre. Es zur hellen Thätigkeit aus dem lethargischen Zustande zu spornen, in welchem es versunken ist, nützte Fürth, und hatten wir kein andres Mittel. Sobald uns der innere Zustand Nürnbergs eine Bürgschaft gibt, dass es zum Flor nicht mehr von Aussen gespornt zu werden braucht, ist uns Fürth unnütz, kann aber dann auch dem Nürnbergischen Freistaate gleich-

*) Dieser Vorschlag, Fürth an Nürnberg abzutreten, war nicht ernstlich gemeint.

giltig sein; denn nur dem trägen Nürnberg kann Fürth gefährlich werden. Als Stachel müssen wir es noch behalten."

Indessen drückte sich Altenstein über die Beibehaltung von Fürth doch sehr milde aus, mit Redensarten der Art: „Wir können es nicht gut entbehren." Käme es jetzt nicht zur gänzlichen Ausgleichung zwischen Preussen und Nürnberg (welches die Götter verhüten!), so würde das Loos des letztern viel herber sein wie jemals. Planmässig es zu Grunde zu richten, würde sich dann jenes berechtigt und gezwungen glauben. Mit Laforêt werde ich über die Vergleichshandlung sprechen, sobald etwas weitres geschehen ist. Indess muss er nicht handeln, als bis wir uns nicht allein mehr helfen können etc.

XXI.

Die Mediationsverhandlungen Preussens zwischen Frankreich und Russland. Verhaftung des Englischen Residenten Rumbold in Hamburg durch die Franzosen. Forderungen Russlands.

Berlin, den 9. Juli 1805.

Indem die Welt auf die Unterhandlungen gespannt ist, welche durch den Herrn von Novosilzoff eröffnet werden sollen, der sich noch hier befindet, weil er die Rückkunft des Königs (sie ist ehgestern erfolgt) und des Kabinetsministers von Hardenberg wie des Generals von Zastrow (sie kamen in der Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag zurück) abwarten wollte, um mit denselben über die eventuelle Negotiation Rücksprache zu halten, hat es vielleicht ein besonderes Interesse, die bisherigen Mediationsverhandlungen Preussens zwischen Russland und Frankreich aus glaubwürdigen Akten zu beschreiben.

Als im October vorigen Jahrs der Französische Gesandte Herr von Laforêt von Mainz zurückgekehrt war, machte er sogleich die Eröffnung, dass Kaiser Napoleon es gern sehen würde, wenn der Preussische Hof einen Versuch machen wollte, die Mächte Frankreich und Russland wieder einander zu nähern, zwischen welchen die politischen Bande durch vorherrschende Umstände zerrissen wären. Nur müssten die ersten Schritte so geschehen, als wären sie Preussens eigner Antrieb, unbeschadet der Würde des Französischen Kaisers.

Es lag ganz im System und Geist des Preussischen Hofes, sich diesem Ersuchen willfährig zu bezeigen, und er säumte nicht, dies auch dem Petersburger Kabinette darzuthun. Allein die Gefangennehmung des Englischen Residenten Chevalier Rumbold in der Nähe Hamburgs und die Wegführung desselben nach Paris*) brachte Preussen

*) Napoleon liess ihn nach Cherbourg auf die Höhe des Meeres bringen und daselbst einer wachthaltenden Englischen Fregatte übergeben, was von Seite Frankreichs als ein Beweis der Achtung für Preussen und seiner Ehrfurcht für die Rechte der Nationen ausgegeben wurde.

selbst in eine solche Spannung gegen Frankreich, dass es seiner Rolle als Mediateur nicht gedenken konnte.

Nachdem sich diese Spannung wieder verloren hatte, zögerte der Französische Gesandte nicht, in der Mitte des Decembers den Faden der Mediations-Versuche wieder aufzunehmen. Er that jetzt die Erklärung, dass Kaiser Napoleon aus Achtung gegen den König von Preussen nicht schlechterdings abgeneigt wäre, die Hannöverschen Lande Preussischen Truppen zur Besetzung bis zum endlichen Frieden zwischen Frankreich und England einzuräumen, wenn es schiene, dass dadurch die gegenwärtige Mediations-Handlung befördert werden könnte.

Alle Eröffnungen Frankreichs wurden von dem Kabinetsminister Baron von Hardenberg dem Russsischen Hofe ohne Aeusserungen und Zusätze von Preussischer Seite ganz rein mitgetheilt; denn man wollte sich schlechterdings als völlig unparteiisch zwischen den beiden Mächten zeigen, — die einzige Art, um das Vertrauen beider zu gewinnen. Russland vorzüglich musste vom Berliner Hofe mit der äussersten Vorsicht behandelt werden, weil es den Verdacht hegte, dass Preussen in geheimen Tractaten mit Frankreich stehe, — einen Verdacht, welchen der General von Zastrow bei seinem neulichen Aufenthalt in Petersburg gänzlich ausgerottet zu haben sich schmeichelt.

Zu Anfang des Februar übergab der Französische Gesandte dem hiesigen Kabinetsministerium eine schriftliche Note über Preussens Mediation. Sie enthielt zuerst das schon geäusserte Verlangen nach solcher Vermittlung von Seiten des Französischen Kaisers, ferner, dass derselbe dem weisen und gerechten Geiste des Königs von Preussen genug vertraue, um die Wahl der Wege, auf welchen die Annäherung zwischen Russland und Frankreich eingeleitet werden sollte, ihm gänzlich anheimzustellen. Zugleich wünsche man den Petersburger Hof durch den Berliner bedeutet zu sehen, dass Kaiser Napoleon, um einen Beweis seiner freundschaftlichen Achtung für Kaiser Alexander zu geben, gern die Fortdauer der Neutralität Neapels zulassen und einwilligen werde, wenn man dem König von Sardinien zur Entschädigung die Republik der sieben Inseln geben wolle. Dagegen hege er dann auch mit Zuversicht die Hoffnung, dass sich der Russische Hof nicht weiter in die Angelegenheiten Italiens mischen werde, so wenig der Französische sich in die Persischen Angelegenheiten menge.

Bei dieser Wendung der Note bemerkte Herr von Hardenberg, wie ihm dieselbe schlechterdings nicht geeignet scheine, einen guten Eindruck auf Russland zu machen, und deshalb dem Versöhnungsgeschäft sehr nachtheilig sein müsse. Auch bewirkte dies, dass Herr von Laforêt jene Vergleichung aus der Note wegliess.

Bald nachher vernahm man die ersten bestimmteren Eröffnungen Russlands über die Preussische Mediation. Sie liessen den Inhalt, welcher schon in dieselbe gelegt war, gänzlich unberührt, und gingen blos dahin, dass alte Verträge zwischen den Höfen von London und Petersburg die gegenseitige Verpflichtung derselben mit sich brächten, keine Correction irgend einer Art mit einer andern Macht, keine Me-

diation einzugehen, ohne die beiderseitige Zusammenstimmung. Russland müsste also über die Preussischen Mediationsversuche Grossbritanien befragen, welches ungesäumt geschehen werde.

Dies wurde Veranlassung, dass England selbst die Sendung des Herrn von Novosilzoff betrieb. Es setzte auf die Preussische Vermittelung kein Vertrauen, weil dieselbe Russland vielleicht von dem Englischen Interesse abziehen und zu einer wirklichen Aussöhnung mit Frankreich bewegen könnte. Jetzt scheint es die Punkte, von welchen der Russische Negociateur seiner Instruction nach durchaus nicht abgehen soll, vorzüglich die Forderung einer Entschädigung des Königs von Sardinien innerhalb Italiens, durch seinen Einfluss so gestellt zu haben, dass der Französische Kaiser sie nicht eingehen wird, und die Negociation nur einen weitern und gänzlichen Bruch zwischen Russland und Frankreich und einen Continentalkrieg veranlasse.

XXII.

Novosilzoff und das Scheitern seiner Mission.

Berlin den 13. Juli 1805.

Ich kann Ihnen in der grössten Eile nur eine Nachricht mittheilen, welche hier und allenthalben die grösste Sensation erregen wird: Herr von Novosilzoff hat am 10 d. Mts an das hiesige Ministerium eine Note mit der Erklärung übergeben, dass, da die neueren Schritte des Französischen Gouvernements augenscheinlich beweisen, wie wenig man dessen oft bezeugten friedlichen Gesinnungen Glauben beimessen könne, er in Folge der Befehle seines Hofes sich veranlasst sehe, die erhaltenen Französischen Pässe zurückzuschicken. Der Französische Gesandte Herr Laforêt ist erst gestern durch den Kabinetsminister Baron von Hardenberg in die Kenntniss dieses Schrittes gesetzt worden.

Herr von Novosilzoff wohnte gestern noch einem grossen Diner des Russischen Gesandten von Alopäus bei, wo das ganze diplomatische Korps ausser der Französischen und Baierischen Gesandtschaft war. Er ist ein überaus feiner und geistreicher Mann, welches seine Miene sogleich ankündigt. Er liebt die Deutsche Literatur vor allen andern. Was unter Kaiser Alexander für Vertilgung der Sklaverei geschah, ist einzig sein Werk.

XXIII.

Novosilzoffs Abreise. Gerüchte über das Schicksal Hannovers, das in den Besitz Preussens kommen soll, und über die Uebersiedlung des Papstes nach Frankreich.

Berlin den 20. Juli 1805.

Herr von Novosilzoff ist ehegestern nach Petersburg zurückgegangen, und seine am 10. d. Mts. übergebene Note ist wahrschein-

lich durch Englischen Betrieb schon in den öffentlichen Blättern zu lesen.

Unter den politischen Gerüchten, die sich umher treiben, ist keines, wofür ich so gar keinen Grund habe auffinden können, als das, Preussen werde Hannover zum Theil bekommen, und selbst der Hansestädte Unabhängigkeit sei durch Preussens Pläne in Gefahr, indem der Französische Kaiser den Republiken immer mehr abgeneigt werde. Von seiner Grundstimmung kann dies schwerlich gesagt sein, aber er mäht die Republiken, die seinen nächsten Plänen entgegenstehen. Was hätten in dieser Beziehung die Reichsstädte verschulden können? Und haben auf einmal alle andern Gesichtspunkte aufgehört, aus welchen die Französische Regierung deren Fortdauer wollte? Herr Laforêt lacht über ängstliche Besorgnisse, welche dieselben in den gegenwärtigen Verhältnissen haben könnten, und in der Preussischen Diplomatie ist jetzt auch nicht der fernste Anklang, welcher sie entschuldigen möchte.

Hannovers Schicksal liegt völlig im Dunkeln, und ausser den Anregungen, welche mein Bericht über die Preussische Mediation berührt, ist schlechterdings keine Spur diplomatischer Verhandlung über dasselbe.

Mit solcher Zuversicht schreibe ich diese Resultate sorgfältigster Nachforschung, aber in Schlummer wiegen sie mich gewiss nicht. Das ist das Schwerste im diplomatischen Leben, bei dem Vertrauen den Argwohn wach zu erhalten.

Es geht hier eine Nachricht um, fast authentischen Ursprungs aus Rom, welche hinweiset auf die geheimen, doch nur im Zorn ausgestossenen Aeusserungen des Französischen Kaisers gegen Oesterreich im vorigen Winter. Der Papst wird nämlich als Haupt der katholischen Christenheit nach Frankreich gehen mit 12 Millionen Gehalt, und Rom wird die Hauptstadt des Italiänschen Königreichs.

XXIV.

Frankreichs Verhalten gegenüber der fehlgeschlagenen Mission des Herrn von Novosilzoff. Depeschen des Russischen Generals von Winzingerode aus Wien über die Oesterreichischen Rüstungen. Der Hof zu Neapel von Napoleon bedroht.

Berlin, den 22. Juli 1805.

Welchen Eindruck die Rückgabe der Novosilzoff'schen Pässe, die Preussen von Frankreich bewirkt hatte, auf die Regierung des letzteren machen werde, lässt sich nach ihrem bekannten Charakter voll Selbstgefühl und voll Verachtung aller fremden entgegenstrebenden Maassregeln nicht unsicher berechnen. Der hiesige Französische Gesandte Herr von Laforêt spricht über jenen Schritt des Russischen Hofes als einen sehr unzeitigen, aber mit Anführung solcher Gründe, dass man glauben muss, er treibe Scherz. So behauptet er, dass

sich Alles, was seither in Italien geschah, noch habe redressiren lassen, und dass man dies nicht habe abwarten müssen. Auch die Vereinigung Genua's mit Frankreich sei nicht definitiv beschlossen gewesen.

Sehr freue ich mich, mittheilen zu können, was die Depeschen enthielten, die Herr von Novosilzoff am Tage vor seiner Rückreise nach Petersburg vom Russischen General von Winzingerode aus Wien bekam: Dieser meldet nämlich, dass auf den Fall eines Bruchs zwischen Russland und Frankreich sich das ganze österreischische Heer schon auf den Beinen gegen das letzte finde, dass vom General bis zum Gemeinen herab dasselbe von Hass gegen die Franzosen beseelt sei. Auch schliesst er schon die militärischen Pläne bei, nach welchen Oesterreich agiren werde. Ich füge dieser Nachricht bei, dass General Winzingerode ungemein heftig wider die Französische, und für die österreichische Regierung gesonnen ist, dass man auf die Art seiner Ansicht etwas Rücksicht bei seinen Berichten nehmen muss.

Beim ausbrechenden Krieg werden sich die Franzosen zuerst auf Neapel werfen, und der königlichen Familie wird es schwer werden sich zu retten. Gegen die Königin von Neapel ist der Französiche Kaiser besonders erbittert. Sie zeigte der Fürstin Dolgoruki ein Paket Briefe und sagte: „Sie sind alle von Ihm, und keiner derselben ist ohne die heftigsten Warnungen und Drohungen."

Seit der Rückkunft des Ministers von Hardenberg hatte ich einmal eine vertraute Unterredung mit ihm; aber indem sie sich auf Nürnberg wandte, durchschnitt sie der Herr von Novosilzoff, dem man in diesen Tagen allenthalben weichen musste. Herr von Altenstein ist seit zwei Wochen krank und so kann ich Ihnen nichts von hier über die Nürnbergischen Angelegenheiten schreiben.

XXV.

Mittheilung des Russischen Benehmens Seitens des Französischen Gesandten Laforêt zu Berlin. Nachher Ausbruch des Kriegs zwischen Oesterreich und Frankreich. Unentschiedene Stellung Preussens i. e. Neutralität desselben.

Berlin den 29. Juli 1805.

Das beikommende Aktenstück ist die Note, mit welcher der Kabinetsminister von Hardenberg die Französischen Reisepässe für den Herrn von Novosilzoff an den hiesigen Französischen Gesandten zurückgab. Herr von Laforêt sollte zu gleicher Zeit die bekannte Note des Herrn von Novosilzoff erhalten; allein er führte den raschen Entschluss aus, dieselbe als diplomatisch nicht existirend zu betrachten. Er übergab darauf dem Preussischen Kabinet eine Note, worin er die Gründe entwickelte, warum er den neuesten Schritt des Russischen Hofes schlechterdings missbilligen müsse. Ich habe mir bis jetzt keine Abschrift dieser Note verschaffen können, und schwerlich wird sie wie die Novosilzoff'sche ein öffentliches Gemeingut werden, da sie nicht auf mehrere Mächte, sondern einzig auf Preussen berechnet ist.

Insofern eventuelle politische Maassregeln Gewissheit haben, leugnet selbst die hiesige Oesterreichische Gesandtschaft nicht den ausbrechenden Krieg zwischen Oesterreich und Frankreich. Preussen aber scheint mehr wie jemals in der Haltung zu sein, dass keine der grossen europäischen Mächte es drängen wird, sich bei dem ausbrechenden Continentalkrieg für eine der kriegführenden Parteien bestimmt zu erklären. Durch die Geschäftsführung des Herrn von Hardenberg hat es sich allgemein eine tiefe Achtung begründet, durch welche seine Neutralität mehr gesichert ist als durch politische Gründe.

XXVI.

Der Französische Gesandte Bignon zu Cassel verlangt vom Churfürsten die Ausweisung des Englischen Gesandten Taylor. Preussen verspricht dem Churfürsten seinen Schutz. Frankreich droht mit seinen Truppen.

Berlin, den 10. August 1805.

Während der drohenden diplomatischen Stille, die nach Zerschlagung der Novosilzoff'schen Negotiation bis jetzt geherrscht hat, gibt es eine interessante politische Neuigkeit: Der Französische Gesandte Bignon in Cassel bekam vor einiger Zeit Ordre von seinem Gouvernement, beim Churfürsten darauf zu bestehen, dass dem dortigen Englischen Gesandten Taylor der Hof verboten würde, weil er ein Genosse der Herrn Drake u. s. w. sei. Natürlich weigerte sich der Churfürst, den Repräsentanten einer befreundeten Macht und diese in demselben zu beleidigen. Er sandte auch sogleich einen Courier nach Berlin, gab Nachricht über das unglückliche Verhältniss, in welches er zur Französischen Republik gekommen sei, und bat um Preussischen Schutz. Dieser wurde ihm sogleich von dem König zugesagt, mit der Ermahnung, dass er schlechterdings bei solcher Weigerung bleiben möge. Auch bekam Marquis von Luchesini die Anweisung, bei der Französischen Regierung die kräftigsten Vorstellungen wider den in Cassel geschehenen Schritt zu thun. Dem hiesigen Französischen Gesandten wurde sogleich die Gesinnung des Königs deshalb eröffnet.

Inzwischen hat Herr Bignon in Cassel schon neue Befehle seines Gouvernements erhalten, welchen gemäss er von dem Churfürstlichen Hofe verlangen musste, dass Herr Taylor schlechterdings aus der Stadt geschafft werden solle, mit der Drohung, dass die benachbarten Französischen Truppen sonst dem Völkerrecht Ansehen verschaffen würden. Herr Taylor soll nach Pyrmont gegangen sein. Wie kann man in solchen Verhältnissen seinen Posten verlassen?

Zwei Couriere, welche vor drei Tagen, der eine an den Englischen Gesandten, Herrn Jackson, der andere an den Französischen, Herrn Laforêt hier ankamen, beschäftigen sehr die Neugierde der

Diplomatiker. Bald nach Ankunft seiner Depeschen ist Laforêt zum Kabinetsminister von Hardenberg auf dessen Gut Tempelberg gefahren.

XXVII.

Die verlangte Ausweisung des Englischen Gesandten am churfürstlichen Hofe und die Sendung Novosilzoff's von beiden Seiten nur als Fühler benützt, wie weit man sich bei künftigen Ereignissen auf Preussen verlassen könne. Hardenberg auf seinem Gute Tempelberg. Memoir des Bayrischen Gesandten von Bray wegen der Virilstimmen.

Berlin, den 20. August 1805.

Der letzte an den Französischen Gesandten, Herrn Laforêt, angekommene Courier, dessen ich erwähnte, hat nur Explicationen über die Note des Herrn von Novosilzoff gebracht, die ganz denjenigen gleichen, welche man schon aus Französischen öffentlichen Blättern kennt. Wegen der Differenzen über den Englischen Gesandten in Cassel hat sich noch nichts Weiteres entwickelt, als was ich gemeldet habe. Inzwischen ist Herr Taylor nach Cassel zurückgegangen.

Sehr unterrichtete Diplomatiker behaupten, dass diese Demonstrationen der Französischen Regierung am churhessischen Hofe einzig in der Hinsicht geschehen, um zu prüfen, wie weit sie sich beim ausbrechenden Continentalkrieg auf Preussen verlassen, wie weit sie ihm die zugestandene Neutralität beschränken dürfe. Auch weiss ich aus guter Quelle, dass eine gleiche Untersuchung, die Russland anstellen wollte, der wesentliche Zweck der Sendung des Herrn von Novosilzoff war, der schon bei seiner Abreise von Petersburg hinlänglich unterrichtet sein konnte, dass seine Mission in Berlin schon ihr Ende erreichen werde.

Die Deutschen Angelegenheiten haben hier wenig Fortgang gehabt seit der Abwesenheit des geheimen Legationsrathes Küster, der indess in dieser Zeit wieder eintrifft. Auch ist den nicht ausgezeichnet wichtigen Geschäften es gewiss nicht beförderlich, dass der so thätige Kabinetsminister von Hardenberg einen grossen Theil der Sommermonate auf seinem Gute Tempelberg sieben Meilen von Berlin zubringt.

Inzwischen hat der Bayerische Gesandte hieselbst, Chevalier de Bray, ein Memoir, besonders die Virilstimmen betreffend, hier übergeben, worin des Churfürsten Reichskanzlers, der Churhöfe von Sachsen und Hannover, Hessen-Darmstadt gehässig gedacht sein soll. Ich hoffe, darüber allgemein unterrichtet zu werden. Der Minister von Hardenberg hat dies Memoir schon vorläufig ein Geschwätz genannt.

Ueber Nürnberg tiefes Stillschweigen! Wann kommt die Basis der Negotiation von Hänlein? Kann ich etwas thun, was sie befördert?

XXVIII.

Bayern von Oesterreich und Frankreich zur Allianz aufgefordert. Preussens bewaffnete Neutralität.

Berlin den 31. August 1805.

Aus authentischer Quelle kann ich melden, dass jetzt das hiesige Kabinet nicht mehr den geringsten Verdacht hegt, als ob der Wiener Hof das Innviertel mit Bewilligung Frankreichs besetzen werde. Eben so wenig ist zu allen den übrigen Gerüchten von nahen Veränderungen, welche über mehrere reichsständische Provinzen von Neuem verhängt werden sollen, irgend ein Grund vorhanden. Die Bewegungen des Bayer'schen Hofes sind blos veranlasst durch die Anfragen sowohl von Oesterreichischer als Französischer Seite, wie sich derselbe beim wirklichen Ausbruch eines Continentalkrieges betragen werde. Auch nahm seine Ruhe sogleich wieder zu, nachdem der Freiherr von Montjelas auf eine ungnädige Weise verabschiedet worden. Man glaubte ihn dem Französischen Interesse durchaus ergeben.*)

Nach den besten Versicherungen, die ich von bewährten Männern erhalten habe, will Oesterreich schlechterdings keinen Krieg. Es rüstet sich zu demselben nur deshalb mit grosser Macht, weil es von ihm nicht überrascht werden will. Selbst Russland, wiewohl es hunderttausend Mann an der Gränze von Galizien versammelt hat, hegt noch immer friedfertige Wünsche.

Bei den gewaltigen Bewegungen der Oesterreicher glaubte Preussen besondere Vorkehrungen auf den Fall eines ausbrechenden Continentalkrieges machen zu müssen. Zu diesem Zwecke hatte der Kabinetsminister von Hardenberg eine Conferenz mit dem regierenden Herzog von Braunschweig zu Halberstadt. Man vermuthet, das Resultat derselben sei gewesen, dass Preussen nach allen den Seiten, wo es einen Angriff befürchten könnte, eine bewaffnete Neutralitätslinie ziehen solle.

Sowohl über die gehässige Betriebsamkeit der Ansbachischen Regierung in der angeregten Schuldforderung als über concentrirte dem Herrn von Hänlein zu ertheilende Instruction in der Vergleichssache ging ich sogleich meinen Freund, den geheimen Finanzrath von Altenstein, an. Was bei der Abwesenheit und bei den Zerstreuungen des Ministers durch die grosse politische Krisis geschehen konnte, hat er unfehlbar schon gethan, und ich werde darüber berichten.

*) Oesterreich und Russland rechneten auf den Beitritt von Bayern. Unterdessen hatte aber der Churfürst am 24. August durch Montjelas einen provisorischen Bundesvertrag mit dem Französischen Gesandten Otto unterzeichnen lassen. Fast zur selben Zeit schickte Kaiser Franz den Fürsten von Schwarzenberg nach München, um den Churfürsten aufzuforden, seine Armee mit der kaiserlichen zu vereinigen. Nach langem Schwanken stellte sich der Churfürst unter den Schutz der heranrückenden Französischen Armee, verliess München und begab sich nach Würzburg.

XXIX.

Sendung des Generals Düroc an den Preussischen Hof, um sich seiner Neutralität zu versichern. Kriegsrath. Beabsichtigte Mobilisirung der Preussischen Armee. Der Englische Gesandte Taylor in Cassel. Berufung des Grafen Haugwitz.

Berlin, den 7. September 1805.

Seit der Ankunft des Generals Düroc hieselbst, seiner Audienz bei dem König, seinen Conferenzen mit dem Kabinetsminister von Hardenberg wechseln hier die ungeheuersten Gerüchte über nahe politische und militärische Ereignisse. Mit diplomatischer Gewissheit kann nur folgendes gemeldet werden: Düroc hat einen eigenhändigen Brief des Kaisers an den König mitgebracht, worin nichts als allgemeine Gesinnungen. Von ihm ist die einzige bestimmte Proposition geschehen, dass Preussen eine feierliche Acte über seine Neutralität ausstellen solle, welche hier aber schlechterdings verweigert ist, weil an dem längst geschehenen Versprechen der Neutralität genug sei. Durchblicken hat man von Französischer Seite nur den Wunsch lassen, dass Preussen die Küste der Ostsee besetzen und gegen eine russische Landung garantiren möge. Von einer Räumung Hannovers von den Franzosen ist dabei gar nicht die Rede gewesen.

Ehgestern bei dem Kriegsminister (?) Grafen von Schulenburg, gestern bei dem Kriegsminister von Geusau (?) ist Conseil gehalten worden, welchem auch der Kabinetsminister von Hardenberg beiwohnte. Die beschlossene Mobilmachung soll dahin bestimmt sein, dass hunderttausend Mann in Bewegung gesetzt werden, um die Neutralität Preussens und des nördlichen Deutschlands wider Russland zu behaupten. Das Herbstmanöver soll abbestellt werden.

Die eigentlichen Pläne von Russland und Oesterreich, wenn sie etwas anderes von dem ersten als Demonstrationen für England und das Gleichgewicht, von dem andern als Rüstungen und Besorgniss eines Ueberfalles sind, liegen dem hiesigen Kabinet gänzlich im Dunkel. Die Russische Flotte ist voll von Landungstruppen, und man fürchtet einen schnellen Schlag.

Der Churfürst von Hessen hat gegen die Französische Regierung erklärt, dass er den Englischen Hof bewegen wolle, den Herrn Taylor abzurufen.

In diesem Augenblick höre ich noch, dass Graf Haugwitz nach Berlin gerufen sei. Bekäme er grossen Einfluss, so würde dadurch ein Eindruck auf Russland gemacht, der den Krieg zwischen ihm und Preussen wohl unvermeidlich herbeizöge. — Die diplomatische Welt ist in einer Spannung wie niemals und jede Stunde muss man wachsam sein.

Dem Willen der Selecten gemäss übergebe ich morgen eine Note an den Herrn von Hardenberg. Mit der nächsten Post übersende ich das neulich erwähnte Baierische Memoir. Es berührt Nürnberg selbst und seine Umgebung.

XXX.

Errichtung Preussischer Lager in Westphalen, an der Russischen Gränze und der Ostseeküste. Der Churfürst von Hessen sammelt seine Truppen bei Cassel. Haugwitz soll nach Wien gehen, um zwischen den Grossmächten zu vermitteln.

Berlin, den 10. September 1805.

So gewiss, dass auch der Kabinetsminister von Hardenberg es als officiell versichert, ist nur die Mobilmachung von hundert und zwanzigtausend Mann Preussen. Es sei noch nicht entschieden, fügt er hinzu, wohin dieselben bestimmt seien. Indessen weiss man, dass im Preussischen Kriegsconseil vorgekommen ist, man wolle unter General Blücher ein Lager in Westphalen, an der Russischen Gränze unter General Rüchel ein anderes errichten, und dem General Kalkreuth das Kommando an der Ostsee herab anvertrauen, damit schlechthin eine Landung irgend einer kriegerischen Macht daselbst verhindert werde. Die Liste der mobilgemachten Regimenter besitze ich; es mangelt mir aber heute gänzlich an Zeit zu einer Abschrift derselben.

Bei den drohenden Bewegungen der Franzosen in der Nähe von Göttingen hat der Churfürst von Hessen 15000 Mann Infanterie und 2000 Mann Cavalerie bei Cassel versammelt. Der Hof geht nach Gotha, die Churprinzessin nach Fulda, der Churfürst und der Churprinz selbst bleiben. An Bernadotte ist ein Officier mit der Anfrage abgesandt worden, was die ausserordentlichen Truppenbewegungen bedeuten.

Der Graf Haugwitz ist hier eingetroffen, um nach Wien zu gehen, und dort das Mediationsgeschäft zwischen den grossen Mächten zu versuchen. Noch ist der Krieg auf dem festen Lande nirgend entschieden; aber allenthalben hängt der Friede am dünnsten Faden.

Alles, was über die Zukunft ausserdem gesagt wird, kann eintreffen, hat aber noch keine diplomatische Existenz etc.

Seit der Ankunft des Grafen Haugwitz hat Minister Hardenberg keinen Augenblick für etwas anderes als die grossen Geschäfte etc.

XXXI.

Ankunft des Oesterreichischen Generals Meerfeld zu Berlin, wo vielleicht das Vermittelungsgeschäft fortgesetzt werden soll.

Berlin, den 14. September 1805.

Hiebei folgt die Liste der mobilgemachten Preussischen Truppen und das merkwürdige bayerische Memoir. Die grosse politische Krisis, die unsern Angelegenheiten nicht günstig ist, hat sich seit meinem letzten Bericht nicht weiter entwickelt. Graf Meerfeld, Oesterreichischer General, ist hier angekommen. Man erwartet eine neue Russische Sendung. Vielleicht wird das Mediationsgeschäft hier

wieder angeknüpft. Wie überhäuft man sich jetzt mit Particularcommissionen, und wie wenig geschieht!

Meinen ehrfuchtvollsten Dank für meine Ernennung zum Residenten Nürnbergs! Das Creditiv wendet sich an den König. Herr von Altenstein hat für uns den besten Willen. Allein was geschieht in dieser grossen Spannung?

XXXII.

Verlangen Russlands, seinen Truppen freien Durchmarsch zugestatten. Beabsichtigte Zusammenkunft zwischen dem Kaiser Alexander und dem König von Preussen zu Wilna. Dieser lässt seine Armee auf den Kriegsfuss setzen.

Berlin, den 21. September 1805.

Russland hat sogar gewagt, bestimmt zu erklären, dass es einen Durchmarsch, sowohl durch Südpreussen als Provinzen des nördlichen Deutschlands schlechterdings wolle.*) Diese Sprache hätte es vielleicht nicht geführt, wenn es nicht der Preussischen Regierung einen zu schwankenden Charakter beigemessen hätte, um nicht durch Drohungen die Selbstständigkeit derselben erschüttern zu können.

In den letzten Russischen Eröffnungen war zugleich durch ein eingehendes Schreiben des Kaisers der Wunsch geäussert, dass sich der letztere und der König von Preussen zu Wilna einander freundschaftlich sehen möchten. Wirklich ist der König entschlossen, eine solche Zusammenkunft daselbst nicht abzulehnen. In wenigen Tagen werden beide Monarchen zu derselben abreisen. Dass man indessen von dieser Verabredung nicht einen gewissen glücklichen Erfolg erwarte, ergibt sich schon aus dem königlichen Befehl, der unmittelbar den letzten Russischen Eröffnungen folgte, dass nämlich 240,000 Mann Preussen schlechterdings mobil gemacht werden sollten.

P. S. Hardenberg geht mit dem König nach Wilna. Selbst für den Russischen Gesandten war er jetzt bisweilen in fünf Tagen nicht sichtbar. Wir müssen uns jetzt ein wenig gedulden. Meine Note, die ich einem Freunde zur gelegnen Uebergabe an den Minister gab, ist demselben noch nicht überreicht. Der gewöhnliche Gang der kleineren Geschäfte hat nämlich ganz aufgehört.

*) Das Verlangen geschah in der Form einer Anzeige, dass die Russischen Truppen nach Hannover und Mähren durch Preussisches Gebiet ziehen werden. Preussen aber verweigerte dieses. Auf dieses hin stand Russland von seinem Verlangen ab.

XXXIII.

Sendung des Grafen Haaken an den Kaiser Alexander. Ungewissheit, ob Preussen die Neutralität auf ganz Norddeutschland ausgedehnt wissen wolle. Neutralität der Reichsstädte, insbesondere Lübecks und Augsburgs. Graf Haugwitz und Graf Meerfeld nach Wien. Der russische Gesandte Alopäus. Bey der allgemeinen Erwartung grosser politischer Ereignisse treten die Angelegenheiten Nürnbergs ganz in den Hintergrund.

Berlin, den 28. September 1805.

Der Entschluss des Königs, auf die dringenden Vorstellungen Russlands eine Zusammenkunft mit dem Russischen Kaiser zu halten, wird ausgeführt, sobald über den Ort der Zusammenkunft auf die Preussischen Eröffnungen die Petersburger Erklärung erfolgt ist. Der Flügeladjutant Graf Haaken ist wegen derselben abgesandt worden, und zu ihm hat sich von Posen aus der General Zastrow gesellet. Man zweifelt im hiesigen Kabinet keineswegs mehr daran, dass Russland schlechterdings nicht wagen werde, auf einen Durchmarsch seiner Truppen durch Preussische Provinzen zu bestehen; aber unentschlossen ist man hier noch, ob Preussen eine Neutralitätslinie über das ganze nördliche Deutschland oder einen Theil desselben ausdehnen werde. Ob in dem Fall, der jetzt einzutreten scheint, dass etwa Engländer, Schweden u. s. w. in nichtpreussischen Provinzen landen, der Berliner-Hof auch solches als eine Feindseligkeit gegen ihn ansehen solle?

Solche Anfragen, wie bisher von Preussischer Seite bey Reichsständen an der Ostsee, vorzüglich bey der Reichsstadt Lübeck, wegen einer Particularrüstung gegen Landungen geschehen sind, beruhen gänzlich auf sich selbst, seitdem die ganze Preussische Armee mobil gemacht ist. Auch hat Preussen die Berufung der Reichsstadt Lübeck auf die den Reichsstädten im letzten Deputationsschluss ertheilte Neutralität keineswegs übel gedeutet. Selbst Augsburg hat dieselbe bey den Oestreichischen und Baierischen Truppen-Bewegungen standhaft behauptet.

Der hiesige Russische Gesandte von Alopäus richtet sich sehr ernsthaft auf den künftigen Winter ein, und glaubt nicht, Berlin verlassen zu müssen. Uebrigens schwanken alle Missionen jetzt durcheinander. Graf Haugwitz ist nach Wien abgegangen, der Oestreichische General, Graf Meerfeld, ist von hier aus ihm gleich gefolgt, aber gewiss hat keiner von ihnen einen bestimmten Punkt, der zu Wien ins Reine gebracht werden könnte. Eine ähnliche Bewandtniss hat es mit allen übrigen Sendungen, und alle, selbst die kleinsten Höfe, sind darum in so lebhafter Bewegung, weil schlechterdings noch keine Macht über die Entwickelung der Weltbegebenheiten einigermassen entscheiden kann.

Da Graf Haugwitz nach Wien gegangen, von Russland noch nicht die letzte Entscheidung gekommen ist, wollte ich diesen Moment

für Nürnberg benützen, und habe deshalb eine Conferenz auf morgen mit Herrn von Altenstein. Ohne seine besondere Mitwirkung liest man unter den gegenwärtigen Umständen meine Note nicht mit Aufmerksamkeit und hat nicht das geringste Interesse für uns. Die wichtigere deutsche Angelegenheiten z. B. die Rheinschifffahrts-Octroi sind zu keinem Vortrag jetzt bei ihm zu bringen.

XXXIV.

Stillstand in den Verhandlungen mit Nürnberg. Durchzug der Franzosen durch's Ansbachische, und Befehl des Königs, um auch den Russen freien Durchzug durch die Preussischen Provinzen zu gestatten. Die Preussische Neutralität und die Parteien am Russischen Hof.

Berlin, den 8. October 1805.

Ich habe in der Nürnbergischen Vergleichssache noch nichts vollbringen können; denn der Minister Baron von Hardenberg ist so beschäftigt durch die grossen Angelegenheiten der Welt und die verwickelte Rolle, welche Preussen in derselben spielet, dass es schlechterdings nicht möglich ist, ihm über minder wichtige Gegenstände Rede abzugewinnen. Schritte, deren Erfolg ich gar nicht berechnen kann, möchte ich nicht gerne thun. Auch ist Nürnberg selbst und seine Umgebung jetzt wohl weniger zum Sitze verwickelter Unterhandlungen geeignet. Indessen wird die Stunde, da ich mein Creditiv übergebe, mir doch Gelegenheit verschaffen, mein Geschäft auf eine bestimmte Art einzuleiten.

Die Nachricht, dass die Franzosen durch das königliche Fränkische Gebiet gezogen sind, hat auf den hiesigen Hof den lebhaftesten Eindruck gemacht. Sogleich befahl der König, dass seine Truppen gegen die Franzosen marschiren sollten. Hievon ablassend, befahl er, nun der Russischen Armee kund zu thun, dass sie durch seine Provinzen ziehen dürfe. Ob zur Ausführung dieses Befehles geschritten sei, zweifle ich.*)

Dolgorucki's Botschaft und das Schreiben des Russischen Kaisers an den König haben hier einen angenehmen Eindruck gemacht, und man scheint keinen Bruch mit Russland mehr zu fürchten. Allein selbst jetzt möchte über die Preussische Neutralität, insofern sie der Russi-

*) Uebrigens hatte das Preussische Kabinet schon vor dem Ausbruche des Krieges erklärt, dass allen kriegführenden Parteien der freie Durchzug durch die Fränkischen Fürstenthümer zu gestatten sei, aber unter der Bedingung, dass keine derselben alldort eine feste Stellung nehme und dass Alles baar bezahlt werde. Auf die Nachricht von dem Durchzug der Franzosen durch das Ansbachische, befahl der König, dass nun auch den Russen der Weg durch Polen und Schlesien geöffnet, und der Marsch der Schweden und Russen aus Stralsund nach Hannover nicht mehr gehindert werden sollte.

sche Hof respectiren soll, noch nichts entschieden sein. Behalten der Kaiser und der Fürst Czartorinsky das ganze Gewicht ihres Ansehens gegen den Grossfürsten Constantin und die Woronzow's, welches sie in diesem Augenblick besitzen, so wird die Russische Theilnahme an dem Kriege überhaupt von keiner Dauer sein. Ob und wie und wo der Kaiser Alexander und der König von Preussen sich unterreden werden, ist nach Rückkunft des an den Petersburger Hof abgesandten Grafen Haake wohl erst bestimmt ausgemacht.

Es ist in jeder Hinsicht vortrefflich, dass die Reichsstädte die ihnen zugesicherte Neutralität jetzt wachsam behaupten. Das Nürnbergische Proclama zu solchem Zweck hat mir grosse Freude gemacht. Gegen vorläufige militärische Sicherheitsanstalten an der Ostsee, über welche sich Preussen auch mit der Reichsstadt Lübeck besprechen wollte, hat sich dieselbe mit dem ganzen Gefühl ihrer neuen Würde erklärt.

XXXV.

Die Zusammenkunft zwischen dem König von Preussen und dem Kaiser von Russland unterbleibt. Die Erörterungen mit Bernadotte wegen des Durchzugs durch die Fränkischen Provinzen. Spannung zwischen Preussen und Frankreich, und welche Schritte man von Ersterem erwartete.

Berlin, den 12. October 1805.

Der Fürst Dolgorucki, General-Adjutant des Russischen Kaisers, ist gestern an seinen Hof zurückgegangen, und der Preussische General Kalkreuth ist an Kaiser Alexander, welcher sich zu Labaskyn aufhält, gestern abgeordnet worden. Es wird jetzt keine Zusammenkunft zwischen den beiden Monarchen statthaben. Zum Vorwand ist eine Unpässlichkeit des Königs genommen, dessen Gegenwart hier unentbehrlich zu sein scheint, da sich noch nicht entschieden hat, wohin die gegenwärtige Spannung zwischen Preussen und Frankreich führen werde.

Auf die erste Erörterung mit General Bernadotte über die unverletzliche Neutralität der Fränkischen Provinzen des Königs von Preussen hatte derselbe geantwortet, dass er keinen Befehl habe, dieselbe zu verletzen; aber in dem Augenblicke, wie er einmarschirte, äusserte er, dass es auf ausdrückliche Ordre des Kaisers Napoleon geschehe. Ausser dem Gewinn für die Kriegsoperation gegen die Oestreicher*) sieht man hier als Antrieb zu einem solchen Verfahren

*) Es herrschte nämlich allgemein die Ansicht, dass durch den Durchzug der Franzosen durch das Ansbachische Gebiet, die für Oesterreich so unglückliche Wendung des Krieges in Schwaben und Macks Capitulation zu Ulm entschieden worden sei. Diese Meinung theilte wohl auch der König von Preussen.

den Umstand an, dass die Franzosen im Würzburgischen und Bambergischen keine Lebensmittel fanden, und vermuthet zugleich, dass Baierische Insinuationen, wie man durch Verletzung der Preussischen Neutralität Baiern schneller in Französische Gewalt bringen werde, in diesem gehässigen Fall von Wirksamkeit gewesen sind.

Der hiesige Französische Gesandte, Herr Laforêt, hat ehgestern Abend einen Courier bekommen, auf dessen Depeschen man äusserst begierig ist. Allein den Inhalt derselben erfährt man schwerlich in den ersten Tagen, weil der Kabinets-Minister Herr von Hardenberg alle Verbindung mit der Französischen Gesandtschaft abgerissen hat. Als Herr Laforêt, General Duroc und der Baierische Gesandte ihn nach der Kunde von dem Französischen Einmarsch ins Anspachische besuchen wollten, liess er ihnen sagen, dass er für sie nicht zu Hause sei und es ihnen schon zur rechten Zeit melden wolle, wenn er ihnen Eröffnungen über des Königs Entschlüsse zu machen habe. Worin diese bestehen, weiss ich noch nicht mit ausführlicher Bestimmtheit. Allein folgende Puncte liegen ohne Zweifel in denselben, wie ich durch eine gute Quelle unterrichtet bin: 1) Eine grosse Preussische Kriegsmacht wird auf das Kriegstheater gesandt, und dann wird die Friedensvermittlung noch einmal mit Eifer aufgenommen. 2) Bei der bisherigen Mobilmachung seiner Armee hat der König den grossen Mächten erklärt, dass er nur unverletzte Neutralität für sich, und keinen Gewinn, keinen Ersatz für die aufgewandten Kosten wolle. Diese Sprache wird nun gänzlich geändert. 3) Eine solche Neutralität, die das nördliche Deutschland umfasste, ist nun von Preussen aufgegeben, und die vorläufigen diplomatischen Schritte, wodurch sie mit eingeleitet werden sollte, also auch die desfallsigen Anfragen bei den Hansastädten, sind als null und nichtig anzusehen. Man wird die Russen, die sich auf Rügen ausgeschifft haben sollen, nicht hindern, den Marsch durch das Mecklenburgische u. s. w. zu nehmen.

Das Betragen der Baiern gegen und in Nürnberg hat hier grosse Indignation erregt.

Durch den Tod des Herzogs von Braunschweig-Oels verliert Berlin an seinen Winterfreuden; denn er machte ein glänzendes Haus.

Den Churprinzen von Württemberg mit seinem Herrn Vater durch den Französischen Kaiser versöhnt zu sehen, hat hier einen sonderbaren Eindruck gemacht.

XXXVI.

Französisches Memoir wegen des Durchzugs durchs Ansbachische. Antwort Preussens. Der Ausmarsch der Preussischen Armee. Angebliche Bestimmung des Russischen Heeres in Schwedisch-Pommern. Preussens Festhalten an der Neutralität. Die Rückkehr des Grafen Haugwitz.

Berlin, den 19. October 1805.

Der hiesige Französische Gesandte hat vor einigen Tagen ein Memoir justificatif übergeben, wodurch seine Regierung den Durch-

marsch durch das Anspachische und die Verletzung der Preussischen Neutralität zu rechtfertigen sucht. Allein ihre Rechtfertigungsgründe haben bei dem hiesigen Kabinet wenig Eingang gefunden, und es heisst in der Antwort, dass der König nicht wüsste, ob er mehr erzürnt über das Betragen der Franzosen, oder verwundert über die Sophismen sein sollte, wodurch man dasselbe zu beschönigen suchte. *) Uebrigens scheint Preussen über die Genugthuung, die es vom Französischen Gouvernement fordern möchte, sich nicht eher erklären zu wollen, als bis seine Armeen ins Feld gerückt sind. Einigermassen hat es sich indessen schon Satisfaction genommen, indem es jetzt den Russen durch Oberschlesien den Durchmarsch erlaubt.

Aus Berlin sind 6 Regimenter gestern und heute abgezogen, um im Hildesheim'schen ein Lager zu beziehen. Zu ihnen stossen daselbst noch einige Regimenter aus Pommern. Es wird dort ein Preussisches Heer von 40,000 Mann unter dem Befehl des Herzogs von Braunschweig zusammengezogen. Vorläufig hat es noch keine weitere Bestimmung, und bleibt getrennt von dem Armeecorps in Westphalen, zu welchem auch 20,000 Hessen gehören. Dieses wird befehligt von dem Churfürsten von Hessen und dem General Blücher. Ein anderes Preussisches Heer von 50,000 Mann wird im Baireuthischen zusammengezogen, und an dasselbe wird sich die Chursächsische Armee schliessen. Wahrscheinlich wird es vom Fürsten von Hohenlohe befehligt werden. Eine unbestimmte militairische Macht versammelt sich in Berlin und dessen Nähe, zu welcher mehrere Regimenter aus Preussen heranziehen. Diese Armee, zu der auch die Grenadiercompagnien der schon abgezogenen Regimenter zurückgeblieben sind, wird vom König selbst commandirt, unter welchem der Feldmarschall Möllendorf steht. Sie wird die ausgesuchteste Kriegsmacht sein, und jeden Augenblick dahin aufbrechen, wo die Noth es erfordert.

Das Russische Heer, welches in Schwedisch Pommern steht, hat zweifelsohne die Bestimmung nach Hannover zu gehen, und den Umständen nach soll es vielleicht in Holland agiren. Dennoch ist es gewiss in keiner Verbindung mit den preussischen Truppen, so herzlich im eigentlichsten Sinne des Wortes die Freundschaft zwischen dem Kaiser von Russland und dem König von Preussen ist. Dieser hält noch fest und treu an der Neutralität. Selbst daran liesse sich noch zweifeln, ob er, wenn der Friede bald wieder hergestellt werden könnte, nicht noch auf alle Entschädigung wegen der gehabten Unkosten Verzicht thun würde.

In keiner Hinsicht ist das weitere Verfahren Preussens jetzt schon fest bestimmt. Alle Anfragen und Ermahnungen desselben zur

*) Unterm 14. October erklärte Preussen dem Kaiser Napoleon, dass sich der König der mit Frankreich eingegangenen Verbindungen bezüglich der Neutralität Norddeutschlands durch Verletzung der Neutralität in Franken für enthoben erachte, und die deshalb von Hardenberg an den Palastmarschall Düroc und den Französischen Gesandten Laforest gerichtete Note lautete wie eine Kriegserklärung.

Neutralität, welche vorzüglich an die Hansestädte ergangen sind, darf man deshalb nur als einen allgemeinen Schritt betrachten, auf den keine folgende berechnet sind. Desto weiser erscheinen die Gegenäusserungen dieser Reichsstädte, die sich nur auf die ihnen zugesicherte ewige Neutralität berufen und auf keine weitere Idee bestimmt eingehen, oder sie bestimmt verwerfen.

Graf Haugwitz ist ehgestern von Wien zurückgekommen. Durch die nachherigen Ereignisse war der Zweck seiner Mission völlig vereitelt worden. Auf eine Friedensvermittlung, die den Ausbruch aller Feindseligkeit verhinderte, war nun nicht mehr zu hoffen.

XXXVII.

Napoleon, Mürat und Bayern entschuldigen die Verletzung des Preussischen Gebiets. Ungewissheit über den Zweck der militairischen Bewegungen Preussens in Hannover. Kaiser Alexander von Russland und Erzherzog Anton am kgl. Hoflager zu Potsdam.

Berlin, den 2. November 1805.

Die grossen Kriegs-Ereignisse zwischen den Französischen und Oestreichischen Heeren scheinen das Preussische System nicht verändert zu haben. Stillschweigend hat man gleichsam erklärt, dass die vollkommene Neutralität in den Fränkischen Provinzen des Königs nicht zu erhalten sei.

Napoleon selbst hat dem hiesigen Hofe geschrieben, wie sehr es ihm leid thue, die Preussische Neutralität verletzt zu haben. Als Prinz Mürat beim Verfolgen der Oestreicher wiederum das Anspachische berühren wollte, sandte er einen Courier an den hiesigen Französischen Gesandten mit der Bitte, dass er so gut wie möglich diese neue Verletzung des königlichen Gebiets entschuldigen möchte. Auch hat der Churfürst von Baiern einen demuthsvollen Brief an den König geschrieben, worin er die von seinen Truppen verübten Excesse aller Art abbittet.

Es liegt schlechterdings noch nicht am Tage, was eigentlich Absicht der militairischen Bewegungen der Preussen in Hannover sei. Dass sie keine eigentliche Occupation des Landes bezwecken, sondern nur einen militärischen Punkt, hat man dem hiesigen Französischen Gesandten Herrn Laforêt angezeigt. Uebrigens scheint man es gänzlich dem Ermessen der Französischen Regierung zu überlassen, ob sie diesen Schritt als feindlich oder nicht betrachten wolle. Die Festung Hameln behaupten allem Anschein nach die Franzosen als einen festen Punkt.

General Düroc ist heute abgegangen. Der Kaiser von Russland verlässt heute gleichfalls Potsdam. Daselbst ist gestern Erz-

herzog Anton von Oestreich angelangt:*) Es ist ein falsches Gerücht, dass auch der Churfürst von Sachsen hier in diesen Tagen ankommen werde.

XXXVIII.

Eine Aenderung der Preussischen Politik wird aus Grund der Anwesenheit des Kaisers Alexander und des Erzherzogs Anton nicht erwartet, ebensowenig ein Beitritt zur Coalition. Die Schaffung Preussischen Papiergeldes.

Berlin, den 5. November 1805.

Kaiser Alexander soll heute wirklich abgereiset sein, nachdem seine Abreise schon für den vergangenen Sonnabend fest bestimmt gewesen. Seine vertraute Freundschaft mit König und Königin hat ihn wohl mehr am hiesigen Hof gefesselt, als irgend politische Erwartungen. Inzwischen soll er doch Nachrichten von der Russischen Armee in Oberdeutschland entgegen gesehen haben, um ihnen gemäss seine weitere Reise zu bestimmen. Jetzt hat er beschlossen, nach Weimar zu gehen, und wahrscheinlich gewinnt seine Reise keinen anderen Charakter, als den eines freundschaftlichen Besuchs.

Erzherzog Anton nimmt hier viel weniger als der Russische Monarch durch seine Persönlichkeit ein, und ein politischer Erfolg entsteht seiner Gegenwart wohl ohne Zweifel. Er ist übrigens blos gekommen, zu sehen, ob bei Preussen Hilfe sei nach den schrecklichen Niederlagen der Oesterreichischen Heere.**)

Schwerlich wird, wenn es dem Französischen Kaiser nicht gefällt, das Einrücken der Preussen in das Hannöver'sche als etwas Feindliches zu betrachten, welches nicht wahrscheinlich ist, die gegenwärtige Spannung zwischen Frankreich und Preussen die Folge haben, dass dieses letzte zur Coalition treten sollte. Selbst diejenige Partei im Kabinet, im Heer und Ministerium, die zu raschen Schritten wider die Französische Regierung gestimmt war, scheint nach dem unglücklichen Anfang der Coalition nur vom Frieden mit Frankreich Heil zu erwarten.

In diesem Geist hat der König auch den Marschall, General Düroc, entlassen. Er hat ihn reich beschenkt mit einer kostbaren Dose, und auf das Freundlichste geäussert, dass Preussen bei der Neutralität zu beharren wünsche. Mit dem Kriege, welcher Preussen

*) Kaiser Alexander kam am 25., Erzherzog Anton am 30. October an.

**) Uebrigens kam unterm 3. November doch ein Vertrag zu Stande, durch welchen Preussen dem Bündnisse der Mächte gegen Napoleon unter gewissen Bedingungen beitrat und erklärte, denselben mit Krieg zu überziehen, wenn er nicht bis zum 15. Dezember auf die Aufforderung, Frieden zu schliessen, und auf Deutschland, Italien, Schweiz und Holland zu verzichten eingehen sollte.

bedrohte, mit dem Aufwande, welchen dies Drohen schon nöthig gemacht hat, steht es ohne Zweifel in Verbindung, dass unter der Direction des Staatsministers von Stein jetzt wirklich Papiergeld für den Preussischen Staat gemacht werden soll. Der Plan, welcher befolgt wird, scheint derjenige zu sein, den bei gleicher Absicht der verstorbene Minister von Struensee vorzüglich entwarf. Im Winter 1800 war man nämlich mit Verfertigung von Papiergeld hieselbst ziemlich weit vorgeschritten. Eine gewisse allgemeine Furcht vor demselben, nicht besondere Gründe, hat es damals hintertrieben, trotz der beträchtlichen Kosten, die es verursacht hatte. Jetzt ist das Geldbedürfniss dringender, und der kräftige Minister von Stein dringt mit seinen Ideen noch hartnäckiger durch, als der mehr nachgiebige wiewohl energievolle Struensee ehemals.

XXXIX.

Graf Haugwitz reist ins Hauptquartier Napoleons. Des Schwedenkönigs Anforderungen an Preussen. Vermuthungen bezüglich der Besetzung und künftigen Besitznahme Hannovers.

Berlin, den 9. November 1805.

Die wichtigste Nachricht, welche ich heute von hier melden kann, ist, dass der Kabinetsminister Graf Haugwitz heute oder morgen in das Hauptquartier des Französischen Kaisers abgehet. Ueber den Gegenstand seiner Mission weiss man nichts Bestimmtes, wahrscheinlich nur deshalb, weil derselbe nicht ganz bestimmt ist. Zuerst soll er wohl das Verhältniss zwischen Frankreich und Preussen, insofern es durch die verletzte Neutralität der Markgrafthümer verschroben (sic) wurde, wieder ganz ins Reine bringen. Die Französische Regierung beschweret sich, insofern man von Laforêts Aeusserungen einen Schluss auf sie machen darf, jetzt bitter darüber, dass Preussen nicht offen gegen sie gehandelt habe; denn den Oesterreichern sei die Neutralität von Anspach und Baireuth zeitig angekündiget, ihr aber gar nicht; und nach dem Baseler Frieden habe sie nun Recht gehabt, jene Neutralität nicht anzunehmen. Geheime Bestimmung des Grafen von Haugwitz ist ohne Zweifel, beim Französischen Kaiser zu hören und einzuleiten, wie die künftige Gestalt von Deutschland sein solle. Auch wird er gewiss noch versuchen, Frieden zwischen Frankreich und Oestreich zu vermitteln. *) Erzherzog Anton ist gestern von hier nach Dresden abgereist.

*) Er überbrachte eigentlich nur die durch den Vertrag vom 3. November festgestellten Friedensbedingungen. Aber Napoleon verstand es, den Grafen so lange hinzuhalten, bis die Ereignisse ihn zum Herrn der Situation gemacht hatten und von solchen Bedingungen schwerlich noch eine Rede sein konnte.

Der König von Schweden hat durch seinen Generaladjutanten, Grafen von Lowenhielm, ein Schreiben an den König von Preussen geschickt, worin er seine Verwunderung bezeugt, dass die Preussen Hannover besetzt hätten, welches er doch habe besetzen wollen. Zugleich gibt er Rathschläge, wie das Preussische Cabinet hinfort handeln solle. Herr von Hardenberg hat das Original dem Ueberbringer wieder zurückgegeben, mit der Aeusserung, er habe eine Copia davon behalten, aber seinem König dürfe er solche Briefe nicht vorzeigen.

Aus dem Gesichtspunkt, dass Preussen durch seine Verstimmung gegen Frankreich schwankender in seiner Politik geworden ist, muss man sich den gegenwärtigen Zustand Hannovers erklären.

Es liegt schlechterdings nicht in dem Preussischen Plan, den alten Zustand der Dinge im Hannöver'schen wieder herzustellen; er macht sich selbst ohne Preussisches Zuthun. Der ausserordentliche Englische, nach Berlin bestimmte Gesandte, welcher in den Zeitungen angekündigt wird, ist es noch nicht dem hiesigen Hofe. Schwerlich wird das Englische Subsidiensytem hier etwas bewirken; aber ob es nicht angenommen würde, wenn andere Gründe den Krieg wider Frankreich anriethen, ist eine andere Frage. Jetzt stehen die Franzosen und Preussen wie Freunde und Feinde neben einander im Hannöverschen, und das hiesige Kabinet weiss gewiss selbst nicht, ob der militärische Punkt, den es jetzt in Hannover genommen, sich zu einer förmlichen Occupation des Landes, oder gar zu einem künftigen Besitz ausdehnen werde.

Herr von Altenstein liegt seit drei Wochen am Scharlachfieber, und da bei Abwesenheit des Herrn Geheimraths Nagler, politischer Beschäftigung des Ministers von Hardenberg, das Fränkische Departement ganz von ihm abhängt, so stockt manche Angelegenheit desselben etc.

XL.

Die Mission des Grafen Haugwitz an Napoleon.

Berlin, den 16. November 1805.

Heute kann ich endlich die Abreise des Herrn Grafen von Haugwitz in das kaiserlich Französische Hauptquartier mit voller Gewissheit melden. Sie war noch wieder aufgeschoben, weil man glaubte, dass die Ankunft des ausserordentlichen Englischen Gesandten Lord Harrowby noch Einfluss auf die Instructionen des Ministers haben könnte, allein dies ist keineswegs der Fall gewesen.

Was jene Instructionen selbst, die Friedensvorschläge betrifft, die Graf Haugwitz dem Kaiser Napoleon überbringt, so hofft man von Preussischer Seite wohl nicht schnelle Annahme derselben, aber

doch Verhandlungen über sie. Selbst aber bei solcher Erwartung bringt man die umfassende Politik des Französischen Kaisers schon mit in Anschlag.

Wie bei den bisherigen Vermittlungsversuchen des Preussischen Kabinets zwischen Russland und Frankreich ist auch bei den neuen Friedensvorschlägen der Tractat von Amiens als Basis angenommen worden. Unabhängigkeit der Helvetischen und Batavischen Republik, Separation des Italiänischen Königreichs vom Französischen Kaiserthum und volle Entschädigung des Königs von Sardinien in Italien sind verlangt. Dass an diese gar nicht zu denken sei, hat Herr Laforêt dem hiesigen Kabinet wiederholt erklärt; dass man die Herausgabe Genua's nicht schlechterdings fordert, ist eine spätere Veränderung der Instructionen des Grafen von Haugwitz.

Soweit meine diplomatischen Nachforschungen geben, hat Preussen bei den beabsichtigten Verhandlungen keinen Privatzweck für sich beabsichtigt. Inzwischen möchten die geheimen Instructionen der Preussischen Gesandtschaft so sehr auf weitere Entwickelungen berechnet sein, dass eben ein Kopf wie der Graf Haugwitz sie nur vollbringen könnte.

Die hiesige Oesterreichische Gesandtschaft lebt in der Ueberzeugung, dass Preussen durchaus wider Frankreich losschlagen müsse, wenn dieses die vom Grafen Haugwitz zu überbringende Pläne nicht annehme. Dazu gehört viel Hoffnung in dem Augenblick, wo die Nachricht eintrifft, dass die Franzosen in Wien sind, und nur dem möglich, der gar nicht begreift, warum der Französische Staat jetzt gegen die übrigen obsiegen müsse, und dass dies dem Preussischen nicht ganz verborgen ist.

XLI.

Der Plan Napoleons, die Macht der Churfürsten, namentlich des Churfürsten von Bayern, auf Kosten Oesterreichs zu vergrössern. Muthmassliche Ansicht Preussens über eine solche Veränderung. Sieg Nelsons über die combinirte Französisch-Spanische Flotte.

Berlin, den 19. November 1805.

In meinem heutigen Bericht kann ich noch weitere Aufschlüsse über die Sendung des Grafen Haugwitz an den Französischen Kaiser melden. Auffallend ist, dass derselbe sehr zögernd reiset.*) Den Grund davon sucht man in der Erwartung des hiesigen Kabinets, dass es nach Ankunft des Marschalls Duroc bei Kaiser Napoleon noch weitere Eröffnungen desselben erhalten werde.

*) Er wurde von Seiten Napoleons unter allerlei Vorwänden mehrere Tage zu Iglau aufgehalten.

Ueber neue Veränderungen in Deutschland scheint von der Französischen Regierung gegen die Preussische, oder umgekehrt, oder zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg nicht die geringste Mittheilung bisher geschehen zu sein. Dessenungeachtet darf man wohl erwähnen, wie unterrichtete und angesehene hiesige Geschäftsmänner sich die Entwürfe des Französischen Kaisers, vorzüglich nach berichteten Aeusserungen desselben in Stuttgart, in Hinsicht auf Deutschland denken: Man legt ihnen den Gedanken zu Grunde, dass die Macht der Churfürsten überhaupt vermehrt, aber auch gleichförmiger werden solle, so dass der Character des Deutschen Reichs, es sei ein Bund mehrerer Churfürstlichen Staaten von gleicher Grösse, vor Allem hervorleuchte. Damit stehe in Verbindung, dass das Haus Oesterreich sehr zu erniedrigen sei, auf dessen Kosten Baiern, sowie andere Churfürstliche Häuser gehoben werden sollten.

Schwerlich glaubt man indessen im hiesigen Kabinet selbst, dass Kaiser Napoleon eine solche Grundidee für Deutschlands neue Gestaltung hege; denn sie leitete unmittelbar auf den Gedanken, dass auch das Haus Brandenburg für solchen Bundesstaat zu gross sei, und in solchem Gedanken läge eine unzwingbare Aufforderung zum Kriege Preussens wider das System des Französischen Kabinets. Die Nachricht von dem Siege Nelsons über die combinirte Französische Spanische Flotte erregt am hiesigen Hofe die Besorgniss, dass der Französische Kaiser durch das Unglück zur See mehr erbittert, als einem milden Frieden geneigter gemacht werde. Uebrigens nennt man voll Rührung über den schönen Tod des Seehelden seine Thaten und Züge als das Einzige, was aus unsrer Zeit dem wunderbaren Heldenlaufe des Kaisers Napoleon zum Gegenstück dienen kann.

XLII.

Oesterreichs Ansinnen an Preussen, dass es Böhmen besetzen solle. Absichten Napoleons bezüglich Deutschlands. Gerüchte über die Abdankung des deutschen Kaisers und über eine neue Constitution Deutschlands. Getreidesperre in Norddeutschland. Bestimmung der chursächsischen und churhessischen Truppen. Abberufung des Französischen Gesandten Bignon zu Cassel, der verlangt hatte, dass seine Maitresse auf die churfürstlichen Bälle geladen werde.

Berlin, den 23. November 1805.

Besondern Eindruck hat auf das hiesige Kabinet das Ansinnen Oesterreichs gemacht, dass die Preussen Böhmen besetzen sollen; aber so viel ich habe erforschen können, ist die Antwort darauf keineswegs eine bestimmte Zusage, dass es geschehen solle. Inzwischen ist die Bewegung im Kabinetsministerium fortdauernd heftig. Wenn der Bruch mit Frankreich von Preussen beschlossen wäre, so möchte die Besetzung Böhmens wohl eine zeitige Maassregel sein.

Viel tiefer greift noch fortwährend die Sensation, welche die weiteren Berichte über die Absichten des Französischen Kaisers in Hinsicht auf Deutschland erregen. Auch unterrichtete Diplomatiker wollen bestimmt wissen, dass denselben zufolge Salzburg und Tirol an Baiern fallen, der deutsche Orden und die Reichsritterschaft unterdrückt werden, Oesterreichisch-Schwaben den Oberdeutschen Churfürsten zu gute kommen, der Churfürst von Salzburg aber Böhmen haben, der gegenwärtige Römische Kaiser abdanken und Deutschland eine neue Constitution erhalten solle.

In diesen Tagen hat sich die Entwicklung des Preussischen Systems vorzüglich in den offenbar gewordenen Verpflegungsanstalten für die Armeen im nördlichen Deutschland gezeigt. Um dieselben zu sichern, ist eine Getreidesperre beliebt, deren Linie den Obersächsischen, Niedersächsischen und Westphälischen Kreis, Waldeck, Fulda und einen Theil von Hessen begreift. Innerhalb derselben soll völlig freier Verkehr im Getreidehandel statthaben, aber alle Ausflüsse desselben über sie hinaus sollen so strenge gehemmt sein, dass erforderlichen Falls Preussisches Militär zur Ausführung der dahin abzweckenden Maassregeln angeboten wird. Den dabei interessirten Reichsständen ist dies durch Schreiben des königlichen Staatsministeriums kund gethan. Zweifelhaft ist indessen, ob sie es unbedenklich finden, von der königlichen Grossmuth in Hinsicht auf das angebotene Militär Gebrauch zu machen. Auch möchte, wenn man die Punkte ansieht, wohin von der Armee unter dem Herzog von Braunschweig Commandos gelegt werden sollen, die Frage entstehen, ob überhaupt die Maassregeln zur Getreidesperre nicht mit dazu dienen, Absichten zu verschleiern, aus welchen man gewisse Punkte schon vorläufig militärisch besetzen möchte. Uebrigens ist Getreidenoth für das nördliche Deutschland schwerlich zu fürchten, da neben jener Sperre der Russische Kaiser versprochen hat, dasselbe aus seinen Staaten hinlänglich mit Getreide zu versorgen.

Was die Truppenbewegungen derjenigen nördlichen Reichsstände betrifft, die in naher Beziehung zu Preussen stehen, so verdienen folgende beide Data Erwägung: Der Churfürst von Sachsen hat bestimmt erklärt, dass seine Truppen einzig zur Deckung seiner Gränzen, nicht zu weiteren Planen geweiht seien. Auesserst schwankend ist dagegen der Churfürst von Hessen in seinen Erklärungen und seinen Planen. Ein besonderes Hinderniss, dass sein Korps nicht als mobil betrachtet werden mag, liegt in der Kargheit, nach welcher er jedem seiner Offiziere nur dreissig Thaler zur Mobilisirung gibt. Herr von Knesebeck vom königlichen General-Stabe ist an ihn geschickt, um ihn fester und freigebiger zu machen.

Der hiesige Französische Gesandtschafts-Secretär von St. Gené geht als kaiserlicher Chargé d'affaires nach Kassel, weil der dortige Gesandte Bignon auf Ansuchen des Churfürsten zurückberufen ist. Er hatte stürmisch verlangt, dass die berüchtigte Schauspielerin Chevalier, mit welcher er in Verbindung lebt, auf die churfürstlichen Bälle geladen werden sollte.

XLIII.

Erwartung, dass Preussen an Frankreich den Krieg erklären werde. Lord Harrowby und die Englischen Subsidien. Der König von Schweden.

Berlin, den 26. November 1805.

Der Krieg Preussens wider Frankreich ist wohl so gut, als entschieden; denn neuere Ereignisse haben die Stimmung, dass man Abweisung der vom Grafen Haugwitz dem Französischen Kaiser vorzulegenden Friedensbedingungen als Kriegsanfang betrachten wolle, ansehnlich vermehrt. Diese Ereignisse sind: der Sieg des Russischen Generals Fürsten Pankration über den Reichsmarschall Soult, und die Sensation, welche er gemacht hat, ein Schreiben des Russischen Kaisers an den König, ehgestern von Dolgorucki überbracht, worin das äusserste Drängen, dass die Preussen gegen die Franzosen losschlagen mögen, endlich und vor allen die Eröffnung des Lord Harrowby in der Audienz vom 19. d. Mts. bei dem König, dass sämmtliche Englische Subsidien für den Continent an Preussen ausgezahlt werden sollen, welches die Unterabtheilung vornehmen könne.

Der König von Schweden bemühte sich, als géneral en chef die Expedition wider Holland zu leiten. Weil ihm dies nicht zugestanden wurde, sprang er von der Coalition ab. Man litt aber nicht, dass seine Truppen nach Schweden zurückschifften.

XLIV.

Die Mission des Grafen Haugwitz abermals. Berichte vom Kriegsschauplatz. Pancration, von den Franzosen umzingelt, schlägt sich durch. Ausmarsch der Berliner Garnison. Die Englischen Subsidien.

Berlin, den 30. November 1805.

Am Abend des 27. dieses Monats ist Graf Haugwitz nach Berechnung des hiesigen Kabinetsministeriums im Französischen Hauptquartier angekommen. Von Oestreichischer Seite hat Graf Stadion mit ihm gehen sollen. Herr von Novosilzoff hat noch vorher eine Conferenz gehabt, aber ins Französische Lager ihn mitzusenden, hat man Bedenken gefunden, weil man ihn nach den Spöttereien, welche der Moniteur wegen seiner Mission, die in Berlin endete, über ihn ausgoss, für eine odieuse Person halten musste.

Uebrigens sagte mir der Russische Gesandte, Herr von Alopäus, noch heute, dass er überzeugt sei, die Propositionen, welche Graf Haugwitz überbrächte, würden sogleich vom Französischen Kaiser verworfen, und Preussen schlüge dann unfehlbar rasch los. Die Franzosen aus Deutschland zurückzuschmeissen, würde dann ungezweifelt gelingen. Noch gestern habe er von der Russisch-Oestreichischen

Armee eine Stafette gehabt, die den 24.|25. d. M. abgegangen sei, dass die Russen den Franzosen eine Schlacht angeboten, diese aber sich zurückgezogen hätten. Offenbar wäre der Französische Kaiser voll von dem Wahn gewesen, dass der Friede mit Oesterreich seiner Willkühr gemäss erzwungen sei, sobald er Wien erreicht habe; und den Französischen Heerführern sei sogar gelungen, dies die Oesterreichischen glauben zu machen. So habe der Oestreichische General Nostiz seine Stelle verlassen, weil er dem Prinzen Murat die Versicherung geglaubt, dass schon Friede sei zwischen Frankreich und Oestreich. Dadurch sei der Russische Fürst Pankration mit 6000 Mann von 30,000 Franzosen umzingelt worden. Prinz Murat habe sogleich den Kaiser Napoleon herbeirufen lassen, um ihm zu zeigen, wie man die Russen finge. Glorreichst habe sich aber Fürst Pankration durchgeschlagen und die so überlegene feindliche Macht zerstreut, nicht so sehr durch blosse Bravour als das Raffinement, dass er sein grobes Geschütz auf ein Dorf richtete, wo die Französischen Pulverwägen standen. Das Glück, diese zu zünden, habe einen panischen Schreken unter den Franzosen erregt.

Am 5. December wird der übrige Theil der hiesigen Garnison oder vielmehr das ganze Reservekorps, an dessen Spitze der König, aufbrechen. Der Monarch selbst, heisst es, geht am vierten oder sechsten December nach Hildesheim zur Musterung der Armee unter dem Herzog von Braunschweig, wahrscheinlich aber dann nach Niederschlesien zur Armee des Generals von Rüchel, zu welcher die jetzt aufbrechenden Truppen, grösstentheils wahrscheinlich ihren Marsch nehmen.

Ueber die Summe der Englischen Subsidien, die Preussen empfangen soll, sind beide Mächte noch nicht einig. Aber es ist wohl nur Gerücht, dass Preussens König dieselben ganz abgewiesen habe, obgleich sich nicht leugnen lässt, dass der gemeine Mann die mögliche Unschuld des Subsidiensystems nicht begreift, und es auf die Preussische Armee vielleicht einen sehr guten Eindruck machte, wenn der König alles Englische Gold ausschlüge.

XLV.

Ansuchen des Churfürsten von Bayern an Preussen um Neutralität. Die Fränkischen Fürstenthümer sollen an Bayern kommen. Die Englischen Subsidien abermals. Der Einfluss der Königin und Hardenbergs im Wachsen.

Berlin, den 3. December 1805.

Wirklich hat der Churfürst von Baiern an den König von Preussen geschrieben, um für seine Länder bei einem Bruch zwischen Frankreich und Preussen die Neutralität zu erhalten. Man ist aber hier zur Gewährung eines solchen Gesuches so wenig geneigt, dass auch dieser Brief wie ein vorhergehender wohl unbeantwortet bleiben

wird, zumal da man hier von dem geheimen Versprechen unterrichtet ist, welches Napoleon dem Churfürsten gethan, dass nämlich die beiden Markgrafthümer des Preussischen Hauses in Franken an Baiern kommen sollen.

Lord Harrowby findet hier als gewandter und solider Negociateur grossen Beifall. Ueber den Hauptzweck seiner Sendung, die an Preussen zu zahlenden Subsidien und die Vertheilung der auf dem Continent überhaupt zu zahlenden, ist er insofern ins Reine gekommen, dass für 10,000 Mann Preussen jährlich hundertfünfundzwanzig tausend Pfund Sterling bezahlt werden sollten. Allein England will nur zweihundertundzwanzig tausend Mann auf solchem Fuss mit Subsidien unterstützen, und der König von Preussen verlangt dies von seiner ganzen mobil gemachten Armee.

Seit dem Aufenthalte des Russischen Kaisers haben am hiesigen Hofe die Königin und der eminente Minister Hardenberg vermehrten Einfluss erhalten und der des Generals von Köckritz ist vermindert. Die Raschheit Preussens wird dadurch gewinnen. Herr geheimer Kabinetsrath, vertrauter Freund des Grafen Haugwitz, spricht heftig wider Minister Hardenberg.

XLVI.

Haugwitz im Hauptquartier Napoleons. Der Grossfürst Constantin zu Berlin. Anerbietungen Russlands. Preussen neigt zum Frieden mit Frankreich. Besetzung Neufchatels durch die Franzosen. Gefahr für die Verfassung Deutschlands,

Berlin, den 21. December 1805.

Die neuesten grossen Kriegsbegebenheiten, welche einen momentanen politischen Stillstand in den entfernteren Staaten machten, konnten früher in Nürnberg als hier bekannt sein.*) Darin liegt die Ursache, dass ich eben an den interessantesten Posttagen für die Hanseatischen Städte nach Oberdeutschland fast nichts zu berichten wusste.

Vom 10. d. M. sind die letzten Depeschen, welche man hier vom Grafen Haugwitz aus Wien hat. Seit der ersten nichts sagenden Audienz hatte er damals den Französischen Kaiser noch nicht wieder gesehen. Er glaubt, dass der Oesterreichische Staat nun Defensiv- und Offensivallianz mit Frankreich schliessen müsse und unter ehrenwertherem Namen gleich anderen Alliirten desselben nur untergeordneter Genosse des Französischen Hofes sein werde.

Seit drei Tagen ist hier der Grossfürst Constantin. Er hat keine besondere Aufträge von seinem Bruder Kaiser Alexander: er

*) Am 2. Dezember wurde in Mähren die Schlacht bei Austerlitz geschlagen, die mit der Niederlage der Oesterreicher und Russen endigte.

will nur den hiesigen Hof besuchen. Aber schon vor seiner Ankunft war hier von Seiten des Kaisers nach der Schlacht von Austerlitz geäussert, dass er auf den Fall eines Kriegs des Königs von Preussen mit Frankreich diesem (dem König) die Russischen Armeen zur freiesten Disposition überlassen wolle. Auch habe ich Grund zu glauben, dass man nöthigen Falls hier von diesem Anerbieten den kräftigsten Gebrauch machen werde.

Inzwischen ist das Preussische Kabinet zum vollsten Frieden mit Frankreich mehr als je geneigt und wird gewiss diesem Wunsch viele Rücksichten opfern, wenn nur Kaiser Napoleon nicht zu unmittelbar von Preussen Opfer heischen will. Wie sehr ich übrigens von einem ganz andern als dem Berliner Gesichtspunkt die Weltbegebenheiten betrachte, wie sehr ich als Nürnbergischer Resident dem Minister von Hardenberg gram sein könnte, so wird es mir doch wehe thun, wenn ein so eminenter Mann sich dem Sturm der Welt zu sehr beugen müsste.

Binnen vierzehn Tagen, sagte ehgestern der Gesandte Frankreichs Herr Laforêt, ist ein Französisches Heer im Hannöverischen. Heute kommt die Nachricht, dass die Franzosen Neufchatel besetzt haben. Fast scheint es, dass Napoleon nun einen Krieg mit Preussen wolle. Man fürchtet hier allgemein, dass Polens Wiederherstellung in seinen Plan gehöre. Ich fürchte am meisten, dass bei seinem laut geäusserten Widerwillen gegen die deutsche Verfassung seine Aussöhnung mit Preussen auf Kosten derselben geschehe.

XLVII.

Veränderungen in Deutschland. Abmachungen zwischen Preussen und Frankreich. Hannover. Schwächung Oesterreichs. Die neuen Könige von Bayern und Schwaben. Fürstliche Heirathen auf Geheiss Napoleons. Hardenberg bittet um Entlassung.

Berlin, den 7. Januar 1806.

Es scheint nicht, dass ausser dem Fall der Reichsritterschaft, des Deutschen Ordens, der Reichsstadt Augsburg und des Reichs-Postwesens irgend eine unmittelbare weitere Verändernung vorgehen werde. *) Ungemein freuet mich, dass der Französische Kaiser persönlich allem Andringen des Bairischen Hofes um den Besitz von Nürnberg widerstanden hat. Seine Antwort war, dass diese Reichsstadt erhalten werden müsste, und auch Preussen durch die Vergebung derselben an Baiern nicht beleidigt werden sollte.

Bei den gegenwärtigen Handlungen zwischen Preussen und Frankreich, die von der Unterredung des Grafen von Haugwitz mit dem

*) Alles in Folge des zwischen Kaiser Franz und Napoleon am 26. Dezember 1805 abgeschlossenen Friedens zu Pressburg.

Französischen Kaiser begannen und durch Kouriere auf eine geheimnissvolle und emsige Art fortgesetzt werden, sind die Hansastädte in keine besondere und bestimmte Erwähnung gekommen. Aber Kaiser Napoleon hat geradezu gesagt, dass er, wenn der König von Preussen sich nicht um das Französische Treiben im Süden von Deutschland bekümmere, denselben im Norden schalten lassen und keine Einsicht in dessen Beginnen in Hinsicht auf Hessen und Sachsen haben wolle. Auf solche Art wären also die kleineren Deutschen nördlichen Stände gänzlich in Preussens Willkühr gegeben.

Jeder muss nach seiner allgemeinen politischen Ansicht der Europäischen Welt in dem gegenwärtigen Augenblick den Sinn jener Versicherung und ihres Gehaltes bestimmen. Auffallend ist übrigens bei ihr schon jetzt, dass Hannover, welches doch auch zum nördlichen Deutschland gehört, vorläufig wenigstens noch der Französischen Disposition verbleiben soll. Preussen sträubt sich ungemein, eine Französische Armee wieder in das Hannöverische zu lassen. Wie sich hier die Schwierigkeit lösen werde, ist jetzt noch sehr zweifelhaft. *)

Welche Bedingungen Oesterreich in dem abgeschlossenen Frieden von Kaiser Napoleon erhalten habe, weiss das hiesige Kabinet noch nicht auf eine authentische Weise. Uebrigens leidet jenes nur solche Aufopferungen, dass es als Macht vom zweiten Range bedeutend bleibt, welches von der Französischen Politik zu erwarten war.

Der am ersten Januar gekrönte König von Baiern hat schon den Preussischen Hof um die Anerkennuug seiner königlichen Würde ersucht, welche wohl nicht sogleich, aber doch ohne Schwierigkeiten erfolgen möchte. Die Bairische Prinzessin heirathet endlich nach langem Weigern den Vicekönig von Italien. Man schreibt hier ihr Ergeben der letzten derben Mission des Generals Duroc zu. Hieronymus Bonaparte, welcher sich mit der Tochter des Königs von Schwaben vermählt, ist zum König von Neapel bestimmt, indem der gegenwärtige nach Sicilien transportirt werden soll. Dem Kurprinzen von Baden hat Kaiser Napoleon eröffnet, dass er an keine deutsche Prinzessin als Gemahlin denken möge; denn er werde ihm schon eine Braut geben. Eine Nichte der Kaiserin Josephine bestimmt man dazu.

Die Universalmonarchie des Kaisers von Frankreich und eben deswegen nun lange Ruhe von Kriegen sieht man hier als entschieden an. Gestern soll der Kabinetsminister von Hardenberg als solcher seine Dimission gefordert haben. Vorzüglich soll er sich darüber beschweren, dass Graf Haugwitz ohne Instruction sich soweit mit Frankreich in Handlung eingelassen habe.

*) Haugwitz hatte schon am 15. Dezember 1805 im Schlosse zu Schönbrunn einen Bundesvertrag zwischen Preussen und Frankreich unterzeichnet, durch welchen Frankreich Hannover an Preussen überliess, dieses dagegen das Fürstenthum Neufchatel, seinen Antheil am Herzogthum Cleve und die Festung Wesel an Frankreich, und das Fürstenthum Ansbach an Bayern abtrat etc.

XLVIII.

Mission des Grafen Haugwitz nach Paris, und des Herzogs von Braunschweig nach Petersburg wegen des am 15. Dezember 1805 mit Frankreich abgeschlossenen Bundesvertrags. Stellung Preussens zu England und Russland. Haugwitz und Hardenberg und die Aeusserungen des Französischen und Russischen Gesandten bezüglich des diplomatischen Verkehrs mit denselben.

Berlin, den 11. Januar 1806.

Morgen geht Graf Haugwitz nach Paris mit den Punctationen, welche das Resultat der hier gehaltenen Conferenzen sind. Sie enthalten zuerst eine Allianz zwischen Frankreich und Preussen und wegen Hannovers die Stipulation, dass es provisorisch von den Preussen besetzt werden solle, bis in einem allgemeinen Frieden ausgemacht worden zwischen den grossen Staaten, ob die ehmalige Hannöverische Regierung wieder hergestellt werden solle? Sobald dies nicht der Fall wäre, sollen sämmtliche Hannöverische Lande an Preussen fallen.

Diese Wendung hat man gebraucht, weil man dem Kaiser von Russland, der sich so edelmüthig gegen den König betragen, keinen Anstoss geben wollte, und weil die Verhältnisse Preussens zum Hofe von London schlechterdings nicht solcher Art sind, dass es diesem ohne weitere Handlungen eine grosse Provinz abnehmen dürfte.

Der Herzog von Braunschweig selbst wird diese Punctation nach Petersburg überbringen, um das Unangenehme, welches sie für Kaiser Alexander auch in solcher mildernden Einkleidung haben werde, durch seine Person zu schwächen. Ausser seinem grossen Rufe als Staatsmann und Held kommt es zugleich in Betrachtung, dass er selbst ein so bedeutendes Glied des Hauses ist, welches Hannover verlieren soll. Daneben ist die Wahl dieses Abgesandten an den Russischen Hof gewiss dem Französischen angenehm, indem der Herzog ja selbst in den offiziellen Französischen Blättern als einer von jenen gepriesen wird, die des Königs Freundschaft für Frankreich in diesen kritischen Zeiten befestigten.

Herr von Hardenberg hatte seinen Abschied als Kabinets-Minister gefordert und wollte einige Zeit auf seinem Gute Tempelberg zubringen. Es war so scheinbar, der König werde seinem Gesuch willfahren, dass Graf Haugwitz die geheimen Legationsräthe zu sich berief und ihnen ankündigte, vom nächsten Tage an würden die Conferenzen bei ihm gehalten, indem er die Direction des auswärtigen Departements wieder übernommen hätte. Allein gegen Abend desselben Tages erhielten sie ein Billet des Herrn von Hardenberg, dass es nicht also sei, wie Graf Haugwitz angekündigt habe, und Alles beim Alten bleibe. Der König sowohl als besonders die Königin hatten ihm an diesem Tage Briefe voll Huld geschrieben, mit der dringenden Bitte, dass er sich der Verwaltung der politischen Angelegenheiten nicht entziehen möge. Auch hatte der König in

darauf folgender Unterredung ihm nicht einmal erlauben wollen, auf ein Paar Wochen nach Tempelberg zugehen, indem er ihn umarmte mit den Worten, dass er sich jetzt keinen Tag von seinen grossen Geschäften beurlauben möge.

Auf diesen Wechsel hatte besonderen Einfluss, dass der Französische Gesandte Herr von Laforêt erklärt hatte, er könnte mit Herrn von Hardenberg nicht negotiiren, weshalb die Negotiation mit Frankreich auch gänzlich dem Grafen Haugwitz überlassen bleibt; dass aber dann auch der Russische Gesandte auf das Bestimmteste kund that, er werde sogleich Berlin verlassen, wenn Graf Haugwitz die Direction der auswärtigeu Angelegenheiten bekomme; denn Russland brauchte keinen Minister an einem Orte, wo Frankreich die Kabinetsminister ernenne.

Befremdende Sensation hat es gemacht, dass der Deutsche Kaiser der Krönung in München beiwohnte.

XLIX.

Der Pressburger Friede, Oesterreich, Erzherzog Karl und die Veränderungen in Deutschland. Russlands Nachgiebigkeit gegen Preussen wegen der Besitznahme Hannovers. Die Hansestädte. Grossfürst Constantin in Berlin und seine Aeusserung über die Oesterreichischen Generäle.

Berlin, den 14. Januar 1806.

Ehgestern Abend hatte man hier noch nicht die Urkunde des Friedens von Pressburg, aber in offiziellen Briefen das ganze Detail desselben. Was die öffentlichen Blätter davon enthalten, ist ziemlich richtig. Auffallend ist der Einfluss, welchen Erzherzog Carl noch zuletzt darauf gehabt hat. Ihm zugefallen sind die Kurfürsten, welche den deutschen Orden angetastet hatten, von Kaiser Napoleon invitirt worden, die Güter desselben ungekränkt zu lassen; und ist stipulirt, dass dieselben ewig zur Disposition des Hauses Oesterreich für einen seiner Prinzen sein sollen; ihm zugefallen, ist dem Frieden der Artikel inserirt, dass für einen der Erzherzöge noch ein Land in Deutschland geschafft werden solle. Welches dies sein werde, liegt im Dunkeln, und wird nach Beendigung der Preussischen Negotiation sich wohl erst ergeben.

Auch ist der Zug bewährt, dass der Französische Kaiser dem Deutschen sagte: Erzherzog Karl sei der einzige in seiner Umgebung, auf welchen er gänzlich bauen könnte.

Ueberaus wichtig ist für die Reichsverfassung, dass sowohl der Reichs-Hofrath als das Kammergericht aufhören sollen. Dieser Umstand in Verbindung mit dem vieldeutigen Satz des Friedens, dass die begünstigten Kurfürsten in ihren Ländern ebenso souverain sein sollen als der Deutsche Kaiser und der König von Preussen in den

ihrigen, bedroht den Verband, der bis jetzt noch unter den Deutschen Staaten gewesen, mit einem gänzlichen Aufhören.

Wenn Graf Haugwitz mit seiner Negotiation wegen Hannovers in Paris glücklich ist, wie höchst wahrscheinlich, so wird durch den Russischen Hof der hiesige kein Hinderniss für seine Plane finden. Noch in diesen Tagen hat Kaiser Alexander dem König eigenhändig geschrieben, dass er schlechterdings mit Allem zufrieden sei, was Preussen und Frankreich miteinander ausmachten. Herr von Krusemark, welcher neulich die Mission hatte, um im Hannöverischen und überhaupt im nördlichen Deutschland das Kriegsfeuer zu dämpfen, wird den Herzog von Braunschweig nach Petersburg begleiten.

Aufmerksamer haben die Reichsstädte, besonders die Hanseatischen, nie sein dürfen, als auf das Beginnen des Grafen Haugwitz in Paris. So gewiss in den Puncten, welche er als das Resultat der hiesigen Conferenzen überbringt, nichts von der Hansa und von Nürnberg sich findet, so leicht ist es möglich, dass sie im Gang der Negotiation vorkommen oder gar begehrt werden. Einzig in Paris ist in diesem Augenblick für die Hanseatischen Städte zu wirken. Hier wiederholt man immer, was mir Graf Haugwitz oft gesagt hat, dass nämlich die Hansestädte und Nürnberg den Preussichen Provinzen nützlicher wären als freie Handelsstaaten wie als untergebene Städte des Königs. So wahr dieser Satz, wünsche ich doch nicht, dass Preussen in Versuchung geführt werde, jene Handelspuncte nehmen zu können.

Die Freundschaft zwischen den Höfen von Petersburg und Berlin wird stets inniger. Auch die Kaiserin Mutter hat der Königin geschrieben, dass sie darauf sinne, bei einem Besuch ihre Bekanntschaft zu machen. Grossfürst Constantin gefällt sich hier sehr, und es fehlt nicht an originellen Zügen von ihm. Wie der Oesterreichische Oberst von Stutterheim am Hofe mit dem Herzog von Braunschweig über das Oesterreichische Kriegsunglück redete, trat Constantin hinzu mit den Worten: „der Kaiser Franz hätte zwanzig Kerln, die um ihn waren, den Kopf abhauen müssen; und ich hätte es selbst gethan, wenn der Scharfrichter nicht bei der Hand gewesen wäre.“

L.

Graf Schulenburg zum Administrator von Hannover bestimmt. Plan Napoleons, Polen wieder herzustellen. Günstige Aussichten für die fortdauernde Existenz der Reichsstädte. Weigerung des Churfürsten von Sachsen, den Königstitel anzunehmen.

Berlin, den 18. Januar 1806.

Ich höre, dass der Minister Graf Schulenburg heute nach Hamburg gehe und eine Commission von Räthen ihn begleite oder ihm doch folge. Er ist nämlich bestimmt, im Namen des Königs

Hannover bis zum Frieden zwischen England und Frankreich zu administriren, und nimmt wahrscheinlich seinen Weg über Hamburg, um schon auf der Reise die fremden Truppen im nördlichen Deutschland grösstentheils zu berühren und ihren Abzug zu beschleunigen, indem der Französische Kaiser schlechterdings die Hannöverischen Lande wieder hat besetzen wollen, es sei denn, dass Preussen die Garantie übernehme, alle fremde Truppen aus denselben fortzuschaffen und ihnen den Eingang zu wehren. Wahrscheinlich geht also Graf Schulenburg nur über Hamburg; denn es ist gewiss nichts an der Combination, welche die besten Politiker beim hiesigen diplomatischen Korps machten, aus folgenden Thatsachen: Der Französische Kaiser hegte während des Friedensgeschäftes die Idee, das Polnische Reich wieder herzustellen oder vielmehr statt desselben ein anderes zu bilden. Unter den Oestreichischen Provinzen ist Gallizien von der Französischen Kriegssteuer frei geblieben. Diese ist zum Fond des neuen Reichs bestimmt. Dazu wird noch ein grosser Strich des Preussischen Polen bestimmt, und mit ihm die Stadt Warschau.

Höchstwahrscheinlich ist schon dies letzte nur Hypothese, und noch mehr der Zusatz, dass Preussen zur Entschädigung für Warschau nun Hamburg besetzen solle. Napoleon lässt ja seine Heere über den Rhein zurückgehen und hat die Idee von einem Neupolnischen Reich nur flüchtig hingeworfen.

Auch sind durchaus alle authentischen Nachrichten sehr tröstend für alle Reichsstädte, die nun noch bestehen. So versichert mich ein sehr unterrichteter Preussischer Staatsmann, dass man Preussischer Seite nicht die geringste Bewegung gemacht habe, irgend eine der Reichsstädte für Preussen oder sonst Jemand zu erhalten. Es müsste ein sehr leiser Dämon sein, welcher ihnen dennoch Verderben bereitet hätte.

Weil Erzherzog Ferdinand für das verlorene Breisgau noch Entschädigung in Deutschland haben soll und man nirgends ein Land sieht, welches zu vergeben wäre, so hegt das hiesige Cabinet die Vermuthung, dass man insgeheim im Frieden von Pressburg ausgemacht habe, das deutsche Erzkanzlerthum solle mit dem gegenwärtigen Kurfürsten aufhören, und die Besitzungen desselben sollten dann dem Erzherzog Ferdinand und dessen Erben werden.*)

Das Verpflegungswesen der Preussischen Heere wird wohl die acht Monate, auf die es anfänglich berechnet war, also bis zu Anfang des Mai dauern. Dann wird es modificirt für das Korps, welches Hannover occupirt.

Dem Kurfürsten von Sachsen hat man von Französisch-Oestreichischer Seite Winke gegeben, dass er auch die Königswürde annehmen möge. Allein er hat sich dessen geweigert mit dem Zusatz, dass er, wenn dergleichen geschehe, nur eigenem Antriebe folgen werde.

*) Das von Bayern abzutretende Gebiet des vormaligen Hochstifts Würzburg war für den Erzherzog bestimmt.

LI.

Graf Schulenburg. Zwischen Preussen und Frankreich muthmasslich verabredete Besitzveränderungen.

Berlin, den 21. Januar 1806.

Der Staatsminister Graf Schulenburg ist noch nicht am vorigen Sonnabend, wie ich meldete, abgegangen, weil der Courier von München vom Französischen Kaiser, welchen man erwartete, an jenem Tage nicht eintraf. Gestern Abend, hoffte man, werde er ohne Zweifel ankommen. Ob dies geschehen ist und Graf Schulenburg heute nach Hamburg abgeht, um sich von dort ins Hannöverische zu begeben und die Interims-Administration desselben zu übernehmen, weiss ich noch nicht mit Bestimmtheit.

Selbst Männer, die unterrichtet sein können, verwerfen nicht das Gerücht, dass Graf Haugwitz noch besondere Propositionen über eine weitere Umgestaltung der Welt dem König allein im Namen des Französischen Kaisers übergeben habe. So wenig dies nach dem Character der genannten Personen unwahrscheinlich ist, habe ich nicht die geringste authentische Spur darüber. Verhielte es sich aber auch wirklich also, würde man über das Detail solcher Propositionen schon unterrichtet sein können? Indessen halte ich nicht für ganz überflüssig, dieselben hieher zu schreiben, wie sie mir angegeben worden sind:

Preussen tritt ab:	erhält wieder:
Neufchatel.	Oberschlesien.
Die Fränkischen Besitzungen.	Gallizien bis an den Bog.
Moers.	Schwedisch-Pommern.
Ravensberg.	Ganz Mecklenburg.
Minden bis an die Weser.	Lübeck.
Cleve.	Hamburg.
Münster.	Bremen.
Ostfriesland.	Hannover bis an die Weser.
Tecklenburg.	Die herzoglich Braunschweigischen Besitzungen.

Der Herzog von Braunschweig erhält alles Land zwischen der Weser und dem Rhein und wird Kurfürst von Westphalen. Oestreich bekommt Türkisch Dalmatien, Servien, Bosnien, Moldau und Wallachei.

LII.

Besorgnisse, Napoleon könnte Hannover nicht herausgeben. Differenzen mit Mecklenburg wegen Verpflegung der Preussischen Armee.

Berlin, den 25. Januar 1806.

Wenigstens am gestrigen Mittag war der so sehnlich erwartete Courier von München*) noch nicht hier angekommen. Herr Laforêt, der ihn abgesandt hat, erwartete ihn spätestens am zwanzigsten zurück. Wiewohl die Aeusserungen dieses Ministers der Art waren und die bisherige Verhandlung zwischen Frankreich und Preussen so stand, dass man die Preussische Occupirung und Interimsverwaltung des Hannöverischen als einen zwischen beiden abgeschlossenen Punct ansah, so entsteht wegen der langen Verzögerung jenes Couriers doch einige Besorgniss, dass der Französische Kaiser doch den Gedanken, Hannover selbst besitzen zu wollen, wieder lebhaft aufgefasst habe. Auch entstehen schon Zweifel, ob Graf Haugwitz wirklich so günstig, als es geschildert wurde, bei seiner Sendung nach Wien aufgenommen worden. — Sowohl der Minister, Graf Schulenburg, um nach Hannover, als der Herzog von Braunschweig, um nach Petersburg zu gehen, sobald der Courier mit der erwarteten Antwort des Kaisers Napoleon eintrifft, warten hier, gänzlich zur Reise gerüstet.

Dem Verpflegungswesen der Preussischen Armeen haben besonders die Herzoge von Mecklenburg die Beiträge verweigert, und es war in den Contestationen darüber soweit gekommen, dass das Preussische Regiment Eugen von Würtemberg zur Execution in das Mecklenburgische einrücken sollte. Indessen scheint man von hiesiger Seite sehr ungern zu einer solchen Maassregel haben greifen wollen und ist zufrieden, wenn nur Tolstoi mit seinen Russen zur Strafe in das Herzogthum verlegt worden.

In diesem Augenblick bekomme ich die Nachricht, dass in der letzten Nacht ein Courier von Laforêt, wahrscheinlich von München, angekommen ist. Vom Inhalt der Depeschen, die er überbracht hat, kann ich indess heute noch nichts melden.

LIII.

Beabsichtigte Organisation Hannovers. Zurückmarsch der Preussischen Truppen. Der Friede zwischen Oesterreich und Frankreich.

Berlin, den 28. Januar 1806.

Der Kourier, welcher aus München, wie mein letzter Bericht meldete, an den hiesigen Französischen Gesandten gekommen war,

*) Wo Napoleon sich aufhielt.

hat Depeschen mitgebracht, die den Erwartungen des hiesigen Kabinets auf das Angenehmste entsprochen haben. Auch ist der Minister Graf Schulenburg heute schon nach Hildesheim abgegangen, um die Administration der Hannöverischen Lande zu beginnen. Ihm folgt eine grosse Kommission von Räthen aus allen Departements; denn es beginnt nicht bloss eine Administration des Hannöverischen nach den Formen, welche bisher dort üblich waren, sondern auch eine Organisation desselben. Sogar sämmtliche Einkünfte des Landes sollen von der Preussischen Kommission erhoben werden. Die Truppen, welche der König daselbst zurückbehält, sollen ihren gewöhnlichen Sold zwar von ihm bekommen, alle ausserordentlichen Kosten aber werden aus Hannöverischen Einkünften bestritten und sogleich davon abgezogen. Wir werden bald durch die Proclamation, womit Graf Schulenburg in das Hannöverische eingeht, von dem Allem näher unterrichtet werden.

Uebermorgen geht auch der Herzog von Braunschweig nach Petersburg, und an alle Regimenter, jene ausgenommen, welche im Hannöverischen bleiben und wovon drei aus der Berliner Garnison sind, ist schon die Zurückberufung ergangen. Auch soll eine öffentliche Proclamation an sie erscheinen, worin der König ihnen dankt, dass sie in beschwerlicher Jahreszeit mit so heitrem Muth den Marsch angetreten hätten, und ihnen kundthut, dass er durchaus mit der Genugthuung zufrieden sei, die er von Frankreich für die Verletzung seiner Neutralität erhalten habe.

Ueber den Frieden zwischen Oestreich und dem Französischen Kaiser habe ich aus der besten Quelle die Versicherung, dass schlechterdings zur Zeit seines Abschlusses nicht der geringste geheime Artikel zwischen beiden Mächten war, und dass wenigstens vor vierzehen Tagen noch keine weitere Verhandlung über politische Plane und Veränderungen zwischen ihnen stattgefunden habe, so wenig, dass schlechterdings noch keine Andeutung geschehen, welches Stück des deutschen Landes zu der Entschädigung, die Erzherzog Ferdinand nach dem Frieden haben soll, zu wählen rathsam sei.

LIV.

Der Oesterreichische Gesandte Graf Metternich und die Oesterreichischen Deserteurs. Die Reichsstädte, in ihrer Unabhängigkeit scheinbar gesichert. Rathschläge zur Wiederaufnahme der Vergleichsverhandlungen zwischen Preussen und Nürnberg.

Berlin, den 4. Februar 1806.

Die öffentlichen Blätter melden, dass der hiesige Oestreichische Gesandte Graf Metternich Urlaub bekommen habe und eine andre Mission erhalten werde. Es geschieht dies wahrscheinlich auf Ver-

anlassung des Preussischen Hofes. Aus der Französischen Gefangenschaft waren ungemein viel Oestreicher entlaufen, die sich zum Theil für den Preussischen Dienst anwerben liessen. Allein Viele von diesen verschwanden wieder, ohne dass man wusste, auf welche Art sie entkamen. Endlich entdeckte man, dass diese Deserteurs in Civilkleidung mit Pässen des Grafen von Metternich sich entfernt hatten. Auf Veranlassung des Militärgouvernement stellte der Kabinetsminister von Hardenberg die Oestreichische Gesandtschaft in einer Note deshalb zur Rede, und weil sie unbefriedigend antwortete, ward die Sache bei dem Römischkaiserlichen Hof anhängig gemacht. Der König betrachtete das Betragen des Grafen von Metternich als einen Bruch des Völkerrechts.

Nachdem ich in meinem letzten Bericht umfasste, was es hier an diplomatischer Nachricht von Belang gab, ist die voranstehende die einzige Neuigkeit, die ich von hier melden kann. Aber es sei mir erlaubt, der speciellen Angelegenheiten Nürnbergs zu erwähnen.

Schwerlich geschieht nun auf längere Zeit noch eine bedeutende Veränderung in Deutschland, und ich glaube nicht, dass die Unabhängigkeit der Reichsstädte in den ersten Jahrzehnten wieder gefährdet sei. Inzwischen ist Preussen wegen des Hannöverischen noch immer in solcher Lage, dass es mit Frankreich Arrangements zu treffen hat.

Dieser doppelte Gesichtspunkt lässt hoffen, dass zu einer völligen Ausgleichung zwischen Preussen und Nürnberg im gegenwärtigen Zustand der Dinge die Französische Beiwirkung vorzüglich kräftig sein würde.

Hiezu kommt, dass man nicht weiss, ob vielleicht Graf Haugwitz nach seiner Rückkunft wieder die Direction der auswärtigen Angelegenheiten übernimmt. Wäre dies, so möchte von Hardenberg dann gar nicht geneigt sein, ihn in Sachen des Fränkischen Departements greifen zu lassen, und für die Nürnbergischen Unterhandlungen träte dann eine besondere Schwierigkeit ein, da wir sie doch eigentlich mit dem Kabinetsminister führen müssen.

Endlich sind Oestreich und Römischer Kaiser in solcher Lage, dass man ihnen wegen der Commission in Nürnberg mehr wie zu jeder andern Zeit bieten darf.

Aus diesen Gründen wünsche ich, dass die Vergleichshandlungen so schnell als möglich aufgenommen werden, welches vielleicht am besten geschähe, wenn Herr Consulent Roth sich mit dem geheimen Legationsrath Nagler sobald wie möglich bespräche.

Damit hängt wegen der Anknüpfung des Geschäftes in Berlin zusammen, dass ich wünsche, in den ersten Wochen mein Creditiv als Nürnbergischer Resident übergeben zu können. Auch wird meine Accreditirung hieselbst alle Vermuthung, dass die Stadt noch ihre Unabhängigkeit verlieren könnte, am besten entkräften, und gewiss zum Vortheil Nürnbergs.

LV.

Die Mission des Dänischen Ministers Grafen Bernstorf nach Berlin. Kriegsbereitschaft eines Theils der Preussischen Armee. Das Englische Ministerium. Der Neapolitanische Hof.

Berlin, den 15. Februar 1806.

Ueber den Zweck der Mission des Dänischen Staatsministers Grafen Bernstorff kann ich heute Folgendes mit diplomatischer Gewissheit melden. Er hat hier zuerst Besorgnisse geäussert, dass Hamburg seine Unmittelbarkeit verlieren und nicht unter dänische Hoheit kommen möge. Jede Furcht, dass die freie Existenz der Hansestädte ihrem Ende nahe sei, hat ihm das hiesige Kabinet als durchaus grundlos beschrieben. — Er hat dann weiter gefragt, ob sich der Norden nicht zu einem festen System wider Kaiser Napoleon verbinden werde, oder ob man diesen nun schlechterdings machen lassen wolle, was ihm beliebe? Die Antwort des Kabinetsministers, Herrn von Hardenberg war, dass er warten möge, bis ein Kourier vom Grafen von Haugwitz aus Paris ankomme. Dieser ist wirklich angelangt, hat aber noch nichts gebracht als die Nachricht von der Ankunft des Ministers in Paris. Auf solche Art ist Graf Bernstorff zu keinem befriedigenden Resultat über seine Anfrage gekommen, und reiset, wie ich höre, schon am nächsten Dienstag zurück.

Von den Preussischen Regimentern, die zu ihren Friedensgarnisonen zurückgekehrt sind, bleiben mehrere mobil, so dass ausser den 51000 Mann, die im Felde stehen, jeden Augenblick noch eine bedeutende Kriegsmacht bereit ist. Nicht so sehr die starke Protestation des Hannöverischen Ministeriums gegen die Preussische Occupation und Administration des Hannöverischen Landes, oder die Heftigkeit, womit der König von Schweden behauptet, dass er das Lauenburgische bis zum Frieden zwischen England und Frankreich besetzt halten müsse, mag Ursache dieser Maassregel sein, als die Furcht vor den Bestimmungen der Französischen Kriegsmacht in Deutschland. Die nächsten Nachrichten vom Grafen Haugwitz werden über die ganze Lage Preussens wohl interessante Aufklärungen geben.

Die neue Composition des Englischen Ministeriums sehen unterrichtete hiesige Politiker als ein Meisterstück an, aber sie glauben nicht, dass der Friede zwischen England und Frankreich darum näher gekommen sei.

Trotz der gewaltigen Proclamation des Kaisers Napoleon an die Armee in Neapel gibt man die Hoffnung nicht auf, dass der Neapolitanische Hof noch einmal gerettet werden könne, indem ein Preussisch-Russischer Plan für diesen Zweck solcher Art sein soll, dass man die Annahme desselben vom Französischen Hofe hoffet.

LVI.

Die Besetzung Hannovers durch die Preussen, Ansbachs durch die Franzosen. Graf Bernstorf, Hardenbergs feindselige Gesinnung gegen Frankreich. Ovation des Militärs. Graf Haugwitz. Die Besetzung Bremens durch die Preussen.

Berlin, den 22. Februar 1806.

Es entwickelt sich allmählig bestimmt, worin die neue Spannung zwischen Frankreich und Preussen besteht und wozu sich die Französischen Truppen im Fränkischen zusammenthun. Graf Haugwitz hat nämlich in seiner vorläufigen Uebereinkunft mit der Französischen Regierung vom 15. Dezember für die Occupation und den eventuellen Besitz des Hannöverischen die Abtretung des Anspachischen versprochen, welches dem König von Baiern gegeben werden soll. Der König hat sich auch diese Uebereinkunft gefallen lassen; nur will er das Hannöverische nicht wider Englands Willen und ohne Russlands vollkommne und förmliche Einwilligung nehmen, früher aber auch nicht Anspach abtreten. Die Franzosen jedoch wollen sich nicht bis zu jenem Zeitpunkt gedulden und das Anspachische besetzen, sowie die Preussen ins Hannöverische eingerückt sind.

Vergebens scheint sich Graf Haugwitz, der Nachgiebigkeit über diesen Punkt vielleicht auf beiden Seiten zu leicht vorgestellt hat, nun zu bemühen, sie (die Franzosen) aufzuhalten. Man erwartet jeden Augenblick die Nachricht, dass Bernadotte das Anspachische besetzt habe. Es zu verhindern, steht nicht in Preussens Macht, da es in jener Gegend ungefähr 1500 Mann hat. Nach allem Ansehen ist es eine unzureichende gefährliche Maassregel, dass es seine Regimenter zurückmarschiren und nur in den Garnisonen mobil bleiben liess. Ueberdies möchte Russland, wenn es hört, dass der Preussische Hof schon Anspach eingebüsst hat, weniger geneigt sein, ihm das Hannöverische ungesäumt zu gönnen. Englands Regierung aber behauptet auf solche Nachricht gewiss das Hannöverische hartnäckiger, als es sonst gethan hätte, wiewohl Fox als Staats-Secretär sogleich erklärt hat, dass er keineswegs das Stammland des königlichen Hauses preisgeben wolle. Deshalb hat das hiesige Kabinet die Ansicht, dass durch seinen Eintritt in das Ministerium der Friede zwischen England und Frankreichs keineswegs näher gerückt sei.

Der Dänische Staatsminister Graf Bernstorff ist noch hier, um sich zu orientiren, aber er kommt schlechterdings nicht zu ganz bestimmten Resultaten und wird im Grunde ebenso behandelt wie die Repräsentanten kleinerer Reichsstände. Es spielt offenbar noch sehr viel hinter der Decke und das Schicksal Deutschland muss noch jeden Augenblick grossen Wechsel befürchten. Auf die Versicherungen Aller, die jenes Spiel machen, ist schlechterdings nicht zu rechnen. Denn sie wissen selbst nicht, wie sie spielen werden und dürfen. Ein solcher Character wie der Kabinetsminister von Hardenberg vermeidet daher Erörterungen, um nicht vielfach wortbrüchig erscheinen zu müssen.

Weil man weiss, dass er für entschieden kriegerische Maassregeln wider Frankreich stimmte, so verehrt ihn das Preussische Militär über Alles. Das Regiment Gensdarmes hat ihm in Verbindung mit andern Militairs ein glänzendes Vivat gebracht, welches ihn sehr gerührt hat, wiewohl die Klugheit ihm gebot, sich bei demselben gar nicht zu zeigen und es durch kein Merkmal von Dankbarkeit zu erwiedern.

Dazu passt als Seitenstück die sichere Anekdote über Graf Haugwitz, dass er dem ersten Französischen Officier, welchem er nach der Schlacht bei Austerlitz begegnete, zurief: „Nous avons gagné la bataille.“ *)

P. S. Wegen der Besetzung Bremens durch die Preussen haben wir alle aufgewandte Mühe, sie zu verhindern, hier verloren. Ich lege die Note bei, welche ich hier deshalb übergeben habe. **)

Was der vorstehende Bericht über das Schicksal des Hannöverischen und Anspachischen enthält, ist für die Hansestädte und Nürnberg so überaus wichtig. Ich sehne mich nach Nachrichten von Ihnen.

**) Beilage ad LVI.

Note dem Kabinetsminister von Hardenberg am 17. Februar 1806 übergeben.

Der unterzeichnete Chargé d'Affaires der Hansestädte ist vom Senat der Reichsstadt Bremen beauftragt, Seiner hochfreiherrlichen Excellenz, dem Staats- und Cabinetsminister, Herrn Baron von Hardenberg, die tiefe Bekümmerniss darzulegen, womit derselbe verschiedene Anzeigen vernommen hat, dass die Preussische Occupirung der Hannöverischen Lande auch eine militärische Besetzung der Stadt Bremen nach sich ziehen werde.

Hätten die erwähnten Anzeigen nicht zu glaubhafte Quellen gehabt, so würde der Senat von einer solchen Besorgniss sehr entfernt geblieben sein, und zwar aus den triftigsten Gründen. Er wusste, dass es der umfassenden Einsicht des königlichen Preussischen Cabinetsministerium nicht verborgen war, wie durchaus der Handel eines freien Staates darunter leiden muss, wenn ihn eine fremde militairische Macht besetzt, zumal zu einer Zeit, wo viele, wenn gleich grundlose Gerüchte, seine Unabhängigkeit überhaupt als gefährdet angeben, und wie sehr aller Nachtheil, welcher dem Handel der Stadt Bremen zuwächst, von schädlichem Einfluss auf den Handel der königlich Preussischen Provinzen sein müsse.

*) Graf Haugwitz beglückwünschte Napoleon zu dem erfochtenen Siege; dieser aber erwiderte: „Dieser Glückwunsch war für Andere bestimmt, das Schicksal aber hat die Adressen verwechselt.“

**) S. Beilage ad LVI.

Ferner konnte der Senat schlechterdings nicht einsehen, warum das Schicksal des Hannöverischen Landes auch Bremen und sein Gebiet treffen dürfte, da es durchaus keinen Theil von jenem ausmacht, und die friedliche Preussische Administration des Hannöverschen Bremen nicht einmal als einen militärischen Punct betrachten kann, welchen es überhaupt nicht abgibt. Als die Truppen des Französischen Gouvernements das Hannöver'sche wie ein erobertes Land des Feindes besetzt hielten, äusserten sie nicht den entferntesten Gedanken, dass eine militairische Besetzung Bremens nothwendig sei, sowie sie überhaupt die Hansa-Städte Bremen und Hamburg und ihr Gebiet möglichst schonten. Geraume Zeit vor dem Abzug des Herrn Marschalls Bernadotte aus Hannover hatte der Hamburgische Senat die bestimmteste Versicherung von ihm erhalten, dass solches nicht wieder mit Französischen Truppen besetzt werden solle. Diese hatten sogar den Flecken Moorburg der Stadt Hamburg gegenüber am jenseitigen Ufer der Elbe während der Occupation des Hannöverischen stets unbelegt und unbeunruhigt gelassen, weil es zum Hamburgischen Gebiet gehört.

Bei solchem Rückblick auf die Schonung des Französischen Gouvernements gegen die Hansastädte erinnerte sich der Senat von Bremen, dass jenes den letzten Reichs-Deputationsschluss, wodurch ihre Neutralität gesichert wurde, noch nicht einmal garantirt hatte, indem Preussen als Reichsstand ihm förmlich beigetreten war. Er hoffte also von dieser erhabnen Macht noch mehr Schonung, zumal da die jetzt eingetretenen Verhältnisse viel weniger eine militairische Bremens erfordern, als es während der Französischen Occupation des Hannöver'schen hätte der Fall sein können.

Von der Gnade und Gerechtigkeit Seiner königlichen Majestät, von der ungemein verehrten Persönlichkeit des Herrn Cabinetsministers hofft er deshalb zuversichtlich die gänzliche Entkräftigung seiner tiefen Bekümmerniss. Der Unterzeichnete wiederholt gegen Seine hochfreiherrliche Excellenz die Versicherung seiner unbegränzten Verehrung. Woltmann.

LVII.

Bevorstehende Besitznahme Hannovers. Napoleons Stimmung gegen Hardenberg, dessen Entlassung bevorsteht. Verfahren Napoleons gegen den König von Bayern. Preussisches Papiergeld.

Berlin, den 25. Februar 1806.

Vollkommen bestätigt sich, was mein letzter Bericht über das Verhältniss Preussens und Frankreichs in Hinsicht auf das Anspachische und Hannöversche enthielt. Der Französische Kaiser hat gefragt: „Wozu Englands Einwilligung zu dem Preussischen Besitz, wenn zwei solche Mächte des Continents wie wir darüber einig sind?“

Der König von Preussen wird nun nothgedrungen sein, Hannover zu behalten, auch wider Englands Willen, und selbst es schon für das Seinige erklären müssen, ehe noch Russlands vollkommene Zustimmung angelangt ist.

Doch höre ich zu meiner Freude aus sehr guter Quelle, dass für Nürnberg und die Hansastädte auch bei den Verhandlungen über das Anspachische und Hannöversche von Neuem sehr lebhafte Aeusserungen von Französischer Seite geschehen sind, so dass man ihre fortdauernde Unabhängigkeit als eine nothwendige Bedingung des ganzen Arrangements ansehen darf.

Der Französische Kaiser hat ein sehr stolzes Befremden bezeigt, dass Herr von Hardenberg noch an der Spitze des Departements der auswärtigen Angelegenheiten zu Berlin sei. So wird es dann doch wohl dahin kommen, dass dieser helle Kopf und vortreffliche Character tief in den Hintergrund zurücktreten muss, indess Graf Haugwitz sich vielleicht glänzende Loorbeeren sammelt, wenn dieselben sonst irgendwo anders in der Politik auf dem Continent als in Frankreich jetzt zu finden sind. Anders als der Ton des Tages wird die Geschichte über die beiden genannten Preussischen Staatsmänner urtheilen.

Ueber das Verhältniss Kaisers Napoleon zu den von ihm gemachten Königen spricht lebendig folgender Zug: Der König von Baiern liess durch seinen Minister von Montjelas einige Schwierigkeiten machen, Baierisches Militär zu der Französischen Armee in Italien stossen zu lassen; worauf die Aeusserung Napoleons folgte, dass der König sich nicht einbilden möge, die Erhebung Baierns sei aus Rücksichten auf seine Person geschehen; denn sie sei einzig Folge seines (des kaiserlich Französischen) Systems gewesen, und davon, dass Er sich zum Schwiegervater der Baierischen Prinzessin gemacht hätte. Dem entspricht auch, dass ein Französischer Financier abgeordnet ist, um in Baierischen Finanzen Ordnung zu schaffen.

Wegen der in Umlauf zu bringenden Tresorscheine oder des neuen Preussischen Papiergeldes ist in der heutigen Berliner Zeitung ein interessantes Proclama, welches bald andre öffentliche Blätter auch liefern werden.

LVIII.

Lucchesini in Berlin. Die franzosenfeindliche Stimmung im Heere, namentlich bei den Generälen Rüchel und Blücher.

Berlin, den 1. März 1806.

Ich schreibe heute nur, um zu melden, dass sich der politische Standpunkt zwischen Preussen und Frankreich noch nicht verändert hat seit meinen beiden letzten Berichten, wenn nicht durch die An-

wesenheit des Herrn Lucchesini sich eine besondere Wendung der Dinge gezeigt oder eingeleitet haben sollte.

Trotz aller Nachforschungen bin ich über den Zweck seiner Reise hieher noch ununterrichtet. Ich höre indess, dass er schon morgen nach Paris zurückkehren werde.*)

Die Preussischen Officiere, vorzüglich die jüngern, und die Generäle Rüchel und Blücher hoffen von Neuem auf einen Krieg mit Frankreich, die beiden letztern aus glühendem Ehrgeiz, weil nur gegen Französisches Militär jetzt noch Lorbeeren zu erringen sind. Dem Geiste der Preussischen Armee hat die vereitelte Hoffnung des so nahen Krieges und das eckle Hin- und Hermarschiren allerdings geschadet. Nur unverzeihlich bleibt dennoch, dass das Militär, dass ein Mann wie Rüchel so laut Unwillen deshalb bezeigen und das System des wirklich zu nachsichtigen Königs compromittiren. Es ist schlechterdings eine sträfliche Handlung, wenn ganze Regimenter in öffentlichen Aufzügen den Minister von Hardenberg und den General Rüchel bejauchzen mit der ausdrücklichen Erklärung, weil sie den Krieg gewollt haben.

Indem ich diesen Brief schreibe, bekomme ich den authentischen Aufschluss, dass Lucchesini hier sei, um eine peremtorische Erklärung des Königs wegen Hannover und Anspach zu verlangen. Der König tritt Anspach ab und nimmt Hannover. Auch geht Lucchesini morgen oder übermorgen gewiss nach Paris mit dieser Erklärung zurück.

LIX.

Stimmung in Preussen wegen des Verlustes von Ansbach und der Besitznahme Hannovers.

Berlin, den 4. März 1806.

Schon ein Kourier des Grafen von Haugwitz, der unmittelbar vor dem Marquis von Lucchesini hier ankam, hatte die Antwort des Königs zurückgebracht, dass er schon jetzt sämmtliche Provinzen des

*) Da der Bundesvertrag vom 15. Dez. 1805 nicht in der bestimmten Frist ratificirt worden, betrachtete Napoleon denselben als nicht vorhanden, und liess Preussen einen andern Vertrag vorlegen, worin die früher für Preussen zugestandene Vortheile verringert, die Lasten vermehrt wurden. Das Schlimmste dabei war, dass Preussen die im Vertrage vom 15. Dez. nicht enthaltene Verbindlichkeit übernahm, dem Handel und der Flagge Englands die Mündungen der Elbe und Weser und alle Häfen des Königreichs zu schliessen. Die Folge davon war, dass alles auf der See befindliche Eigenthum der Preussischen Handelsleute den Engländern in die Hände fiel. Napoleon drohte, die Verweigerung der Unterzeichnung dieses Vertrages mit einer Kriegserklärung gegen Preussen zu beantworten. Da nun dieses grösstentheils entwaffnet hatte, unterzeichnete Haugwitz am 15. Februar und Lucchesini brachte dieses Aktenstück nach Berlin, das von Preussen am 9. März ohne Modification ratificirt wurde.

königlichen Englischen Hauses in Deutschland nehmen und Anspach an den Bairischen Hof abtreten wolle. So hat es doch wohl nicht an förmlicher Zustimmung von Preussen gefehlt, als Bernadotte das Anspachische occupirte.

Auch Cleve wird von Preussen abgetreten und zwar für den Erzherzog Ferdinand.*) Unterrichtete Militärs halten dies nicht für einen grossen Verlust, indem Wesel schlechterdings keine sehr haltbare Festung sei.

Dass das Hanöversche ein sechsfacher Ersatz für die abgetretenen Länder sei, können die Antagonisten des Grafen von Haugwitz nicht leugnen. Allein, sagen sie, blos der Hass des französischen Kaisers gegen England wirft uns diese Beute zu, und es ist ungewiss, ob wir immer auf seine Freundschaft rechnen können. Ausserdem geben wir alte treue Unterthanen weg und bekommen neue rebellische, die den Preussischen Namen verwünschen, opfern einen ruhigen rechtmässigen Besitz auf, um ein Land zu nehmen auf welchem vielleicht der Fluch liegt, dass wir seinetwegen noch Krieg führen müssen. England kann wenigstens die Preussischen Schiffe wegnehmen; und dieser Schlag ist äusserst hart, wenn auch solche Maassregeln des Englischen Handels selbst wegen nicht von Dauer sein können. Der Kaiser von Russland hat freilich dem König von Preussen gesagt, dass er sich, auf welche Weise es sei, mit dem französischen Kaiser arrangiren möge; aber vom Herzog von Braunschweig, der die nähern Erröffnungen wegen des Hannöverschen in Petersburg macht, haben wir doch noch nicht gleichberuhigende Depeschen.

LX.

Der Französisch-Preussische Bundesvertrag. Besorgnisse wegen der Russischen Ansichten bezüglich der Besitznahme Hannovers. Aufregung im Oesterreichischen Kabinet. Bevorstehende Veränderungen in Deutschland.

Berlin, den 8. März 1806.

Ich kann trotz aller angewandten Mühe heute noch nicht die Modificationen der zwischen Frankreich und Preussen geschlossenen (Defensiv und Offensiv) Allianz melden. Nur weiss ich, dass Lucchesini sich über dieselbe geäussert hat, als wäre sie eigentlich nur als Phrase anzusehen. Wohl mag die Französische Regierung sich gefallen lassen, dass solche Verträge in nichtig scheinenden Ausdrücken abgefasst würden. Denn die Erklärung des Stärkeren gilt bei vorkommenden Fällen.

*) Nicht für diesen, sondern für den Prinzen Murat, Schwager Napoleons, den dieser durch eine förmliche Verleihungsurkunde, vom 15. März 1806 in die Reihe der deutschen Fürsten setzte, ohne vorher bei dem Kaiser oder Reichstag anzufragen.

Vom Herzog von Braunschweig sind aus Petersburg noch keine Depeschen angelangt, welche den hiesigen Hof wegen der Ansicht des Russischen Hofes von der Preussischen immerdauernden Besitznehmung der Hannöverschen Lande ganz beruhigten. Noch stehen zweimalhunderttausend Russen an den Gränzen der Preussischen Monarchie. Was wird England aufbieten, um sie gegen dieselbe zu wenden?

Aus sehr guter Quelle höre ich, dass im Oesterreichischen Kabinet es auch wieder rege zum Kriege wird. Unaufhörlich geht man den Kaiser mit Vorstellungen an, wie wenig ein solcher Friede nöthig gewesen. Und die Nachrichten aus dem Reich von den Maassregeln der Franzosen machen in Wien unbeschreiblichen Eindruck. Der neue Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Stadion, wird nächstens seinen Abschied nehmen. Bei den grossen Katastrophen, die offenbar noch dem deutschen Reich bevorstehen, werden die Hansastädte, eben weil das Hannöversche der vornehmste Streitpunkt werden möchte, noch viele Stürme erleiden.

Ich höre hier, dass nun in Cuxhaven zwei Preussische Batterien errichtet werden sollen, wenn es nicht schon geschehen ist. Welche Schritte ich hier auch thun möchte, es zu hintertreiben, sie würden nichts fruchten. Indessen muss man nicht müde werden, gegen alles Unrechte und Gewaltthätige laut zusprechen.

LXI.

Maassregeln gegen den englischen Handel. Napoleons Plan zu einer Universalmonarchie. Der Friede zwischen England und Frankreich eine Unwahrscheinlichkeit.

Berlin, den 11. März 1806.

Wir müssen noch die sonderbarsten Dinge, welche zwischen Frankreich und Preussen combinirt werden, erwarten. Beide möchten sich nun vereinigen zu Maassregeln, den Englischen Handel vom festen Lande abzuschneiden. Daraus müssen Verhältnisse entstehen, welche für das nördliche Deutschland äusserst beunruhigend und drückend sein werden.

Es heisst, dass in Leipzig und Frankfurt die nächsten Messen nicht statthaben sollen, um alle Englische Waare, die dort feil gegeben würde, zu unterdrücken. An den Churfürsten von Sachsen sind deshalb Eröffnungen geschehen. Wenigstens möchte man zu Leipzig auf der Messe sehr in Sorge sein, dass sich Französische Truppen zu einer Nachsuchung nach englischen Waaren dort einfinden möchten.

Das System des Französischen Kaisers offenbart sich immer mehr. Er wird die ganze Welt zu seinem föderativen Reich machen und eine wirkliche Universalmonarchie stiften, die so lange blos geträumt wurde.

Unter diesen Umständen begreife ich wenig die gestrige Aeusserung des Französischen Gesandten Herrn Laforêt, dass er den Frieden zwischen England und Frankreich nahe glaube. Ein einigermassen solider Friede zwischen diesen beiden Mächten ist kaum denkbar, es sei dann, dass Fox Kraft und freie Hand, und der Fanzösische Kaiser Kenntniss genug hätte, um auf gewisse Urideen zu kommen, deren Realisirung die Zwietracht zwischen England und Frankreich zum Schweigen bringen könnte.

Wenn Russland noch einmal zu einem Krieg wider Frankreich aufsteht, so gibt es wieder einen Continentalkrieg, da Oesterreich auf das Höchste beleidigt wird, indem Baiern nun auch noch Würzburg behalten will. — Neapels Schicksal ist neuer Zündstoff, und Prinz Murat, der Neufchatel bekommt, schon andere Stücke dazu — — — und gewiss von dort sich über die ganze Schweiz ausbreitet — worauf deutet eine solche Erscheinung weiter?

LXII.

Russlands Erklärungen wegen der Wegnahme Hannovers und gegen allenfalsige Veränderungen in Norddeutschland, namentlich bei den Hansastädten. Des Churfürsten von Sachsen feste Weigerung, mit Preussen einen Ländertausch einzugehen. Gerüchte von neuen Veränderungen in Deutschland.

Berlin, den 15. März 1806.

Die wichtigen Depeschen, welche vom Herzog von Braunschweig über seine Negotiation in Petersburg angekommen sind, enthalten zuerst, dass der Russische Hof in die Preussische Wegnahme der Hannöverschen Lande willigt, wiewohl unter Aeusserungen, welche deutlich anzeigen, wie unangenehm ihm dieselbe ist. Am 18. d. M. erwartet man hier die Antwort des Königs von England auf die Eröffnungen, welche ihm der hiesige Hof über die Wegnahme seines Stammlandes gemacht hat. Es ist mir wahrscheinlich, dass die Russische Einwilligung nicht ohne Beziehungen auf diese Antwort sei.

Ferner findet sich in jenen Depeschen die bestimmte Erklärung von Kaiser Alexander, dass er schlechterdings keine Veränderungen mit den Meklenburgischen und Schwedischen Pommern zugeben wolle, und die Hansastädte auf jeden Fall in ihrem gegenwärtigen Zustand bewahren werde.

Diese Nachricht ist für mich um so erfreulicher, da ich kaum den bestimmten Aufschluss bekommen habe, dass unter den Modificationen, welche Preussen dem Wienervertrag zufügte, auch sein ausdrückliches Verlangen war, die Hansastädte für sich wegnehmen zu dürfen. Um Englands Handel noch mehr im nördlichen Deutschland zu geniren, erlaubte dies vielleicht der Französische Kaiser. Mehr Schutz als in ihm findet die Unabhängigkeit dieser Handelsrepubliken jetzt in dem Russischen System.

Ueber andere verwickelte Austauschungen und Versetzungen, welche wirklich zwischen Frankreich und deutschen Mächten noch concertirt sind, z. B. dass Berg an Darmstadt kommt, habe ich nur unbestimmte Nachrichten. Dagegen habe ich von sehr guter Hand die Versicherung, dass das Gerücht von Französischen Eröffnungen in Dresden wegen irgend einer Modification oder Suspension der Leipziger Messen ungegründet sei, wenigstens vor acht Tagen der kurfürstliche Hof noch nichts von denselben wusste.

Wirklich hat man diesem Letzten von Preussischer Seite Vorschläge zu Vertauschungen, besonders in Hinsicht auf Baireuth und die Lausitz gethan. Allein der Kurfürst hat selbst an den König von Preussen geschrieben, dass er nimmermehr seine alten Unterthanen, die er liebte, die ihn liebten, weggeben werde, dass er unterliegen müsste, wenn die grossen Mächte gegen ihn Gewalt brauchen wollten, man sich aber vergebens schmeichle, in irgend einer Situation seines Lebens eine Ratification von Abtretung irgend eines seiner Landstriche zu erhalten.

Noch glaubt man, dass Graf Haugwitz am Ende dieses Monats zurückkommen werde. Viele concertirte Veränderungen in Deutschland mögen sich dann noch erst ergeben. Solange die Französischen Armeen noch auf diesseitigem Ufer des Rheins stehen, ist keine Ruhe zu hoffen. Auf drei Monate — dies hat der französische Kaiser auch gegen Preussen erklärt — will er noch 40000 Mann in Baiern halten. Er weiss seine Armeen wohl nicht zu beschäftigen, und hat gewiss seine Einrichtungen auf einen längeren Krieg berechnet als die Umstände des Continents möglich gemacht haben.

LXIII.

Preussens Absicht, Bremen zu behalten und zu einer Festung zu machen. Woltmanns Schritte dagegen.

Berlin, den 18. März 1806.

Ich kann Ihnen heute nur eine einzige bestimmte interessante, aber sehr unangenehme Nachricht melden. Vor acht Tagen schrieb ich nach Bremen, dass Graf Schulenburg im Vertrauen gegen Jemand geäussert hatte, die Preussen werden nie wieder aus dieser Stadt weichen, und, wenn auch die Unabhängigkeit derselben in politischer Rücksicht erhalten werden sollte, sie als einen ewigen militärischen Punkt nöthig haben, um sich den Besitz der Hannöverschen Lande zu sichern. Selbst wider Frankreichs Willen müsste man dies durchsetzen.

Trotz der gemeldeten Erklärung des Kaisers Alexander hält man hier die Idee fest, aus einem Theil von Bremen eine Festung zu machen. Bei irgend einer Preussischen Behörde ist wider dieselbe nichts auszurichten. Allein ich werde morgen Herrn von Alopäus

bitten, bei seinem Hofe wider das drohende Vorhaben recht grossen und schleunigen Lärm zu schlagen.

Ich habe dringend an die schöne Rolle erinnert, die Preussen zum Ersatz für ehemalige Gewaltthätigkeit gegen Nürnberg jetzt spielen könnte, indem es darauf dränge, dass die Anspachische Hälfte des Reichswäldergebietes der Stadt jetzt zurückgegeben würde. Hardenberg und Altenstein fühlen es wohl; allein ich weiss nicht, ob etwas der Art geschieht.

LXIV.

Der Französisch-Preussische Bundesvertrag und die Hansastädte, insbesonders Bremen. Napoleons Protectorat über die Reichsstädte, eine Garantie für ihre Unabhängigkeit. Der Russische Gesandte Alopäus.

Berlin, den 22. März 1806.

Die Ratification der Acte zwischen Frankreich und Preussen ist schon am 15. Februar in Paris geschehen. Wenn gleich in ihr nicht die Rede von einer Allianz jeder Art zwischen beiden Mächten ist, so heisst es in ihr doch bestimmt, dass sie sich gegenseitig ihre sämmtlichen Staaten und Preussen auch alles das garantire, was Frankreich noch in Italien sich aneigne. So leidet es also keinen Zweifel, dass z. B. der König von Preussen gegen Russland Krieg führen müsse, wenn die Russen die Französische Macht aus Unteritalien verdrängen wollten.

Von den Hansastädten ist in dieser Acte gar nicht die Rede, und die Preussischen Diplomatiker wollen schlechterdings gar nichts davon wissen, dass man von ihrer Seite derselben begehrt hätte. — ...*) vorzüglich, auf dessen Redlichkeit ich mich durchaus verlassen kann, hat mir die bündigste Versicherung gegeben, dass er auch unter den modificirten Bedingungen des Wienervertrages kein Preussisches Begehren auf die Hansastädte angetroffen habe. Allein der Geschäftsgang, insofern er mit den politischen Angelegenheiten enger zusammenhängt, ist hier jetzt so zerrissen, dass auch die unterrichtetsten Preussischen Diplomatiker über Preussens politische Verhältnisse im Detail nicht vollkommen unterrichtet sind.

Gesetzt auch, dass in der Urkunde des von Preussen modificirten Wienervertrags nicht das Begehren nach den Hansastädten ausdrücklich ausgesprochen wäre, so weiss ich doch aus sehr guten Quellen, dass sowohl der Graf Haugwitz als der Herzog von Braunschweig in Paris und Petersburg ein solches Begehren laut werden lassen sollten, wiewohl man von mancher Seite hieselbst es so vorstellen möchte, dass Frankreich nur auf solches Verlangen von Preussen hindeute, um die

*)... „Sie errathen den biedern Freund." Anm. Woltmanns.

Protectors-Rechte, die der Französische Kaiser über die Hansastädte ausüben will, desto leichter und desto bestimmter einzuleiten.

Auch bleibt es ausgemacht, dass Graf Schulenburg und Andre die Idee festhalten, sich in Bremen einen festen militärischen Punct zu bilden, sowie es eben dieser Partie zugeschrieben werden muss, dass das Amt Ritzebüttel jetzt von den Preussen besetzt worden ist. Das Kabinetsministerium wäre dessen gerne überhoben gewesen. Auch fürchte ich sehr, dass diese Partie, wenn es ihr mit Bremen gelingen sollte, Cuxhaven ebenso wie einen dauernden militärischen Punkt sich nehmen wird.

Unter diesen Umständen dünkt mich nichts rechtsamer (sic), als wenn die Hansastädte und auch Nürnberg und Frankfurt sich schleunig, aber doch nicht weit vorwärts zu der Idee hergäben, dass sie unter einer unmittelbaren Protection des Französischen Kaiserthums stünden. So lange dieselbe nichts als eine Garantie der gegenwärtigen Unabhängigkeit ist — und schwerlich wird sie etwas Anderes früher als bis der Zeitpunkt eintritt, wo alle Unabhängigkeit der deutschen Staaten aufhört, — bleibt sie gewiss eine Wohlthat für die Reichsstädte. Ein solcher Mann wie Napoleon lässt nichts fallen, was er einmal als das Seine aufgenommen hat, und die Reichsstädte brauchen nicht zu fürchten, dass er sie zusehr als Seines in sich aufnehme.

Ich habe Herrn Alopäus, den ich morgen oder übermorgen gewiss treffe, vergebens zweimal besucht, um die Preussische Festung in Bremen durch ihn zu bestürmen. Es heisst, dass er als Particulier hinfort hier leben werde, indem ein Herr von Stackelberg, Sohn des Bekannten, der in Warschau u. s. w. eine Rolle spielte, den eigentlichen Gesandtschaftsposten erhalten soll. Mit gutem Rath sollte Alopäus demselben zur Seite sein.

LXV.

Die Mission des Herzogs von Braunschweig nach Petersburg wegen der Besitznahme Hannovers und ihr Erfolg. Der Französisch-Preussische Bundesvertrag abermals und das Verhältniss Preussens zu Russland. Das Gerücht von einer Russischen Leibwache für die Königin. Ausarbeitung eines Planes zu einer Neugestaltung Deutschlands. Prinz Mürat. Plan des Grafen Haugwitz, eine Coalition gegen England zu Stande zu bringen.

Berlin, den 24. März 1806.

Der Herzog von Braunschweig ist in der vorigen Nacht von Petersburg zurückgekommen. Ich muss meinen Bericht über seine letzten Depeschen dahin modificiren, dass die Willfährigkeit des Russischen Kaisers, Preussen im Besitz von Hannover zu sehen, sich nur noch auf jene Eröffnungen bezogen habe, bei welchen noch die Idee zum Grunde lag, dass die Einwilligung des Königs von England im Frieden zwischen Frankreich und Grossbritanien nöthig sein

sollte, um den provisorischen Besitz des Preussischen Hofes in einen immerwährenden zu verwandeln.

Am eilften d. M. war der Herzog von Braunschweig aus Petersburg abgereiset, und sieben Wersten von der Stadt stiess er auf den Preussischen Kourier, welcher die Eröffnungen überbrachte, dass der König auch ohne Englands Einwilligung und sogleich das Hannöver'sche als sein Eigenthum ansehen werde. Sogleich reisete er nach Petersburg zurück, hatte noch eine Audienz bei dem Kaiser und eine Unterredung mit dem Fürsten Chartorinsky. Beide gaben ihm keine befriedigende Antworten, sagten ihm, dass er seine Reise nur fortsetzen möchte, indem die bestimmten Erklärungen über diese neuen Mittheilungen gegen den Preussischen Gesandten, Grafen von Golz, erfolgen sollten. Hieraus zieht man die Vermuthung, dass sie nicht durchaus erwünscht sein werden; denn sonst würde man sich ein Vergnügen daraus gemacht haben, dem Herzog noch die angenehme Botschaft mitzugeben. Wenn man indessen auch eine Spannung mit Russland wegen des Verfahrens gegen die königliche Englische Familie fürchtet, so erwartet man doch mit Zuversicht, dass deshalb keine Feindseligkeiten zwischen Preussen und Russland entstehen und vornehmlich wegen der ungemeinen Freundschaft zwischen den beiden Beherrschern dieser Staaten. Dies führt mich auf eine andere Ergänzung meiner letzten Berichte.

In dem zwischen Preussen und Frankreich errichteten Vertrage vom 15. Februar garantiren freilich, wie gemeldet, beide Mächte sich ihre Staaten; allein in einem geheimen Artikel, der wahrscheinlich auch den Betrag des Contingents an Truppen enthält, welches sie sich gegenseitig stellen sollen, ist ausdrücklich bestimmt, dass das Preussische Contingent schlechterdings nicht direkt wider Russland gebraucht werden dürfe, indem sich der Kaiser Alexander und der König am Sarge Friedrichs des Grossen gelobt hätten, dass ihre Truppen nie unmittelbar wider einander fechten sollten. Uebrigens ist durch diese Bestimmung nicht unmöglich gemacht, dass kraft der obenerwähnten Garantie doch Preussische und Russische Korps im Felde wider einander geführt werden.

Allgemein hört man hier als eine glaubwürdige Nachricht, dass die Königin von Preussen eine Russische Leibwache erhalten habe. Wiewohl dies wesentlich nur eine Spielerei sein konnte, so würde sie doch auf das Preussische Publicum, besonders den militärischen Theil desselben, einen nachtheiligen Eindruck machen. Man bemerkt dies deutlich an der Sensation, welche die geglaubte Erdichtung erregt. Der König liess drei Russische Grenadiere, deren Kleidung er genau sehen wollte, zu sich kommen, indem die Königin mit ihren Hofdamen zugegen war. Daher ist die Sage von ihrer Russischen Leibwache entstanden. Welchen Lärm würden die Französischen Blätter über sie schlagen!

Wie alles das, was vom Deutschen Reich noch stehen bleibt, in seiner alten Form fortdauern könne, indem ein Stück nach dem andern von selbst fernerhin falle, darüber soll der geheime Legations-

rath Küster einen Plan arbeiten müssen, welchem der Kabinetsminister von Hardenberg noch seine Ideen beigefügt hat. Das Ganze ist dann dem Grafen von Haugwitz zugesandt worden, dass er darüber mit dem Französischen Kabinet zu Rath gehe; allein bis jetzt hat er noch nichts deshalb berichtet.

Nach seinen Depeschen leidet es keinen Zweifel, dass Prinz Murat an die Spitze eines Batavischen Reichs gestellt werde. Auch möchte man Wesel mit dem Klevischen, die zur Disposition Frankreichs ohne weitere Bestimmung abgetreten sind, wohl zu jenem Reich schlagen.

Graf Haugwitz macht Miene, noch lange in Paris zu bleiben. Möge er bei seiner Heimkehr die volle Ruhe Deutschlands mitbringen! Doch ist diese ihm ein zu kleiner Punct. Er will eine Allianz zwischen Russland, Oesterreich und Frankreich zu Stande bringen, wodurch der Englische Handel vom Continent ganz abgeschnitten werden soll. Wäre ein solcher Plan ausführbar, so könnte man freilich durch ihn Frieden von England erzwingen, und Preussen wäre wegen Hannovers gedeckt.

Vom König von Grossbritanien ist noch keine Aeusserung über das Spiel mit seinem Erblande eingetroffen.

LXVI.

Die erwarteten Erklärungen Russlands und Englands wegen der Besitznahme Hannovers. Absichten Napoleons bezüglich der Hansastädte.

Berlin, den 29. März 1806.

Ich kann Ihnen heute nichts melden, als dass gestern Nachmittag ein Englischer Kurier die Antwort des Königs von England auf die Preussischen Eröffnungen wegen Hannovers hier überbracht hat. Nach einem Aufenthalt von zwei Stunden ist er weiter gegangen nach Petersburg. Dieser Umstand in Verbindung damit, dass vom Grafen Golz, dem Preussischen Gesandten in Petersburg, noch keine Berichte über die dem Herzog von Braunschweig angekündigten Erklärungen Russlands wegen Hannovers eingetroffen sind, diese letzten also wahrscheinlich noch nicht geschahen, bringt auf die Vermuthung, dass sich über den Russischen Willen nicht eher ein bestimmtes Resultat ergeben werde, als bis die Höfe von Petersburg und London sich völlig über diesen Gegenstand besprochen und verständigt haben. Ich werde mir alle Mühe geben, für meinen nächsten Bericht über den Inhalt der gestrigen Englischen Depeschen hinlänglich unterrichtet zu sein.

Man ist hier ungemein begierig zu erfahren, was der General-Adjutant Rapp nach Hamburg überbracht hat. Einsichtsvolle Diplomaten wollen den Plan des Französischen Kaisers wahrnehmen, dass

er verbündete Staaten seines Reichs bis an die fünf Reichs-Städte ausdehnen und diese dann unter seiner besondern Protection als die Fühlhörner, vorzüglich für den Handel im Norden und Osten, vorläufig auch wider den Englischen Handel brauchen will. Was Nürnberg und Frankfurt in dieser Hinsicht an der Spitze der Bundesgenossen Baiern und Baden sein sollte, das würden die Hansastädte, alle drei als ein Ganzes gedacht, und Bremen als der unmittelbarste Berührungspunkt, an der Spitze des Batavischen Reichs sein; denn dieses möchte sich wohl bald bis zu jenem Punkt erstrecken.

LXVII.

Preussen und England. Taleyrand über Haugwitz. Angebliche Besetzung Hamburgs durch die Preussen.

Berlin den 1. April 1806.

Der Englische Kourier, dessen ich in meinem letzten Bericht erwähnte, hat dem hiesigen Englischen Gesandten Depeschen gebracht, welche nur noch eventuelle Instructionen für ihn wegen der Preussischen Wegnahme der Hannöverschen Lande erhalten. Er spricht natürlich noch nicht von ihrer Beschaffenheit, und affektirt, dass man bei Absendung des Kouriers zu London die letzten Preussischen Eröffnungen noch nicht erhalten habe. Zweifelsohne wird England auf dieselbe keine Antwort geben, ehe es mit Russland befriedigende Rücksprache genommen.

So lange man in London nur noch Nachricht von der provisorischen Besitznahme des Hannöverschen durch Preussen hatte, war man äusserst zufrieden, und Lord Holland, der Bruder des Staatsministers Fox, war schon zum ausserordentlichen Gesandten am Berliner Hofe ernannt, um die Bande zwischen Preussen und England recht fest zu knüpfen. Natürlich hat dies alles nun den Rückgang nehmen müssen. Ausser einer ziemlich authentischen Quelle weiss ich, dass Taleyrand sich ein besondres Vergnügen daraus mache, †(Haugwitz) hinters Licht zu führen, und sich in vertraulicheren Unterredungen nicht scheue, es zu bekennen. Lucchesini hat hier Jemand erzählt, dass Jener ihm gesagt habe: „Hätten die Russen uns bei Austerlitz geschlagen, so würde der † zu ihnen ebenso freundlich gesprochen haben: Ah nous avons gagné la bataille."

Hier ist seit gestern Alles voll von der Nachricht, dass die Preussen Hamburg besetzt hätten. Daran ist blos der Umstand schuld, dass am 23. März 3 Transportschiffe mit Kanonen und Ammunition und ungefähr 90 Preussischen bewaffneten Artilleristen auf dem Hamburger Elbrevier ohne alle vorgängige Requisition eintrafen. Wiewohl der Preussische Gesandte sogleich anzeigte, dass diese Artillerie nach Stade bestimmt sei und das schwere Geschütz nur in

andre Fahrzeuge überladen wolle, so hat sich der Hamburgische Senat über den Mangel jener Requisition mit Recht und in einer edlen Sprache beschwert in einer Note, die ich dem hiesigen Kabinetsministerium habe übergeben müssen.

LXVIII.

Absicht Preussens, den König von Schweden aus dem Lauenburgischen zu vertreiben. Lübeck soll von den Preussen besetzt werden. Die Besetzung von Essen und Werden durch die Franzosen. Hardenberg, vom Moniteur angegriffen. Schlimme Aussichten für Nürnberg.

Berlin, den 5. April 1806.

Nun beginnt sogar noch ein Feldzug der Preussen gegen die Schweden, deren König das Lauenburgische nicht verlassen will. So lange er noch in demselben steht, zieht er noch Subsidien von England, und seine Verbindlichkeit brauchte er jetzt zum Vorwande, um nicht aus dem Lauenburgischen weichen zu müssen. Da ihn der Hof von London derselben entlassen hat, so frägt er jetzt, wem er das Land zu übergeben habe; und natürlich will der König von England nicht geradezu sagen: Dem König von Preussen. Inzwischen ist dieser der Sache müde geworden und hat, da man alle Verbindung mit dem Hofe von Stockholm aufgehoben, durch den hiesigen Russischen Gesandten dem Schwedischen Monarchen insinuiren lassen, dass die Generäle Graf Schmettau und von Kalkreuth beordert wären, ihn aus dem Lauenburgischen zu schlagen, wenn er nicht freiwillig und ungesäumt ginge. Wahrscheinlich wird in diesem Kriege kein Blut fliessen.*)

Die Maassregeln, welche jetzt Preussen und Frankreich vereint gegen den Englischen Handel ausführen, werden, wie ein angesehener Militär mir heute sagt, auch eine Besetzung Lübecks nach sich ziehen. Sie wäre, wenn der Hafen nur gesperrt ist, gewiss nicht nothwendig, und so ungerecht als die Occupation Bremens. Allein es ist jetzt durchaus die Zeit der Gewalt eingetreten, und es scheint, als ob Preussen sich vor Frankreich schämte, wenn es sich nicht auch recht gewaltthätig bezeigte.

Ein Sohn des Generals Blücher ist hier mit der Nachricht eingetroffen, dass die Franzosen Essen und Werden besetzt haben, und hat Verhaltungsbefehle zurückbringen sollen. Allein man hat ihm

*) Gustav Adolf, König von Schweden, hatte als Bundesgenosse Englands das zu Hannover gehörige Fürstenthum Lauenburg besetzt. Er wollte, als Preussen ersteres in Besitz nahm, seine Stelle in demselben behaupten. Als er aber zum Abzug nach Schwedisch-Pommern genöthigt wurde, legte er Embargo auf alle Preussischen Schiffe. Auch liess er die Preussischen Ostseehäfen in Blokadestand setzen.

geantwortet, dass die Sache zum Gegenstand einer diplomatischen Verhandlung geeignet wäre. Weil Essen und Werden zu Einem Ministerdepartement mit dem Klevischen gehörten, so haben die Franzosen ohne Zweifel daher einen Grund gesucht, sie zu besetzen.

Am 14. d. M. kommt Graf Haugwitz hier an, und wahrscheinlich geht Baron von Hardenberg alsdann ganz ab von dem auswärtigen Departement. Wie sehr ist er neulich im Moniteur gemisshandelt! Ist das etwa die Ehrenrettung, die wegen früherer Angriffe Französischer Blätter auf seine Ehre ihm Graf Haugwitz verschaffen sollte?

v. Altenstein schreibt mir: „Wegen Nürnberg hat sich viel verändert. Ich wünsche, dass die Stadt sich unter Französischem Schutz so gut befinden möge als sie sich unter Preussischem befunden haben würde. In diesem Augenblick lässt sich von Preussen wenig zum Besten der Stadt thun. Ich fürchte, sie wird abermalige Hoffnungen theuer bezahlen müssen.“

Napoleon will den Titel: Protector der Hansa. Eilen Sie doch zu dem Protector der Reichsstädte!

LXIX.

Aussicht auf friedliche Beilegung der Differenzen mit Schweden. Die Besitznahme von Hannover und die Gerüchte, dass Preussen dasselbe wieder herausgeben müsse. Hardenbergs Abtreten. Die Preussen in Bremen. Die Preussischen Tresor-Scheine.

Berlin, den 8. April 1806.

Zu dem Krieg zwischen Schweden und Preussen kommt es nicht, und ein Theil der hiesigen Garnison, welcher gestern nach dem Lauenburgischen aufbrechen sollte, hat Gegenordre erhalten. Der Schwedische König hat auf die Eröffnungen des Herrn von Alopäus bereitwillig erklärt, die Hannöverschen Provinzen durchaus zu räumen.

Die Proclamation, wodurch Preussen seine ewige Besitznahme denselben erklärt, ist schon gedruckt und wird nächstens erscheinen.*) Noch ist mir nicht gelungen, sie zu erhalten. Inzwischen gewinnt hier auch bei angesehenen Diplomaten die Nachricht Glauben, dass unter den Friedensvorschlägen, die Frankreich neulich an England gethan, auch einer gewesen sei, nach welchem Preussen bewogen werden sollte, das Hannöverische wieder zu räumen. Dem widerstreitet doch gar zu sehr, dass Graf Haugwitz seine Sendung nach Paris vollendet angesehen hat, welche ja in jenem Falle eigentlich erst ihren Anfang nehmen müsste.

*) Das Patent, welches Hardenberg am 26. Januar erlassen hatte, lautet nicht auf Besitznahme, sondern nur auf Verwahrung, in welche Hannover von Preussen genommen werden sollte. Am 1. April aber erging ein anderes königliches Patent, wodurch die wirkliche Besitzergreifung notificirt wurde.

Unmittelbar nach der Rückkunft des Grafen Haugwitz geht Herr von Hardenberg wahrscheinlich von dem auswärtigen Departement ab, ohne dass jener eigentlicher Chef desselben wird. Er scheint, einmal als solcher verdrängt, schlechterdings nicht wieder in dieser Eigenschaft auftreten zu wollen, ohne deswegen die Leitung der grossen politischen Angelegenheiten aufzugeben. Eigentlicher Chef des auswärtigen Departements möchte wohl Graf Keller, bisheriger Gesandter in Wien, werden, welcher dann die laufenden Geschäfte und die Last der Representatoin übernähme.

Will es Frankreich, so werden nach Rückkunft des Grafen von Haugwitz die Preussen in Bremen, und 900 Mann, die mit schwerem Geschütz Ritzebüttel besetzt haben, bald Abschied von dort nehmen, ausserdem aber bis zum allgemeinen Frieden bleiben, und gar nicht weichen, wenn Graf Schulenburg seine Meinung durchsetzt. Minister von Hardenberg antwortet auf alle Beschwerden nichts, als dass ihm wehe thue, Zeiten hereingebrochen zu sehen, wo ein Staat nur durch Gewaltthätigkeit sein Interesse behaupten könne.

Die Preussischen Tresorscheine, welche schon im Gange sind, möchten noch wieder rückgängig gemacht werden. Zum Minister von Stein, dem Director dieses Papiergeldes, kam neulich ein Rath und wies ihm Tresorscheine mit der Frage, ob falsche unter denselben wären? Als nach genauer Durchsicht der Staatsminister mit Nein antwortete, zeigte ihm jener allerdings nachgemachte, und woran sie von den ächten zu unterscheiden wären. Herr von Stein hat dem König mündlich darüber berichtet.

LXX.

Bevorstehender Zurücktritt Hardenbergs. Haugwitz und Russland. Gram der Königin über den Verlust Ansbachs. Stellung Preussens zu Russland. Preussen und Franzosen zu Essen und Werden. Französisches Ansinnen, Schwedisch-Pommern wegzunehmen. Gerüchte über eine Heirath des Prinzen Heinrich.

Berlin, den 12. April 1806.

Sie erhalten wohl gewöhnlich die Berliner Zeitung zur Einsicht. Da ich es indessen nicht zuverlässig weiss, so halte ich es für meine Pflicht, Ihnen die beiliegende zu übersenden, welche wegen der Proclamation über die Preussische Wegnahme der Hannöverschen Provinzen und wegen der Erklärung des Kabinetsministers von Hardenberg sehr merkwürdig ist.*) Ich füge keine Bemerkungen über

*) Berlinische Zeitung. 43tes Stück. 10. April 1806. Die Proclamation des Königs wegen der Einverleibung Hannovers ist vom 1., Hardenbergs Erklärung vom 8. April 1806. Letztere ist gegen die Auslassungen des Pariser Moniteurs wegen des von Hardenberg an Lord Harrowby, Englischen Minister zu Berlin, erlassenen Schreibens gerichtet. Letzterer hatte nämlich bei Hardenberg wegen Sicherheit der Englischen Truppen, die in Norddeutschland ein-

die beiden Aktenstücke hinzu. Der Commentar über sie macht sich einem Jeden von selbst. Nur fürchte ich, dass Hardenberg wegen seines halboffiziellen Schrittes noch neue Unannehmlichkeiten von der Französischen Regierung zu erleiden habe, und bei der Preussischen Regierung nicht hinlänglichen Schutz finde.

So wie der Graf Haugwitz angekommen ist, geht jener ab vom auswärtigen Departement, doch unter der Form eines unbegränzten Urlaubes und mit Beibehaltung seines ganzen Gehaltes. Man sieht nicht ein, wie es zwischen Preussen und Russland mit dem diplomatischen Geschäftsgang werden soll, wenn Haugwitz allein die Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten übernähme, da einmal die Erklärung des Russischen Gesandten dahin ging, dass er mit diesem Minister nicht unterhandeln werde, weil Frankreich sich geweigert habe, diplomatische Geschäfte mit Herrn von Hardenberg zu treiben.

Die Königin soll bei diesem Gange der politischen Angelegenheiten unaussprechlich leiden und besonders den Verlust Anspachs nicht verschmerzen können, und der Gram soll an ihrer Gesundheit nagen, dass der Leibarzt Hufeland ungemein für sie fürchtet.

Noch sind keine Erklärungen des Russischen Hofes über die Preussische Besitzergreifung des Hannöverschen für immer, und über die Sperrung der Häfen und Ströme des nördlichen Deutschlands hier eingetroffen. Man glaubt, dass Russland auch die letzte ausserordentlich übel nehmen werde.

In Essen und Werden sind nun die Preussen wieder eingedrungen, und liegen daselbst mit den Franzosen brüderlich im Quartier zusammen. Der kommandirende Französiche Offizier in dem ersten Orte wollte sich den Preussen kriegsgefangen ergeben; allein sie nahmen seinen Degen nicht an, und sagten, vom Krieg wäre gar nicht die Rede, sie wollten nur in den Oertern sein, die ihnen noch zugehörten. Blut ist freilich bei dem Handel nicht geflossen; inzwischen bleibt es noch hingestellt, wie Kaiser Napoleon ihn ansehen wird.

Es gibt Spuren zu der Vermuthung, dass dieser auch schon an den König von Preussen das Ansinnen gemacht habe, Schwedisch-Pommern wegzunehmen. Wegen der wenigen Schweden im Lauenburgischen, worin jetzt einige Preussische Bataillons eingerückt sind, konnten nicht 18000 Mann, die wirklich marschiren sollten, aufgeboten werden. Höchst ungern wird man Russlands wegen sich zu irgend einem Schritt gegen Schwedisch-Pommern verstehen. Wahrscheinlich

gerückt waren und Hannover besetzt hatten, angefragt und von Hardenberg am 22. December 1805 die Antwort erhalten, der König werde die Wiederbesetzung durch Französische Truppen als eine feindliche Maassregel ansehen und die Sicherheit der im Hannöveranischen stehenden Britischen und Russischen Truppen auf sich nehmen etc. Dieses durch die Rücksichtslosigkeit der Englischen Minister veröffentlichte Schreiben benützte Napoleon zum Sturze des ihm so sehr verhassten Ministers von Hardenberg. Er liess das Schreiben Hardenbergs unter beleidigenden Ausdrücken in den Moniteur einrücken, worauf derselbe in der Berlinischen Zeitung erklärte, dass sein Schreiben auf Befehl des Königs geschrieben worden.

war aber zur Zeit der Marsch-Ordre das Französische Andringen zu mächtig gewesen, und hatte nachgelassen, als die Contreordre erfolgte.*)

Prinz Heinrich, Bruder des Königs, ist heute nach Dresden gegangen, vielleicht blos um dem Kurfürsten Preussens Freundschaft und Sicherheit seines Landes zu bezeugen, vielleicht auch der reichen Prinzessin wegen.

LXXI.

Zurücktritt und Abreise Hardenbergs. Englische Kaperbriefe gegen die Preussischen Schiffe sollen ausgegeben werden. Bevorstehender Krieg zwischen Preussen und Schweden. Bremens Lage. Haugwitz als Gegner der Unabhängigkeit der Freistädte.

Berlin, den 19. April 1806.

Einigermassen ist hier ein Stillstand in den diplomatischen Arbeiten, weil der Kabinetsminister von Hardenberg in diesen Tagen das Portefeuille abgegeben, und Graf Haugwitz, der es übernommen, den Geschäftsgang noch nicht eingeleitet hat. Jener geht übermorgen auf sein Gut Tempelberg in der Nähe von Berlin, wo er sich völlig eingerichtet hat und den Sommer ohne Zweifel ganz zubringt. Wenigstens an politischen Geschäften kann er nicht wieder Antheil nehmen, wenn sich nicht in den grossen Angelegenheiten eine besondere Veränderung zutrüge. Der öffentlichen Achtung geniesst er im höchsten Grade. „Ich bin — sagte er in einer Gesellschaft, die am letzten Dienstage bei ihm war, — alles schuldig dem Staat zu opfern, meine Kräfte, Güter, Gesundheit und Leben, doch nicht die Ehre.“ Dies bezieht sich auf seine öffentliche Erklärung wider den Moniteur.

Herr Jackson, der Bruder des hiesigen Englischen Gesandten, ist als Kourier von London zurückgekommen, und seitdem ist nicht mehr zweifelhaft, dass Englische Kaperbriefe wider die Preussischen Schiffe ausgegeben werden, welches der Preussische Gesandte in England nach seinem Bericht vom 5. dieses Monats nur noch vermuthete. Inzwischen macht Herr Jackson noch keine Miene, Berlin zu verlassen.

Man erwartet jeden Augenblick die Nachricht, dass der König von Schweden gegen die Preussischen Schiffe kreuzen lasse; und dann ist wohl unvermeidlich, dass Preussen einen Angriff auf Schwedisch-Pommern thue. Ohne Zweifel wird der König von Schweden sich in Stralsund auf das Aeusserste wehren, in der Hoffnung, kraft des Tractats von Gatschina, Russlands Hilfe in den Krieg zuziehen. Ob

*) Der Französische Gesandte drang ohne Unterlass darauf, Preussen soll den Schwedischen Antheil von Pommern in Besitz nehmen. Dieses aber zögerte noch immer, aus Rücksicht gegen Russland, das den Schwedenkönig schonen wollte.

dies gelingen werde, ist sehr problematisch. Bestimmte Russische Erklärung wegen der Wegnahme der Hannöverschen Länder als Preussischen Eigenthums ist noch nicht erfolgt.

Die hiesigen politischen Behörden wissen noch nichts davon, ob bei einem Kriege zwischen Preussen und England auch Travemünde besetzt werden solle. Allein die Militärbehörde handelt hier zu unabhängig von jenen, als dass ich aus diesem Umstande angenehme Hoffnungen schöpfen möchte. Zu brüderlich verschaffen sich die Militäre einander gern gute Quartiere. Können sie jetzt noch andere Gründe haben, in Bremen eine grosse Besatzung zu haben? Die Hoffnung, diese Stadt zu besetzen für Ewig, wie Hannover, hat Preussen schon aufgegeben, wenigstens nach seinen jetzigen Verbindungen mit Frankreich. Und selbst beim Kriege wider die Engländer hat es, um sie vom nördlichen Deutschland abzuwenden, offenbar ganz andere militärische Punkte als diese Stadt vonnöthen.

So zuverlässig ich berichten kann nach eigener Einsicht, dass weder die Modificationen des Wiener Vertrags, noch die Instruction des Grafen von Haugwitz einen Punkt wider die Hansastädte enthalten haben, so gewiss ist auch, dass dieser Minister in einer Verbalnote zu Paris einen Versuch wider die Unabhängigkeit der Städte gemacht hat. Ich bin äusserst begierig, ihn zu sprechen. Er hat noch keine Besuche angenommen.

LXXII.

Preussische Mobilisirung, wahrscheinlich zur Abwehr einer Landung der Engländer. Haugwitz und Lombard. Die Broschüre des Grafen d'Antraigues. Verluste der Preussischen Kaufmannschaft. Der Englische Gesandte verlangt seine Pässe. Die Königin und ihre Badereise. Absicht Preussens, Bayreuth zu behalten. Frankreich für die Unabhängigkeit der Hansastädte und Nürnbergs.

Berlin, den 22. April 1806.

Als vorgestern haben die Preussen in Lauenburg einrücken sollen. Ob sich dabei irgend etwas Merkwürdiges ereignet, wissen wir wahrscheinlich am heutigen Abend. Die Mobilisation im Preussischen Militär ist in diesen Tagen gross und lebendig; allein das Verhältniss zu Schweden, selbst wenn man Schwedisch Pommern besetzen wollte, kann nicht solche Wirkungen hervorbringen. Wahrscheinlich geht eine bedeutende militärische Macht an die nördlichen und östlichen Küsten, um sie gegen jede Landung der Engländer zu decken. Die Verhältnisse gegen Frankreich scheinen der Art zu sein, dass sie keinen Einfluss auf jene kriegerische Lebhaftigkeit der Preussen haben können.

Sind doch nun Graf Haugwitz (wegen überhäufter Geschäfte noch immer unzugänglich) und der geheime Kabinetsrath Lombard, die das Friedenssystem gegen Frankreich so tapfer behauptet haben, einzig an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten des Preussischen

Reiches. Sie kennen das berüchtigte Fragment des Polybius d'Antraigues, worin der Krieg Preussens wider Frankreich so heiss gefordert wird.*) Eine geistreiche Recension dieser Schrift, welche in ihren Geist einging, war an die Hallische Literaturzeitung eingesandt. Sie wurde zurückgelegt wegen der wirklich daselbst erschienenen, welche im entgegengesetzten Sinne verfasst ist und vom geheimen Kabinetsrath Lombard sein soll.

Gegen die Preussische Kaufmannschaft und ihre Vorwürfe wird die jetzt herrschende Partei des Kabinetsministeriums sich mit Geduld waffnen müssen; denn jene muss ungeheuer verlieren. Alle Hoffnung zu einem freundschaftlichen Arrangement mit England wegen Hannovers ist nun hier verschwunden. Der Englische Gesandte, Herr Jackson, hat gestern seine Pässe verlangt. Diesen Vormittag hatte er sie noch nicht; indessen geht sein Legations-Secretair heute schon von Berlin.

Es heisst, dass die Königin unter Begleitung des Arztes Hufeland allein ins Bad nach Warmbrunn gehen werde. Die politischen Verhältnisse erzeugen bei ihr immer tieferen Gram, und den Verlust Anspachs kann sie nicht verschmerzen. Ihr Gemüth würde nun Bayreuth auch leicht hingeben. Allein da sich der Churfürst von Sachsen aller Tauschprojekte schlechterdings und fortwährend weigert, so ist wohl keine Gelegenheit für Preussen, Bayreuth mit Vortheil abzutreten. Auch sagte der Kabinetsrath Beyme, der seinen gewaltigen Einfluss mit dem von Graf Haugwitz und Geheimrath Lombard in politischen Sachen gänzlich zusammengethan hat, noch vor einigen Tagen auf das Zuverlässigste, dass Preussen Bayreuth und auch das Unterland, in welchem Erlangen liegt, sicher behalten werde.

So fest als die politische Unabhängigkeit der Hansastädte durch Frankreich behauptet wird, geschieht es auch in Hinsicht auf Nürnberg. Minister Taleyrand hat dies entscheidend und wiederholt bekräftigt. Auch ist dabei nicht die Rede von neuen Bedingungen und Formen gewesen, unter welchen diese Unabhängigkeit fortdauern sollte. Sogar hat Taleyrand die kräftigste Versicherung hinzugefügt, dass er Verhandlungen zur endlichen Ausgleichung des Nürnberger Gebietes betreiben wolle.

LXXIII.

Grosse Verluste des Preussischen Handels durch die Sperrung der Ströme des nördlichen Deutschlands. Allgemeiner Hass gegen Haugwitz, an dessen Palast die Fenster eingeworfen werden. Unzufriedenheit des Königs mit demselben. Der Hafen von Swineminde gesperrt. Der Englische Gesandte. Die berichtete Heirath des Prinzen Heinrich unwahrscheinlich. Preussisches Attentat gegen Nürnberg.

Berlin, den 29. April 1806.

Der Preussische Handel leidet durch die Sperrung der Ströme des nördlichen Deutschlands und die darauf erfolgten Maassregeln

*) Der Graf d'Antraigues, ein Französischer Emigrant, wollte auf seinen Reisen im Orient ein Fragment aus Polybius entdeckt haben. Er liess das-

der Engländer unaussprechlich, und man berechnet, dass im Kurzen acht und zwanzig Millionen aus dem Preussischen Handel verschwunden sein werden. Eine Deputation der hiesigen Kaufmannschaft ist nach Potsdam gegangen, um auf die Rücknahme der Sperrung jener Ströme und des Handels mit Englischen Producten und Waaren zu dringen. Der Preussische Gesandte von Jacobi*) in London hat ein Memoir eingeschickt, um die ganze Schädlichkeit des Verfahrens wider England für Preussen zu beweisen, und der Staatsminister von Stein hat eine ähnliche Denkschrift in der kräftigsten Sprache dem König übergeben, worüber er auf das Heftigste mit dem Kabinetsminister Grafen von Haugwitz zerfallen ist. Allein nimmermehr wird dieser wagen, Maassregeln zurückzunehmen, die er einmal mit Frankreich concertirt hat. Auf solche Weise lässt sich schlechterdings noch nicht absehen, wie diese neuen Verhältnisse für Preussen endigen werden.

Die Lage des Grafen von Haugwitz muss in vielfacher Rücksicht sehr unangenehm sein. Wenigstens bezeigt ihm das Publicum den offenbarsten Widerwillen. In einer Nacht sind die meisten Fenster seines Palais mit kleinen Granaten eingeschmissen, und wiewohl er eine doppelte Schildwache hat, fürchtet man fortwährende Wiederholung dieses Spiels. Die Königin wendet sich von ihm voll Abneigung, und der König soll ihm Vorwürfe gemacht haben, dass er durch ihn in Abhängigkeit vom Französischen Kaiser gekommen sei, worauf Haugwitz den Trost hervor gelangt haben soll, er sei durch die nahe Ansicht hinlänglich überzeugt worden, dass die Macht Napoleons bald zusammenfallen werde. Ich kann nach meinem Urtheil über diesen Minister nicht glauben, dass er eine so stumpfe Bemerkung gemacht oder so durchaus wider eigene Ueberzeugung lügnerisch zu seinem Souveräne gesprochen habe.

Gestern erhielt Herr von Alopäus eine Stafette, dass der König von Schweden für nöthig erachtet habe, den Hafen von Swinemünde zu sperren. Unfehlbar wird nun Preussen den Marsch nach Schwedisch-Pommern vornehmen, wiewohl ich noch kein bestimmtes Factum deshalb habe. Stralsund kann sich sehr lange halten, und eine Englische Schwedische Armee, die dort einliefe, könnte stark genug sein, um die Preussische Macht zu beschäftigen.

Heute wird der Englische Gesandte Jackson, wie man hier sagt, noch nicht abreisen, sondern erst am Ende dieser Woche. Er äussert, dass es sich selbst noch bis zur nächsten Woche verziehen könne, wo er aber ohne Zweifel abgehe.

Der Chursächsische Chargé d'Affaires, Herr von Helbig, sagte mir heute, dass von einer Verbindung zwischen dem Preussischen Prinzen Heinrich und der Chursächsischen Prinzessin noch nicht die Rede gewesen sey, wahrscheinlich auch von beiden Seiten gar nicht daran gedacht werde.

selbe im Drucke erscheinen, es war aber nichts als eine unter dem Namen des Königs Antiochus von Syrien und seiner Minister verhüllte Strafrede gegen das Preussische Kabinet.

*) Jacobi-Klöst.

Hiebei die übergebene Note.*) Sie wirkt wohl, weil ich sie auch dem Generaladjutanten des Königs, General Köckritz, übersandt habe, als besonders ihm geeignet..... In dieser Woche habe ich gewiss Audienz bei Haugwitz, der sich noch nicht sprechen liess. Was geschehen kann, geschicht gewiss. Die Indignation gegen Preussen in dieser Sache ist allgemein.**)

**) Beilage ad LXXIII.

Note, die der Legationsrath und Nürnbergische Chargé d'Affaires Woltmann an den Kabinets-Minister Grafen von Haugwitz wegen Besetzung einiger Nürnbergischer Pflegämter durch die Preussen übergab.

Der unterzeichnete Geschäftsträger der freien Reichsstadt Nürnberg lässt an des Herrn Grafen von Haugwitz königlichen Staats- und Cabinetsministers Excellenz die unterthänigsten Vorstellungen jener Stadt über ein Factum gelangen, dessen die öffentlichen Blätter schon ausführlich erwähnt haben, nachdem die Bayreuther Zeitung ihm zuerst Publicität gegeben.

Der Musketier Johann Jacob Kraus, aus Nürnberg gebürtig, ehemals im Nürnbergischen Militair und von demselben desertirt, um sich beim königlichen Preussischen Militair anwerben zu lassen, hatte sich wieder bei dem Nürnbergischen freiwillig als Deserteur gestellt, und war geschlossen, doch nicht in der kgl. Preussischen Montur, an die Militairbehörde der Stadt transportirt worden. Die Richtigkeit dieses Factums beweisen die Anlagen über das mit demselben angestellte gerichtliche Verhör. Allein der General, Herr Graf von Tauenzien, zu dessen Regimente er gehörte, übersah gänzlich den Punkt, dass er sich freiwillig als Deserteur gestellt hatte, und sah dann in seiner Arrestation eine Beleidigung des kgl. Militairs. Um dieselbe zu bestrafen, nach dem Ausdrucke seines Schreibens an den hochlöblichen Magistrat von Nürnberg, liess er die Nürnbergischen Pflegämter Gräfenberg, Hiltpoltstein und Betzenstein mit einem Commando von Infanterie, Artillerie und Cavallerie belegen, welche Truppen sämmtlich auf die Art verpflegt werden sollen, wie die kaiserlich Französischen Truppen in Nürnberg verpflegt würden.

So grundloss die Ansicht war, welche diese Maassregel veranlasste, so sehr überschritten sie jede Folge, welche sie, noch so gegründet, hätte haben können. Vergebens stellte der Magistrat von

*) Wegen eines Mousquetiers, der von der Nürnberger Miliz zu den Preussen desertirte, nachher aber sich den Nürnbergischen Behörden freiwillig stellte, besetzten die Preussen die Nürnbergischen Pflegämter Gräfenberg, Hiltpoltstein und Betzenstein. Der Rath zu Nürnberg ertheilte Woltmann den Auftrag, sich in einer Note bei dem Ministerium zu Berlin über den Gewaltakt zu beschweren und dagegen zu protestiren. Wegen dieser Angelegenheit wurde zwischen dem Rath zu Nürnberg und dem Preussischen Generalmayor Grafen von Tauenzien, der die Besetzung anordnete, und dem Mayor von Streit, der unter demselben commandirte, ein sehr heftiger Briefwechsel geführt.

Nürnberg in einem Schreiben vom 17. d. Mts. dem Herrn General vor, dass es keinem Stande des Reichs jemals verboten war, seine eigene Deserteurs wieder an, ja selbst hinwegzunehmen, wie selbst kgl. Preussischer Seits fort und fort zu geschehen pflege und eben daher auch in allen vorhergegangenen Fällen nie der hiesigen Stadt ein Vorwurf darüber gemacht worden, dass selbst der Kreisverfassung und dem noch bestehenden Kreiskartel gemäss alle Deserteurs der Kreisstände ihnen wieder ausgeliefert werden sollen.

Dem Nürnbergischen Hauptmann Herrn von Fürer, welcher jenes Schreiben des Magistrats dem Herrn General Grafen von Tauenzien überbrachte, wurde nur die Versicherung, dass Er die arretirten Nürnbergischen Commandirten gegen Auslieferung des Kraus wieder auf freien Fuss stellen wolle. Herr von Fürer verstand sich zu dieser Auslieferung unter der Voraussetzung, dass alsdann auch die Truppen aus den Aemtern gleich wieder zurückgezogen würden, und unter Vorbehalt des Ersatzes der durch dieselben verursachten Kosten. Allein der Herr General versichert, dass er ohne königliche Ordre die Truppen nicht ganz zurückziehen könne. In einer Antwort an den Senat von Nürnberg, welche er dem Herrn Hauptman von Fürer zustellte, heisst es unter Andern: „Jeder einsichtsvolle Militair wird zugestehen, dass ich, um die Communication des Bayreuthischen Ober- und Unterlands und Sicherheit des kgl. Militairs zu erhalten, die mehr genannten Pflegämter hätte militairisch besetzen müssen.“ Der Herr General fügte hinzu, dass er dies blos aus Vertrauen zu dem Nürnbergischen Magistrat unterlassen habe, gegen welchen er keine Ursache gehabt hätte, das entfernteste Misstrauen zu äussern.

Unterzeichneter überlässt nach dieser wahrhaften Auseinandersetzung es ganz dem Urtheile Seiner Excellenz, inwiefern bei dem erörterten Factum Ursache und Wirkung in Verbindung sein dürften, und hofft allerunterthänigst von der Gerechtigkeit seiner Majestät, dass nicht nur die königlichen Truppen aus den benannten Pflegämtern baldigst zurückgezogen werden, sondern auch den unschuldigen Einwohneru derselben ein Ersatz der durch die Occupation veranlassten Kosten nicht entstehe.

Es ergreift auch diese Gelegenheit, seine ehrfurchtsvollste Hochachtung gegen seine Excellenz zu bezeugen

Berlin, den 27. April 1806. Woltmann.

LXXIV.

Aeusserungen des Russischen Gesandten von Alopäus gegen die Politik Preussens, über Haugwitz und die dem Handel durch die Engländer zugefügten Nachtheile. Die Differenzen zwischen Preussen und Schweden. Der Handel wegen Werden und Essen beigelegt. Die Angelegenheit wegen Besetzung der Nürnbergischen Pflegämter.

Berlin, den 3. Mai 1806.

In einer vertrauten Unterredung, die ich gestern mit dem hiesigen Russischen Gesandten, Herrn von Alopäus hatte, äusserte der-

selbe nicht geringe Unzufriedenheit mit dem System, das Preussen jetzt in der Politik verfolgte, und namentlich mit dem Grafen von Haugwitz, von welchem er nun schon so viele Jahre Beweise habe, dass man schlechterdings kein Zutrauen auf ihn setzen könne. Die einmal von ihm geschehene Erklärung, dass er als Russischer Gesandter durchaus nicht mit diesem Cabinetsminister tractiren werde, könne er nimmermehr zurücknehmen, und alle Eröffnungen, die er seit der Rückkehr desselben dem Preussischen Cabinetsministerium habe machen müssen, wären durch das Medium des Herrn von Hardenberg an den Grafen von Haugwitz gelangt. Jetzt wäre auch der Graf Keller zum Kabinetsminister ernannt, der in diesen Tagen eintreffen werde, und mit dem würde er communiciren. Uebrigens habe er von seinem Hofe noch keine Ordre über seine Erklärungen wider den Grafen von Haugwitz und das daher zwischen ihnen entstandene Verhältniss, habe aber seinem Kaiser geschrieben, wenn von ihm gefordert werde, dass er sich mit demselben einlassen solle, so bitte er um seinen Rapell.

Am heftigsten erklärt sich Herr von Alopäus wider die Massregeln, welche Preussen, verleitet von Frankreich, ergriffen habe, um den Englischen Handel vom nördlich deutschen Continent abzuschneiden. Der Preussische Handel werde dadurch ruinirt, dem Russischen geschehe grosser Abbruch, und die Hansastädte, deren blühende Unabhängigkeit so wichtig für Russland wäre als für die übrigen grossen Mächte, würden dadurch ganz auf die verderbliche Spitze gestellt. Den Engländern dagegen stünden immer die Russischen Häfen offen, und wenn aus Russland die Englischen Producte in die Preussischen Provinzen kämen, ob man sie auch wider dasselbe sperren wollte?

Dass die Engländer auch die Trave unter die von Preussen gesperrten Ströme gerechnet hätten, wäre für Russland so nachtheilig als befremdend gewesen, weshalb sich die Russische Gesandtschaft in London auch sogleich dawider geregt habe; ihm aber sei sogleich die Vermuthung gekommen, dass der Graf Haugwitz auch dies Benehmen der Engländer gegen Lübeck besonders verschuldet habe. Wirklich sei derselbe durch einen Gedächtnissfehler verleitet worden, in die zu Paris geschlossene Convention, in der die Rede sei, dass Preussen ganz in die Maassregeln der Franzosen während ihrer Occupation Hannovers in Hinsicht auf den Englischen Handel trete, auch einzurücken von dem Verhältniss zu Lübeck und Trave — —, wogegen doch gar keine Französische Beziehungen stattgefunden während der ganzen Französischen Occupation des Hannöverschen. Der Minister Taleyrand habe wegen eines gleichen Mangels an Gedächtniss dies durchschlüpfen lassen. Sobald er (Alopäus) dies in Erfahrung gebracht, habe er durch Herrn von Hardenberg den Grafen Haugwitz deshalb bedrängt, der seinen Irrthum eingestanden hätte. Nun würde derselbe wohl wieder sollen gut gemacht werden, aber der momentane Nachtheil wäre nun einmal für den Handel von Russland und Lübeck erwachsen.

In dieser Ansicht bestärkte ich aus allen Kräften den Russischen

Minister, und er versprach mir, wegen schneller Befreiung der Trave die eifrigsten Maassregeln zu verfolgen. Zugleich ersuchte ich ihn wiederholt, auch die andern Ströme und den Handel auf ihnen ebenmässig zu retten. Und wiewohl er den besten Willen äusserte, auch dafür thätig zu bleiben, so zeigte er doch wenig Hoffnung dazu, so lange nicht eine besondere Krisis eingetreten wäre.

Ueber das Hin- und Herzerren, welches sich der König von Schweden wider Preussen erlaubt, war Herr von Alopäus unmuthig, weil nur zu leicht in Schwedisch Pommern die erste Flamme eines neuen grossen Continentalkrieges aufschlagen könne. Er sah übrigens den Krieg zwischen Preussen und Schweden als unvermeidlich an. Der Berliner Hof hat einen Offizier vom General-Stabe an den König von Schweden geschickt, mit der Anfrage, ob die Blokade von Swinemünde unverzüglich aufgehoben, und deshalb Genugthung gegeben werden solle? Im entgegengesetzen Falle müsse man den Krieg als erklärt ansehen, wiewohl man alle Feindseligkeit mit Schweden so schonend vermieden hätte.

Die Antwort des Königs von Schweden lässt sich voraussehen, und darum ist alles bereit, nach Schwedisch Pommern zu marschiren. Herr von Alopäus glaubt übrigens nicht nach seiner Kenntniss vom Schwedischen Hof und Militär und vom Lokal Stralsunds, dass dieses den König von Schweden lange daselbst erhalten werde.

Ueber Werden und Essen kann nun kein Hader zwischen Preussen und Frankreich mehr entstehen, da Kaiser Napoleon erklärt hat, es sei ihm nicht eingefallen, jene Ländchen als einen Anhang von Kleve zu betrachten. Es habe bloss ein Missverständniss obgewaltet.

Nürnberg hat den Deserteur Kraus, welcher Veranlassung zu den entsetzlichen Maassregeln des Generals Grafen Tauenzien ist, diesem ausgeliefert; und wirklich sollen schon die Preussischen Truppen in den occupirten Aemtern sehr vermindert sein? Allein dies bedeutet im Wesen wenig. Gänzliche Räumung und genugthuende Erklärung über das Nürnbergs Unabhängigkeit kränkende Ereigniss müssen das Ziel für das Nürnbergische Streben bleiben.

P. S. Graf Haugwitz habe ich noch nicht gesprochen, weil er am letzten v. M. nach Potsdam ging und heute erst zurückgekommen ist. Weder von ihm noch von dem Herrn von Köckritz habe ich irgend schriftlichen Bescheid. Indessen spreche ich Jenen gewiss in diesen Tagen, wenn er sich nicht in eine politische Wolke verhüllen will. Wenn Herr Abel glaubt, ihm frei und bestimmt schreiben zu können, so hängt dies mit der gewöhnlichen Erscheinung zusammen, dass Graf Haugwitz durch die ersten Eindrücke so grosses Vertrauen auf sein besonderes Wohlwollen und seine Prinzipien einflösst, das sich nicht ganz bewährt.

Das Schreiben an den König ist sogleich besorgt.*

*) Die Vorstellung Nürnbergs an den König wegen Besetzung der Pflegämter.

Gänzliche Räumung der Pflegämter und genugthuende Erklärung wegen der beleidigten Reichsstandschaft Nürnbergs werden das Ziel unserer Bestrebungen bleiben. Wie sehr Graf Tauenzien es fürchtet, zeigt der ohnmächtige Trutz seiner Behauptungen. So wiederhole ich hier mündlich, und Ihnen schriftlich.

LXXV.

Die Abreise des Englischen Gesandten. Die Händel mit Schweden. Preussens Mässigung. Graf Haugwitz und der Kabinetsminister Graf Keller.

Berlin, den 6. Mai 1806.

Nach den letzten Depeschen, welche der hiesige Englische Gesandte, Herr Jackson, erhalten hatte, verbreitete sich hier das Gerücht, dass er nun ganz hier bleiben werde. Allein das ist falsch, er verlässt Berlin morgen oder übermorgen. Der Schwedische Chargé d'Affaires, Herr von Brinckmann, der sich hier noch immer aufhielt, hat sich gestern in der ersten Frühe schleunigst entfernt.

Aus Petersburg sind Depeschen angekommen, worin noch gebeten wird, dass man die Schweden nicht aus dem Lauenburgichen vertreiben möchte, welche Bitte wegen des Verhältnisses Russlands zu England und Schweden immerhin merkwürdig bleibet.

Auch gibt sich Preussen alle Mühe, noch mit Schweden in Frieden zu bleiben. Graf Haugwitz, welcher sich oft nicht genau orientirt und so auch nicht wusste, dass Lagerbielke seit einem Jahre nicht mehr das Portfeuille hat, sondern Wettentandt, liess am Sonnabend ein Schreiben an den Ersten ergehen, um den König zum Nachgeben gegen Preussen zu bewegen. Mit gleicher Gesinnung hat man einen Courier nach Petersburg geschickt und um die Vermittlung Russlands zwischen den Höfen von Berlin und Stockholm ersucht. Diese Preussische Mässigung ist wahrlich sehr gross. Der König von Schweden hat dagegen eine heftige Proclamation an die Preussischen Vorposten geschickt, worin er von der Usurpation Preussens, von Monsieur Bonaparte etc. etc. reden soll.

Seit der Rückkehr von Potsdam am 3. d. Mts. hat Graf Haugwitz mit dem neuen Kabinetsminister Grafen Keller so viele Geschäfte, dass man ihm nicht hat Rede abgewinnen können. Auch wird er, nachdem sich der erste Drang der Umstände verloren hat, wieder auf seine Güter gehen.

Graf Keller hat allgemein den Ruf eines rechtschaffenen Mannes und angenehmen Repräsentanten von gefälligen Talenten und nützlichen Kenntnissen. Besonderen Geist und Charakter will ihm Niemand beimessen.

In dieser Woche steht mir Graf Haugwitz wohl Rede. Die Antwort von Köckritz vertröstet auf ihn.*)

*) Köckritz schrieb unterm 1. May an Woltmann, die Angelegenheit wegen Besetzung der Nürnbergischen Pflegämter durch die Preussen könne

LXXVI.

Das Verhältniss Preussens zu England wegen Hannovers und der Sperrung der Ströme. Preussen und die Hansastädte, Graf Haugwitz und der Russische Gesandte Alopäus, der durch den Herrn von Krüdener ersetzt werden soll. Hardenbergs Gehaltsbezüge. Nürnbergische Angelegenheit wegen der occupirten Pflegämter.

Berlin, den 10. Mai 1806.

Das Verhältniss zwischen Preussen und England wird von dem Ersten noch immer so angesehen, als wäre es ein freundschaftliches, da der Englische Gesandte Jackson seine Reisepässe, ohne eine Ursache anzugeben, verlangt, und vor seiner Abreise nach der Versicherung des Grafen von Haugwitz noch in einer Unterredung demselben das freundschaftlichste Vertrauen bezeigt hat. Auch soll der Preussische Gesandte in London nicht abberufen werden.

Ehe Graf Haugwitz mit dem ganzen Resultat seiner Verhandlungen, dass man Hannover für immer nehmen wolle, hervorgetreten war, hatte Jacobi, freilich nicht auf bestimmte Instruction, wiederholt gegen Fox und Andre erklärt, dass Preussen nimmermehr die Hannöverschen Provinzen als sein Eigenthum zu sich nehmen werde, und plötzlich musste er in einer trockenen Anzeige völlig das Gegentheil erklären. Der Minister von Hardenberg wollte das Verhältniss gegen England noch schonen und die Sache so einleiten, dass eine freundschaftliche Auseinandersetzung mit Grossbritanien noch möglich blieb, wollte besonders, was die Sperrung der Ströme des nördlichen Deutschlands betraf, dem Englischen Ministerium zu verstehen geben, dass nur von einer Nominal-Sperrung die Rede sei, und man so viel thun müsse, um den Pariser Tractat nicht ganz auf die Seite zu werfen. Aber aus Antipathie gegen ihn wurden aus dem Kabinet unmittelbar die trockenen, abstossenden, verderblichen Publicanda dem Grafen Schulenburg geschickt, welche unter seinem Namen erschienen sind, und England erbittert, die Handelswelt verwirrt haben. Der Minister von Hardenberg lernte sie erst aus öffentlichen Blättern kennen. So geschah, dass er ungefähr zu gleicher Zeit die Kaufmannschaft über einen Bruch mit England beruhigte, dass Niemand daran dachte, den Preussischen Handel zur gehörigen Zeit von der Gefahr zu unterrichten, welcher er zum Theil durch frühzeitige Maassregeln ausweichen konnte.

Jetzt möchte man gern diese Uebereilungen wieder gut machen. Vor acht Tagen ist ein Kourier an den Baron Jacobi geschickt, dessen Depeschen ungefähr folgende Instruction enthalten: Zuerst soll er vertraulich eröffnen, dass man von Preussischer Seite die Sperrung im nördlichen Deutschland durchaus nicht sehr ernsthaft betreiben werde, und wenigstens dieselbe in Hinsicht auf die Weser und Elbe

nicht mehr als eine militärische angesehen werden, weil die diesfalsigen Unterhandlungen bereits dem Kabinetsministerium übertragen worden seien.

nur als mehr nominal wie reel betrachte. Dann aber soll er auf das Offenste und Bestimmteste darthun, dass man nicht auf das Fernste im Berliner Kabinet daran gedacht habe, auch die Trave sperren zu wollen, dass Alles, was zu dieser Meinung verleitet hätte, durch einen Irrthum eingeschlichen wäre, und daher auch von Englischer Seite von einer Blokade Lübecks nicht mehr die Rede sein würde. — Schon die frühern Vorstellungen scheinen in England gewirkt zu haben in Hinsicht auf diesen letzten Punkt, und hoffentlich wird man dort auch den übrigen Eröffnungen des Preussischen Gesandten gern Gehör geben. Frankreich möchte übrigens zu denselben, wenn es sie erfährt, eine böse Miene machen.

Offenbar sind die Hansastädte durch die Spaltung, welche zwischen dem hiesigen Kabinet und dem Kabinetsministerium herrschte (d. h. zwischen den Kabinets-Räthen Beyme und Lombard und dem General-Adjutanten von Köckritz auf der einen und dem Kabinetsminister von Hardenberg auf der andern Seite), sehr gedrückt worden. Die nunmehr eingetretene Harmonie zwischen jenen beiden Behörden scheint Gutes für die Hansa zu wirken. Schon wollte die General-Adjutantur ein starkes Preussisches Commando nach Lübeck werfen, und eben, weil Hardenberg dem widerstrebte, wäre es vielleicht noch sicherer geschehen, und wenigstens hätte sein Wort es nicht verhindern können. Graf Haugwitz brauchte nur eine Abneigung dagegen zu bezeigen, und es unterblieb sogleich, wofür ihm Lübeck nicht dankbar genug sein kann, wegen der Folgen, die in dieser Krisis die Preussische Occupation hätte nach sich ziehen können. So erklärte auch Graf Haugwitz, wenn nur nicht die Nachricht von noch grössern Feindseligkeiten, die England beginne, einliefen, so denke er auf die Räumung von Bremen. Gegen die engen Ansichten des Grafen Schulenburg, nach welchen die Hansastädte schon in den Klauen des Preussischen Adlers wären, wenn dieser Minister nicht blos als Instrument wenigstens handeln sollte, muss uns der Graf Haugwitz Schutz werden. Er nähme diese Handelsstaaten auch gern; das haben seine Unterhandlungen in Paris bewiesen; allein ihn leitet doch eine höhere Politik als die blosse Ländergier und Habsucht.

Noch hofft dieser Minister, mit England und Schweden friedlich auseinander zu kommen. Er hat ungemeines Vertrauen auf seine Kunst zu verwickeln und zu schlichten, und viel ist ihm dadurch wahrlich gelungen. Selbst mit seinem heftigsten, lautesten Gegner, dem Herrn von Alopäus, Russischen Gesandten, scheint er auf einen freundschaftlichen Fuss plötzlich gekommen zu sein.

Dieser letzte hat von seinem Hofe nicht den Rapell, sondern unbestimmten Urlaub erhalten, mit der ausdrücklichen Ordre, denselben dem Grafen Haugwitz persönlich anzuzeigen. Dies hat er gethan, und Haugwitz versichert, dass Herr von Alopäus ihm das freundschaftlichste Vertrauen bewiesen habe. Der vorläufige Nachfolger desselben ist als Chargé d'Affaires der Herr von Krüdener, welcher jetzt in Copenhagen steht und schon einmal bei der Russi-

schen Legation in Berlin war — ein mittelmässiger Kopf, mit dessen diplomatischen Manieren man hier zufrieden ist.

Herr von Hardenberg hatte als als Kabinetsminister 8000 Thlr. ausser seinen übrigen ministeriellen Gehalten, überhaupt einige zwanzig tausend Thlr. Da er zurücktrat als Kabinetsminister, bat ihn der König dringend, sich immer als Glied des Kabinetsministeriums, als seinen Freund, als seinen Rathgeber zu betrachten und alle Besoldung zu behalten. Kaum ist er abgereiset, so werden durch Kabinetsordre die obigen 8000 Thlr. gestrichen. Graf Keller fordert 15000 Thlr. und volle Theilung auch der höhern politischen Geschäfte mit Graf Haugwitz. Darum ist er noch designirter Kabinetsminister.

Das Beginnen des Grafen Tauenzien gegen Nürnberg und seine Pflegämter erregt hier fortdauernd Indignation; aber ich glaube nach der sorgfältigsten Nachforschung, dass es nur ein Ausfluss soldatischer Uebermüthigkeit und des Antriebes Fränkischer Behörden in Franken selbst sei.

Graf Haugwitz scheint durchaus von dem Antriebe zu solchem Beginne nichts gewusst zu haben; er erklärt sich auf eine prävenante Weise und hat sich vom Fränkischen Departement bestimmte Aufklärung über Absicht und Zusammenhang des Zuges wider Nürnberg erbeten. Der Minister Hardenberg ist entfernt: Der Bericht, welcher dem Grafen Haugwitz in einigen Tagen zukommen soll, kann also nur vom GO. Finanzrath von Altenstein ausfliessen, den ich heute vergebens gesucht habe. Ich suche ihn morgen wieder. Alles unmittelbare Angehen beim König hilft nichts: Hier gilt Aristokratie der Verwaltungsbehörden.

Ueber die merkwürdigen Aeusserungen des Moniteur, die Preussischen Absichten mit Hannover betreffend, ist Graf Haugwitz auch in vertrautester Umgebung rein verwundert.

LXXVII.

Der Russische Gesandte Alopäus in Urlaub. Sein Verhältniss zu Hardenberg und Haugwitz. Graf Keller als Kabinetsminister. Die Stimmung gegen Haugwitz. Russlands Verhältniss zu Preussen wegen Sperrung der Ströme und der Schwedischen Händel. Nürnbergische Angelegenheiten.

Berlin, den 17. Mai 1806.

Meine neuliche Nachricht, dass Herr von Alopäus angewiesen worden von seinem Kaiser, dem Grafen von Haugwitz persönlich den ihm ertheilten unbeschränkten Urlaub anzuzeigen, muss die kleine Modification erleiden, dass jener Kabinetsminister in der kaiserlichen Ordre nicht ausdrücklich genannt, sondern in ihr nur die Rede ist von dem dirigirenden Minister des auswärtigen Departements zu Berlin. Auch versichert Herr von Alopäus, ausser der trockenen Anzeige seines Urlaubes schlechterdings keine Mittheilung an den Grafen von Haug-

witz sich gestattet zu haben. Ich glaube, dass derselbe nur auf ein kleines Gut geht, welches er sich in der Nähe von Berlin zu Köpenick gekauft hat. Inzwischen hat er seinen Chargé d'Affaires, Baron von Krüdener, schon präsentirt; und gewiss ist, dass er sich gegen seinen Hof gespannt fühlt, der seine entschiedene Schritte, um den Kabinetsminister von Hardenberg gegen Frankreich zu schützen, nicht genug unterstützt hat. Der unangenehmen Schwierigkeit, mit dem Grafen Haugwitz unterhandeln zu müssen, könnte er jetzt einigermassen entgehen, da Graf Keller wirklich zum Kabinetsminister ernannt ist, mit einem Gehalte von 13000 Thlr., dem Rechte, alle Depeschen auch zu lesen, und dem Vorsitz im Departement in Abwesenheit des Grafen Haugwitz. Die unmittelbare Communication mit dem König wird er aber nicht haben, und daraus wird von selbst folgen, dass über alle bedeutende Angelegenheiten auch das hiesige diplomatische Korps keine Comunication mit ihm haben wird. Doch muss Alles dies sich näher bestimmen, wenn Graf Haugwitz diesen Sommer wieder auf seine Güter geht. Dass dies geschehen werde, ist mir aus guter Ouelle versichert.

Die Lage, worin er sich hier befindet, ist anscheinend angenehm, und zweifelsohne ist sein Wort jetzt gewaltiger als jemals, aber man fühlt, dass diese Macht von einem fremden Einfluss herschreibt. So allgemein, wie ich es in einer Monarchie kaum möglich geglaubt hätte, ist die Stimmung gegen ihn, und Niemand will hören — was bei den Umständen, dem wirkenden Personale, die einmal gegeben waren, mir einleuchtend ist, dass er eben das that, was für Preussen noch zu thun war. Der König selbst behandelt ihn mit Misstrauen und Widerwillen, der bisweilen hervorbricht, die Königin mit der sichtbarsten Abneigung.

Ueber die letzten Depeschen, welche Herr von Alopäus erhalten hat, habe ich eine grosse Freude gehabt, indem sie enthalten, dass der Kaiser von Russland sich in die Streitigkeiten zwischen England und Preussen nicht mischen könne, weil das letzte durch die Sperrung der Ströme des nördlichen Deutschlands einen Schritt gethan habe, welchen das Russische System ewig missbilligen werde. Die Andeutungen häufen sich, dass der deutsche Handel bald wieder frei sein müsse.

In denselben Depeschen sind noch wieder Vorstellungen enthalten, dass Preussen den König von Schweden nicht auf das Aeusserste behandeln möchte; allein der Offizier vom Generalstabe, den der hiesige Hof an denselben geschickt hatte, um ihn zum Aufhören aller Fehde zu bewegen, ist ehegestern zurück gekommen, ohne etwas ausgerichtet zu haben. Das Detail der von ihm mitgebrachten Antwort kenne ich noch nicht.*)

Schon sagen öffentliche Blätter, dass die Russen die festen Orte

*) Wenn ich nicht irre, war General Kalkreuth an den König von Schweden abgesandt. Dieser gab die Antwort, er werde mit Preussen versöhnt sein, sobald es gegen Napoleon marschire.

an der Mündung des Cattaro den Oesterreichern übergeben haben. Ich weiss diplomatisch nur soviel, dass Kaiser Alexander sie räumen will, in dem Moment, wo die Franzosen Deutschland verlassen.

Die Creditive habe ich gestern richtig erhalten. Graf Haugwitz ist erst gestern von einem neuen Aufenthalt zu Potsdam zurückgekommen, und ich will mich morgen wieder bei ihm melden. Hat er aber mit dem abwesenden Minister von Hardenberg nicht unmittelbar über die Tauentziensche Gewalt communicirt, so ist es nicht wahr, dass er sich deshalb Eröffnungen vom Fränkischen Departement ausgebeten hat. Bei diesem weiss man hier darüber nichts. Es ist dabei bloss die trockne Anzeige von der Kriegsbehörde vorgekommen, dass unmittelbar vom Kabinet die Schritte des Generals Tauentzien gebilligt wären.

Aus der besten Quelle, die Sie errathen, gebe ich folgende Aufklärung: Das hiesige Kabinet hat von Baierischer Seite die bestimmte Sprache vernommen, dass Nürnberg mit seinem Gebiete noch dem König von Baiern von den Franzosen überantwortet werden solle. Dies hat Schrecken erregt wegen der dann vielleicht auf immer verfehlten Communication zwischen dem Baireuthischen Ober- und Unterlande. Dieser Schrecken fuhr mit Verweisen in den General Tauenzien. Nach der Occupation der Pflegämter hat das hiesige Kabinet Ursache gefunden, die Ansicht zu fassen, dass Anspach vielleicht gar nicht an Baiern kommen, sondern wenigstens vorläufig ganz von den Franzosen administrirt werden solle, die sich einen unmittelbaren Handelsstrich vom Rhein her bilden und dann Nürnberg unter ihren Schutz nehmen wollten. Um zu sehen, was würde, bliebe noch preussische Besatzung in den erwähnten Pflegämtern. Nur Instruction aus Paris für Herrn Laforêt, dass er für Nürnberg sich verwenden solle! Ohne dieselbe handelt er nicht, und tritt zurück, wenn ihn Haugwitz fragt, ob er nach Instruction handle. Erfolgt dann nichts weiters, so entsteht daher nur ein uns nachtheiliger Eindruck.

LXXVIII.

Schwedische Forderungen. Das Verhalten, das der Französische Gesandte bei dieser Gelegenheit beobachtete.

Berlin, den 20. Mai 1806.

Wirklich hat der König von Schweden in einem Schreiben, welches vom 12. Mai datirt ist, vom Preussischen Hofe verlangt, dass man das Lauenburgische wieder unter seinen Schutz stelle, die Erklärung gebe, Hannover nur provisorisch besetzt zu haben, und unter seiner Mediation Verhandlungen zwischen Preussen und England gepflogen würden. Ohne Erfüllung dieser Bedingungen könnte er weder das auf die Preussischen Schiffe gelegte Embargo noch die Blockade von Swinemünde aufheben, und werde keinen Eifer sparen, mit seiner Escadre dem Preussischen Handel soviel wie möglich zu schaden.

Nach Ankunft dieses Schreibens erhielt das gegen den König von Schweden bestimmte Corps, wozu bis auf zwei oder drei Regimenter die ganze hiesige Garnison gehört, den Befehl, sich marschfertig zu machen. Dass aber der Marsch noch nicht angetreten ist, hat die Sendung des Herrn von Chapman, Majors und Adjutanten des Königs von Schweden, bewirkt, der am 18. Mai hier angekommen ist. Er soll Modificationen der im Schreiben vom 12. Mai enthaltenen Bedingungen mitgebracht haben, im Gefolge der Vorstellungen, die dem König sein eignes Conseil gemacht habe. Und man ist hier jetzt im Kabinet der Meinung, dass sich die Fehde werde beilegen lassen. Ich sehe inzwischen nicht ein, wie das möglich ist bei Modificationen der Forderungen des Schwedischen Hofes, wie anders möglich als bei gänzlicher Ablassung von denselben. Inzwischen wird man hier fortdauernd Alles aufbieten, um ihn zu besänftigen. Ohne eine Flotte nimmt man schwerlich Stralsund, und der Schaden, den Schweden dem Preussischen Handel thun wird, ist gewiss und sehr verderblich. Uebrigens soll nach den letzten Bestimmungen der Prinz Louis Ferdinand von Preussen das Hauptcommando führen, wenn es zum Feldzug kommt.

Schwerlich möchte auf diesen Fall die Furcht Russlands erfüllt werden, dass nämlich Frankreich den Widerstand, den Preussen sogar bei Schweden findet, zum Vorwand brauchte, um eine Französische Armee an die Küste der Ostsee und zur Sperrung des Sundes u. s. w. zu schicken. Auf jeden Fall würde sich Preussen das am kräftigsten verbitten, und der hiesige Französische Minister Herr Laforêt weiss das friedliche, schonende Benehmen des Berliner Hofes gegen den Schwedischen nicht genug zu loben, nicht genug darin zu bestärken.

Indem die grosse Masse des hiesigen Publikums auf dieses Verhältniss zu Schweden am meisten gespannt ist, fragt der Diplomatiker von nun an täglich nach, ob ein Courier vom Gesandten Jacobi aus London gekommen sei. Für den Welthandel, für Handel und Befreiung der Hanseatischen Städte vom Preussischen Militair insbesondere, werden die ersehnten Depeschen von grosser Wichtigkeit sein.

Noch halb verschleiert sind die diplomatischen Punkte: Erhält Bernadotte Anspach oder Passau mit einem ausgedehntern Gebiete? Bekommt Preussen Anspach zurück? Wird der Churerzkanzler für die verlornen Rheinzölle in Berg und Kleve ein Stück der Schweiz bekommen?

LXXIX.

Preussische Unterhandlungen mit Schweden und England ohne eigentliches Resultat. Die Preussischen Publicanda wegen der Besitznahme Hannovers, über welches der Friede zwischen Frankreich und England endgiltig verfügen wird.

Berlin, den 24. Mai 1806.

Ich kann heute leider noch nichts Bestimmtes über die Verhältnisse zwischen Preussen und England oder Schweden und Preussen melden;

denn von London ist auf den Kourier, der in der ersten Woche des Mai an den Preussischen Gesandten Baron Jacobi nach England abging, noch keine Antwort erfolgt, und der König von Schweden hat in seiner letzten Eröffnung erklärt, dass er sowohl von der Wiedereinräumung des Lauenburgischen als den geforderten Preussischen Erklärungen wegen Hannovers gänzlich abstehe, und die Massregeln gegen den Preussischen Handel nicht eher aufheben könne, als bis die Preussische Sperrung der Weser und Elbe aufgehoben sei. Man antwortete von Preussischer Seite darauf, dass dies letzte von Unterhandlungen mit England abhänge; worüber bis jetzt noch keine weitere Schwedische Erklärung erfolgt ist; auch hat das hiesige Militär noch keine weitere Ordre bekommen.

Merkwürdig ist, dass Herr Laforêt sich bei dem hiesigen Hofe hat beschweren müssen, dass in den Publicandis des Grafen von Schulenburg über Hannover die Aeusserung geschehen, als müsse Preussen, von Frankreich gezwungen, das Hannöversche nehmen — eine Sprache, die nach dem Urtheil des Kaisers keinem unabhängigen mächtigen Souverain gezieme. Wahrscheinlich ist es Graf Haugwitz selbst, der dies veranlasst hat; denn ihm waren jene Publicanda zuwider, weil er, wiewohl unrichtig, Hardenbergischen Einfluss auf sie wähnt, und überhaupt in seiner politischen Sphäre ihm zuwider sein muss, wann es heisst, dass Preussen von Frankreich abhängig sei. Vielleicht aber weiss schon die Französische Regierung, wie mit Hannover beim Frieden mit England geschaltet werden soll, und leitet früh einige Discussionen deshalb mit Preussen ein.*)

LXXX.

Das Verhältniss Englands zu Preussen gestaltet sich immer unfreundlicher. Feindliche Maassregeln des Königs von Schweden gegen den Preussischen Handel. Preussens Unthätigkeit und Temporisiren.

Berlin, den 27. Mai 1806.

Bei den letzten Depeschen des Preussischen Ministers in London die bis zum 13. d. M. gingen, hatte der Graf Haugwitz noch Hoffnung wegen des Handelsverhältnisses mit England gütlich auseinander zu kommen, aber wahrscheinlich hat er gestern Abend weitere Nachrichten erhalten, die weniger beruhigend sind.**) Heute ist er zum König nach Charlottenburg gefahren, und wird dort den grössten Theil des

*) Die Einleitung zu Friedensunterhandlungen mit England war damals schon gemacht, und es gingen auch Gerüchte, dass Hannover wieder an England kommen sollte. Man glaubte nicht daran, am allerwenigsten im Preussischen Kabinet.

**) Eine kgl. Botschaft an das Parlement vom 21. April forderte den Krieg gegen Preussen, nachdem schon vorher die Mündungen der Elbe, Weser, Ems und Trave in Blokadestand erklärt, Kaperbriefe auf die Preussischen Schiffe ertheilt und dieselben, wo sie sich in Englischen Häfen finden liessen, mit Beschlag belegt worden. Am 11. Juni wurde der Krieg gegen Preussen in feierlicher Weise ausgerufen.

Tages in politischen Communicationen zubringen. Die Conferenz, welche er mit den Räthen seines Departement an diesem Tage hat, ist deshalb weggefallen.

Vom König von Schweden ist ein neues Schreiben eingelaufen, wodurch aber nichts Neues in seinem Verhältniss zu Preussen bewirkt ist. Er bleibt bei seinen Maasregeln gegen den Preussischen Handel, und führt sie wirklich mit grösster Strenge aus. Hier temporisirt man gegen ihn noch immer und wartet auf neue Erklärungen von Russland. Auf einen ostensiblen Brief des ehemaligen Schwedischen Chargé d' Affaires von Brinkmann an den hiesigen Mecklenburgischen Schwerinischen Gesandten von Lützow hat Graf Haugwitz durch diesen Kanal eine politische Communication mit der Umgebung des Königs von Schweden fortgesetzt. Wie weit dieses Temporisiren führen werde, entscheidet sich gewiss durch Bestimmungen, die noch im Dunkel liegen. Russland scheint weder den Krieg Preussens gegen Schweden, noch die Preussische Sperrung der norddeutschen Ströme dulden zu wollen noch zu können.

LXXXI.

Feindliche Schritte Englands und Schwedens gegen Preussen und dessen Handel. Französische Friedensunterhandlungen mit England.

Berlin, den 31. Mai 1806.

Man hat seit ehgestern hier officielle Anzeige vom Baron Jacobi aus London, dass freilich im königlichen Rath zu Windsor am 14. d. M. beschlossen sei, Kaperbriefe wider die Preussischen, Bremischen und Papenbürgischen Schiffe auszugeben, dass aber am 17. die Publication deshalb noch nicht erschienen gewesen. Noch immer gibt man hier nicht die Hoffnung auf, sich wegen der Handelsverhältnisse freundschaftlich mit England zu arrangiren. Wichtig ist die Nachricht, dass zwischen England und Schweden ganz neuerlich wieder eine Convention geschlossen ist , nach welcher dem König von Schweden vom Grossbritanischen Hofe sein Pommern garantirt wird. Dagegen ist noch nicht die soeben einlaufende Nachricht zu verbürgen, dass Memel und Pillau von den Schweden, doch ohne Wirkung, schon beschossen sind. Von hier sind noch ehegestern Befehle abgegangen, keine Feindseligkeiten gegen die Schweden auszuüben und den Capitän der Fregatte, die vor Swinemünde liegt, blos zu fragen, was seine Intention sei. Bei welcher Frage noch zu bemerken ist, dass das schon wiederholte Zurückweisen von Schiffen, die einlaufen wollten, bei neulichen Eröffnungen von Schweden beschönigt worden. Der letzte Brief an den König von Preussen, welcher von Schwedischer Seite bei Preussischen Vorposten abgegeben worden, ist in der Art, dass man ihn als nicht existirend betrachten will.

Die Friedensverhandlungen zwischen England und Frankreich

gehen in diesem Augenblick durch einen Oesterreichischen Kanal.*) In Konstantinopel hat der Englische Gesandte erklären müssen, dass der Allianztractat zwischen der Pforte und England sogleich erneuert werden müsse, und im entgegengesetzten Fall eine englische Escadre die Dardanellen besetzen werde.

Baiern wird Anspach in Besitz nehmen. Bernadotte wird Herzog von Treviso sein — eine unbedeutende Versorgung.

LXXXII.

Gerüchte über deutsche Verfassungs-Veränderungen. Vergleichsverhandlungen zwischen Preussen und Schweden durch Herrn von Stackelberg. Bremen von den Preussen geräumt.

Berlin, den 7. Juni 1806.

Es gehen an allen Hauptörtern Deutschlands mehr Gerüchte um über eine neue Gestalt, welche die deutsche Verfassung erhalten soll, als in Berlin, nicht blos deshalb, weil man den eigentlichen jedesmaligen politischen Zustand hier vorzüglich gut kennt und sich darum weniger mit Gerüchten beschäftigt, sondern hauptsächlich weil es schlechterdings Maxime des hiesigen Kabinets ist, von der Reichsverfassung soviel wie möglich zu erhalten, und seine Stimme über diesen Punkt doch eine der Hauptstimmen bleibt.

Was sich verbreitet über Abschaffungdes Reichstages, der Reichsgerichte, über eine neue Kreisverfassung u. s. w., findet hier noch wenig Eingang, und ich habe noch keine Spur, dass von dem hiesigen Französischen Gesandten Vorschläge über diese Punkte gegen Preussen geschehen wären. Aber ich werde mich rastlos bemühen, darüber völlig gewiss zu werden. Für jeden Stand ist es äusserst wichtig, was aus dem Reichsnexus wird. Die Reichsstädte können wohl bei jeder Aenderung desselben nicht umhin, sich immer mehr zu freien kosmopolitischen Punkten zu bilden.

Gestern ist von hier ein Kourier nach Stralsund geschickt, welche die sämmtlichen Artikel eines Arrangement zwischen Preussen und Schweden dahin überbracht hat. Sie sind hier mit dem Herrn von Stackelberg concertirt worden, welcher das letzte Schreiben des Russischen Kaisers an den König von Preussen überreicht hat. Er war ehemals Gesandter in Haag und bekam hier diplomatische Aufträge, nachdem Herr von Alopäus erklärt hatte, dass er mit dem Grafen von Haugwitz nicht unterhandeln werde. Ohne Zweifel hoffte Stackelberg auf den hiesigen Russischen Gesandtschaftsposten, und

*) England stellte dabei im Voraus die Bedingung, dass Hannover einfach zurückgegeben, und nicht zum Gegenstand irgend einer Entschädigung oder Ausgleichung gemacht werde. Talleyrand erklärte, dass diese Zurückgabe keine Schwierigkeit finden werde; fast zu derselben Zeit aber liess Napoleon dem Grafen Haugwitz sagen, er werde dieselbe niemals bewilligen. Dieses falsche Spiel Napoleons und Talleyrands brachte Preussen an den Rand des Abgrunds,

trat zurück, da nur auf kurze Zeit ein Chargé d' Affaires den Herrn von Alopäus ersetzen sollte, wozu bekanntlich Baron von Krüdener ernannt wurde. Eine Folge jenes Verhältnisses war noch, dass die Vergleichung zwischen Preussen und Schweden durch ihn besonders betrieben wurde. Er ist überaus mit jenem zufrieden und mit den zuletzt concertirten Vergleichspunkten, so dass die Händel zwischen Schweden und Preussen wohl so gut als beigelegt und von keinen weitern politischen Folgen sein werden.

Die endliche Räumung Bremens von den Preussen ist vorzüglich bewirkt durch die letzten hoffnungsvollen Depeschen aus London.

G. S. Dieser Bericht ist am vorigen Posttage zurückgeblieben, weil mich Bremen zu sehr beschäftigte. Gebe Gott, dass ich gleich glücklich mit Nürnberg sei! Schreiben und Note sind übergeben.

10. Juni.

LXXXIII.

Veränderung der politischen Verhältnisse Deutschlands. Die Russische Vermittlung von Schweden verworfen. Nürnbergische Angelegenheiten.

Berlin, den 17. Juni 1806.

Ich übersende Ihnen ein diplomatisches Papier,*) das ich aus besonderer Quelle erhalten habe. Es verdient schnelle Beherzigung. Der Französische Kaiser arbeitet jetzt mit dem General Clarke die übrigen Veränderungen, die Deutschland in seinen politischeu Verhältnissen erleiden soll.

Russlands Vermittlung zwischen den Königen von Preussen und Schweden ist von diesem durchaus verworfen worden, wiewohl sie auf Antrieb und nach der Idee des Schwedischen Gesandten in Petersburg angeboten ist. Er hat geäussert, dass er die ganze Sache mit Preussen en particulier ausmachen werde, und dem gemäss hat er mit dem Preussischen General Kalkreuth sich in Beziehungen gesetzt.

Zwischen Russland und Frankreich finden Annäherungen statt, wie Herr von Alopäus versichert.

Zu Herrn Laforêt will ich gehen und forschen, was er für Nürnberg thun soll. Für Bremen hatte er keine Ordre, als Minister Talleyrand es längst versichert hatte. Graf Haugwitz wünscht, dass man die Sache mit dem Major von Streit ruhen lassen möge,**) und ich glaubte, das ebenfalls versprechen zu dürfen, wenn nur schleunig die Truppen zurückgezogen würden und wegen der ganzen Handlung uns Genugthuung geschähe. Zu dem ersten ist Hoffnung.

*) Abschrift daran auf der Rückseite.

**) Er hatte ein Commando bei der Occupation der Nürnbergischen Pflegämter, wechselte mit dem Rath und dessen Beamten heftige Schreiben und machte an die Aemter und armen Unterthanen exorbitante Forderungen.

ad LXXXIII.

Fragmente von oficiellen und vertraulichen Eröffnungen der Französischen Gesandtschaft zu München (authentisch, doch sehr fragmentarisch).

Der Oesterreichische Kaiser soll auf Baiern, Schwaben und Franken keinen Einfluss mehr haben, und wiewohl die kleinen Reichsstände daselbst die ganze Landeshoheit behalten sollen, also auch den Reichstag beschicken dürfen, so sollen sie sich doch weder an den Römischen Kaiser noch die Reichsgerichte wenden, welche beide für jene drei Kreise gänzlich cessiren.

Weil sich voraus sehen lässt, dass zwischen Baiern, Würtemberg und Baden, die in denselben durchaus dominiren, und den kleinen Reichsständen viele Händel fortdauernd entstehen werden, Frankreich aber bei dem grossen Gange seiner Politik sich nicht damit befassen kann, jeden kleinen Reichsstand bei allen vorfallenden Streitigkeiten zu schützen, so ist zu rathen, dass diese kleineren Reichsstände, vorzüglich in Schwaben, mit einem der genannten grossen Stände besondre Verträge errichten, durch welche sie ihn als ihren Seigneur Souverain anerkennen und so achten, wie sie bisher den Römischen Kaiser genommen haben. Zu seinem Dienst stellen sie dann einzig ihr Contingent. Statt der bisherigen Reichsgerichte ist ein Oberappellationsgericht in seinem Lande ihr höchster Gerichtshof. Sie gegen einander können Austräge gebrauchen. Auch könnten die Richter des Oberappellationsgerichts von ihnen miternannt werden.

Alle Lehensverbindung, in welcher man sich in den genannten drei Kreisen mit dem Römischen Kaiser befand, hört gänzlich auf, besonders aber sollen die sogenannten Epavenverträge ganz aufgehoben sein, und alle solche Oerter sollen als Allodial betrachtet werden, ausgenommen diejenigen, welche ab antiquo zu einer bestimmten Oesterreichischen Provinz z. B. Burgau, Breisgau etc. gehörten, die auf die neuen Besitzer übergehen müssen.

Bestimmt ist, dass nicht nur jene reichsritterschaftlichen Besitzungen, welche an Reichs-Stände per indemnisationem gekommen sind, sondern auch diejenigen, die in Territorien liegen, ungekränkt bleiben sollen. Wahrscheinlich ist dies auch der Fall mit solchen, die an Territorien stossen und mit ihnen ein Continuum ausmachen. Die extra territorium (liegenden) sollen in Kathegorie der übrigen reichsständischen Güter an den neuen Herrn mit der Landeshoheit und ihren Rechten gegen vortheilhafte von Frankreich zu unterstützende Bedingnisse übergehen.

LXXXIV.

Die Angelegenheit wegen Besetzung der Nürnbergischen Pflegämter. Französische Zweideutigkeiten. Verhältnisse Preussens zu England und Schweden. Beabsichtigte Heirath zwischen dem Bayerischen Churprinzen und der Grossfürstin Katharina Paulowna. Zwist zwischen Massena und den Bonaparte'schen Familienmitgliedern.

Berlin, den 21. Juni 1806.

An den General Tauentzien geht heute ein Schreiben des Kabinetsministerium ab, worin die Beschwerden der Stadt gerügt werden und er aufgefordert wird, ihnen für die Zukunft vorzubeugen und jetzt soviel möglich genug zu thun, besonders aber die Sache des Majors von Streit zum Besten zu wenden.

Mehr habe ich noch nicht erreichen können; aber desto nachdrücklicher verlange ich die Räumung der Aemter und Genugthuung für die Occupation. Man schmeichelt sich hier, dass die Franzosen nächstens Deutschland verlassen werden, und scheint dann auch die Truppen aus den Pflegämtern zurückziehen zu wollen.

Herr Laforêt redet jetzt in allen Dingen zu Gunsten von Preussen, und leugnet, so für Nürnberg und Bremen Instructionen aus Paris zu haben; und doch ist dies in Hinsicht auf beide wiederholt von Talleyrand versichert worden.

Gewiss ist, dass der Preussische Gesandte Baron von Jacobi London verlassen hat, ohne Zweifel auf Winke der Englischen Regierung, die man hier ungern zugesteht, da Preussen noch immer die Miene annimmt, als sei es nicht im Kriegszustande gegen England. So hat Graf Haugwitz zwei hiesigen Diplomatikern gesagt, dass die Englische Regierung dem hiesigen Hof fünfhundert Licentbriefe geschickt habe, um damit die Preussischen Schiffe zu sichern. Wenn man weiss, dass dreihundert und einundfünfzig Schiffe in Englischen Häfen unter Embargo liegen, so fällt schon jene Zahl der Licentbriefe auf. Allein ich weiss aus guter Quelle, dass überhaupt jene Aussage keinen Grund hat.

Der Baron Jacobi hat seinen Legations-Sekretär in London zurückgelassen; allein man zweifelt sehr, dass die Englische Regierung ihn wie einen diplomatischen Kanal brauchen werde.

Was die Verhältnisse zwischen Schweden und Preussen anbetrifft, so ist über sie nichts entschieden. Der General Kalkreuth ist nach Greifswalde gegangen und hat dort persönlich neue Unterhandlungen eröffnet, bei deren Anfang nach seinem Bericht der Schwedische Hof sich sehr conciliant bezeigt hat.

Man erwartet sehr freundschaftliche Verhältnisse zwischen Frankreich und Russland bald eintreten zu sehen, da das Heirathsgeschäft zwischen dem Baierischen Churprinzen und der Grossfürstin Katharina Paulowna mit Wohlgefallen beider Kaiser eifrig betrieben wird.

Der Papst hat den Kardinal Fesch schlechterdings nicht zu

seinem Coadjutor wählen wollen.*) Zwischen Massena und dem Hause Bonaparte ist der Streit losgegangen. Ein Neapolitanischer Kavalier war des Aufruhrs angeklagt und von einem Gericht des Königs Joseph freigesprochen worden. Massena liess ihn dennoch greifen, von einer Militärkommission verdammen und sogleich erschiessen. König Joseph suspendirte ihn darauf vom Commando und schickte deshalb einen Courier nach Paris. Zu gleicher Zeit kam daselbst ein Courier vom Vicekönig Eugen an, dass Massena in Oberitalien zwei Millionen Livres geraubt habe.

Durch Unterhandlungen auf dem Damm (sic) von Anklam sind Preussen und Schweden gänzlich auseinander, und der Oberstlieutenant von Krusemark ist heute nach Petersburg gesandt, um Russland zur Vertreibung der Schwedischen Fregatten aus der Ostsee zu bewegen. — Ueber Nürnberg hat Graf Haugwitz heute Vortrag beim König.

*) Damals war, meines Wissens, nur die Rede von der Wahl des Kardinals Fesch zum Coadjutor des Erzkanzlers Dalberg, der bei dem Reichstage ein vom 27. Mai datirtes Schreiben zur Dictatur bringen liess, wodurch er demselben anzeigte, dass er sich Fesch zum Coadjutor und Nachfolger ausersehen. Ueber dieses Verfahren bezeigte der Kaiser dem Erzkanzler unterm 18. Juli sein Befremden.

BSB Bayerische StaatsBibliothek

MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Baader, Josef

Streiflichter auf die Zeit der tiefsten Erniedrigung Deutschlands oder Die Reichsstadt Nürnberg in den Jahren 1801 - 1806

Nürnberg 1878

Bavar. 173 hl
urn:nbn:de:bvb:12-bsb00010368-9